

Hugo Jensch

Pirna unterm Hakenkreuz 1933 - 1945

Die Kapitel Widerstand wird zunächst im derzeitigen Arbeitsstand wiedergegeben, wobei die Gliederung im wesentlichen beibehalten werden soll.

Inhaltsverzeichnis

Hugo Jensch	1
Pirna unterm Hakenkreuz 1933 - 1945.....	1
1. Die Machtübergabe an Hitler	4
1.1. Die Bildung der Hitler-Regierung	4
1.2. Pirna vor den Reichstagswahlen	4
1.3. Der Terror während der Wahlwoche zwischen Reichstagsbrand und 5. März	7
2. Wie die Arbeiterbewegung zerschlagen wurde.....	10
3. Die kommunale Umwälzung.....	21
3.1. Versuch einer „wilden“ kommunalen Machtübernahme	21
3.2. Killinger schafft Ordnung	21
3.3. Die Umbildung der Stadtverordnetenversammlung	22
3.4. Die Gleichschaltung der Kommunen	23
3.5. Berufsbeamtentum und Entlassungen	24
3.6. Städtische Leitung und Verwaltung bis 1940.....	26
4. Sozial- und Wirtschaftspolitik.....	29
4.1. Wirtschaftspolitik auf dem Wege zum Krieg	29
4.2. Die Wirtschafts- und Sozialpolitik in Pirna während der Jahre 1933-1939.....	31
4.3. Zwischen Realität und Illusion	52
5. Die Befestigung der faschistischen Herrschaft	54
5.1. Der Ausbau der Partei- und Gliederungsstrukturen.....	55
5.2. Von der „Revolution“ zur „Evolution“. Die „Nacht der langen Messer“	56
6. Antisemitismus und Rassismus	66
6.1. Rassismus und „Erbgesundheit“	66
6.2. Die Verfolgung der Juden 1933 bis 1939.....	69
6.3. „Euthanasie“	94
7. Widerstand	95
7.1. Terror und Zerschlagung der Arbeiterbewegung.....	96
7.2. Sammlung nach erster Terrorwelle, Aufbau von Gruppen – ein Lernprozeß	96
8. Schule und Bildung	100
8.1. Das Schulwesen	100
8.2. Die HJ.....	104
9. Kirche und NS	108
9.1. Veränderung der innerkirchlichen Verfassung der evangelischen Kirchen	110
9.2. Die „Deutschen Christen“ in Pirna	113
9.3. Die Nähe zum NS-Staat	115
9.4. Die Pirnaer Bekenntnisgemeinde.....	118
9.5. Die Ausgrenzung kleinerer religiöser Gemeinschaften. Die Verfolgung der Zeugen Jehovas	120
9.6. Die Katholiken.....	123
Literatur:	124

„Man kann das Wort Sozialismus stehlen und jene Missbildung daraus machen, die als Nationalsozialismus unseren Widerwillen so erregt, dass wir uns weigerten, diese Missbildung zu verwenden. Ganz gleich, ob nationaler Sozialismus als solcher möglich ist oder nicht: der Hitler-Faschismus hat nichts mit ihm zu tun. Immer haben sich Schutztruppen des Kapitals arbeiterfreundlich getarnt; die Schamlosigkeit und der Trick, den Namen der Arbeiterbewegung selbst an sich zu reißen und dahinter den neuen Sklavenstaat zu errichten, blieb den heutigen Machthabern und ihren Nachläufern vorbehalten. Sie verlassen sich allzusehr auf die verbindenden Gefühle und Gesinnungen ihrer Ausgebeuteten, Beherrschten. Wenn sie ihnen als Volksgenossen schmeicheln, versuchen sie einen Teil dieser großen Kraft allmenschlicher Sympathie und gleichgerichteter Lebensnotdurft in ihre unsauberen Kanäle abzuleiten, und sie vermeinen, den Erfolg gesichert zu haben dadurch, dass sie den Juden als Sozialisten in Deutschland ausgerottet haben.“¹

"Der Faschismus ist weiter nichts als eine moderne, volkstümlich maskierte Form der bürgerlich-kapitalistischen Gegenrevolution." (Arthur Rosenberg)

"Wer vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen." (Max Horkheimer)

Vorwort

Zwölf Jahre, drei Monate und eine Woche währte die Macht des deutschen Radikalfaschismus; eine historisch relativ kurze Zeit. Aber sie stellt einen weltgeschichtlichen Bruch dar, der im 20. Jahrhundert in einem für zivilisiert gehaltenen Kulturland zum Absturz in die Barbarei führte.

Sie tobte sich zuerst in Deutschland aus. Zerschlagen wurde die deutsche Arbeiterbewegung, alle demokratischen Strukturen im politischen und gesellschaftlichen Leben. Ausgelöscht werden sollten alle humanistischen Werte deutscher Kultur. Ein fanatischer Rassismus bestritt Juden, Sinti und Roma das bloße Existenzrecht in Deutschland. Eine zügellose Aufrüstung ging einher mit nationalistischen Parolen vom fehlenden „Lebensraum“, dem Anspruch nach „Gleichberechtigung“ und nach Weltgeltung Deutschlands.

Bot sich diese Macht bis 1937 noch als friedfertig an, so setzte mit der Annexion Österreichs, des „Sudetenlandes“ und der Zerschlagung der „Resttschechoslowakei“ die unverhüllte Aggression nach außen ein, zunächst geduldet durch die anderen Großmächte, weil diese ausschließlich den Osten als Stoßrichtung des deutschen Faschismus zu erkennen meinten. Dann aber folgte der vielfach vertragsbrüchige Überfall auf nacheinander über ein Dutzend Staaten Europas. Ein brutales Okkupationsregime unterjochte zahlreiche Völker und beraubte sie vieler ihrer materiellen Werte. Der Krieg war das Hauptverbrechen des deutschen Faschismus. Er verband sich mit anderen, bis dahin schrecklichsten Verbrechen, die ohne ihn nicht denkbar gewesen wären: Der Massenvernichtung von psychisch Kranken, der systematischen Vernichtung der intellektuellen Führungsschicht in Polen und in anderen zur Versklavung vorgesehenen Ländern, dem als Vernichtungskrieg angelegten Überfall auf die Sowjetunion, der zudem mit der einkalkulierten Auslöschung von etwa 30 Millionen ihrer Bürger verbunden sein sollte und schließlich mit der zielgerichteten Ausrottung ganzer Volksgruppen, der Juden und "Zigeuner" (Sinti und Roma).²

¹ Arnold Zweig, Bilanz der deutschen Judenheit. Ein Versuch. Leipzig 1990., S. 227.

² Vgl. Sebastian Haffner, Anmerkungen zu Hitler, Frankfurt am Main, 1997, S. 142-167.

Diese 12 Jahre belasten die deutsche Geschichte dauerhaft. Der von Hitlerdeutschland entfesselte 2. Weltkrieg und die während des Krieges begangenen Verbrechen wirken bis heute nach und werden sicher noch für Jahrzehnte die Gemüter bewegen. Die Bücher über diese Ereignisse füllen inzwischen ganze Bibliotheken, und in jedem Jahre kommen viele weitere dazu. Wohl keine historische Periode, noch kein Ereignis der Weltgeschichte wurde je so gründlich untersucht. Und dennoch harren manche Fragen einer Antwort, sind bisher unzulänglich geklärt.

Ein besonderes Kapitel stellt die Aufarbeitung des Faschismus in Deutschland dar: Verdrängung brauner Vergangenheit wegen und in Anbetracht der Westintegration der BRD, verbunden mit rascher Integration zahlreicher Angehöriger der braunen Elite in verantwortliche Positionen in Staat, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur; zu schnelle und für die Aufarbeitung von Schuld nachteilige Einbeziehung aller in den Kreis für den Aufbau einer neuen Ordnung gefragter DDR-Bürger; weitgehende Ausblendung der Verantwortlichkeit des Kapitals, der alten bürgerlich-nationalistischen politischen Kräfte, der Banken und des Großgrundbesitzes für die Machtübertragung an die Nazis; von rechten Kreisen betriebene Verharmlosung und Relativierung des Faschismus, z.B. durch die auch von Staats wegen geförderte Totalitarismuskonzeption, die in Gestalt der These von den „zwei deutschen Diktaturen“ heute immer noch gepflegt wird; schließlich offene neofaschistische Leugnung sowohl der Kriegsschuld Hitlerdeutschlands, der Wehrmachtverbrechen, ja sogar der Vernichtung der Juden.

Völkische, nationalistische, antisemitische Vorurteile und Haltungen waren nicht ausgeräumt und schlummerten im Bewusstsein weiter. Oft starke Reste geradezu mythischer Art konnten so aufbewahrt werden und sind oft bis heute nicht überwunden. Sie äußern sich in Alltagssprache und Redensarten bis hin zu den rechtsradikalen Gruppierungen und Delikten, die heute die politische Atmosphäre vergiften.

Mit unserer Arbeit soll dem Nachholebedarf ein wenig aufgeholfen werden. Er besteht vor allem im regional- und lokalgeschichtlichen Bereich, der bislang zu einseitig auf die Geschichte des lokalen Widerstandes gegen den Faschismus gerichtet war.

Ein solches Unternehmen birgt manche Schwierigkeiten. Akteure aus der Zeit zwischen 1933 und 1945, die nicht nur gestützt auf lückenhafte Erinnerungen, sondern auf aussagefähige persönliche Aufzeichnungen, befragt werden könnten, gibt es so gut wie nicht mehr. Akten sind weitgehend der Vernichtung in den letzten Kriegswochen anheim gefallen. Verfügbar ist der „Pirnaer Anzeiger“, die Lokalzeitung, die vollständig im Stadtarchiv vorliegt, aber auch nicht viel mehr als ein grobes Ereignisgerüst liefern kann.

Insofern versteht sich die Arbeit als Versuch einer Rekonstruktion, wobei Lokales so genau als möglich dargestellt und jeweils in Beziehung gesetzt wird zu den gesamtdeutschen und sächsischen Vorgängen. Die Aussagekraft und der Umfang der einzelnen Abschnitte ist dabei sehr unterschiedlich. Das hängt weitgehend von der Quellenlage ab. Notwendig wären als Vorarbeit spezielle Studien zu einzelnen gesellschaftlichen Bereichen gewesen. Dazu fehlte dem Verfasser, abgesehen von seiner Arbeit über die Juden in Pirna, die Kraft. Vielleicht erwächst sie anderen, wenn das hier Vorgelegte sie zu genauerem Nachforschen anregen sollte. Es wäre wünschenswert.

Besonderer Dank für die aufmerksame und stets hilfreiche Unterstützung sei Frau Geyer und Frau Petzold vom Pirnaer Stadtarchiv ausgesprochen und den zahlreichen älteren Pirnaern, die in Gesprächen wertvolle Informationen und Anregungen übermittelten.

1. Die Machtübergabe an Hitler

1.1. Die Bildung der Hitler-Regierung

Die von Reichskanzler v. Schleicher angestrebte Militärdiktatur, die auf die Unterstützung durch Gewerkschaften und den Strasser-Flügel der NSDAP aus war, fand keine Massenbasis. Die von ihm gewünschte erneute Auflösung des Reichstages lehnte Hindenburg ab. Daraufhin trat v. Schleicher am 28.1.1933 als Reichskanzler zurück.

Bereits am 4.1.1933 hatte v. Papen in der Kölner Villa des Bankiers v. Schröder Spitzenkräfte des Kapitals und der Konservativen zusammengeführt. Dabei einigte man sich grundsätzlich auf eine Koalition von DNVP und NSDAP, wovon Hindenburg unterrichtet wurde. Zwei Tage nach v. Schleichers Rücktritt ernannte der Reichspräsident Hitler zum Reichskanzler. Der bildete zunächst eine Minderheitsregierung (NSDAP und DNVP hatten bei den Reichstagswahlen im November 1932 lediglich 43 Prozent der Stimmen erhalten) mit dem Zugeständnis, am 1.2.1933 den Reichstag aufzulösen und Neuwahlen für den 5.3.1933 anzusetzen. Die NSDAP verfügte in der Hitler-Regierung nur über zwei Minister (Frick und Göring), während v. Papen die Vicekanzlerschaft zufiel und die übrigen Minister aus der DNVP kamen oder schon zuvor in Präsidialkabinetten (unter Brüning und v. Schleicher) vertreten waren. „Das in der Präsidialphase der Weimarer Republik oft erwogene ‚Zähmungskonzept‘ (gegenüber Hitler und der NSDAP) schien realisiert worden zu sein.“³

Aber die NSDAP setzte nun auf rücksichtsloses Vorgehen gegen alle Linkskräfte. Sie gelangte rasch in den Besitz aller staatlichen Machtmittel, mobilisierte ihre Bürgerkriegsgarde- SA im Wahlkampf, für den maßgebende Kreise der Industrie großzügig finanzielle Mittel bereitstellten. Am 3.2. versicherte sich Hitler der stillschweigenden Unterstützung der Reichswehr. Am 4.2. schränkte eine Notverordnung Presse- und Versammlungsfreiheit ein. Am 27.2.1933 brannte der Reichstag. Das war Auslöser für eine zügellose Kommunistenverfolgung. Eine Verordnung des Reichspräsidenten „Zum Schutze von Volk und Staat“, erlassen am 28.2., setzte die entscheidenden Freiheitsrechte der Verfassung außer Kraft.⁴ Diese „Reichstagsbrandverordnung“ wurde bis 1945 nicht aufgehoben. Der sofort als Werk der Kommunisten denunzierte Reichstagsbrand in der Nacht vom 27. zum 28.2. bot nun die Möglichkeit zur Auslösung einer wüsten Terrorwelle, die den politischen Umschwung herbeiführen sollte.

Trotz massiver Behinderung von KPD und SPD, deren Zeitungen wegen kritischer Äußerungen gegenüber der Regierung für befristete Zeiten verboten wurden, waren sich die neu Regierenden einer angestrebten Reichstagsmehrheit durchaus nicht sicher.

1.2. Pirna vor den Reichstagswahlen

Bereits am 29.1. waren anlässlich einer NSDAP-Kreistagung in Pirna und eines SA-Aufmarschs vom Dohnaischen Platz aus Zusammenstöße zwischen SA und Kommunisten verzeichnet worden, bei denen die Polizei mit der SA Kommunisten bis zum Volkshaus verfolgte.⁵

Am Abend des 31.1.1933, gegen 18.30 auf dem Marktplatz, fanden sich NSDAP und Stahlhelm nach Umzug zu einer Kundgebung ein. Nazi-Gegner, der „Pirnaer Anzeiger“ bezeichnete sie durchweg als Kommunisten, begleiteten den Zug mit „Nieder!“-Rufen. Der Marktplatz war von ihnen besetzt. Ein rasch aus Dresden herbeigerufenes Überfallkommando

³ Wolfgang Michalka (Hrsg.), Deutsche Geschichte 1933-1945. Dokumente zur Innen- und Außenpolitik. Frankfurt am Main 1996, S.11. Im folgenden: Michalka...

⁴ Ebenda, S. 20-22.

⁵ „Pirnaer Anzeiger“, 31.1.1933, S.2. Im folgenden: PA...

mußte ihn mehr oder weniger gewaltsam räumen, ehe die NSDAP-Kundgebung mit dem Kreisleiter Sterzing stattfinden konnte.⁶

Demonstrationen und Kundgebungen pro und kontra Hitler-Regierung gab es in diesen Tagen in Pirna, Heidenau, Neustadt und auch in anderen Orten des Kreises.

Am 1. Februar 1933 wandte sich die Ortsgruppe der KPD in Pirna in einem Brief an die Ortsgruppe der SPD, an das Ortskartell des ADGB und an den Ortsverein des Reichsbanners:

„Werte Genossen!

Die faschistische Hitlerregierung, die die faschistische Militärdiktatur bedeutet, ist zur Tatsache geworden. In dieser Situation ist es die Pflicht der gesamten Arbeiterschaft, einheitlich im Kampfe gegen Nazi- und Polizeiterror zusammen zu stehen. Wir schlagen deshalb den Mitgliedern der obengenannten Organisationen vor, mit uns gemeinsam den Kampf gegen die faschistische Hitlerregierung aufzunehmen. Das bedeutet unserer Ansicht nach, dass die Reichsbannerkameraden gemeinsam mit den Kameraden des Kampfbundes gegen den Faschismus und aller proletarischen Wehrorganisationen gemeinsame Aufmärsche und den Schutz proletarischen Eigentums gegen faschistische Überfälle organisieren müssen. Die Gewerkschaftsmitglieder in den Betrieben müssen sich jetzt, ganz gleich, welcher politischen Einstellung sie sind, zusammenfinden zum gemeinsamen Kampf gegen die Hitlerdiktatur. Das bedeutet, daß wir uns unverzüglich mit der Vorbereitung des Generalstreiks zum Sturze der Hitlerdiktatur zusammenfinden müssen. Wir reichen allen kampfwilligen Mitgliedern der obengenannten Organisationen die brüderliche Hand. Kämpft mit uns gemeinsam. Wir sind der festen Überzeugung, dass das Proletariat in geschlossener Kampfesfront in der Lage ist, durch den Generalstreik den Hitlerspuk hinwegzufegen. Deshalb kommt es jetzt nicht mehr auf das Reden von der Einheitsfront, als vielmehr auf das gemeinsame Handeln an. Wir sind bereit, mit Euch in gemeinsamen Mitgliederversammlungen diese Fragen konkret durchzusprechen und dadurch die Voraussetzungen zur Durchführung gemeinsamer Kampfhandlungen zu schaffen.“⁷

Als darauf keine Antwort erfolgte, wandte sich die KPD in einem hektographierten Aufruf an die Arbeiterschaft von Pirna, in dem sie den Briefftext wiedergab und zur Teilnahme an einem antifaschistischen Aufmarsch am Nachmittag des 8. Februar aufrief.

Ein unangemeldeter Demonstrationzug von Jungkommunisten wurde am 10.2. abends am Volkshaus aufgelöst. Am 11. Und 12.2. kam es zu größeren Demonstrationen der Jungkommunisten und von „Antifaleuten aus dem ganzen Bezirk“ in den Straßen der Stadt mit abschließender Kundgebung auf dem Markt. Schupo begleitete die Teilnehmer. Es gab keine Zwischenfälle.⁸

Noch kam es zu keinen nennenswerten Gewalttätigkeiten und Terroraktionen der Nazis, wohl aber zu Beschränkungen des Äußerungsrechts. Die kommunistische „Arbeiterstimme“ wurde vom 4.-10.2.1933 „wegen Verbreitung hochverräterischer Nachrichten“ (Generalstreikaufruf zum Sturz der Hitler-Hugenberg-Papen-Regierung) verboten.⁹ Gegen Flugblattverteiler der SPD schritt die Polizei in Pirna ein, konnte einzelne Personen allerdings nicht fassen. Die Flugblattüberschriften lauteten: „Wir fordern: Umbau der Wirtschaft! Gegen Volksbetrug, Osthilfekorruption und Volksentrechtung!“¹⁰

⁶ PA, 1.2.1933, S.2.

⁷ Stadtarchiv Pirna, B III-XXVI, 183, 2406. Im folgenden: StAP.

⁸ PA, 14.2., S.2; Chronik zur Geschichte des antifaschistischen Widerstandskampfes auf dem Territorium der ehemaligen Amtshauptmannschaft Pirna. Pirna/Sebnitz 1983, S.12. Im folgenden: Chronik.

⁹ PA, 5.2.1933, S.2.

¹⁰ StAP, B III-XXVI, 182, 169)

Für den 15.2. erfolgte das Verbot einer Erwerbslosendemonstration in Pirna. Sie wurde auf eine Kundgebung am 16.2. in geschlossenem Raum (Volkshaus) beschränkt.¹¹ Auch die „Eiserne Front“ und das Reichsbanner unternahmen am 19.2., einem Sonntag, einen „Propagandaumzug“ mit Teilnehmern aus dem ganzen Bezirk in Pirna. Auf dem Marktplatz sprach der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Heide aus Heidenau zu ihnen. Ab dem 22.2. waren dann allerdings alle KPD-Versammlungen und Kundgebungen sowie die ihrer Nebenorganisationen in Sachsen wie im Reich verboten.¹²

Über Wahlaktivitäten berichtet Herbert Anger aus Rottwerndorf/Neundorf:

„Noch einmal versuchten die kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter in den beiden Vororten mit ihren Organisationen mit aller Energie ein für sie günstiges Wahlergebnis herbeizuführen. Vor allem die in den Selbstschutzorganisationen ‚Schutz und Wehr‘ und ‚Reichsbanner‘ zusammengefassten zeigten besondere Aktivität. Fast an jedem Abend vor der Wahl waren sie zum Versammlungsschutz in anderen Orten eingesetzt. In der letzten Woche vor dem 5. März fanden - zum letzten Male! – gut besuchte Arbeiterversammlungen statt, und zwar eine von der SPD in Pirna-Neundorf mit dem Genossen Burkhardt, Seeligstadt, und eine von der KPD in Pirna-Neundorf mit dem Reichstagsabgeordneten Genossen Rädcl, Pirna. Die Nazis hielten eine nur schwach besuchte Versammlung in Pirna-Rottwerndorf ab.

Am Wahl-Sonntage selbst wehte eine rote Fahne von einem Fabrikschornstein in Neundorf, die ein Kommunist und eine von einem Fabrikschornstein in Rottwerndorf, die ein Reichsbannermann angebracht hatte. In den Wahlausschüssen beider Ortsteile saßen jetzt in der Mehrheit Nazis. Kommunisten und Sozialdemokraten trieben am ganzen Tage unablässig Wahlaufklärung.

In den Nächten vor und nach der Wahl versammelten sich etwa 20 Genossen von ‚Schutz und Wehr‘ in den Räumen einer leer stehenden Fabrik in Pirna-Rottwerndorf und etwa 25 Reichsbannerkameraden in einem Bodenraum der Steinsäge von Fleck & Illmert in Pirna-Neundorf.“¹³

Auffallend ist aber die relativ geringe Widerspiegelung von unmittelbaren Wahlaktivitäten bürgerlicher Kräfte in der lokalen Presse.

Die NSDAP beschränkte sich in Pirna offenbar auf eine Großveranstaltung mit dem rührigen Landtagsabgeordneten Cuno Meyer, der mit einer Rede zu „14 Jahre Knechtschaft - jetzt wird abgerechnet: Adolf Hitlers Mission“ angekündigt wurde.¹⁴ Am Vortage der Wahl gab es noch eine „Große Bauernkundgebung der NSDAP“ im „Schwarzen Adler“ und für den Abend organisierten die Nazis - zum ersten Mal in Pirna - Rundfunkübertragungen der Hitler-Rede auf dem Marktplatz und an der Gartenstraße.¹⁵ Im übrigen veranstaltete die SA ihre Propagandaaufmärsche in Pirna und in anderen Orten. Sonst traten noch die Mittelstandskräfte hervor - und die DVP, deren Vertreter für eine „nationale Regierung“ plädierten, aber mit vorsichtiger Kritik an Hitlers Regierungsprogramm und den Straßenterror aufwarteten. Sie empfänden sich als Verbündete der „nationalen Front“, da Stresemann schon 1923/24 den Gedanken der „Volksgemeinschaft“ entwickelt hätte.¹⁶ Weder von der DNVP,

¹¹ StAP, B III-XXVI, 182, 192; PA, 15.2.1933, S.2.

¹² PA, 23.2.1933, S.2.

¹³ Anger, Herbert, Die Lage der Bevölkerung und der Kampf der Arbeiterklasse in den Pirnaer Vororten Neundorf und Rottwerndorf während der Übergangszeit von der Weimarer Demokratie zum Faschismus (1932 - 1934) In: StAP, PDS-Bestand – Diplom- und Belegarbeiten, S 18. Im folgenden: Anger,...

¹⁴ PA, 24.2.1933, S.8

¹⁵ PA, 4.3.1933, S.4

¹⁶ PA, 16.2.1933, S.9.

noch der Staatspartei oder vom Zentrum wurden Wahlveranstaltungen gemeldet. Auf Wahlmaterialien der Arbeiterparteien wurde intensiv Jagd gemacht.¹⁷

1.3. Der Terror während der Wahlwoche zwischen Reichstagsbrand und 5. März

Ab 1. März wurden auch in Pirna erste Schutzhaftanordnungen erlassen. Am 2.3. durchsuchte die SA das Gruppenheim des „Proletarischen Zeitgeistes“ in Copitz, beschlagnahmte dort zahlreiche Schriften und andere Gegenstände und verhaftete die dort angetroffenen Mitglieder der Pirnaer Zweiggruppe der Allgemeinen Arbeiter-Union Willy Jäkel, Willy und Paul Kaspar. Im Bericht heißt es, dort wäre „eine Druckerei für hetzerische Schriften gewesen“.¹⁸ Die Mehrzahl der Maßnahmen richtete sich aber gegen Mitglieder der KPD. Haussuchungen fanden bei allen besonders tätigen Mitglieder statt, darüber hinaus im „proletarischen Musikheim“ in der Braustraße und im Jugendheim des KJV. Bei Haussuchungen wären „Schriften zersetzenden Inhalts“ vorgefunden und beschlagnahmt worden. Aufgeführt werden im Bericht der „kommunistische Jugendführer“ Schriftsetzer Werner Prasser, den man nach einer Haussuchung verhaftete. Verhaftet wurden der Arbeiter Friedrich Schneider (beim Vertrieb des „proletarischen Zeitgeistes“ betroffen) und der Ofensetzer Georg Förster, bei dem man während der Haussuchung kommunistisches Material vorgefunden hatte.¹⁹ Diese Berichte geben aber nur einen Ausschnitt der am 1.3.1933 angelaufenen Terrormaßnahmen wieder, sofern die Polizei davon Kenntnis erhalten hatte. Die Durchführenden der Haussuchungen und Verhaftungen waren SA-Leute, die in diesen Tagen zur „Hilfspolizei“ avancierten. So erfahren wir z.B. aus Heidenau, daß dort 25 Mann Hilfspolizei aus „nationalen Verbänden“ Schutzhaftmaßnahmen durchführten.²⁰ In Pirna wären „etwa 20 Mann Hilfspolizei“ tätig geworden.²¹ Auch Dohna verfügte, wie sicher eine ganze Reihe anderer Städte, über eine solche aus SA-Leuten gebildete Hilfspolizei.²² Seit dem 3.3. vermeldete der „Pirnaer Anzeiger“ über Schutzhaftmaßnahmen: Am 1.3. wären in Heidenau bei Funktionären der KPD Haussuchungen erfolgt, wobei auch Dresdner Polizei im Einsatz gewesen sei; mehrere Personen, darunter einige kommunistische Stadtverordnete, kamen nach Dresden in Schutzhaft.²³ Am 2.3. hätten bei zahlreiche Haussuchungen „große Mengen Drucksachen und Zeitungsmaterial“ beschlagnahmt werden können. Acht Personen wären „in Haft genommen und dem Gericht zugeführt worden.“²⁴ Zu den Verhafteten dieser Tage unmittelbar vor der Reichstagswahl gehörten u.a. Kurt Krenz aus Pirna-Copitz, die Rathmannsdorfer Alfred Kaulfuß (KPD) und die parteilosen Arbeiter Otto Großer, Martin Hering, H. Paufler, Fritz Kaulfuß und Erich Seidel, die zunächst ins Schandauer Amtsgerichtsgefängnis kamen, aus Ehrenberg der Arbeiter Walter Müller, aus Sebnitz mehrere KPD-Funktionäre, darunter Martin Böhme und Emil Severa, Stadtverordnetenvorsteher.²⁵ Das erste namentlich benannte verhaftete SPD-Mitglied war der Rottwerndorfer Steinmetz Otto Günther, von dem es heißt, „er sei mit einem Schlagwerkzeug umhergelaufen“.²⁶

¹⁷ PA, 4.3.1933, S.2 und 3.

¹⁸ StAP,B III-XXVI, 182, Bl.223

¹⁹ Ebenda, Bl. 228-231.

²⁰ PA, 4.3.1933, S.3

²¹ PA, 5.3.1933, S.3.

²² PA, 8.3.1933, S.3. Vgl. Wippermann, Wolfgang, Umstrittene Vergangenheit. Fakten und Kontroversen zum Nationalsozialismus. Berlin 1998, S. 49f. Im folgenden: Wippermann, ... Bereits am 22.2.33 waren durch Polizeiverordnung der Reichsregierung rund 40000 SA- und SS-Männer und 10000 Mitglieder des „Stahlhelm2 zu Hilfspolizisten ernannt worden. Als man am 2.8. diese Hilfspolizei beim Abebben der ersten großen Terrorwelle wieder auflöste, war die SA faktisch funktionslos geworden.

²³ PA, 3.3.1933, S.2.

²⁴ PA, 4.3.1933, S.2.

²⁵ Chronik, S.15.

²⁶ StAP, B III-XXVI, 182, Bl. 231.

Die Ergebnisse der Reichstagswahlen am 5.3.1933:²⁷

Partei	Deutschland	%	Sachsen	%	Stadt Pirna	%	AHM Pirna	%
NSDAP	17.277.180	43,9	1.517.476	45,0	7.412	35,7	43.107	40,30
SPD	7.181.629	18,3	885.778	26,6	4.640	22,4	27.333	25,55
KPD	4.848.058	12,4	556.948	16,5	5.411	26,1	23.648	22,11
DNVP	3.136.760	8,0	220.203	6,5	1.697	8,2	7.402	6,92
DVP	432.312	1,1	59.807	1,8	598	2,9	2.085	1,95
Zentrum	5.498.457	14	41.519	1,2	404	1,9	1.149	1,07
Staatspartei/DDP	334.242	0,8	41.259	1,2	215	1,0	889	0,83
Chr-soz.Volksdienst			49.556	1,5	341	1,6	1.199	1,12
Deutsche Bauernpart.	634.693*	1,6	1.220	0,04	6	0,0	88	0,08
Soz.Kampfgemeinsch.			418	0,01	16	0,1	56	0,05

* Kleinere Parteien insgesamt

Wahlergebnisse in den Städten der Amtshauptmannschaft Pirna:²⁸

	NSDAP	SPD	KPD	Zentrum	Kampffront	DVP	Staats-
Berggießhübel	278	233	324	4	83	23	7
Dohma	1.017	582	1.057	28	119	56	25
Heidenau	2.811	3.044	3.685	160	450	227	96
Gottleuba	469	282	154	10	242	20	19
Hohnstein	344	124	80	9	71	31	7
Königstein	1.313	712	339	12	204	49	21
Liebstadt	301	43	29	1	37	14	9
Neustadt	1.717	681	322	39	364	60	49
Bad Schandau	1.200	440	179	19	318	67	21
Sebnitz	2.841	1.877	1.640	178	529	146	98
Stolpen	623	264	87	11	111	43	17
Stadt Wehlen	343	275	105	2	86	33	19

Kampffront Schwarz-weiß-rot = DNVP und Stahlhelm

NSDAP auf Platz 1 u.a. in: Pirna, Bad Gottleuba, Bad Schandau, Dittersbach, Graupa, Groß-Cotta, Hinterhermsdorf, Hütten, Krippen, Königstein, Langburkersdorf, Langenhennersdorf, Langenwolmsdorf, Lohmen, Maxen-Schmorsdorf, Neustadt, Polenz, Rosenthal, Saupsdorf, Sebnitz, Stadt Wehlen, Ulbersdorf.

Auf Platz 3 in Birkwitz, Dohma, Heidenau.

SPD auf Platz 1 in Gohrisch, Hohwald, Kleincotta, Kleingießhübel, Kleinhennersdorf, Lichtenhain, Liebethal, Mühlbach-Häselich, Obervogelgesang, Papstdorf, Porsdorf, Postelwitz (absolute Mehrheit), Prossen, Rathmannsdorf, Raum, Reinhardsdorf, Schöna, Weesenstein, Zeichen.

KPD auf Platz 1 in Berggießhübel, Birkwitz, Burkhardswalde, Cunnersdorf b. Pirna, Dohma, Dohna, Ebenheit, Gorknitz, Heidenau, Hertigswalde, Kleinsedlitz, Köttewitz, Krebs, Neugraupa/Vorderjessen, Pratzschwitz, Schönbach, Struppen.

In der Mehrzahl der Orte überwog die Stimmenanzahl für beide Arbeiterparteien die der NSDAP.

Die NSDAP hatte nur in folgenden Orten mehr Stimmen als KPD und SPD zusammen: Bad Gottleuba, Bad Schandau, Dittersbach, Hinterhermsdorf, Krippen, Königstein, Langburkersdorf, Langenwolmsdorf, Neustadt, Rosenthal.

²⁷ PA, 7.3.1933, S.4/5.

²⁸ PA, 7.3.1933 und StAP, E II, 409, 14.

Durch diese Wahlen erreichten die NSDAP mit 43,9 Prozent und die DNVP als deren Koalitionspartner mit 8 Prozent die Mehrheit der Abgeordnetenmandate. So kam eine mehrheitsfähige Regierung Hitlers zustande. Allerdings verfügte sie nicht über eine zur Verfassungsänderung nötige Zweidrittel-Mehrheit. Dazu genügte auch die Streichung der der KPD zustehenden 81 Mandate nicht, die am 13.3. annulliert wurden. Es bedurfte erst jenes „Ermächtigungsgesetzes“, das Hitler dem Reichstag vorlegte und das der gegen die Stimmen der SPD-Abgeordneten am 24. März 1933 annahm.²⁹ Mit diesem Gesetz konnte die Hitler-Regierung selbst verfassungsändernde Gesetze ohne das Parlament verabschieden. Damit war der Reichstag faktisch ausgeschaltet und die Weimarer Verfassung endgültig beseitigt.

Der Vergleich der Wahlergebnisse Pirnas mit denen des Reichs und Sachsens zeigt erhebliche Abweichungen. Beide Arbeiterparteien hatten ihre Stammwählerschaft behauptet, die KPD gar trotz Terrors die bisher höchste Stimmenzahl in der Stadt Pirna erreicht. Die NSDAP, die in Sachsen insgesamt über dem Reichsdurchschnitt lag, erreichte in Pirna gerade mal 35,7 Prozent.

Noch größere Abweichungen gab es in den Arbeitervororten Pirnas. Von dort wird berichtet:

„Als die örtlichen Ergebnisse (70,4 Prozent Linke in Neundorf, 63,3 Prozent in Rottwerndorf) bekanntgegeben wurden (auch Pirna hatte noch eine Linksmehrheit), war die Freude in den beiden Unterküften der Selbstschutzorganisationen über die Standhaftigkeit der hiesigen Arbeiterbevölkerung groß. Bald aber verging das Gefühl der Genugtuung, als gegen Mitternacht im Rundfunk - umrahmt von preußischer Militärmusik - die Ergebnisse der Wahl aus anderen Gebieten und schließlich aus dem ganzen Reich bekanntgegeben wurden. Da der Unterschied zwischen dem örtlichen und dem Reichsergebnis so unverständlich groß war, meinten alle Versammelten, daß das Ergebnis im Reiche gefälscht sein mußte.

Zwischen den Unterküften von ‚Schutz und Wehr‘ in Pirna-Rottwerndorf und des Reichsbanners in Pirna-Neundorf bestand eine Verbindung für den Fall einer Gefahr. Kuriere hielten die Verbindung mit Pirna. Jeder war davon überzeugt, daß in dieser Nacht vom 5. zum 6. März von den zentralen Leitungen der SPD, der KPD und der Gewerkschaften endlich eine gemeinsame Entscheidung getroffen würde, die die Arbeiterklasse zum Generalstreik und zum bewaffneten Kampf gegen die Faschisten aufrief. Bis zum Morgen des 6. März warteten die Genossen mit gepacktem Tornister in ihren Unterküften, bereit, jedem Kampfbefehl Folge zu leisten. Aber keine Aufforderung kam, und am nächsten Morgen suchte jeder bedrückt und mit einer bangen Ahnung dessen, was nun kommen würde, seine Wohnung auf.“³⁰

²⁹ Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich, 24.3.1933. Ebenda, S. 25-26.

³⁰ Anger, S.23.

2. Wie die Arbeiterbewegung zerschlagen wurde

Der Abschluß des Berichts über die Situation in den Arbeitervororten Rottwerndorf und Neundorf läßt einen Teil des Dilemmas erkennen, in dem sich die Arbeiterbewegung am Beginn der Naziherrschaft befand.

Sicher gab es sowohl bei KPD- wie auch bei SPD-Mitgliedern kampfbereite und kampffentschlossene Kräfte. Sie waren aber selbst innerhalb dieser Parteien eine Minderheit.

Von den Zentralen beider Parteien her gab es keine gemeinsamen Aktionen. Aufrufe zur Zusammenarbeit blieben erfolglos angesichts der seit 1918 angestauten Verbitterung auf beiden Seiten wie auch an den unüberbrückbaren politischen Differenzen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten. Die Gewerkschaften als größte Interessenverbände der Arbeiter verzeichneten mit ihrer Selbstbeschränkung auf tarifliche Auseinandersetzungen während der Weltwirtschaftskrise und ihrer Zurückhaltung bei Lohnforderungen einen erheblichen Vertrauens- und Mitgliederschwund. Durch Ausschluß kommunistischer Funktionäre, die mit der Gründung einer Revolutionären Gewerkschafts-Opposition (RGO) antworteten, war auch die Gewerkschaftsbewegung politisch gespalten. Sich in politische Aktionen zu begeben, lag der Funktionärschicht des ADGB ohnehin fern. Die 1932 über 6 Millionen Arbeitslosen sahen sich durch die Gewerkschaften keinesfalls vertreten. Selbst die Erwerbslosenausschüsse, die ihre Not zu lindern suchten, brachten bei Erwerbslosendemonstrationen von den etwa 20.000 Arbeitslosen im Kreis bestenfalls einige Hundert auf die Beine.

Gleiche soziale Lage hat durchaus nicht ein entsprechendes Klassenbewußtsein zur Folge. Die Mehrzahl der Arbeiter, das wird oft außer acht gelassen, war politisch durchaus nicht aktiv! Die Kampfbereitschaft einer Minderheit kann daher auch nicht mit der Kampfkraft der Klasse gleichgesetzt werden.³¹

Dennoch zeugten für jedermann erkennbar die Ergebnisse der Reichstagswahlen vom 4.3.1933 von der relativen Stabilität des Einflusses der Arbeiterparteien.

Jene, die Hitler zur Macht verholfen hatten, erwarteten von ihm nun aber die rasche und vollständige Zerschlagung der Arbeiterbewegung. Mit dem Kampf gegen den „Marxismus“, zugespitzt, dem „jüdischen Bolschewismus“, für „Volksgemeinschaft“ statt Klassenkampf als innenpolitischem Kern seines Programms hatte er sich des Rückhalts bei Industrieverbänden, Großgrundbesitz, Militär und Bürokratie versichert.

Für die NSDAP ergab sich aus den Wahlen der Schluß, ihre Machtpositionen rasch auszubauen.

Dabei setzte sie im Reich wie hier vor Ort auf weiter verschärften Terror mit dem Ziel, die Arbeiterbewegung insgesamt zu zerschlagen. Die am 4.2.1933 verkündete Verordnung des Reichspräsidenten zum „Schutze des deutschen Volkes“³² und die am 28.2.1933 verabschiedete Verordnung zum „Schutze von Volk und Staat“³³ (Reichstagsbrandverordnung) schufen den scheinjuristischen Rahmen dazu. Am 21.3.1933 folgte die Verordnung über die Bildung von Sondergerichten und am 21.3.1933 die Verordnung zur „Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Regierung der nationalen

31 Vgl.: Schneider, Michael, Unterm Hakenkreuz. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933 bis 1939. Bonn, 1999. Im folgenden: Schneider,...Zur Analyse der Situation in der Arbeiterbewegung im 1. Kap.: „Verfolgt, unterdrückt und aus dem Land getrieben: Die Arbeiterbewegung im Frühjahr 1933

32 Ingo von Münch (Hrsg.), Gesetze des NS-Staates, Paderborn, München, Wien, Zürich, 1994, S. 58f. Im folgenden: Münch,...

33 Ebenda, S. 63f. Michalka, Wolfgang (Hrsg.), Deutsche Geschichte 1933-1945. Dokumente zur Innen- und Außenpolitik. Frankfurt am Main 1996. S.20-22. Im folgenden: Michalka,

Erhebung“.³⁴ Am gleichen Tage verkündete der „Völkische Beobachter“ die Einrichtung des Konzentrationslagers Dachau.³⁵

Am 5.3.1933 wurden die Länderinnenminister durch Reichskommissare ersetzt.³⁶ Der für Sachsen am 10.3. ernannte hieß Manfred v. Killinger und war bereits vor 1933 mehrfach als militanter Agitator der Naziideologie im Kreis Pirna aufgetreten.³⁷ Er übernahm nicht nur das Innenministerium, sondern „die Leitung der Regierung Sachsens...bis zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung“. Die Regierung Schiek wurde zum Rücktritt gezwungen.³⁸

Die Regie für alle Aktionen im Kreis Pirna lag in den Händen des NSDAP-Kreisleiters Sterzing und des SA-Standartenführers Rosig,³⁹ tatkräftig unterstützt durch Bürgermeister Scheufler.⁴⁰ Zu den Opfern gehörten als erste Stadtverordnete und bekannte Funktionäre der KPD und der Allgemeinen Arbeiter-Union in Pirna, aber auch Wahlflugblattverteiler in Pirna und in anderen Orten. Dabei arbeiteten SA und Polizei Hand in Hand. Erleichtert wurde ihnen der Zugriff auf alle wesentlichen Funktionäre durch Namenslisten und Einsatzpläne, die die NSDAP überall in Deutschland seit Beginn der dreißiger Jahre zusammengestellt hatte.⁴¹ Lücken konnte die Pirnaer Polizei durch Rückgriff auf ihren Aktenbestand schließen.⁴² Was sie noch nicht wußten, erfuhren sie aus zahlreichen Denunziationsschreiben, die sich heute noch in dem Polizeiaktenbestand des Stadtarchivs befinden, soweit sie an die Polizei gerichtet waren⁴³ und in drei Fällen aus Aussagen verhafteter KPD-Mitglieder, die unter der Drohung von oder nach Folter schwach wurden. Einer gar verpflichtete sich im Schutzhaftlager zu Spitzeldiensten, die er nach seiner Entlassung auch bis 1935 zu leisten suchte.

Täglich konnten die Pirnaer im örtlichen Amtsblatt die Namen der Verhafteten lesen und von Haussuchungen erfahren. Nicht heimlich bei Nacht – in aller Öffentlichkeit gingen SA und Polizei vor. Gerade dadurch sollte abschreckende Wirkung erzielt und jeder Widerstandswille gebrochen werden. Die Festnahmen konzentrierten sich auch nicht auf wenige Tage, sondern erstreckten sich über viele Wochen.

Die Verhafteten sperrte man vorerst in der Fronfeste (Schmiedestraße), im SA-Heim in der Mühlenstraße (ehemalige Geblersche Fabrikanlagen), in der Arrestzellen der Polizeiwachen und in der SA-Führerschule in Struppen ein, wieder andere überstellte man nach Dresden, weil die örtlichen Unterkünfte nicht alle fassen konnten.

Bereits am 8.3.1933 besetzte die SA-Standarte Pirna die Jugendherberge auf der Burg Hohnstein. Als sich der sozialdemokratische Herbergsleiter Konrad Hahnwald weigerte, die Hakenkreuzfahne zu hissen, inhaftierte ihn die SA als ersten Schutzhäftling der Burg.⁴⁴ Ab 14.3. wurden dort die „Schutzhaftgefangenen“ aus der KPD, bald aber auch Sozialdemokraten und Gewerkschaftsfunktionäre eingewiesen, nicht nur aus dem Kreise Pirna, sondern aus dem ganzen Dresdner Raum. Am 10.3. erklärte die SA das Wanderheim des Touristenvereins Naturfreunde in Königstein-Halbestadt, zum Schutzhaftlager. Ein Arbeitsdienstlager des

34 Michalka, S.22.

35 Michalka, S.23.

36 Vgl. Wippermann, S. 49f.

37 Der Kapitänleutnant Manfred v. Killinger gehörte 1920 zum Freikorps Ehrhard, das beim Kapp-Putsch eine wesentliche Rolle spielte. Seit 1921 war er in der Zentrale der berüchtigten „Organisation Consul“ Leiter ihrer militärischen Abteilung, auf deren Konto u.a. die Morde an Mathias Erzberger und Walter Rathenau stehen. (Vgl.: M.Sabrow, Die verdrängte Verschwörung. Der Rathenau-Mord und die deutsche Gegenrevolution. Frankf.a.M. 1999). Später schloß er sich Hitlers SA an und brachte es dort zum Gruppenführer. Zwischen 1933 und 1935 war er sächsischer Ministerpräsident.

38 Vgl. Günter Kirsch, Die Konstituierung der nationalsozialistischen Herrschaft in Sachsen 1933/34. In: Sächsische Heimatblätter, 1/1995, S: 23-27.

39 StAP, B III-XXVI, 182, Bl. 223 ff; PA, 3.3.1933, S.2; 4.3.1933, S.2.

40 Scheufler bewies durchaus Eifer. Nachdem die SA auf eigene Faust operiert hatte, erbat er „recht bald die erforderlichen Vorgänge über die Inschutzhaftmaßnahmen, die s. Zt. Durch die Standarte 177 erfolgt sind“ und übersandte an sie „vorbereitete Haftbefehle“, also Blankoformulare, in die die SA nur noch die Namen einzusetzen brauchte (B III-XXVI, 183, 2551).

41 Vgl. Schneider, S. 53

42 StAP, B III-XXVI, 183 mit personenbezogenen Akten, die bis 1918 zurückreichten.

43 Die sicher noch häufigeren Denunziationen, die über die NSDAP-Leitungen liefen, sind nicht erhalten.

44 PA, 9.3.1933, S.2; Chronik, S. 18.

„Reichsbanners“, das sich zu dieser Zeit dort befand, verfiel der Auflösung, und dessen Leiter, der Postelwitzer Heinrich Reißmann, wurde gleich als erster Schutzhäftling da behalten.⁴⁵ Von sechs solcher Lager in Sachsen befanden sich damit zwei in der Amtshauptmannschaft Pirna. Ende März waren in Hohnstein bereits über 400 Gefangene registriert.⁴⁶ Ende April 1933 bewachten und schikanierten dort 150 SA-Leute bereits ca. 500 Schutzhaftgefangene.⁴⁷ In Hohnstein führte Sturmführer Jähnichen das Kommando (er stieg während dieser Tätigkeit bis zum Obersturmbannführer auf) und in Königstein-Halbestadt Sturmführer Rosig (ein Bruder des bereits erwähnten Standartenführers). Unter ihrer Regie verwandelten sich beide Lager zu regelrechten Folterstätten. Am 23.4.1933 erschlugen die SA-Schergen den Heidenauer Kommunisten Fritz Gumpert in Königstein-Halbestadt. Seine Leiche wurde nach Heidenau überführt. Der Heidenauer Arbeiterfotograf Rudolf Nesajda nahm den zerschundenen Körper heimlich auf. Der Film gelangte in die CSR, die Aufnahmen erschienen in der „AIZ“ und später im „Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitler-Terror“.⁴⁸ Im „Pirnaer Anzeiger“ liest sich der Vorgang so:

„Heidenau: Falsche Gerüchte. Zu dem Ableben des Kommunisten G. von hier, der inhaftiert war, werden Gerüchte verbreitet, wonach G. erschossen oder erschlagen worden sein soll. Es sei vor der Verbreitung derartiger unwahrer Gerüchte gewarnt, da mit aller Schärfe dagegen vorgegangen wird. Verbreiter unwahrer Gerüchte setzen sich schwerer Bestrafung aus.“⁴⁹

Tags darauf war zu lesen:

„Der Friedhof in Heidenau-Süd war am Donnerstagnachmittag (27.4.) Schauplatz einer großen Menschenansammlung. Die Menge hielt sich wegen der Sezierung der Leiche des Kommunisten G. von hier, welche auf Anordnung der Staatsanwaltschaft erfolgte, dort auf. Es machte sich schließlich die polizeiliche Räumung des Friedhofs notwendig.“⁵⁰

Als Gumpert am 28.4. beerdigt wurde, erschienen beinahe 3000 Heidenauer zum letzten Geleit. SA und Polizei riegelten den Zugang zur Grabstätte ab und ließen nur die nächsten Angehörigen passieren.⁵¹

Über die Torturen, denen der Pirnaer jüdische Dentist Max Tabaschnik in Königstein-Halbestadt während seiner fünftägigen „Schutzhaft“ im März 1933 ausgesetzt war, gab er einen ausführlichen Bericht. Er erschien 1934 in einer Sammlung von Zeugnissen Betroffener aus den ersten Nazi-KZ Deutschlands in Karlsbad und gab so für die internationale Öffentlichkeit Kunde vom Terror-Regime des deutschen Faschismus.⁵²

In den drei Hohnstein-Prozessen März bis Juni und Juli 1949 in Pirna und November 1949 in Freital kamen sadistische Taten der SA-Leute zutage, die deutlich werden ließen, wie in diesen Lagern geradezu Torturen des Mittelalters wieder aufgelebt waren.⁵³

Die Zahl der in diesen Lagern Umgebrachten ist bis heute infolge der Verschleierungsmaßnahmen der SA nicht genau ermittelt. Es gibt dazu unterschiedliche Angaben. In den Hohnstein-Prozessen, in denen auch gegen die Täter von Königstein-Halbestadt verhandelt wurde, ist von etwa 150 Umgebrachten in Hohnstein die Rede und von etwa 40 in Königstein-Halbestadt. Von letzteren sind nur 11 Namen bekannt.⁵⁴ Vom Leiter des Pirnaer Krankenhauses, Dr. v. Renner, wird berichtet, er habe „Überweisungen“ aus

45 Ebenda. Das Schutzhaftlager Königstein-Halbestadt wurde Mitte September 1933 wieder aufgelöst. Siehe: PA vom 17.9.1933, S.2.

46 PA, 28.3.1933, S.3.

47 PA, 29.4.1933, S.12.

48 Chronik, s. 23.

49 PA, 28.4.1933, S.2.

50 PA, 29.4.1933, S.2.

51 Chronik, S. 23.

52 Vgl. Jensch, Juden in Pirna. Pirna 1997, S. 76-94. Im folgenden: Jensch,...

53 Vgl. dazu die umfangreiche Prozeßberichterstattung in der „Sächsischen Zeitung“.

54 SZ, 27.7.1949.

Hohnstein abgelehnt. Sein Krankenhaus wäre kein Leichenschauhaus!⁵⁵ Sturmbannführer Tappert aus Pirna verfügte am 20.6.1933 für das am 7.3.1933 nach Hohnstein eingelieferte Copitzer KPD-Mitglied Bruno Schäfer: „Um Schwierigkeiten wegen des Gesundheitszustandes des Schäfer zu umgehen, wird sofortige Umstufung von III nach II (Schutzhaftkategorien) und Entlassung dringend befürwortet.“ Schäfer wurde daraufhin am 21.3. entlassen – aber in welchem Zustand und mit welchen Folgen?⁵⁶ So versuchte die SA die Auswirkungen ihrer Untaten zu verschleiern.

Der Lohmener Schulleiter Gerhard Schubert, Vorsitzender der SPD-Ortsgruppe, beging am 28.3. nach schweren Mißhandlungen in Hohnstein Selbstmord.⁵⁷ Kurt Glaser, Kommunist aus Ottendorf bei Sebnitz, durchbrach am 3.8. bei seiner zweiten Einweisung auf die Burg Hohnstein den Kordon prügelnder SA-Männer und sprang über die Mauer 80 Meter tief in den sogenannten Bärengarten.⁵⁸

Einer der Höhepunkte der Quälerei war der 30.4.1934, wo es bei einem „Strafexerzieren“ vier Tote, 27 Schwerverletzte und etwa 50 Leichtverletzte gab.⁵⁹

Wer von denen, die vor einiger Zeit die Wartenbergstraße von der Hocksteinschänke abwärts ins Polenztal als illegale Rennstrecke nutzten, wußte, daß diese Strecke 1933/34 von Schutzhäftlingen in schwerster Handarbeit ausgebaut wurde? Als dort am 21.7.1933 Kurt Bretschneider, Alfred Richter und Karl Täubrich aus Pirna als Pilzsucher getarnt mit ihren verhafteten Genossen Verbindung aufzunehmen suchten, nahmen sie die SA-Wachen gleich in Schutzhaft mit auf die Burg.⁶⁰

Insgesamt erlebten mehr als 5000 Nazigegner das „Schutzhaftlager“ Burg Hohnstein, eine ganze Reihe zweimal. Auf dem Höhepunkt seiner Existenz war es mit 700-800 männlichen und weiblichen Häftlingen belegt. Eine Liste von in Hohnstein Inhaftierten aus dem Kreis Pirna weist 409 Namen auf.⁶¹ Sie ist nachweislich unvollständig. Eine genaue Rekonstruktion der Ereignisse in Hohnstein und Königstein-Halbestadt wird wohl nie zu erreichen sein, weil die Nazis alle Unterlagen verschwinden ließen.

Der Öffentlichkeit damals wurde ein geschöntes Bild der Zustände in beiden Lagern vorgeführt, die als Umerziehungsstätten angepriesen wurden. So in einem Zeitungsartikel im NS-Organ „Freiheitskampf“ vom 2.1.1934, S.6 unter der Überschrift „Zu Hohnstein an der Polenz“, wo man u.a. auf die Vorteile für Landwirtschaft, Handel und Gewerbe in Hohnstein und Umgebung durch die Existenz des Lagers verwies und die vorbildliche Betreuung der Insassen durch den Sturmbannarzt Pg. Dr. Winkler aus Wendischfähre.⁶²

Jeder Häftling mußte bei seiner Entlassung schriftlich erklären, daß er an der Behandlung im Lager nichts auszusetzen hätte und sich der nationalen Regierung gegenüber künftig loyal verhalten würde.⁶³

Die Entlassenen unterlagen teilweise polizeilicher Meldepflicht und nachsorgender Überwachung. Über Haftentlassung entschied der Bürgermeister in Absprache mit der NSDAP-Kreisleitung und den Lagerkommandanten. Sie erfolgte oft ohne ersichtlichen Grund, wie die Verhaftungen selbst vielfach auch ohne schriftliche Angabe von Gründen vorgenommen wurden. Hitlers Geburtstag am 20.4.1933 war für eine ganze Anzahl Entlassungstag.

55 Zeugenaussage in SZ vom 27.7.1949.

56 StAP, B III-XXVI, 183, 3379.

57 Chronik, S.19.

58 Chronik, S. 29.

59 Zeugenaussagen im 2. Hohnstein-Prozeß in SZ, 16.7.1949.

60 StAP, B III-XXVI, 183, 3299.

61 StAP, S 007, PDS-Bestand.

62 Ebenda.

63 Mehrere Dutzend solcher originaler Erklärungen finden sich im Polizeiaktenbestand des Stadtarchivs Pirna.

Wer herauskam, mußte fürchten, bei geringsten Verstößen erneut eingeliefert zu werden. Insofern hatten diese Lager die Funktion abschreckend zu wirken und Widerstandswillen zu brechen. Daß das vielfach gelang, davon zeugt u.a. ein am 15.5.1933 abgefaßter „Gruß aus Hohnstein an Pirna zur 700-Jahr-Feier“ von zehn Pirnaer Häftlingen, in dem es abschließend heißt, „...es ist aber durchaus keine Unmöglichkeit, daß auch wir von der nationalen Bewegung überzeugt werden, wenn wir in Freiheit leben und uns ein neues Leben beginnen können.“⁶⁴ Ein ehemaliger kommunistischer Jugendfunktionär bekannte in der Schutzhaft am 3.4.1933 in einem Schreiben, „sich auf Irrwegen befunden zu haben“. Ein ehemaliger kommunistischer Stadtverordneter schloß sich 1933 dem „Stahlhelm“ an und landete 1934 bei der SA-Reserve. Wenn sich auch die Mehrzahl der Hohnstein-Häftlinge nach der Entlassung aus dem politischen Leben zurückzogen, setzten einige Dutzend aktive illegale Arbeit, wie wir noch erfahren werden, fort.

Neben den Schutzhaftmaßnahmen traten ab April auch die regulären und Sondergerichte in Aktion. Zuerst wandten sie sich der Verfolgung von Teilnehmern an den Auseinandersetzungen vor den Reichstagswahlen zu. So verurteilte das Landgericht Dresden den Pirnaer Kommunisten Gustav Herrmann, obwohl keine Beweise für Beteiligung an „schwerem Aufruhr und Vergehen gegen die Polizei“ wegen der Zusammenstöße Anfang Januar 1933 vorlagen, zu 6 Monaten Gefängnis.⁶⁵ Vor dem Sondergericht Freiberg stand als erster Pirnaer Alfred Petzold aus Jessen wegen Geldsammlung für die „Rote Hilfe“ und Vertriebs von Postkarten mit kommunistischer Tendenz. Dafür mußte er für 4 Monate ins Gefängnis.⁶⁶ Im Mai verurteilte das Landgericht Bautzen „sieben Kommunisten aus Elbersdorf, Wilschdorf, Dürrröhrsdorf, Pirna und Stolpen“ wegen „Anbringens hetzerischer Anschriften“, (am 7.2.1933) „...die sich gegen die nationalsozialistische Regierung richteten, zum Generalstreik bzw. bewaffneten Aufstand aufforderten.“ Als Haupttäter wurde der „Zimmermann Krenz aus Pirna-Copitz zu 6 Monaten Gefängnis“ verurteilt, die anderen zu 2 Wochen bis zu 3 Monaten.⁶⁷

Wegen einer Beteiligung an einer Schlägerei mit Nazis vor dem Heidenauer Arbeitsamt am 28.2. verurteilte das Freiburger Sondergericht die Heidenauer Arbeiter Max Kuske zu 2 Jahren, Robert Müller zu 2 Jahren, 6 Monaten Zuchthaus, Kurt Petters zu 1 Jahr, 3 Monaten, Kurt Ziesche zu 1 Jahr Gefängnis. Kuske und Müller wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf 5 Jahre aberkannt.⁶⁸ Das gleiche Gericht verurteilte Alfred Pönisch wegen „Verbreitung kommunistischer Druckschriften“ zu 7 Monaten Gefängnis⁶⁹ und den für mehrere Monate flüchtig gewesenen ehemaligen Stadtverordnetenvorsteher Fritz Ehrlich, der in Pockau-Lengefeld verhaftet werden konnte, als „Kurier mit kommunistischen Schriften“ zu einem Jahr Gefängnis.⁷⁰

Beschlagnahmungen und Vermögensraub

Kurz nach den Reichstagswahlen, am 9.3., besetzte die SA das Volkshaus, seit 1900 die Begegnungs- und Versammlungsstätte der Pirnaer Arbeiterorganisationen. Es wurde in der Folgezeit das „Verkehrshaus der Nationalsozialisten“. Am gleichen Tage stürmte die SA auch die Volksbuchhandlung auf der Breiten Straße und verbrannte deren Buchbestände auf der Kreuzung, zwei Monate vor der spektakulären Bücherverbrennung in Berlin! Hermann Paufler berichtet darüber:

64 StAP, B III-XXVI, 183, 2196, Bl. 60/61.

65 PA, 24.4.1933, S.2.

66 Ebenda.

67 PA, 25.5.1933, S.2.

68 PA, 3.8.1933, S.7.

69 PA, 5.8.1933, S.7.

70 PA, 2.9.1933, S.10.

„...Als ich in die Nähe des heutigen Kraftverkehrs kam, kam aus der damaligen Fabrik von Gäbler, heute Auto-Mildner, eine Kolonne mit Karabiner bewaffnete SA. ..(ich) bin zurück nach der Stadt, eine Kolonne besetzte das Volkshaus und die anderen marschierten nach der Volkszeitung. Es dauerte auch nicht lange, da schleppten die SA Bücher, Schreibmaterial und alles andere auf die Straße und brannten es an, darüber herrschte von der anwesenden Bevölkerung große Empörung. Gegen die bewaffnete SA konnte nichts unternommen werden, und so mußte zugesehen werden, wie alles fortschrittliche Material verbrannte. Am Hause der Buchhandlung von Höhne stand unter Bewachung der Gen. Fietsch Oskar und noch ein Gen., dessen Namen ich nicht mehr weiß, dann sah ich noch, wie Pastor Peter abgeführt wurde. Nachher bin ich nach Hause gegangen. Als ich am Volkshaus war, stand mein damaliger Unterkassierer von der SPD als SA-Mann Posten, im Februar hatte er mich noch kassiert, es war der Lump P., ich war erschüttert.“⁷¹

Die Bücherverbrennung muß also in Teilen der Bevölkerung auf Empörung gestoßen sein, denn am 11.3.1933 erschien im „Pirnaer Anzeiger“ eine Mitteilung der NSDAP-Kreisleitung, wonach „vor der Volksbuchhandlung nur marxistische und zersetzende Literatur verbrannt“ worden sei. Die Feuerwehr hätte am Abend des 9.3. gelöscht und den Rest am 10.3. früh abgefahren.⁷² Selbstverständlich verschwand die „zersetzende“ Literatur in den darauffolgenden Tagen und Wochen auch aus den Buchhandlungen und Bibliotheken.

Besetzt und beschlagnahmt wurden im Kreis alle Sport- und Kulturstätten der Arbeiterbewegung, die Einrichtungen der Arbeiterwohlfahrt und der Arbeiter-Samariter. In der Nacht vom 18. zum 19. März besetzte die SA das Naturfreundehaus am Zirkelstein und nahm zwei dort Übernachtende in Schutzhaft.⁷³ In diesen Tagen durchsuchte sie auch das August-Bebel-Heim in Gohrisch, beschlagnahmte dort Schriften und nahm das Schild herunter. Das Heim und die dazugehörigen Grundstücke, im Besitz des „Bezirksausschusses für Arbeiterwohlfahrt und Kinderschutz Berlin, e.V.“, wurden Ende November zugunsten des Landes Sachsen eingezogen.⁷⁴

In einem Haus am Obergraben in Heidenau entdeckte man die Instrumente der Reichsbannerkapelle und beschlagnahmte sie. Apparate und Gerätschaften des Arbeiter-Radio-Bundes fielen dort der SA gleichfalls in die Hände.⁷⁵ Im Verlauf weiterer Haussuchungen raubte die SA in Heidenau auch die Instrumente (Schalmeien) der ehemaligen Rot-Front-Kapelle. In einem Seitengebäude eines städtischen Grundstücks an der Dresdner Straße in Heidenau (Sanitätswache der Arbeiter-Samariter), „wo Zusammenkünfte marxistischer Jugendorganisationen stattfanden“, wurde „aufgeräumt“, d.h. geplündert und dabei „hetzerische Schriften“ erobert und vernichtet.⁷⁶ Geschlossen wurde der Kinderhort in der Fröbelstraße, „der als sozialdemokratisches Unternehmen gilt (Arbeiter-Samariter).“⁷⁷

Der „proletarischen Musikvereinigung“ in Pirna, die ihr Heim in einer Scheune an der Braustraße hatte, stahl man „dort vorgefundene Musikinstrumente“ und beschlagnahmte dort gleichfalls eine Typendruckerei, Druckpapier und andere Materialien.⁷⁸ „Auf Veranlassung der Standarte 177 wurde das gesamte Material, Geräte usw. der Arbeiter-Samariterkolonne Pirna beschlagnahmt.“⁷⁹ Laut einer Entscheidung des sächsischen Ministeriums des Innern fiel das gesamte beschlagnahmte Material der Arbeiter-Samariter an SA und SS.⁸⁰

⁷¹ StAP, PDS-Bestand, 0057 Paufler, Hermann.

⁷² PA, 10.3.1933, S.2.

⁷³ PA, 22.3.1933, S.3.

⁷⁴ PA, 14.3.1933, S.2/3 und 1.12.1933, S.2.

⁷⁵ PA, 25.3.1933, S.3.

⁷⁶ PA, 31.3.1933, S.3.

⁷⁷ PA, 2.4.1933, S.2.

⁷⁸ PA, 5.4.1933, S.2.

⁷⁹ PA, 29.4.1933, S.2.

⁸⁰ PA, 7.9.1933, S.2.

Dem „Arbeiter-Samariterbund, dem marxistischen Landesausschuß der Kinderfreunde und dem Landesausschuß der Arbeiterwohlfahrt“ entzog das sächsische Ministerium des Innern im April die Sammelgenehmigung und untersagte dem Arbeiter- Turn- und Sportkartell den Spielbetrieb und die Benutzung eigener Räume, Turnhallen, Sportplätze und Bäder. Die geschlossenen Häuser der Naturfreunde erhielten die „nationalen Verbände“.⁸¹ Erst am Ende dieses Raubzuges stand das Verbot der Arbeiterwohlfahrt in Sachsen, das nun offiziell mit der Beschlagnahme ihres Eigentums ausgesprochen wurde.⁸²

Das 1928/29 mit großem Aufwand von der „Gesellschaft Sächsischer Jugenderholungsheime“ erbaute Jugenderholungsheim Ottendorf b. Sebnitz („stand unter marxistischer Leitung“) wurde vorerst geschlossen, ehe man es 1934 zu einer BdM-Führerinnenschule umfunktionierte.⁸³

Dem Verbot unterlagen zahlreiche Organisationen, die von Kommunisten beeinflußt waren.

So hatte der Reichskommissar für Sachsen, v. Killinger, „auf Grund Reichspräsidentenverordnung vom 28.2.33 ... bestimmt: Auflösung und Verbot von RHD, IAH, KJV samt Kindergruppen: die Roten Jungpioniere und die Rote Jungschar, Roter Frauen- und Mädchenbund, RGO, Revolutionärer Industrieverband, Kampfbund gegen den Faschismus, Roter Massenselbstschutz, Antifaschistische Aktion, Kartell roter Wehrverbände, sowie sämtliche kommunistischen örtlichen Selbstschutzverbände (Rote Wehr usw.), Kampfgemeinschaft für Rote Sporteinheit u. alle örtlichen komm. Sportorganisationen, Freier Radio-Bund Deutschlands, Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit, Bund der Freunde der Sowjetunion und Gesellschaft der Freunde des neuen Rußland, Bund schaffender Landwirte und Lausitzer Bauernbund, AAU, Freie Arbeiter-Union Deutschlands, Anarchistisch-syndikalistische Jugend Deutschlands, Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Organisationen, Sozialistischer Schülerbund, Arbeiter-Turn-u.-Sportbund, Sozialistische Schülerschaft.

Vermögensbestände sind zu beschlagnahmen, Geschäftsstellen, benutzte Grundstücke und Räumlichkeiten zu schließen.“⁸⁴

Die Mehrzahl dieser Organisationen war auch in unserem Kreise vertreten.

Verschont wurden auch nicht die Konsumgenossenschaften vor Übergriffen der Nazis. Vermeldet wurden solche z. B aus Sebnitz.⁸⁵

Übrigens: Am 7.5.1933 schloß man auch das Kinderheim des Tischerstifts. Das Gebäude geriet in die Hände „der SA der NSDAP“.⁸⁶

Die Terrormaßnahmen gegen die KPD führte bei der SPD vorerst zur Fortsetzung des Legalitätskurses. Wenn man die Gesetze konsequent beachtete, gäbe man den Nazis keine Möglichkeit des Angriffs gegen die Partei, meinte man. Von den Kommunisten setzte man sich unter den gegebenen Umständen besser ab. Dennoch befürchteten manche Mitglieder Repressionen und verließen die Partei. Wie anderswo traten besonders einige Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst auch in unserem Kreis aus der Partei aus.⁸⁷ Der „Pirnaer Anzeiger“ vermerkte das jeweils genüßlich. Vor ihrer späteren Verhaftung schützte sie es allerdings nicht. Martha Seifert, rührige Stadtverordnete der SPD und Mitglied des

81 PA, 6.4.1933, S.2.

82 PA, 27.8.1933, S.2.

83 PA, 3.5.1933, S.2 und 7.2.1934, S.11. (Nicht zu verwechseln mit der einstigen Jugendherberge Ottendorf).

84 PA, 30.4., S.11.

85 Schneider, S. 65.

86 StAP, E II, 409, 14, S. 145.

87 Vgl. Schneider, S. 77ff zum Kurs der SPD-Führung und zu den Differenzen zwischen im Lande verbliebener Rest-Reichstagsfraktion und dem in der Emigration gebildeten Auslandsvorstand in Prag. Mutig lehnte die Reichstagsfraktion am 23.3.1933 Hitlers „Ermächtigungsgesetz“ als einzige ab, stimmte aber am 15.5. seiner „Friedensrede“ und damit dem außenpolitischen Programm Hitlers zu, wogegen die Auslandsleitung protestierte.

Sächsischen Landtags, tauchte im März unter, ihr Ehemann Willi Seifert, SPD-Geschäftsführer in Pirna, ging in die CSR. Martha Seifert stellte sich im Mai 1933 in Dresden der Polizei und wurde unverzüglich, ohne Rücksicht auf ihre parlamentarische Immunität, in Schutzhaft genommen und nach Hohnstein verbracht.⁸⁸ Vereinzelt gab es Kontakte zu kommunistischen Gruppen (siehe Rottwerndorf/Neundorf) und mutige Handlungen von Mitgliedern der SPD seit Anfang März 1933. Der Copitzer SPD-Obmann für den Bezirk Hauptplatz, Oberplatz und Fährstraße, Max Schneider, verteilte am 4.3., als die Verfolgungsmaßnahmen in Pirna bereits in vollem Gange waren, ca. 50 Flugblätter mit der Überschrift „Brandstifter van der Lubbe wohnte (1932) bei Brockwitzer Nationalsozialisten“ (bei Meißen). Er erklärte, daß er diese Flugblätter wie alle anderen Materialien, die er von Vorständen seit Jahren erhielt, pflichtgemäß verteilt hätte. Die Pirnaer Polizei stellte fest, das offizielle Verbot dieser Flugblätter wäre erst zwei Stunden nach Schneiders Festnahme bei ihr eingetroffen. So kam Schneider davon.⁸⁹ Ob er sich der Brisanz der Flugblätter wirklich nicht bewußt war? Die verwiesen doch deutlich auf Verbindungen des Reichstagsbrandstifters zu Nazis!

Dennoch verschonte die SA-Standarte 177 auch vor dem Verbot der SPD nicht deren Führungsmitglieder. In der Nacht vom 8. zum 9.4.1933 verhaftete sie in Heidenau 10 SPD-Funktionäre, darunter den Geschäftsführer Karl Mach und den Gewerkschaftsbeamten Fellbaum.⁹⁰

Die Gewerkschaftsführung ging bis an den Rand der Selbstaufgabe. Sie war bereit, sich in den „neuen Staat“ einzugliedern, verhandelte im März mit Industriellenverbänden über eine neue Arbeitsgemeinschaft (wie 1918) und trennte sich bereitwillig von jüdischen Angestellten. Am 20.3. sagte sich die ADGB-Führung von der SPD los, unterbreitete am 9.4. gar der NSBO (Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation) das Angebot zur Bildung einer Einheitsgewerkschaft und rief die Mitglieder zur Teilnahme an den von der NSDAP vorbereiteten Maiumzügen auf.⁹¹ In Pirna befanden sich die hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionäre Franz Rosteck und Hermann Höppner und seit dem 13.3. bzw. 16.3. in Schutzhaft. Am 27.3. forderte die Kreishauptmannschaft den Stadtrat auf, ihr bis zum darauffolgenden Tag mitzuteilen, ob Bedenken gegen die sofortige Aufhebung der Schutzhaft für beide bestünden. Denn: „Mit Verordnung des Herrn Reichskommissars für das Land Sachsen vom 25. März 1933 ist angeordnet worden, daß die Arbeit in den Gewerkschaftshäusern und ähnlichen Einrichtungen der Gewerkschaften unter gewissen Bedingungen wieder aufzunehmen ist. Dazu ist erforderlich, daß die Gewerkschaftsangestellten, soweit dies möglich ist, sofort in die Lage versetzt werden, ihre gewerkschaftliche Tätigkeit wieder aufnehmen.“⁹²

Höppner berief sich in einer Eingabe auf diese Verfügung und betonte, er sei im ADGB-Ortsausschuß der Amtshauptmannschaft Pirna für zivil-, strafrechtliche und sozialpolitische Rechtsberatung der Mitglieder und die Bearbeitung und Vertretung von Kranken-, Unfall-, Invaliden-, Angestellten-, Versorgungs- und Arbeitslosenunterstützungsfällen zuständig gewesen und hätte keine politische Funktion gehabt. Er wäre nur einfaches Mitglied der SPD gewesen.⁹³

Beide wurden dennoch erst später entlassen, Höppner am 7.5., Rosteck am 5.7. Rosteck wurde aber im Juni/Anfang Juli zur Abwicklung der Gewerkschaftsgeschäfte und der Allgemeinen Ortskrankenkasse Pirna, deren Vorsitzender er auch war, herangezogen, wobei er sich abends immer wieder in der Fronfeste einfinden mußte. Die Gewerkschaften verfügten

88 StAP, B III-XXVI, 183, 990.

89 StAP, B III-XXVI, 183, 3464.

90 PA, 11.4.1933, S.2.

91 Vgl. Wippermann, S. 52.

92 StAP, B III-XXVI, 183, 3320.

93 StAP, B III-XXVI, 183, 2551.

über ein großes Vermögen, über Häuser und viele Einrichtungen. Die Geschäfts- und Finanzverbindungen waren für Außenstehende nicht gleich überschaubar. Daher ist vielleicht dieser ganze Vorgang erklärbar. Auch scheint sich die NS-Führung im März bis in den April hinein noch nicht vollends einig gewesen zu sein, wie mit dieser größten Organisation der Arbeiterschaft zu verfahren wäre.

Kurz vor dem ersten Mai wußte man es.

Der 1. Mai und die Zerschlagung der Gewerkschaften

Den seit über 40 Jahren begangenen Kampftag der Arbeiterklasse für ihre sozialen Rechte funktionierten die Faschisten zum „Tag der nationalen Arbeit“ um. Unter der Regie der NSDAP-Kreisleitung und des Kreisbetriebszellenleiters hatten Unternehmer, Angestellte und Arbeiter wie überall im Reich „Volksgemeinschaft“ zu demonstrieren und die Klassengegensätze vergessen zu machen. Mancherorts regte sich aber Widerstand. Da flatterte schon mal eine rote Fahne von einem Schornstein. In Zehista zeigte ein Verwaltungsbeamter am 30.4. an, daß im Ort vor jeder Haustür Flugblätter folgenden Inhalts niedergelegt worden wären: „Betrüger – Betrogene, Schieber – Geschobene, Satte – Hungernde, Etappenhengste – Hungerleider. Alles ein Dreck und Brei, das ist der Hitler-Mai!“ In sechs kommunistischen Haushalten setzte es Haussuchungen und Verhöre – ohne Erfolg.⁹⁴

Ein umfangreiches Tagesprogramm mit Umzug, zahlreichen Reden und Veranstaltungen ergoß sich über die Pirnaer. Überall in den Kirchen fanden feierliche Festgottesdienste statt.⁹⁵

Am 2. Mai besetzten die Nazis „schlagartig“ in ganz Deutschland die Gewerkschaftshäuser und zerschlugen die Gewerkschaften, deren Widerstandskraft durch die Kollaborationsbereitschaft der ADGB-Spitzen mit den Nazis ausgehöhlt war.

In Pirna war manches schon vorweg erledigt worden. So berichtete der „Pirnaer Anzeiger“ denn auch: „Die Gleichschaltung der Gewerkschaften war in der Stadt Pirna bereits seit einiger Zeit durchgeführt worden, so daß man sich bei der Durchführung ... gegen die Gewerkschaften nach dem 1. Mai auf die Umgebung beschränken konnte, wobei eine Anzahl Funktionäre in Schutzhaft genommen wurden.“⁹⁶ Das geschah u.a. in Heidenau, wo die Geschäftsstellen des Metallarbeiter- und des Fabrikarbeiterverbandes besetzt und deren Geschäftsführer Müller und Nickel in Schutzhaft genommen wurden.⁹⁷ Dazu hieß es: „Die Geschäfte der besetzten Gewerkschaften erleiden keine Unterbrechung, da die Verwaltung geeigneten, auf dem Boden der nationalen Regierung stehenden Herren übertragen worden ist.“⁹⁸ In die Räume des Fabrikarbeiterverbandes in der damaligen Horst-Wessel-Straße 6 nistete sich die Geschäftsstelle der NSBO ein.⁹⁹

Allerdings übernahm letztlich nicht die NSBO die Geschäfte der Gewerkschaften. Am 10.5.1933 rief die NSDAP die „Deutsche Arbeitsfront“ (unter Reichsleiter Ley) ins Leben, die alles andere, aber keine Interessenvertretung der Arbeiter war und in der auch die NSBO aufging. Alle anderen Gewerkschaften, wie der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, der Gewerkschaftsring deutscher Angestellten-, Arbeiter- und Beamtenverbände (Hirsch-Duncker) u.a. hatten sich bereitwillig der neuen Macht anheimgegeben und aufgelöst.¹⁰⁰

94 StAP, B III-XXVI, 183, 2180.

95 PA, 30.4., S.7 und 3.5., S.7.

96 PA, 4.5.1933, S.2.

97 PA, 3.5.1933, S.2.

98 Ebenda.

99 PA, 31.5., S.2.

100 PA, 5.5.1933, S.5.

„Das Reichsbanner stellte in Thüringen, Bayern und Sachsen in der Woche nach dem 5. März 1933 seine Arbeit völlig ein. Im Mai löste es sich selbst auf. Noch demoralisierender wirkten die Anbiederungsversuche, die einzelne Verbandsvorstände unternahmen, um das Überleben ihrer Organisationen in ‚entpolitisierter‘ Form zu sichern. Das betrifft die Naturfreunde, den Verband des ATSB und auch die Arbeiterwohlfahrt, die Wert darauf legte, ihre Unabhängigkeit (von der SPD) zu betonen.“¹⁰¹

Am 11.6. verfiel das Gesamtvermögen der SPD der Beschlagnahme und am 22.6 folgte das Verbot der Partei. Mai und Juni waren in unserem Kreis die beiden Monate mit den meisten Verhaftungen von SPD-Funktionären, die in ihrer Mehrzahl nun ebenfalls nach Hohnstein und Königstein-Halbestadt gelangten.

Mitte Mai wurden wie in Heidenau auch anderswo „Aktionen durchgeführt zur Auflösung sämtlicher marxistischen Vereine und Gruppen“, deren Geräte und Materialien man sicherstellte und beschlagnahmte.¹⁰²

Als Treuhänder über das geraubte Eigentum der Arbeiterparteien und Organisationen wirkten im Pirnaer Raum Rechtsanwalt Dr. Meischke und im Sebnitzer Gebiet Rechtsanwalt und SS-Sturmführer Dr. Flachs jun.. Grundlage ihres Tuns war das am 14.7.1933 erlassene „Gesetz über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens“, das infolge verschwommener Definition weiten Spielraum eröffnete.¹⁰³

Haussuchungen, Verhaftungen, polizeiliche Überwachung, der Auf- und Ausbau des Spitzelsystems setzten sich weiter fort; jede geringste Form von Widerstand oder von Kontakten antifaschistischer Kräfte zog sofort entsprechende Terrormaßnahmen nach sich.

Einen gewissen Überblick über das Ausmaß der Verfolgungsmaßnahmen vermitteln die Jahresberichte des Pirnaer Stadtrates für die Jahre 1933 bis 1935. (Anhang 1) Danach verhängte der Stadtrat allein im Jahre 1933 über 524 Personen die Schutzhaft.

Es bleibt die Frage, wie es möglich war, die seit Jahrzehnten gewachsenen, selbstbewußten, durchaus in verschiedenen Formen des sozialen und politischen Kampfes erfahrenen Parteien und Organisationen der Arbeiterklasse binnen weniger Monate relativ widerstandslos zu zerschlagen. Die politische Spaltung der Arbeiterbewegung ist sicher ein wesentlicher Grund, gibt aber allein noch keine hinreichende Erklärung.

Schneider meint,

„die schleichende Aushöhlung der sozialen und politischen Errungenschaften von Revolution und Republik, die Schwächung der Arbeiterorganisationen in den Jahren der wirtschaftlichen und politischen Krise, die zermürbende Wirkung von Arbeitslosigkeit und Massenelend und wohl auch die Resignation angesichts eines als übermächtig erscheinenden Gegners, dem die Massen zuströmten, trugen dazu bei, daß die Gewerkschaften und die Arbeiterbewegung insgesamt nahezu kampflos kapitulierten.“

Und weiter:

„Sowohl die Razzien und Hausdurchsuchungen selbst als auch die Zeitungsberichte sollten der Arbeiterschaft einschüchtern, sollten ihr die überlegene Machtposition der Nationalsozialisten und ihrer Helfershelfer sowie die Schwäche der eigenen Organisationen demonstrieren. Die Öffentlichkeit, mit der die Gewalttaten verübt und die Opfer zur Schau gestellt wurden, trug dazu bei, ein Klima allgemeiner Bedrohung und Verängstigung zu schaffen. Außerdem wurden die Wirkungen der eigenen Erniedrigungen und Demütigungen durch die Publizität, die z.B. durch Hohn- und Spottbilder vervielfältigt wurde, noch

101 Schneider, S.84.

102 PA, 18.5.1933, S.3.

103 Münch, S. 71.

gesteigert. So wurde deutlich, daß es gegen die nationalsozialistische Gewalt weder rechtsstaatliche Hindernisse noch den Schutz der Nachbarschaft gab. Die Erkenntnis, daß es keine ‚sicheren‘ Rückzugsorte gab, sollte und mußte demoralisierend dort wirken, wo sich die Angehörigen und Sympathisanten von KPD und SPD besonders stark geglaubt hatten, in den „roten Hochburgen“.¹⁰⁴

Solche Hochburgen waren vor 1933 ohne Zweifel auch Pirna, Heidenau, Dohna, Sebnitz und andere Orte, die eine überwiegende Arbeiterbevölkerung aufwiesen.¹⁰⁵

104 Schneider, S. 46 und 65.

105 Vgl. Abstimmungsergebnisse zu den Reichstagswahlen 1932/33.

3. Die kommunale Umwälzung

3.1. Versuch einer „wilden“ kommunalen Machtübernahme

Am 7.3. hißten SA-Leute auf dem Pirnaer Rathaus und auf dem Gebäude der Amtshauptmannschaft Hakenkreuzfahnen, gewissermaßen als äußeres Zeichen ihrer kommunalen Machtübernahme.¹⁰⁶ Anschließend an die Flaggenhissung beorderte der NS-Kreisleiter Sterzing die Beamten des Rathauses in den Sitzungssaal. Hier erklärte er ihnen u.a.:

„Unser Führer und Reichskanzler Adolf Hitler will in Deutschland keine chaotischen Zustände heraufbeschwören, im Gegenteil, er ist fest entschlossen, die chaotischen Zustände, die durch ein unfähiges, korruptes System geschaffen wurden, zu beseitigen. Er wird auf den Trümmern eines verkrachten Systems einen Staat der Sauberkeit und Ordnung errichten. Zu diesem Aufbau braucht er vor allem einen sauberen Beamtenapparat. Wir fordern von dem deutschen Berufsbeamtentum Sauberkeit, Pünktlichkeit und strengste Pflichterfüllung. Jeder Deutsche soll seinen Arbeitsplatz und sein Brot haben; für die Parteibuchbeamten aber, die den 9. November 1918 als Sprungbrett für ihre Laufbahn benutzten, ist im neuen Staat kein Platz mehr.“¹⁰⁷

Tags darauf erschienen Standartenführer Rosig, die SA-Führer Dr. Stolze und Brüß bei Bürgermeister Scheufler und erklärten, daß die Polizeigewalt in Pirna an Rosig überginge, die Stadtobrigade sich dem unterzuordnen habe, Haft- und Strafbefehle weiterhin durch Dr. Gaitzsch oder Scheufler auszufertigen wären und die städtischen Fahrzeuge für Polizeiangelegenheiten verfügbar sein müßten. Rosig und Brüß nahmen im Rathaus Quartier, der Ratssaal mußte der SA überlassen werden.¹⁰⁸

3.2. Killinger schafft Ordnung

Kurz darauf aber teilte Rosig mit, der zum Reichsbeauftragten für Sicherheit und Ordnung in Sachsen beauftragte SA-Führer v. Killinger habe angeordnet, „daß wegen guter Zusammenarbeit mit hiesigen Behörden die Polizeigewalt bei den ordentlichen Behörden verbleibe“. Das war eine Ausflucht. Das Fricksche Reichsinnenministerium war nicht gewillt, wilden SA-Aktionen von unten größeren Raum zu lassen. Das hätte jene verschrecken können, die man als Machtstützen benötigte (Verwaltung, Militär, Polizei, die „Wirtschaft“). Unmißverständlich wandte sich denn auch v. Killinger mit folgendem Aufruf an SA und Bevölkerung:

„Der Reichsminister des Inneren hat mich wegen der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Lande Sachsen beauftragt, die zur Erhaltung dieser Sicherheit und Ordnung notwendigen Maßnahmen zu treffen. Ich habe das Amt übernommen und werde mit allen dem Staate und mir zu Gebote stehenden Mitteln jede Störung der Ruhe, des Verkehrs und der friedlichen Arbeit der Bevölkerung zu verhindern wissen. Soweit die SA und SS von sich aus es für notwendig gehalten hat, in Verwaltung, Polizei und Verkehr einzugreifen, danke ich ihr für die von ihr getroffenen Maßnahmen. Sie sind nunmehr jedoch durch den mir gewordenen Auftrag hinfällig geworden. In Zukunft muß es mir überlassen bleiben, alle notwendigen Maßnahmen und Eingriffe anzuordnen und durchzuführen. Es sind deshalb alle von der SA getroffenen Amtshandlungen und Eingriffe unverzüglich aufzuheben, soweit ich oder die mir

106 PA, 8.3.1933, S.2.

107 „Freiheitskampf“ vom 8.3.1933, in: StAP, B III-II, 587, Bl. 12.

108 StAP, B III-II, 587, Bl. 1.

unterstellten Behörden und der Gruppenführer Sachsen es nicht für gut befinden, sie aufrechtzuerhalten. Die Hakenkreuzfahne und die alten Reichsfarben bleiben geblüht.

Ich erwarte von der Disziplin der SA, daß sie in Vertrauen darauf, daß ich Herr der Lage sein werde, allen meinen Befehlen pünktlich nachkommt. Ich werde dafür sorgen, daß auch in Sachsen in kürzester Zeit dem Willen des Volkes die gebührende Achtung gezollt wird. Die Bevölkerung des Landes ermahne ich, ruhig wie bisher ihrer Arbeit nachzugehen und Ansammlungen zu vermeiden, um nicht Gefahr zu laufen, an Leib und Seele Schaden zu erleiden. Ich werde nicht zurückschrecken, alle Personen, die die Ruhe und Ordnung stören oder zur Arbeitseinstellung auffordern, der härtesten Strafe zuzuführen.

Der Reichsbeauftragte für Sicherheit und Ordnung

gez.: v. Killinger¹⁰⁹

3.3. Die Umbildung der Stadtverordnetenversammlung

Von Oberbürgermeister Dr. Gaitzsch ist in dieser Zeit nichts zu hören. Gewiß übte er Zurückhaltung, ließ sich Anfang April wegen Krankheit beurlauben und ersuchte um Pensionierung.¹¹⁰ Bürgermeister Scheufler ordnete sich willig den neuen Machthabern unter und wies die Pirnaer Polizei zur Unterstützung von Haussuchungen und Verhaftungen an.

Der Pirnaer Kommunalkonflikt wurde erst nach der mit einer unbeschreiblichen Terrorwelle verbundenen Reichstagswahl auf neue Weise gelöst. Am 7.3. beantragte die NSDAP-Fraktion beim Oberbürgermeister die Einberufung der Stadtverordnetenversammlung, da das kommunistische Präsidium verhaftet wäre oder sich der Verhaftung entzogen hätte (Ehrlich).¹¹¹ Als sie am 10.3. zustande kam, mußte ihre Beschlußfähigkeit konstatiert werden, da alle KPD- und SPD-Mitglieder abwesend waren. Die Mehrzahl der KPD-Mitglieder befand sich in Schutzhaft, andere in der Illegalität. Der Oberbürgermeister berief die Stadtverordneten für den 13.3. erneut ein. Sollte dann auch noch keine beschlußfähige Anwesenheit aufzuweisen sein, fände die Sitzung unabhängig von der Zahl der Erschienenen statt.¹¹²

Als man am 13.3. zusammentrat, waren vier SPD-Abgeordnete anwesend. In dieser Sitzung nahm die NSDAP-Fraktion unter Reinhold das Heft in die Hand. Sie setzte ein neues Präsidium durch, an dessen Spitze Reinhold stand und zu dessen Stellvertretern Dr. Rietschel (Wirtschaftspartei) und Leschau (NSDAP) gekürt wurden. Oskar Fietsch erklärte sich namens der vier noch erschienenen Abgeordneten der SPD gegen die Neuwahl des Präsidiums, weil das alte ordnungsgemäß gewählt worden sei. Man könnte höchstens ein vorläufiges bestimmen. Bei der Wahl Reinholds gaben die SPD-Mitglieder weiße Zettel ab. Studienrat Müller (DVP) erklärte sich ebenfalls gegen Reinhold, betonte aber, „daß das nicht als Votum gegen die NSDAP aufzufassen sei.“ Angenommen wurde ein „Ermächtigungsantrag“ auf Ausschluß der kommunistischen Stadtverordneten und Stadträte, auch von der Teilnahme auf den Zuschauerbänken. Sie waren ohnehin nicht mehr in Freiheit.¹¹³ Die Sitzung vom 27.3. hatte u.a. Straßenumbenennungen zum Gegenstand. Oskar Fietsch (SPD) erhob vergeblich Einspruch gegen die Umwandlung der Friedrich-Ebert-Straße in eine Horst-Wessel-Straße. Kurz darauf wurde auch er verhaftet. Bezeichnend ist auch das für das „EHAPE“ in der Breiten Straße ausgesprochene Verbot des Lebensmittelverkaufs wegen „Unsauberkeit“.

109 StAP, B III-II,587, Bl. 9: Dresdner Anzeiger, 10.3.33:

110 PA, 2.4.1933, S.2. Dr. Gaitzsch war erst am 15.11.1929 als Bürgermeister wiedergewählt worden. Vgl. StAP, Stadtverordnetenprotokolle IV/1929, Bl. 158 und II/1933, Bl. 14.

111 PA, 9.3.1933, S.2.

112 PA, 11.3.1933, S.2.

113 PA, 15.3.1933, S.7.

Außerdem wäre es ein jüdisches Unternehmen.¹¹⁴ Zum Vorsteher wurde Paul Reinhold, NSDAP, gewählt. Dr. Zschunke (NSDAP) erklärte, nie wieder werde das kommunistische Präsidium zurückkehren.

Wenige Tage später verfügte die Reichsregierung, alle Kommunisten aus Ehrenämtern in den Gemeinde-, Bezirks-, Landes- und Reichsverwaltungen zu entfernen. Gleiches galt auch für Mitglieder der KPD (O) und der SAP.¹¹⁵

Tage darauf erörterte der Stadtrat, oder was von ihm noch übriggeblieben war, die Neubildung des Stadtverordnetenkollegiums auf der Grundlage der Reichstagswahlergebnisse vom 5.3. Danach sollte es folgende Sitzverteilung geben: NSDAP 14, SPD 9, Zentrum 1, Kampfbund Schwarz-Weiß-Rot 3, DVP 1, Christlich-sozialer Volksdienst 1. Alle KPD-Mandate sollten kassiert werden. Eine endgültige Entscheidung wollte man nach einer erwarteten Verordnung treffen.¹¹⁶

Auch das war noch nicht der Abschluß der Umkämpfung der Stadtverordnetenversammlung. Gut zwei Wochen später wurde sie erneut umgebildet. Die einzelnen Parteien hatten Vorschlagslisten einzureichen. In Pirna wie in anderen Orten, ja für die gesamte Amtshauptmannschaft, wurden die Vorschläge der SPD „aus formalen Gründen für ungültig erklärt“.

3.4. Die Gleichschaltung der Kommunen

Am 27.4.1933 konstituierte sich nach dem „Gleichschaltungsgesetz“ ein neugebildetes Kollegium. Die Sitzverteilung: NSDAP 21, Kampffront Schwarz-Weiß-Rot 4, DVP 2, Christlich-sozialer Volksdienst 2, insgesamt also 29.¹¹⁷ Die von der SPD eingereichte Liste verfiel aus formalen Gründen der Ablehnung, „weil sie nicht von einer dazu berechtigten Person eingereicht war.“¹¹⁸ Eine Übersicht gibt uns die Berechnungskunststücke der Nazis wieder:¹¹⁹

Sitzverteilung	Jetzt (25.4.33)	Nach	bish.	Bisher (Jan 33)
NSDAP	21		14	6
Kampffront Schw.-W.-R.	4		3	1
DVP	2		1	3
Christl. sozialer Volksdienst	2		2	0
SPD	0		9	9
KPD	0		0	10

114 PA, 30.3.1933, S.9. Stadtverordnetenprotokolle II/1933, Bl. 116: Gewerbeamt am 12.5.33 an Stadtverordnete zu deren Beschluß v vom 28.3.33, der „Ehape“ die Konzession für den Erfrischungsraum sofort zu entziehen, ferner den Verkauf von Lebensmitteln aller Art sowie von gärtnerischen Erzeugnissen und Tabakwaren zu verbieten: Die Kreishauptmannschaft Dresden hob den Beschluß auf, weil er nach geltenden gesetzlichen Bestimmungen nicht durchgeführt werden dürfe. 14 entnommene Proben von Nahrungsmitteln hätten sich allesamt als einwandfrei erwiesen.

115 PA, 18.3.1933, S.2.

116 PA, 6.4.1933, S.2.

117 PA, 26.4.1933, S.2. Die Liste der 29 ist zu finden im StAP., E II, 409,14, S.18. Ihre Namen: Reinhold, Paul, Arbeiter; Dr. Zschunke, Erich, Volkswirt; Trexler, Horst, Schneiderobermeister; Leschau, Walter, Verwaltungs-Obersekretär; Heinitz, Kurt, Geschäftsinhaber; Häschel, Karl, Schlossermeister; Sandmann, Alfons, Stellmacher; Bernitt, Herbert, Bankbeamter; Munkelt, Hermann, Studienrat; Schille, Erich, Angestellter; Rehbein, Karl, Schneidermeister; Härtling, Johannes, Geschäftsführer; Hermann, Richard, Handlungsgehilfe; Hoffmann, Richard, Elektromeister; Lommatzsch, Fritz, Dentist; Boden, Alfred, Landwirt; Kecke, Richard, Kaufmann; Ingrisch, Alfred, Eisenbahnbeamter; Jahn, Reinhard, Studienrat; Leschke, Arthur, Zollbeamter (alle NSDAP); Müller, Oswald, Studienrat; Burkhardt, Gustav, Stadtrat i.R. (beide DVP); Dr. Hentzschel, Herbert, Ingenieur; Hunger, Hermann, Ingenieur; Schmidt, Paul, Stadtbaumeister; Lange, Heinrich, Betriebsleiter (alle vier Kampffront Schwarz-Weiß-Rot – ehemals DNVP/Stahlhelm); Diener, Anton, Hafenschmied, Bauerschmidt, Paul, Schriftsetzer (beide Zentrum bzw. Christlich-Sozialer Volksdienst). Die vier „Kampfbund“-Abgeordneten schlossen sich im Juni der NSDAP-Fraktion an, die beiden letzten (Diener und Bauerschmidt) „haben sich als letzte der NS-Fraktion angeschlossen und gelobt, sich dem Fraktionszwang der NSDAP zu unterwerfen...Somit besteht das Kollegium nur aus einer Fraktion.“ (PA, 14.9.1933, S.7).

118 StAP, B III-II, 586.

119 PA, 26.4.1933, S.2.

Am 27.4.33 war der Rathaussaal „im Zeichen des Hakenkreuzes würdig geschmückt“. Die SA-Kapelle begrüßte die Abgeordneten mit einem Eingangschoral. NSDAP-Kreisleiter Sterzing hielt eine markige Ansprache. Bürgermeister Scheufler gab die Loyalitätserklärung für die neuen Machthaber ab. Studienrat Müller erklärte den Anschluß der Vertreter der DVP als Hospitanten der NSDAP, Hunger¹²⁰ die gleiche Erklärung für die DNVP. Dr. Zschunke konnte daraufhin befriedigt feststellen: „Damit haben sich beide Fraktionen dem Fraktionszwang der NSDAP unterworfen.“ Reinhold kürte man durch Zuruf einstimmig zum Vorsteher, ebenso Leschau und Leschke zu Vicevorstehern. Die neuen Ratsmitglieder Stievermann, Baum, Rogge, Walther, Thalheim und Unger zogen mit „Sieg Heil“ in den Saal ein.¹²¹

Als am 15.5. auch der Stadtrat erneut eine Umbildung erfuhr, gehörten ihm als ehrenamtliche Stadträte nur solche der NSDAP an.

Außerhalb der Nazifraktion standen nun nur noch die Stadtverordneten Diener und Bauerschmidt von den Christlich-Sozialen. Als Diener in der Sitzung vom 15.5.1933 ersuchte, beide in einigen Ausschüssen mitarbeiten zu lassen, beschloß das Kollegium, „auf diese Mitarbeit zu verzichten.“¹²² In der Sitzung vom 12.9.1933 schlossen sich aber beide der NSDAP-Fraktion an und unterwarfen sich deren Fraktionszwang. Befriedigt konnte nun festgestellt werden, es gäbe nun nur noch eine Fraktion.¹²³ Oswald Müller (DVP) legte am 13.9.1933 sein Amt als Stadtverordneter ohne Begründung nieder.¹²⁴

Damit war die Umwandlung der Stadtverordnetenversammlung in ein gefügiges Instrument der neuen Machthaber abgeschlossen.

Oberbürgermeister Dr. Gaitzsch schied am 1.5.1933 endgültig aus dem Amt. Die Stadtgeschäfte führte von nun an Bürgermeister Scheufler, der inzwischen ebenfalls NSDAP-Mitglied geworden war.

In den anderen Städten und Gemeinden wie auch in der Amtshauptmannschaft verlief die Übernahme der kommunalen Gremien in ähnlicher Weise. Im Verlaufe des Sommers lösten sich außer der NSDAP alle anderen Parteien selber auf. Ihre Abgeordneten schlossen sich den NSDAP-Fraktionen an oder erklärten sich als deren Hospitanten. In Heidenau trat am 17.5.1933 das „erste marxistenfreie Stadtverordnetenkollegium“ zusammen. Die Fraktion der „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot“ schloß sich der NSDAP-Fraktion an. Das Kollegium zog in „SA- und Stahlhelmsformation“ ins Rathaus ein.¹²⁵ Ähnliches war aus Dohna, Gersdorf und anderen Orten zu erfahren. Für den neu zusammengesetzten Bezirksausschuß der Amtshauptmannschaft erfolgten die Wahlen „nach dem Vorschlag der NSDAP“.¹²⁶

3.5. Berufsbeamtentum und Entlassungen

Der Kommunale Beamtenapparat blieb im wesentlichen erhalten. Sowohl Amtshauptmann v. Thümmel (der dies Amt seit der Kaiserzeit innehatte) als auch die meisten Bürgermeister, Kreis-, Stadt-, und Gemeindebeamten blieben auf ihren Posten und sicherten, mehr oder minder willig, aber zuverlässig, die reibungslose Umsetzung der von den neuen Machhabern erlassenen Anordnungen. Das „Amt“ war ihr Leben, egal, wer es ihnen gab oder beließ. Mit

¹²⁰ Hermann Hunger, ehemaliger Mitbesitzer des Stahlwerks Gebr. Hunger an der Dresdner Straße.

¹²¹ StAP, Stadtverordnetenprotokolle II/1933, Bl. 51.

¹²² StAP, Stadtverordnetenprotokolle II/1933, Bl. 161f.

¹²³ StAP, Stadtverordnetenprotokolle III/1933, Bl. 106 f

¹²⁴ StAP, Stadtverordnetenprotokolle III/1933, Bl. 122f.

¹²⁵ PA, 19.5.1933, S.2.

¹²⁶ PA, 18.5.1933.

dem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7.4.1933¹²⁷ wurde ihnen moralische Aufwertung zuteil, gleichzeitig aber war es eindeutiges Mittel ihrer Disziplinierung.

Aus dem Beamtenstand waren aber nach diesem Gesetz alle zu entfernen, die erst nach dem 9. November 1918 Beamte geworden waren („Parteibuchbeamte“, wie sie die NSDAP nannte) und deren Vorbildung und Eignung als nicht hinreichend betrachtet wurde, solche, die politisch als nicht zuverlässig galten und selbstverständlich alle, die nicht eine „arische“ Abstammung aufzuweisen hatten.

In den meisten Orten behielten die Bürgermeister ihre Funktionen, nachdem sie der Hitler-Regierung ihre uneingeschränkte Loyalität versichert hatten und NSDAP-Mitglieder geworden waren.

Sämtlichen der SPD angehörigen Bürgermeister entzogen die neuen Machthaber bereits im März die Polizeibefugnisse; im Verlaufe des Jahres wurden sie abgesetzt, wenn sie nicht schon früher inhaftiert worden waren. Ihre Funktionen übernahmen vielfach die jeweiligen NSDAP-Ortsgruppenleiter, die schon allein dadurch als Beamte befähigt waren - und die natürlich nicht als „Parteibuchbeamte“ galten!

Aus dem Amt gejagt wurden die Bürgermeister von Heidenau (Gröger), Dohna (Vorwieger), Struppen (Gläßer), Bad Schandau (Ritter), Kleinsedlitz (Muschick), Schöna (Grützner), Reinhardsdorf (Viehlig), Krebs (Karl Reppchen), Weesenstein (Kurt Reppchen).

Auf Grund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums wurde die arische Abstammung und politische Zuverlässigkeit sämtlicher Beamten, Angestellten, Lehrer und städtischen Arbeiter in Pirna nachgeprüft. Danach folgten dann eine Reihe von Entlassungen.¹²⁸

Aus der Beamtenschaft der Amtshauptmannschaft traf die Entlassung die Regierungsräte Köthe und Kalauch, aus der Landesanstalt Sonnenstein den Oberpfleger Köhler, die Pfleger Schlimpert und Bock und den Kanzleioberassistenten Sarodnik. In Heidenau wurden entlassen Oberlehrer Max Walther und Lehrer Weise, die Polizeihauptwachtmeister Partzsch und Haase, der Ratsvollzieher Max Müller, der Stadtrat Erfurt und Stadtbaudirektor Finsterbusch.

Bezeichnend: Als einer der neuen Stadtregenten, wenn auch „kommissarisch“, erscheint nach Verfügung des Amtshauptmanns v. Thümmel in Bad Schandau der in Pirna stadtbekanntes Nazi Paul Reinhold,¹²⁹ als neuer Polizeidezernent in Heidenau der SA- Truppführer Brüß - ernannt durch die AHM „im Einvernehmen mit der Standarte 177“¹³⁰ Das war jener Brüß, der bei der „wilden“ Machtübernahme im Pirnaer Rathaus im März aufgetreten war.

Der Beamtenapparat brauchte nicht willkürlich verändert zu werden. Von den Säuberungsmaßnahmen waren nur etwa 1-2 Prozent der rund 1,5 Millionen Beamten in Deutschland betroffen.¹³¹ Auch in unserem Kreis betrafen die erwähnten Entlassungen und Umsetzungen nur einen äußerst geringen Teil der örtlichen Beamten und Angestellten. Deren Masse fügte sich den neuen Machthabern. Die waren ja angewiesen auf einen eingespielten Apparat in Ämtern und Behörden, auf Leute die sich auskannten in juristischen und

127 Vgl. Michalka, S.27/28.

128 StAP, E II,409,14, S.24: Übersicht über die Entlassenen in Pirna: Händel, Franz, Oberverwaltungsinspektor und Standesbeamter, Schulze, Walther, Verwaltungspraktikant im Steueramt Copitz, Gottwald, Paul, Wohlfahrtspolizeihauptwachtmeister u. Marktmeister, Richter, Otto, Schulhausmeister an der Mädchenvolksschule, Mäschker, Otto, Angestellter in der Verwaltungsstelle Zehista, Novak, Wenzel, Bote in Zehista, Manecke, Richard und Tille, Richard, Installateure beim Betriebsamt, Kretzschmar, Hermann, Rohrleger beim Betriebsamt, Richter, Max, Vorarbeiter beim Bauhof, die Stenotypistin Margarete Metzler und Paula Schulte, Hilfsärztin im Krankenhaus, Oberverwaltungsinspektor Franz Ferdinand Händel in Pirna.

129 PA, 28.6., S.3.

130 PA, Festaussgabe 20.-28.5.1933, S.2.

131 Wette, S.201.

bürokratischen Verfahren und traditionell bereit waren, jedem Gesetz, jeder Anweisung und Verordnung „von oben“ Folge zu leisten. Zudem hatten die meisten von ihnen ja auch eine Familie zu versorgen und gerade in einer Zeit der extremen sozialen Unsicherheit ein existenzielles Interesse an einem gesicherten Arbeitsplatz. Da bedurfte es auch keines allzu starken Drucks, um die Mitgliedschaft in der NSDAP oder mindestens in einer ihrer Gliederungen nachzusuchen. Der Zustrom war daher so stark, daß die NSDAP-Führung in der zweiten Aprilhälfte 1933 eine Mitglieder-Aufnahmesperre für die Partei verhängte,¹³² die bald auch für SA und SS verfügt und dann später für diese beiden „Kampfverbände“ nur kurzzeitig für wenige Tage (1.-5.11.1933) aufgehoben wurde.¹³³ Konservatives Denken begegnete sich hier mit den durchaus aufgenommenen Appellen zu Disziplin, Ordnung und Pflichterfüllung, befördert durch eine Aufbruchstimmung, die die Nazis mit großem Propagandaaufwand zu verbreiten suchten. Schließlich verfügte die NSDAP selbst nicht über eine hinreichende Zahl eigener, mit Verwaltungskennnissen und -erfahrungen ausgestatteter Altmitglieder. Selbst für den bekanntesten Pirnaer NS-Funktionär (Reinhold) reichte es Anfang 1934 gerade einmal zu einer Anstellung als „politischen Hilfsreferenten“ bei der Stadtverwaltung Pirna.¹³⁴ Seine Bestallung zum kommissarischen Bürgermeister von Bad Schandau durch Amtshauptmann v. Thümmel hatte ihm wohl nur kurzzeitig zu einem Amte verholfen.¹³⁵

3.6. Städtische Leitung und Verwaltung bis 1940

Mit erheblichem Aufwand nutzten NSDAP-Kreisleitung und neue Stadtführung vom 20.-28.5.1933 die 700-Jahr-Feier zur eigenen ersten großen Selbstdarstellung¹³⁶ und verliehen bei dieser Gelegenheit die Ehrenbürgerrechte der Stadt an Hindenburg, Hitler und Mutschmann.¹³⁷

Anläßlich der Haushaltplanberatung am 29.6.1933 bekundeten Stadtrat und Stadtverordnetenversammlung entschlossen: „Ernsthaft werde man arbeiten, damit aus der einstigen roten Hochburg Pirna eine nationalsozialistische Stadt würde, in der Gemeinnutz vor Eigennutz gehe.“¹³⁸ Am 20.7.1933 beschloß der Rat die Einführung des Hitler-Grußes für alle städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter. Der stellvertretende Bürgermeister Kühn verband damit die Mahnung: „Wer nicht in den Verdacht kommen will, sich bewußt ablehnend zu verhalten, wird daher den Hitler-Gruß erweisen.“¹³⁹ Abstufungen konnte man fürderhin nur daran erkennen, ob er „zackig“ oder leger vollzogen wurde.

Die Oberbürgermeisterstelle, so entschied der Stadtrat am 23.11.1933, sollte nicht wieder besetzt, sondern Scheufler weiterhin schlicht Bürgermeister bleiben.¹⁴⁰ Der teilte den Beamten und Angestellten der Stadt mit, daß er in Übereinstimmung mit der Kreisleitung der NSDAP zum „Führer der städtischen Verwaltung“ bestimmt worden sei. Alle Beschwerden und Wünsche wären zuerst an ihn zu richten. Andernfalls gäbe es Sanktionen.¹⁴¹

Obwohl die städtischen Kollegien fast durchweg aus NSDAP-Mitgliedern bestanden, verfügte das sächsische Ministerium des Innern Anfang März 1934, daß die Ortsgruppenleiter der NSDAP und die örtlichen höchsten SA-Führer zu den Sitzungen „mit beratender Stimme“ hinzuzuziehen wären.¹⁴² Das wurde in Pirna als formal empfunden, da Ingrisch und nach

132 PA, 22.4.1933, S.7.

133 PA, 2.11.1933, S.7.

134 PA, 29.12.1934, S.12.

135 PA, 28.6.1934, S.3.

136 Vgl. PA dieser Tage.

137 StAP, E II, 409, 14, S.3 und Stadtverordnetenprotokolle II/1933, 186ff.

138 Stadtverordnetenprotokolle II/1933, 361f.

139 StAP, B III-XXXII, 78, Bl.29.

140 PA, 24.11.1933, S.2.

141 StAP, B III-II, 587, Bl.90.

142 StAP, E II, 409, 15, S.3.

dessen Ernennung zum stellvertretenden Kreisleiter, Ortsgruppenleiter Arthur Leschke und Sturmhauptführer der SA Richter ohnehin schon Kollegiumsmitglieder waren. Aber ihre spezifisch hervorgehobene Aufsichtsfunktion erfuhr damit zusätzliche Bestätigung.

Als am 20.8.1934 das Gesetz über die Vereidigung der Beamten und Soldaten auf Hitler erschien, wurden unverzüglich die städtischen Beamten und Lehrer auf ihn per Eid verpflichtet.

Die Umwälzung der kommunalen Körperschaften und Angelegenheiten fand ihren Abschluß durch die am 30.1.1935 erlassene und am 1.4.1935 in Kraft getretene neue Deutsche Gemeindeordnung. Deren politische Zielsetzung ordnete unverkennbar Gemeindebelange den Ansprüchen der nationalsozialistischen Innenpolitik unter und beschränkte damit weiter die Selbstbestimmungsrechte der Kommunen. In der Einleitung heißt es:

„Die Deutsche Gemeindeordnung will die Gemeinden in enger Zusammenarbeit mit Partei und Staat zu höchsten Leistungen befähigen und sie damit instand setzen, im wahren Geiste des Schöpfers gemeindlicher Selbstverwaltung, des Reichsfreiherrn vom Stein, mitzuwirken an der Erreichung des Staatszieles: in einem einheitlichen, von nationalem Willen durchdrungenen Volke die Gemeinschaft wieder vor das Einzelschicksal zu stellen, Gemeinnutz vor Eigennutz zu setzen und unter Führung der Besten des Volkes die wahre Volksgemeinschaft zu schaffen, in der auch der letzte willige Volksgenosse das Gefühl der Zusammengehörigkeit findet.“¹⁴³

Nach dieser Ordnung mußte die Hauptsatzung für Pirna verändert werden. Nach ihr standen an der Spitze der Stadt ein Oberbürgermeister, ein Bürgermeister, ein sonstiger hauptamtlicher Stadtrat und 18 Ratsherren, wie die Stadtverordneten künftig großspurig zu heißen hatten.¹⁴⁴ Die neue Gemeindeordnung übertrug dem Bürgermeister das Entscheidungsrecht und die alleinige Verantwortung in allen städtischen Belangen. Die Ratsherren wirkten lediglich als Berater des Bürgermeisters, waren damit also im wesentlichen auf das Maß von Statisten beschränkt worden.

Natürlich waren wiederum Beauftragte der NSDAP hinzuzuziehen. Für die kreisfreien Städte, zu denen ja Pirna gehörte, war das Kreisleiter Gerischer, der nach der 1. Durchführungsbestimmung der DGO die Ratsherren zu berufen hatte.¹⁴⁵ Gewählt wurden sie also nicht mehr. Selbst diesen Schein eines demokratischen Verfahrens ersparte man sich.

Mit dem 30.4.1935 trat Bürgermeister Scheufler in den dauernden Ruhestand.¹⁴⁶

Nachdem Gauleiter Mutschmann der im Juli unter Vorsitz des Kreisleiters Gerischer getroffenen Entscheidung der Ratsherren zur Einsetzung Dr. Brunners als Oberbürgermeister für Pirna zugestimmt hatte, wurde er am 28.8.1935 feierlich in sein Amt eingewiesen.¹⁴⁷ Brunner dankte in seiner Rede dem Schicksal, „daß es mir wiederholt vergönnt war, mein Leben im Kampf gegen Bolschewismus und Spartakismus einzusetzen“.¹⁴⁸

Am 1.10.1935 konnte Kreisleiter Gerischer auch die neuen 18 Ratsherren auf 6 Jahre berufen, allesamt NSDAP-Mitglieder - zur Dekoration auch drei Arbeiter an der Spitze.¹⁴⁹

143 Münch, S. 30 ff.

144 Ebenda, S.4.

145 StAP, E II, 409, 16, S.7/8.

146 Scheufler, Jahrgang 1883, kam am 1.10.1915 als Ratsassessor nach Pirna, trug ab 1.4.1924 die Amtsbezeichnung Bürgermeister und ging 1935 zur Staatsanwaltschaft nach Dresden. Wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit wurde er 1946 zu 7 Jahren Zuchthaus verurteilt (infolge Haftunfähigkeit Einweisung nach Waldheim, dann in Heilanstalt Untergöltzsch).

147 Dr. Wilhelm Brunner, Jahrgang 1899, promovierte 1921 zum Dr. jur. war seit 1924 2. Bürgermeister in Limbach, seit März 1929 Bürgermeister in Kötzschenbroda und seit Vereinigung von Kötzschenbroda mit Radebeul dort 2. Bürgermeister. Vgl. PA, 12.7.1935, S.2.

148 PA, 28.8.1935, S.1/2.

149 StAP, E II, 409,16, Bl.7/8: Walzer Reinhold Preis, Brauer Otto Wahl, Maschinenführer Otto Kolb, Zimmermann Georg Reinhard, Landwirt Kurt Naumann, Reichsbahnbetriebsassistent Kurt Walter, Fabrikdirektor Albert Dittrich, Standartenführer Karl Moritz, Handlungsgehilfe Willibald Köpp, Handlungsgehilfe Johannes Riha, Kreispropagandaleiter Felix Hertting, Zollbeamter Arthur

Daß Gerischer nicht nur formell auf die kommunalen Instanzen Einfluß nahm, ist aus einigen seiner Stellungnahmen in der Öffentlichkeit ersichtlich. So lesen wir in einem Bericht zur 2. Versammlung der Bezirksabteilung Pirna der Landesdienststelle Sachsen des deutschen Gemeindetages über die „Zusammenarbeit zwischen Gemeinden und Ortsgruppen der NSDAP“, in der er allgemein „auf verschiedene politische Fälle“ verwies, die er zu bearbeiten gehabt hätte. Vorläufig wolle er durch Beispiele einwirken. „Wo aber böswillige Elemente vorhanden seien, müsse ausgebrannt werden.“ Bei dieser Gelegenheit erteilte auch Hinweise zur Auswahl der Gemeinderäte, bei denen vor allem ihre „nationalsozialistische Aktivität entscheidend“ wäre.¹⁵⁰

Obwohl im Oktober die Ratsherren für 6 Jahre berufen worden waren, kam es Anfang Oktober 1936 zu einer Neuzusammensetzung der städtischen Körperschaften.¹⁵¹

Damit blieb bis zum Kriege die städtische Führung stabil. Erst im Februar 1940 war eine Ergänzung der Ratsherrenschaft infolge Einberufungen zur Wehrmacht nötig. Drei neue Ratsherren wurden ernannt und vereidigt.¹⁵²

Leschke, Kaufmann Richard Kecke, Speditionsgeschäftsinhaber Alfred Boden, Werbefachmann Johannes Quellmalz, Kreishandwerksmeister Karl Häschel, Schneiderobermeister Horst Trexler, Volkswirt Dr.Erich Zschunke.

150 PA, 25.7.1935, S.11, auch 1.10.1935, S.7.

151 A. OB und hauptamtliche Beigeordnete: Dr. Brunner, Wilhelm, OB, Kühn, Herbert, Bürgermeister, Kirschner, Kurt, Stadtbaurat.

B. Ehrenamtliche Beigeordnete: Baum, Otto, Geschäftsinhaber, Hertwig, Kurt, Arbeiter, Ingrisch, Alfred, Kreisgeschäftsführer, Trexler, Horst, Schneiderobermeister.

C. Ratsherren: Boden; Alfred, Speditionsgeschäftsinhaber, Dittrich, Albert, Fabrikdirektor, Häschel, Karl, Kreishandwerksmeister, Hertting, Felix, Kreispropagandaleiter, Kecke, Richard, Kaufmann, Kolb, Otto, Maschinenführer, Köpp, Willibald, Handlungsgehilfe, Leschke, Arthur, Zollbeamter, Leschke, Kurt, Steuerinspektor, Moritz, Karl, Landwirt, Naumann, Kurt, Bauer, Preis, Reinhold, Walzer, Quellmalz, Johannes, Werbefachmann, Reinhard, Georg, Zimmermann, Riha, Johannes, Handlungsgehilfe, Wahl, Otto, Brauer, Walther, Kurt, Reichsbahn-Betriebsassistent, Dr. Zschunke, Erich, Volkswirt.

152 Kreisobmann der DAF Teichert, Buchhalter Lahl und Rechtsanwalt Dr. Meischke. Vgl. PA, 10./11.2.1940. Seit der Einberufung Dr. Brunners zur Wehrmacht, leitete Bürgermeister Kühn die Amtsgeschäfte.

4. Sozial- und Wirtschaftspolitik

4.1. Wirtschaftspolitik auf dem Wege zum Krieg

Kurz nach der „Machtübernahme“ verkündete Hitler öffentlich, wenn auch sehr allgemein, die Schwerpunkte seiner Wirtschaftspolitik: Die „Rettung des deutschen Bauern zur Erhaltung der Ernährungs- und damit der Lebensgrundlage der Nation“ und „die Rettung des deutschen Arbeiters durch einen gewaltigen und umfassenden Angriff gegen die Arbeitslosigkeit“.

Die bereits Ende 1932 einsetzende Belebung der Wirtschaft war für die Nazis die Chance, sich als eine die Arbeitslosigkeit überwindende Kraft in Szene zu setzen. Dabei griff man auf Ansätze aus der Regierungszeit Schleichers zurück. Jedoch forderte Hitler unmißverständlich, daß jede öffentlich geförderte Arbeitsbeschaffungsmaßnahme der „Wiederwehrhaftmachung des deutschen Volkes“ dienen müsse.¹⁵³

Ende Februar 1933 hatte die Arbeitslosigkeit in Deutschland ihren Höhepunkt erreicht. Neben 6,001 Millionen offiziell registrierter Unterstützungsempfänger (etwas niedriger als im Februar 1932) erreichte die „unsichtbare“ Arbeitslosigkeit einen Höchststand von 1,780 Millionen, so daß insgesamt 7,781 Millionen ohne ausreichende Existenzgrundlage waren.¹⁵⁴

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wurden in größerem Stile im Juni und September eingeleitet (die sogenannten Reinhardt-Programme).¹⁵⁵ Sie sahen Fördermaßnahmen für kommunale und industrielle Einrichtungen, für die Verbesserung von verkehrstechnischen Anlagen und vor allem für das Bauwesen vor (Kleinsiedlungen, Kanalbauten, Autobahnen, Verkehrswege). Steuererleichterungen, teilweise Steuererlaß für Ersatzbeschaffungen in der Industrie, Ehestandsdarlehen, geknüpft an die Bedingung, Frauen aus der Arbeitstätigkeit auszugliedern und eine Reihe weiterer Maßnahmen sollten binnen kurzem die Arbeitslosigkeit deutlich verringern.¹⁵⁶ Diese Vorhaben knüpften an die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Kabinette von 1932 an, die 1933 allmählich zu greifen begannen. Für verkehrstechnische Vorhaben (u.a. Autobahnen) und Förderung von öffentlichen und privaten Bauvorhaben wandte man bis 1936 über 5 Mrd. RM auf.

Von der Konjunkturbelebung und den einsetzenden Fördermaßnahmen profitierte auch die Handwerkerschaft, die im Oktober 1933 im „Reichsstand des deutschen Handwerks“ zusammengeschlossen wurde. Das Handwerk hatte sich 1934 in Pflichtinnungen zu organisieren und erlebte durch Einführung des „Großen Befähigungsnachweises“ 1935 die erwünschte Einschränkung oder gar das Ende der Gewerbefreiheit.

Mit dem Ausrufen der „Erzeugungsschlacht“ sollte die Landwirtschaft in den Kampf um die Selbstversorgung Deutschlands mit Nahrungsmitteln geführt und der „deutsche Bauer“ ideologisch aufgewertet werden. Mit dem „Erbhofgesetz“ wollte man leistungsfähige Betriebe vor Teilung und vor Zwangsversteigerung schützen. Dazu gab es Kreditsenkung und höhere Importzölle, um die Ertragslage der bäuerlichen Betriebe zu verbessern. Als einheitliche Organisation wurde im September 1933 der „Reichsnährstand“ geschaffen, dem alle Landwirtschaftsbetriebe, aber auch die, die landwirtschaftliche Produkte verarbeiteten (Bäckereien, Fleischereien usw.) und der Lebensmittelhandel anzugehören hatten.

153 Volkmann, S. 277. In: Deist, Wilhelm / Messerschmidt, Manfred / Volkmann, Hans-Erich / Wette, Wolfram, Ursachen und Voraussetzungen des Zweiten Weltkrieges. Frankfurt am Main 1995.

154 Winkler, Heinrich August, Der Weg in die Katastrophe. Bonn 1990, S. 23. Im folgenden: Winkler,...

155 RGBl. I, 1933, S. 323-329 und 651ff.

156 Vgl. Volkmann, S. 279 ff; Schneider, S. 256 ff; Barkai, Avraham, Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Frankfurt am Main 1998, S. 150 ff; im folgenden: Barkai,...; Wippermann, S. 124 f; Enzyklopädie des Nationalsozialismus. Hrsg. Von Wolfgang Benz, Hermann Graml und Hermann Weiß. München 1997, S. 108-122. Im folgenden: Enzyklopädie,...

Im Handwerk und in der Landwirtschaft setzten die NS-Machthaber die aus dem Mittelalter überkommene Ständeordnung durch.

Mit dem „Gesetz zur Vorbereitung des organischen Aufbaus der deutschen Wirtschaft“ wurde der Weg zu straffer Organisation, staatlicher Regulierung, zur Durchsetzung des Führerprinzips (fast unumschränkte innerbetriebliche Herrschaft des Betriebsführers), Ausschließlichkeit der Organisation und Zwangsmitgliedschaft (in den Reichsgruppen der Industriezweige und in den Industrie- und Handelskammern) beschritten.

Nach den Vorstellungen der Hitler-Regierung sollte die deutsche Wirtschaft autark werden, d.h. die Selbstversorgung mit Rohstoffen und Nahrungsmitteln erreichen. Da solche Autarkie innerhalb eines Deutschland allein umfassenden Wirtschaftsraumes kaum realisierbar war, griff man die Mitteleuropapläne deutscher Ökonomen und Industrieller aus naher Vergangenheit auf und nahm sie nach Schachts „Neuem Plan“ vom September 1934 zielstrebig in Angriff. Nach Schacht sollte der Außenhandel sich nach Südosteuropa, Skandinavien und die östlichen Nachbarstaaten ausrichten, wohin Fertigwaren exportiert und woher Rohstoffe und Nahrungsmittel importiert werden sollten. So wollte man Autarkie in einem von Deutschland beherrschten Großwirtschaftsraum ermöglichen. Rohstoffzufuhr zu Lasten des Fertigwarenexports hatten die Bedürfnisse vor allem der Rüstungsindustrie zu befriedigen. Dazu gab es Devisenkontingentierung, Einfuhrkontrolle, Exportförderung und Bevorzugung zweiseitiger Handelsverträge (Tauschhandel) mit Staaten eines künftigen mitteleuropäischen Großraums. Zur Deckung der Rüstungskosten wurden, da die regulären Finanzmittel nicht hinreichten, zunehmend sogenannte „Mefo-Wechsel“ ausgereicht oder im Klartext, die „Notenpresse“ in Gang gesetzt.

Zu den Erfolgen, die die Hitler-Regierung in dieser ersten Etappe verbuchen konnte, gehört die drastische Senkung der Arbeitslosigkeit und der kräftige Anstieg der Industrieproduktion, was natürlich einerseits mit allen Mitteln propagandistisch ausgeschlachtet wurde, aber auch zu rasch zunehmender Akzeptanz des „Führers“ und seiner „Bewegung“ beitrug.

Aber: Der in der „Erzeugungsschlacht“ anvisierte Selbstversorgungsgrad mit Nahrungsmitteln (bei Fetten gerade mal 40-50 Prozent, daher Heß: „Kanonen statt Butter!“) blieb unerreicht, die Hektarerträge stagnierten, die landwirtschaftliche Nutzfläche verringerte sich 1934-35 um fast 600000 ha. Sorge bereiteten Textilrohstoffe (daher Förderung von Kunstseide und Zellwolle), die Treibstoffversorgung (Förderung von synthetischem Benzin), Rohgummi (Buna), Eisenerze (Förderung erzarmen Gesteins um Salzgitter).

Insgesamt vollzog sich der „Aufschwung“ unter dem Neuen Plan auf Kosten der volkswirtschaftlichen Substanz des Reiches.¹⁵⁷

All diese und weitere Schwierigkeiten waren in Verbindung mit nunmehr forcierter Aufrüstung Gründe für die Ankündigung eines „Vierjahresplanes“ auf dem Nürnberger Parteitag der NSDAP im September 1936. Als dessen allgemeine Aufgabe, für die Öffentlichkeit bestimmt, war zwar angekündigt worden, den „Lebensstandard des breiten Volkes zu verbessern“, seine wirkliche Aufgabe aber umriß Hitler in einer Denkschrift im gleichen Monat zusammenfassend und eindeutig so:

„I. Die deutsche Armee muß in 4 Jahren einsatzfähig sein.

II. Die deutsche Wirtschaft muß in 4 Jahren kriegsfähig sein.“

Dabei betragen die Rüstungsausgaben in Prozent des Haushaltes 1933 4 Prozent, stiegen 1934 auf 18 Prozent, 1935 auf 25 Prozent (5,5 Mrd. RM) und 1936 auf 39 Prozent. Sie stiegen 1938 auf über 16 Mrd. RM.¹⁵⁸

¹⁵⁷ Volkmann, S. 327).

¹⁵⁸ Wippermann, S. 124, Enzyklopädie, S. 108-122.

Volkmannt urteilt: „Mit dem Vierjahresplan begann eine einschneidende Folgen zeitigende zweite Etappe der NS-Wirtschaftspolitik, deren Ziele so hoch gesteckt waren, daß sie zwangsläufig die deutschen ökonomischen Möglichkeiten übersteigen und in die territoriale Expansion münden mußten.“¹⁵⁹

Die folgten denn ja auch mit dem „Anschluß“ Österreichs, der Okkupation des Sudetenlandes 1938 und der Beseitigung der restlichen Tschechoslowakei im Frühjahr 1939.

4.2. Die Wirtschafts- und Sozialpolitik in Pirna während der Jahre 1933-1939

4.2.1. Die „Arbeitsschlacht“

Der Vorliebe für militärischen Sprachgebrauch huldigend startete die Hitler-Regierung im Sommer 1933 ihre groß angelegte „Arbeitsschlacht“ zur Behebung der Arbeitslosigkeit. In der zweiten Augushälfte traten die örtlichen Behörden mit ihren Vorhaben an die Öffentlichkeit. Der neue Arbeitsamtsdirektor¹⁶⁰ verkündete Grundlinien und Maßnahmen, die im Kreise vorgesehen waren. Der „Pirnaer Anzeiger“ lieferte dazu einen ausführlicheren Bericht:

„Die Aufnahme der „Arbeitsschlacht“ im Bezirk Pirna.

Am heutigen Vormittag fand im hiesigen Stadtverordnetensaal eine Sitzung statt, in der der Direktor des Arbeitsamtes Pirna, Dr. Siemers, vor den Bürgermeistern bzw. Gemeindevertretern aus dem Arbeitsamtsbezirk Pirna Ausführungen über den Beginn der Arbeitsschlacht im Bezirk Pirna machte. In seiner Einleitung betonte der Arbeitsamtsdirektor, daß zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit in Sachsen nur eine kurze Frist vorgesehen ist. Die Arbeitsschlacht werde, so führte er dann weiter aus, in Gemeinschaft mit der Kreisleitung der NSDAP, der SA, der SS, den Banken, kurzum mit allen Kreisen geführt werden, die an der Beseitigung der Arbeitslosigkeit interessiert sind. Vor allem soll mit dem Arbeitsamt und den Gemeinden eine Einheit gebildet werden. Der Begriff Arbeitsschlacht sei ein nationalsozialistischer, nationalsozialistisch müsse auch der Geist sein, der als Träger den Kampf durchflutet. Jeder müsse seine ganze Kraft einsetzen, jeder müsse Vertrauen haben zu den Maßnahmen, die getroffen werden und sich selbstlos einstellen auf die Arbeitsschlacht. Auf jeden einzelnen müsse eingewirkt werden. Für Sachsen heiße die Schlacht gewinnen, wenn es schon gelingt, eine wesentliche Herabdrückung der Arbeitslosenzahl zu erreichen, und zwar nicht nur vorübergehend, sondern dauernd. Direktor Dr. Siemers gab dann die Richtlinien bekannt, nach denen die Schlacht in Angriff genommen und geführt werden soll. Es soll verhindert werden, daß Leute, die weniger bedürftig sind, in Arbeitsstellen eindringen. Wenn die Richtlinien, die jetzt gelten, schon früher herausgegeben worden wären, hätten wir in Sachsen etwa 700.000 Arbeitslose weniger gehabt. Als weitere Mittel führte er an Propagierung der 40-Stunden-Woche, Bekämpfung des Doppelverdienertums, Einstellung der sozial am Bedürftigsten Familienväter und der nationalen Kämpfer, Bekämpfung der Pfusch- bzw. Schwarzarbeit. Letztere sollte mit allen Mitteln unterbunden werden, und er bat die Gemeindevertreter, ihm jeden Fall zu melden. Dr. Siemers sprach noch über die Organisation innerhalb des Arbeitsamtes und betonte, daß bereits über 1000 neue Arbeitsplätze frei gemacht worden seien, zum Teil durch Arbeitsstreckung, zum Teil durch Neueinstellung. Die Zahl der Arbeitsuchenden im Bezirk des Arbeitsamtes Pirna sei seit dem 1. Februar 1933 von 21.629 auf 15.656 am 22. August zurückgegangen. In Heidenau sei die Zahl in dem gleichen Zeitraum von 5.389 auf 4.211 gesunken. Es gäbe Gemeinden, die nur wenige Arbeitslose

¹⁵⁹ Volkmannt, S.336.

¹⁶⁰ Der langjährige Arbeitsamtsdirektor aus der Weimarer Zeit, der Sozialdemokrat Hermann Schulze, wurde im März 1933 seines Amtes enthoben, zeitweise inhaftiert, später erneut verhaftet und verstarb am 25.10.1944 im KZ Sachsenhausen.

haben. Solche, die nur bis 20 Arbeitslose haben, werden gezwungen werden, diese unterzubringen. In den 130 Gemeinden des Arbeitsamtsbezirks Pirna können auf diese Weise 30 von Arbeitslosen freigemacht werden.“

Bürgermeister Scheufler führte aus, daß er Fühlung mit der Industrie und anderen Firmen genommen habe, inwieweit es möglich sei, noch Arbeitslose einzustellen. Es sei nach Verhandlungen gelungen, die Wiederaufnahme der Kupferseidefabrikation bei der Firma Küttner zu erreichen. Die städtischen Körperschaften haben sich bereit erklärt, steuerliche Erleichterungen hier eintreten zu lassen. Angestrebt werde auch, die Glasindustrie wieder in Betrieb zu setzen, desgleichen die Firma Gerlach, deren Stilllegung seinerzeit auf Maßnahmen des Staates zurückzuführen sei. Man versuche auch, die Stilllegung der Felsenkellerbrauerei in Pirna zu verhüten. In Angriff genommen werden soll auch das Projekt der Gottleubaregulierung mit rund 12.000 Tagewerken und einem Kostenaufwand von 165.000 RM.

Stadtbaurat Kirschner gab noch einige Planungen für Notstandsarbeiten in Pirna, Schleusen- und Straßenbauten betreffend, bekannt. Etwaige Bedenken, die von den Gemeinden bezüglich der Arbeitsschlacht vorgebracht werden könnten, wurden vom Arbeitsamtsdirektor von vornherein zerstreut, u. a. betonte er, daß die Bestimmungen des sogenannten Reinhardt-Programms, daß für eine Arbeit 10.000 Tagewerke vorliegen müssen, wahrscheinlich insofern abgeändert werde, als sich mehrere Gemeinden zusammentun könnten, um so den Beitrag zu erhalten. Er bat auch, den Kleinwohnungsbau zu fördern, wie auch an die Forstämter herangegangen werden sollte, das alte Personal wieder einzustellen. In den Fällen, wo die Arbeitsschlacht an dem Eigennutz der Banken zu scheitern drohe, werde man mit Schärfe vorgehen.¹⁶¹

Bürgermeister Scheufler verwies in einer ersten Beratung zu diesem Thema auf die erschreckenden Erwerbslosenzahlen, vor allem auf die der Wohlfahrtserwerbslosen, die aus städtischen Mitteln unterstützt werden mußten: In Pirna gäbe es zur Zeit (Juli 1933) 1.072 Wohlfahrtserwerbslose je 10.000 Einwohner. Die nächstgrößere Zahl von Wohlfahrtserwerbslosen habe Wurzen mit 795! Früher wären in Pirna rund 13.000 Arbeitnehmer beschäftigt gewesen, jetzt nur etwa 4.000. „Für die Stadt Pirna ist es besonders schwierig, die Arbeitsschlacht zu führen, weil sie infolge der oben erwähnten Erwerbslosigkeit und infolge des Rückgangs der Steuern...zu den finanziell notleidendsten Gemeinden Sachsens gehört und daher aus eigener Kraft irgendwie erfolgreich die Arbeitslosigkeit nicht bekämpfen kann, denn, da der Haushaltplan der Stadt Pirna nicht ausgeglichen ist, darf die Stadt Pirna neue Lasten nicht aufnehmen und kann daher nicht durch eigene Arbeiten in größerem Umfange zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beitragen.“

Den in diesen „Kampf“ ziehenden Behörden boten sich alles andere als aussichtsreiche Möglichkeiten dar. So erschreckte Velskow, der Betriebsdirektor der Farbenglaswerke, die städtischen Vertreter in einer Zusammenkunft mit der Mitteilung, daß der Betrieb seit Jahren mit Verlust arbeite. Das Werk sei 12 Jahre lang künstlich über Wasser gehalten worden, um es nicht in fremde (ausländische) Hände kommen zu lassen. Nunmehr sehe aber der Zeiss-Konzern, dem das Werk gehöre, keinen anderen Ausweg als die Stilllegung. Der Betrieb war schon Ende Juni 1932 vorübergehend stillgelegt worden, wodurch 180-190 Arbeiter betroffen waren. Im September 1933 wollte Jena Glas in das Konkursverfahren eintreten. Die Wiederaufbaukosten (Unwetterkatastrophe im Sommer 1933) könnten nach Jahren steigender Verluste nicht getragen werden. Zur Zeit wären noch 120 Arbeitskräfte beschäftigt, bei Vollauslastung könnten es sogar 200 sein.¹⁶² Bald besann man sich jedoch anders: Am 18.11.1933 kam die erfreuliche Nachricht, der Betrieb werde wieder aufgebaut. Schon am

161 PA, 26.8.1933, S.2: „Arbeitsschlacht“ im Kreis Pirna. Bericht des Arbeitsamtsdirektors über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Dazu Kundgebungsbericht im PA, 27.8.1933

162 StAP, B III-XXII, 26, Arbeitsschlacht, Bl. 15 und 25.

Jahresende könnte er wieder betriebsfertig sein, so daß an eine Arbeitsaufnahme im Februar/März 1934 zu denken sei.¹⁶³

Für das Kunstseidenwerk wurde die Wiederinbetriebnahme der Kupferkunstseidenproduktion ins Auge gefaßt. Dafür sollte dem Werk für ein Jahr die Steuerzahlung und die Entrichtung von 12.000 RM Zuschlagssteuer erlassen werden. Bis zum 31.3.34 wollte die Stadt je eingestellten Wohlfahrtserwerbslosen dem Betrieb einen Zuschuß von monatlich 25 RM zahlen.

An die Reichsbahndirektion Dresden richtete die Stadt ein dringliches Gesuch, der Firma Gerlach u. Co. wieder die Reparatur von Güterwagen und Lokomotiven zu übertragen. Das Gesuch wurde abgelehnt.¹⁶⁴

Erhard Gerlach bemühte sich mit Hilfe der Stadt und seines Bruders, des in der Gauleitung tätigen SA-Oberführers Heinrich Gerlach, um Genehmigung zur Reparatur von Privatgüterwagen (Bierwagen, Kesselwagen usw.) durch die Reichsbahn. Damit könnten 25-30 Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Reichsbahn bezweifelte das und lehnte das Ersuchen ab. Gerlach war die Genehmigung 1929 entzogen worden, weil sich die Reichsbahn auf leistungsfähigere und rentabler arbeitende Zulieferer beschränkt hatte.¹⁶⁵ Bürgermeister Scheufler verwies geradezu händeringend darauf, daß bei Gerlach durch die Stilllegung des Eisenwerks ca. 1000 Arbeiter brotlos geworden wären. Scheufler übertrieb hier maßlos, denn so viele Arbeiter waren bei Gerlach nie vorher beschäftigt gewesen.

Herbert Lippold war willens, das Glashüttenwerk Elisabethhütte wieder in Betrieb zu setzen, brauchte aber Bankkredite. Er konnte 250 Arbeiter beschäftigen, gab er kund. Auch eine Hypothek von 200.000 RM beantragte er erfolglos. Selbst der Verweis auf das „jüdische“ Syndikat der Glasindustrie in Frankfurt/M., das das Überleben einheimischer Glasindustrie erschwere, zog nicht.¹⁶⁶

Die Firma Dietze, 1880 gegründet, die in der Südvorstadt Waggondachbezüge für die Reichsbahn geliefert hatte, sah sich durch ihren Abnehmer auch ins Abseits gedrängt und außerstande, ihre Existenz weiterzuführen.¹⁶⁷

Die Felsenkellerbrauerei legte ihre Erzeugung still und wollte nur noch Verkauf und Vertrieb aufrechterhalten. Der Einspruch der Stadt blieb ohne Erfolg.¹⁶⁸

Die Stadtverwaltung richtete eine Abteilung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ein. Die konnte zwar gewisse Bewegungen in den Betrieben registrieren, aber nicht direkt auf sie einwirken. Selbst unternahm sie Planungen für Notstandsarbeiten in der Stadt. Dazu gab es auch zentrale Zuschüsse, aber einen erheblichen Teil der Kosten mußten die Kommunen übernehmen. Das war bei der starken finanziellen Belastung nur beschränkt möglich. Zu diesen Notstandsarbeiten gehörte die Gottleubaregulierung an der Kohlmühle, wozu eine Anleihe von 128.000 RM aufgenommen werden mußte, von der nur 35 Prozent zu verzinsen und zu tilgen waren.¹⁶⁹ Weiterhin sah man Arbeiten im Straßenbau und bei Beschleunigung vor; dazu stellte die Stadt Antrag auf eine Anleihe in Höhe von 367.610 RM, rechnete aber kaum

163 StAP, B III-XXII, 755, Bl.130 und B III-XXII, 757. Stilllegungsvorgang: Geschäftsbericht 1934.

164 StAP, B III-XXII, 26, Bl. 29 f.

165 StAP, B III-XXII, 27: Arbeitsbeschaffung Fa. Gerlach u. Co. Vorgang vom 27.7.33-25.11.33.

166 StAP, B III-XXII, 751, Inbetriebnahme der Glashüttenwerke Lippold und Müller (Elisabethhütte). B III-XXII, 750:Elbtal-Kristall-Industrie GmbH, Inhaber Herbert Lippold, Brückmühle 6. (23.12.1931: Betrieb ruht seit Anfang dieses Jahres. 18.1.1933: Betrieb ruht noch. 5.12.1934: Betrieb ist eingegangen).

167 StAP, B III-XXII, 26Bl. 17.

168 StAP, Stadtverordnetenprotokolle III/1933, Bl. 57 f.

169 StAP, Stadtverordnetenprotokolle III/1933, Bl. 57 f.

mit einer Gewährung.¹⁷⁰ Am 21.4.1934 teilte der Arbeitsamtsdirektor der Stadt mit, daß nunmehr keine Mittel für Notstandsarbeiten zur Verfügung stünden.¹⁷¹

Spektakuläre Erfolge erbrachte die Arbeitsschlacht im Pirnaer Bezirk nicht. Im April vermeldete der Arbeitsamtsdirektor, daß die Erwerbslosenzahl 1933 zwar auf 12.500 vermindert werden konnte. Sie sei aber im Winter 1933/34 wieder auf 15.000 gestiegen und läge jetzt (April 1934 bei 10.500. Das Landesarbeitsamt habe ein Ziel von nur 6700 Arbeitslosen für den Sommer vorgegeben, das jedoch kaum zu erwarten wäre. Siemers hoffte auf eine Reduzierung um 1500. Er gab Anregungen, wie die „Schlacht“ forciert werden könnte: „Bei der weiteren Unterbringung von Arbeitslosen solle dies auch weiterhin mit erreicht werden durch Auskämmen der Marxisten. (Marxisten, die auch heute noch durch mißliebigen Verhalten auffallen, sollen im Einvernehmen mit der NSBO entlassen und durch andere Arbeiter ersetzt werden). Auf diesem Wege sei die Firma Küttner schon mit gutem Beispiel vorangegangen.“ Siemers warb dafür, daß „möglichst alte Kämpfer, soweit noch nicht untergebracht, bis 1. Mai aufgenommen werden“. Übrigens hatte als einer der ersten Betriebe im Kreis die Papierfabrik Königstein (Hoesch) bereits im Juli 1933 23 „marxistische“ Arbeiter entlassen, davon 12 KPD-, 7 SPD- und 2 SAP-Mitglieder.¹⁷² Ferner wurde die „Herausnahme“ 17-25-jähriger empfohlen, die in den Arbeitsdienst unterzubringen wären. Die einzelnen Firmen und Banken erklärten sich dazu bereit.¹⁷³ 1934 wurde aber die Zahlung von Lohnzuschüssen und Beihilfen für die Inangsetzung stillgelegter Betriebe aus öffentlichen Mitteln untersagt. Daran scheiterte auch der Versuch, das Deutsche Kunst- und Kalksandsteinwerk in Pirna-Copitz wieder in Betrieb zu nehmen.¹⁷⁴

Ein Aufruf zum Kampf gegen Schwarzarbeit und „Doppelverdienertum“ gipfelte in der Anregung, Schwarzarbeiter an sogenannten Schandpfählen öffentlich zu brandmarken.¹⁷⁵ Die Ausgliederung der Frauen aus dem Arbeitsprozeß, verbunden mit ihrer Lobpreisung als Gebärerin, Mutter, Kindererzieherin sollte die weiblichen Arbeitslosen aus der Statistik eliminieren. Junge Leute sollten aus betrieblicher Arbeit herausgenommen und in den „freiwilligen Arbeitsdienst“ überführt werden. Dazu gab es im Mai 1934 eine Beratung der Kreisleitung der NSDAP und der NSBO mit den „hiesigen Betriebsführern“ zur „Umschichtung der Arbeitskräfte, um Arbeitsplätze frei zu machen für Arbeitskräfte, die trotz Fortschritts der Arbeitsschlacht noch nicht in Lohn und Brot gebracht werden konnten.“ Gemeint waren junge Leute zwischen 17 und 25 Jahren. Ermittlungen hätten ergeben, daß in Pirnaer Betrieben 609 männliche Personen dieser Altersgruppe beschäftigt wären. In „kürzester Zeit“ sollte die Hälfte davon in den Arbeitsdienst für ein Jahr „umgeschichtet“ werden. Damit warne die Betriebsführer grundsätzlich einverstanden. In Sebnitz, Neustadt und Heidenau sei gleichfalls diesem Verfahren zugestimmt worden, erfahren wir.¹⁷⁶ Mit dem Gesetz zur Arbeitsdienstpflcht vom 26.6.1935 überführte die Reichsregierung den freiwilligen Arbeitsdienst in den regulären. Er galt für alle männlichen 18- bis 25jährigen für jeweils ein halbes Jahr als obligatorisch, während er für die weiblichen bis 1939 freiwillig blieb¹⁷⁷, wobei sie allerdings nach Schulabschluß zum „Landjahr“ verpflichtet wurden, einer arbeitsmarktpolitischen wie ideologisch genutzten Maßnahme zur Unterstützung der Landwirtschaft.

Alle diese Maßnahmen verminderten die Arbeitslosigkeit. Wie aber aus den zahlreichen Vermerken in der örtlichen Presse aus den Jahren 1933 bis 1937 zu entnehmen ist, nahmen sowohl die Amtshauptmannschaft wie auch die Stadt Pirna nach wie vor jeweils die

170 StAP, B III-XXII, 26Bl. 29.

171 StAP, B III-XXII, 26Bl. 68.

172 StAP, PDS-Bestand, 0157.

173 StAP, B III-XXII, 26Bl. 68.

174 StAP, B III-XXII, 26Bl. 70-72 und 86.

175 PA, 27.10.1933, S.8.

176 PA, 25.5.1934, S.2.

177 Vgl. auch PA, 27.6.1935, S.5)

Spitzenpositionen in Sachsen in der Arbeitslosigkeit insgesamt wie auch besonders bei den Wohlfahrtserwerbslosen ein. Dabei sank auch in Stadt und Kreis die Arbeitslosigkeit drastisch, bis sie Anfang 1938, ein Jahr später als im übrigen Reich, als überwunden betrachtet werden konnte. Immer wieder verwies die Stadt auf ihre besondere Notlage. So verwandte sich der Oberbürgermeister im Januar 1937 für die in Gründung befindliche Gitterrostfabrik von Martin Kunz mit folgender Stellungnahme: „Pirna ist seit vielen Jahren Notstandsgebiet und ist auch vom Reich als Notstandsgemeinde anerkannt worden. Während früher Pirna eine lebhaftige Industrie gehabt hat, ist diese in den Nachkriegsjahren erloschen.¹⁷⁸ Alle Bemühungen, neue Industrie nach Pirna zu ziehen, sind gescheitert, auch im letzten Jahre noch...Zur Zeit haben wir noch in Pirna, das an der Spitze der Statistiken mit der Zahl seiner Unterstützungsempfänger marschiert, 1635 Wohlfahrtserwerbslose, 416 Arbeitslose, sowie 286 Krisenunterstützungsempfänger. Bei diesen Zahlen ist es erwünscht, jede Möglichkeit zu ergreifen, um den langjährig Erwerbslosen Verdienstmöglichkeiten zu schaffen.“¹⁷⁹

Während eines „Ratsherrenabends“ im Februar 1938 befaßte sich Dr. Brunner mit der „Entvölkerung unseres Grenzgebietes... 1937 wanderten allein aus Pirna 750 Facharbeiter in andere Gauen des Reiches ab, und auch die Zahl der Sterbefälle überstieg im selben Jahr die der Geburten.“¹⁸⁰

In einem finanzstatistischen Begleitbericht Brunners über das Jahr 1937 lesen wir: „Nachteilig macht sich insbesondere die Tatsache einer Überalterung der städtischen Bevölkerung bemerkbar, deren nachhaltige Wirkungen erheblich vergrößert wurden durch die Tatsache, daß eine erhebliche Zahl von jungen Facharbeitern nach anderen Teilen des Reiches abwandert.“¹⁸¹

Den verbliebenen Wohlfahrtserwerbslosen, die „auch in absehbarer Zeit nicht in Arbeit zu bringen“ wären, bescherte der Stadtrat 1937 „Pflichtarbeit“. Für jeweils 3 RM der gewährten Unterstützung war an 3 bis 4 Tagen zu je 8 Stunden „gemeinnützige Arbeit“ zu leisten, und zwar durch Frauen und Männer bis zu einem Alter von 60 Jahren. Als Pflichtarbeiten vorgesehen waren: Holz spalten, Gräben ausheben, Kreuzgarten herrichten, Kultivierungsarbeiten in der Elbleite, Räumung des Gottleubabettes, Hilfe beim Ernährungshilfswerk der NSV. Das sei jedoch keine „Zwangsarbeit“, wurde betont.¹⁸² Oberbürgermeister Dr. Brunner verkündete aber in einer späteren Ratsherrenberatung, „man werde allen Versuchen, sich der Pflichtarbeit zu entziehen, energisch entgegenzutreten.“

50 Pflichtarbeiter waren zunächst auf dem städtischen Bauhof eingestellt. Der Pflichtarbeitsdienst sollte weiter ausgebaut werden.¹⁸³

Im gesamten Arbeitsamtsbezirk Pirna gab es am 30.1.33 21.647 Arbeitslose, 1935 – 7.593, am 31.7.36 immer noch 5.561.¹⁸⁴

Pirna nahm im Unterschied zu anderen Gebieten Deutschlands nicht so stark am rüstungskonjunkturellen Aufschwung seit 1934 teil. Im Rahmen der Autarkiebestrebungen besaßen aber das Kunstseidenwerk und die Zellstoffwerke beachtlichen Stellenwert, sollte doch die Förderung der Produktion einheimischer Roh- und Ersatzstoffe Devisenersparnisse zugunsten der Einfuhr dringend erforderlicher Rohstoffe für die Rüstungsindustrie erbringen.

So nahm im Kunstseidenwerk 1934 ein neuer Betriebsteil die Produktion auf, und die Zahl der Beschäftigten wuchs von 2.199 im Jahre 1932 auf 2.876 (1934), 3.403 (1936) bis auf 3.720 (1939), wenn auch infolge der Rationalisierungsmaßnahmen die Zahl von 5688 im

178 Ganz offensichtliche Fehlaussage, denn gerade in den zwanziger Jahren erlebte Pirna den vorläufigen Höhepunkt der Industrialisierung!

179 StAP, B III-II, 585, Bl. 90 f.

180 PA, 18.2.1938, S.2.

181 StAP, B III-XXI, 27 unter dem 2.9.1938.

182 PA, 18.2.37, S.7

183 PA, 27.4.37, S.7: Ratsherrenberatung in Pirna

184 PA, 25.8.1936, S.2.

Jahre 1928 nie wieder erreicht wurde. Auch in den Zellstoffwerken von Hoesch u. Co. wuchs die Arbeitskräftezahl stärker an, wenn sie auch gleichfalls unter Vorkrisenniveau blieb. Lediglich die Glasindustrie (Farbenglaswerke Pirna und Glashütte Copitz) überschritt die Zahl der in Vorkrisenzeiten Beschäftigten.

In den Jahren 1933 bis 1939 entstanden in Pirna nur wenige neue Betriebe. 1936 waren es vier der Bau- und Baunebenstoffe, 1939 kamen noch einige in den gleichen Zweigen hinzu. Von größerem Gewicht, weil rüstungswirtschaftlich bedeutsam, war die Errichtung einer neuen Maschinenfabrik bei Gerlach u. Co. in Pirna-Copitz, der Aufschwung der Maschinenbaubetriebe und der 1934 wieder aufgenommene und rationalisierte Betrieb im Stahlwerk Pirna an der Dresdner Straße.

4.2.2. Freiwilliger und gesetzlicher Arbeitsdienst

Der „Freiwillige Arbeitsdienst“ (FAD) wurde durch Notverordnung Brüning im Sommer 1931 eingerichtet.

Der Gedanke des freiwilligen Arbeitsdienstes war von „verschiedenen bürgerlichen Parteien, militaristischen Wehrverbänden und anderen nationalistischen Gruppen verstärkt in die Öffentlichkeit getragen“ worden.¹⁸⁵ Im November 1930 erfolgte die Gründung des Volksbundes für Arbeitsdienst (VfA), aus dem der sächsische Landesverband im Sommer 1932 austrat und sich als Volksbund für Arbeitsdienst in Sachsen e.V. neu bildete.

Der Volksbund sollte zur Abschwächung der ökonomischen Krise beitragen, gleichzeitig aber „den Arbeitsdienstgedanken auf vaterländisch-überparteilicher Grundlage...fördern, möglichst zahlreiche Erwerbslose im freiwilligen Arbeitsdienst ansetzen und aus ihm baldigst die Arbeitsdienstpflicht entwickeln.“¹⁸⁶

Die „Wirtschaft“ entledigte sich in der Krise „überflüssiger“ Arbeitskräfte. Ein Teil von ihnen sollte sich wenigstens freiwillig oder unter Zwang in Dienstverhältnisse begeben, bei denen die Entlohnung nur knapp über den Sätzen der Erwerbslosenhilfe lag.

Nach einem Informationsbericht vom 1.8.32 bestanden in Sachsen 55 größere Lager mit etwa 1800 Mann, 51 kleinere Lager mit etwa 750 Mann, weitere 20 Lager befanden sich in Vorbereitung.

Auch andere Organisationen wirkten als „Dienstträger“ des FAD: Stahlhelm, Jungdeutscher Orden, NSDAP, konfessionelle Verbände und bürgerliche Sportorganisationen, das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

In Pirna ging der erste Vorstoß zur Einführung eines „Freiwilligen Arbeitsdienstes vom Jungdeutschen Orden im November 1931 aus.¹⁸⁷ Der Stadtrat eruierte daraufhin Möglichkeiten der Organisation, suchte eventuelle Träger des Dienstes und rief zu diesem Zweck Vertreter des Jungdeutschen Ordens, des Stahlhelm und des Reichsbanners zu einer Beratung zusammen. Bis zum Oktober 1932 hatte die Stadt noch keinen Weg zur Einrichtung des freiwilligen Arbeitsdienstes gefunden. Sie unterstützte lediglich den Volksbund für freiwilligen Arbeitsdienst mit Geräten und Unterkunft beim Ausbau des Leinpfades zwischen Pirna und Obervogelgesang zum Radfahrweg, an dem 20 Arbeitswillige 8 Wochen lang arbeiteten.¹⁸⁸

¹⁸⁵ Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 4, S. 411. Im folgenden: Lexikon,...

¹⁸⁶ Ebenda, S. 409.

¹⁸⁷ StAP, B III-V, 365, Freiwilliger Arbeitsdienst I, 1931-1933, Bl.1ff.

¹⁸⁸ Ebenda, Bl.59.

Erst im September 1932 reicht das Stadtbauamt beim Arbeitsamt zwei Anträge auf Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes ein, und zwar „zur Kultivierung von Ödland für die Forstwirtschaft“ (bemessen auf ca. 2000 Tagewerke mit 25 Arbeitswilligen in der Zeit von Mitte Oktober bis Ende Januar 1933) und „für Verbesserung der Vorflutverhältnisse der Gottleuba und Seidewitz“, zur Herrichtung von Waldwegen und Durchforstungsarbeiten in städtischen Waldungen (zwischen 1.10.1932 und 6.3.1933). Diese Einsätze wurden vom Arbeitsamt genehmigt. Aus Abrechnungsunterlagen geht hervor, daß im November 1932 bei diesen Arbeiten 44 Arbeitsdienstwillige eingesetzt waren. Infolge langer Anmarschwege machte sich die Einrichtung einer Lagerunterbringung erforderlich. Die Möglichkeit dazu fand man im städtischen Heim in Bonnewitz. Zum Lagerleiter wurde der in Konkurs gegangene Blumenfabrikant Fritz Süßkind erkoren. Die Arbeitswilligen erhielten für ihre Tätigkeit pro Tagewerk 1,60 RM. Der tägliche Verpflegungssatz war mit 0,85 RM festgelegt.

Größeren Umfang erreichte der freiwillige Arbeitsdienst aber nicht. Zwar war die Stadt durchaus an Notstandsarbeiten interessiert, auch konnten Ausgaben für die Wohlfürsorgeempfänger vermindert werden, aber es erwies sich, dass materielle und finanzielle Aufwendungen größer als erwartet waren. Als die Gesamtkosten des freiwilligen Arbeitsdienstes im Juni 1933 aufgerechnet wurden, standen den Einnahmen (Förderungsbeiträge für die „Arbeitsdienstwilligen“) vom 21.10.1932 bis zum 6.4.1933 in Höhe von 5414,40 RM Ausgaben (Löhne, Fuhrlohne, Frachten, Pflanzen) von 7146,90 RM gegenüber.¹⁸⁹

Die Reichsregierung war im Rahmen der verkündeten „Arbeitsschlacht“ daran gegangen, möglichst viele jugendliche Arbeitslose aus der Statistik heraus und in den Arbeitsdienst hinein zu befördern. Ende April 1933 bereits informierte der Reichsarbeitsminister und „Reichskommissar für den Arbeitsdienst“ Franz Seldte (auch Oberhaupt des „Stahlhelm“) über die Vorbereitung der Arbeitsdienstpflicht und die Aufstellung von Stammabteilungen.¹⁹⁰ Danach sollte der freiwillige in den staatlichen Arbeitsdienst überführt werden. Hier eine Übersicht des freiwilligen Arbeitsdienstes Ende April 1933 in unserem Kreis:¹⁹¹

Träger	Ort	Art der Arbeit	Art des Lagers	Belegschaft	Beginn
Sächsisches	Volksbund Lager	Elbregulierung	geschlossen	82	8.8.32
Caritasverband	Heidenau	Wäschenähen	offen	54	15.9.32
Gemeinde Mühlisdorf	Lochmühle	Denkmalbau	offen	19	1.9.32
Luthergemeinde	Heidenau	Sportplatz	offen	5	13.10.32
Stadt Pirna	Lager Bonnewitz	Forstarbeiten	geschlossen	100	2.1.33
Stadt Königstein	Goldleistenfabrik	Wegebau	geschlossen	265	18.4.33
Turnverein Jahn	Heidenau	Sportplatz	offen	20	19.9.32
Domänenverwaltung	Großsedlitz	Forstarbeiten	offen	20	24.10.32
Müglitz Genossenschaft	Militärverwaltung	Flußregulierung	geschlossen	50	14.11.32
Christusgemeinde	Heidenau	Rigolarbeiten	offen	31	1.12.32
Frauenvereinsbund Pirna	Lager Zwiesel	Näharbeiten	geschlossen	37	29.1.31
Caritas	Militärverwaltung	Rigolarbeiten	geschlossen	200	3.4.33
Domänenverwaltung	Heidenau	Teichschlämmen	geschlossen	20	24.4.33

Die meisten der hier verzeichneten Arbeiten waren in der zweiten Hälfte des Jahres 1932 aufgenommen worden. Immerhin waren bei bereits in Gang befindlichen Arbeiten 720, beim Landesarbeitsamt zur Genehmigung eingereichten 210 und als „in Aussicht genommene“ 640 Arbeitskräfte verzeichnet.¹⁹² Für die von der Stadt eingesetzten Arbeitskräfte wurden zu

¹⁸⁹ StAP, B III-V, 6.6.1933.

¹⁹⁰ StAP, B III-V, 367, Bl.1.

¹⁹¹ Ebenda, Bl. 14/15.

¹⁹² Ebenda.

dieser Zeit im Pirnaer Haushalt pro Mann täglich 0,30 RM Taschengeld und 0,80 RM Verpflegung angesetzt.¹⁹³

Die gebotene Übersicht zum freiwilligen Arbeitsdienst in unserem Kreis erscheint unvollständig. So erfahren wir aus anderer Quelle auch von einem Lager in Cunnersdorf bei Königstein, dessen Kräfte am Taubenteich eingesetzt waren. Hier wird auch deutlich, dass unter den neuen Machhabern ein ganz anderes Arbeitsregime Einzug gehalten hatte: Der aus Rottwerndorf stammende Hans Ebermann wurde wegen „Widersetzlichkeit, Gehorsamsverweigerung und Aufputschens seiner Arbeitskollegen“ durch Lagerleiter Schneider und das Forstamt am 16.6.1933 angezeigt und in Schutzhaft nach Hohnstein verbracht.¹⁹⁴

Zur Zentralisierung des Arbeitsdienstes sollte das Gruppenstammlager des Arbeitsdienstes mit einer Belegungsstärke von 210 Mann im Kasernengelände an der Rottwerndorfer Straße untergebracht und ab 1.8.1933 in den staatlichen Arbeitsdienst übernommen werden. Der firmierte bereits im September 1933 als „Arbeitsdienst der NSDAP, Abt. 1/154 (Pirna), Arbeitsgau 15, Sachsen-Ost“.¹⁹⁵ Als weitere Standorte mit eigenen Abteilungen im Kreis sind genannt: Königstein (2/154), Neustadt (3/154), Hertigswalde (7/154) und Berggießhübel (9/154).¹⁹⁶

Es währte noch bis zum Sommer 1935 ehe der freiwillige Arbeitsdienst endgültig durch Gesetz zur Arbeitsdienstpflicht vom 26.6.1935 für männliche und weibliche Jugendliche zwischen 18 und 25 Jahren mit halbjähriger Dienstpflicht verbindlich wurde.¹⁹⁷ An die Spitze des Reichsarbeitsdienstes (RAD) trat „Reichsarbeitsdienstführer Hierl.

Als „Ehrendienst am deutschen Volke“ sollte der RAD „Standesunterschiede einebnen und zeigen, 'dass der eigentliche Sinn an der Arbeit nicht im Verdienst liegt, den sie einbringt, sondern in der Gesinnung, mit der sie geleistet wird.'“ In zunehmendem Maße diente der RAD der militärischen Ausbildung, die besonders ab 1944 dominierte.¹⁹⁸ Exerzieren mit Spaten statt Gewehr und beim Militär üblicher „Schleifdienst“ kennzeichneten den RAD von vornherein. So beobachteten zwei Pirnaer am 4.12.1934 „Übungen“ von Arbeitsmännern auf dem Sportplatz Rottwerndorfer Straße, wobei der Truppführer „unflätige Schimpfworte gebrauchte“. Einer der Beobachtenden rief daraufhin: „Haut dem Kerl den Spaten ins Kreuz!“ Das brachte ihm Einweisung ins Schutzhaftlager Sachsenburg ein und eine Verurteilung zu einem Monat Gefängnis durch das Amtsgericht Pirna.¹⁹⁹

Über den RAD im Kreis Pirna ist heute nicht mehr viel zu erfahren. Die wesentlichsten erlangbaren Kenntnisse hier in kurze: Der erste Arbeitsdienstjahrgang traf in Pirna am 1.10.1935 im Gruppenstammlager Pirna ein.²⁰⁰ Das Tischerstift war Gruppenstabsgebäude,²⁰¹ ehe es im Offizierskasino an der Rottwerndorfer Straße einzog.²⁰² Das Schloss Großsedlitz („auf Sedlitzer Höhe“) beherbergte 1937 eine Arbeitsdienstführerinnenschule.²⁰³ , später „Bezirksschule des weiblichen Arbeitsdienstes“ genannt.²⁰⁴ 1940 fuhren 75 Arbeitsdienstmänner aus dem Kreis Pirna in Arbeitslager im „Protektorat Böhmen und

193 Ebenda, Bl. 26.

194 StAP, B III-XXVI, 183, 2060.

195 StAP, B III-V, 366, 25.9.1933.

196 Ebenda, Bezirksverfügung des Arbeitsdienstes in Sachsen 13/1933.

197 Gesetzestext in: Münch, S. 164-168.

198 Enzyklopädie, S. 664.

199 StAP, B III-XXVI, 3021.

200 PA, 2.10.1935, S.2.

201 StAP, E II, 409, 16, S. 14.

202 StAP, B III-V, 366.

203 PA, 17./18.7.1937, S.11.

204 PA, 12.2.1941, S.5.

Mähren“.²⁰⁵ Wo aber die Arbeitsdienstabteilungen untergebracht waren, bei welchen Arbeiten sie eingesetzt und welche Leistungen dabei erbracht wurden, bleibt offen.

Gilt auch für unseren Kreis, dass „der Wert der geleisteten Arbeit...in keinem Verhältnis zu den für den Reichsarbeitsdienst aufzubringenden Gesamtkosten“ stand?²⁰⁶

Immerhin konnte durch Einberufung zum RAD auch die Zahl der Arbeitslosen gesenkt werden.

4.2.3. Wohnungsbau und Notprogramme

Der relative Aufschwung im Baugewerbe verdankt sich weitgehend der einsetzenden Kriegsvorbereitung. So ordnete die Heeresverwaltung 1934 die Räumung von 191 Wohnungen in der ehemaligen Artilleriekaserne an.²⁰⁷ Dafür wurde der Bau von 216 Ersatzwohnungen nötig, wofür 36 Sechs-Familienhäuser in der Südvorstadt geplant wurden. Für diesen Zweck gründete man am 22.2.1935 die „Soziale Gesellschaft für Wohnungsbau Pirna GmbH“. Zum Geschäftsführer avancierte der Pirnaer NS-Funktionär Reinhold. Die Bautätigkeit begann bereits am 25.2.1935, und bis Ende November waren 190 Wohnungen fertiggestellt.²⁰⁸ Bis Ende Oktober 1936 konnten insgesamt 105 Häuser mit 395 Wohnungen übergeben werden.²⁰⁹

So konnte am 3. Oktober 1936 das Pionierbataillon Nr. 13 unter Major Roesinger, bisher stationiert in Riesa, in Pirna Einzug halten und Pirna wieder zur Garnisonsstadt werden.²¹⁰

Da der Fehlbedarf an Wohnungen aber rund 800 betrug, visierte die Stadt einen notwendigen Umfang von jährlich 300 zu errichtenden Wohnungen an. Gemeinsam mit der Sparkasse sollte der Siedlungsbau gefördert werden. So fand der Ausbau der Südvorstadt seine Fortsetzung, natürlich mit großem begleitendem Propagandaaufwand, wovon allein schon die am 28.8.1938 vorgenommene Namensweihe als „Hermann-Göring-Siedlung“ Kunde gibt.²¹¹ Auf 239 Grundstücken waren zu diesem Zeitpunkt 669 Wohnungen entstanden; die Siedlung zählte 2.345 Einwohner.

Für unerlässlich hielten die Stadtoberen die Errichtung einer 16-klassigen Volksschule in der Südvorstadt.²¹² Deren Bau kam aber infolge der Baubeschränkungen nicht mehr zustande. Erst nach dem Kriege konnten die Kinder der Südvorstadt ins ehemaligen Stabsgebäude des Militärareals als ihrer eigenen Schule einziehen.

Selbstverständlich trug die relativ rege Bautätigkeit erheblich zur Minderung der Arbeitslosigkeit bei, war doch während der Krise die Bautätigkeit weitgehend eingestellt worden.

In der baupolizeilichen „Kriegs-Chronik“ Pirnas lesen wir, Göring hätte als Vierjahresplan-Bauftragter am 18.10.1936 bereits einschneidende Maßnahmen auf dem Gebiet des Bauwesens erlassen: Bauten unterlägen seither der Genehmigung durch obere Behörden; es würde überprüft, ob sie der jeweiligen Rohstofflage Rechnung trügen und Baustoffe sparsam verwendet würden. Dazu gäbe es Richtlinien über Einsparung und Verwendung von Eisen, Stahl, Holz und Zement. Verschärft wurden diese Bestimmungen seit Kriegszustand. Teilweise wurde Bausperre verhängt, verschärft seit dem 1.12.1939. Genehmigt würden nur

205 PA, 17.4.1940, S.5.

206 Enzyklopädie, S. 664.

207 StAP,E II, 409, 15, S. 148.

208 PA, 23./24.2.1935, S.7; 9.4.35, S.9; 16.6.35, S.9; 29.11.35, S.2.

209 PA, 24./25.10.1936, S.2.

210 PA, 2.10.36, S.2.

211 PA, 2.8.1938, S.2; 27./28.8.38, S. 9 und 10.

212 21.10.1938, S.9.

noch Vorhaben für kriegswichtige Bauten, lebensnotwendige Instandhaltungen und Luftschutzräume.

So musste denn auch die Errichtung von 21 Eigenheimen in der „Hermann-Göring-Siedlung“ unterbleiben. Zurückgestellt wurde die geplante Kleinsiedlung in Jessen, auch verschiedene „Volkswohnungsbauten“.²¹³

4.2.4. Entrechtung und Bestechung der Arbeiter – DAF und KdF

Nach der Zerschlagung der Gewerkschaften konnte die NSBO dennoch nicht deren Platz im Arbeitsleben übernehmen. Am 6. Mai 1933 durch Robert Ley angekündigt, folgte am 10. Mai 1933 die Gründung der „Deutschen Arbeitsfront“ (DAF), die keinesfalls lediglich an die Stelle der Gewerkschaften treten sollte (die NSBO wurde ihr eingegliedert). Sie übernahm das Vermögen der Gewerkschaften, vereinnahmte durch Gleichschaltung die Arbeiterwohlfahrt und verleibte sich am 15. Mai auch die Konsumgenossenschaften ein.

Als am 26.3.1935 die gewerbliche Wirtschaft der DAF eingegliedert wurde, äußerte Hitler in einem Erlass: „Der Nationalsozialismus hat den Klassenkampf beseitigt. Die Kampforganisationen der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände sind verschwunden. An die Stelle des Klassenkampfes ist die Volksgemeinschaft getreten. In der Deutschen Arbeitsfront findet diese Volksgemeinschaft ihren sichtbaren Ausdruck durch den Zusammenschluss aller schaffenden Menschen.“ Als ein der NSDAP angeschlossener Verband vereinigte sie 1938 bereits 23 Millionen Mitglieder und war damit die größte Organisation des faschistischen Regimes.

Im Gesetz zur Ordnung der Nationalen Arbeit vom 20. Januar 1934 erhielt die neue Arbeitsordnung klare Konturen:

„§ 1. Im Betriebe arbeiten der Unternehmer als Führer des Betriebes die Angestellten und Arbeiter als Gefolgschaft gemeinsam zur Förderung der Betriebszwecke und zum gemeinsamen Nutzen von Volk und Staat.

§ 2. (1) Der Führer des Betriebes entscheidet der Gefolgschaft gegenüber in allen betrieblichen Angelegenheiten, soweit sie durch dieses Gesetz geregelt werden.

(2) Er hat für das Wohl der Gefolgschaft zu sorgen. Diese hat ihm die in der Betriebsgemeinschaft begründete Treue zu halten.

§ 5. (1) Dem Führer des Betriebes mit in der Regel mindestens zwanzig Beschäftigten treten aus der Gefolgschaft Vertrauensmänner beratend zur Seite. Sie bilden mit ihm und unter seiner Leitung den Vertrauensrat des Betriebes“²¹⁴

Schon die Wortwahl „Führer“ und „Gefolgschaft“ kennzeichnete die neuen Machtverhältnisse zwischen Unternehmern und Arbeitskräften. Die „Vertrauensräte“ traten an die Stelle der von den Arbeitern gewählten Betriebsräte, hatten aber nur eine beratende Funktion. Das Entscheidungsrecht blieb allein dem „Betriebsführer“. Auf tarifliche Vereinbarungen hatten sie keinen Einfluss.

Die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ging durch Gesetz über die Treuhänder der Arbeit vom 19. Mai 1933 an diese Staatsbeamten über, die gleichzeitig alle Maßnahmen zu treffen hatten, um den betrieblichen Arbeitsfrieden zu garantieren.²¹⁵ Die Tarifautonomie war damit aufgehoben. Noch im Mai 1933 verfügte das Reichswirtschaftsministerium einen allgemeinen Lohnstopp. Auf die Lohnpolitik kommen wir später noch zurück.

²¹³ StAP, B III-II, 19, Kriegsmaßnahmen, Berichte. 1938-1942. Bl. 31-33: Kriegs-Chronik - Baupolizei, 4.1.1940.

²¹⁴ Münch, S. 159/160.

²¹⁵ Gesetzestext in: Münch, S. 144. Vgl. auch Schneider, S. 104 f.

Die Vertrauensmänner wurden zunächst durch die NSBO bestimmt, 1934 erstmals für eine Amtszeit von einem Jahr gewählt, wobei die Wahlergebnisse nicht publiziert wurden! Im Frühjahr 1935 war sich die NSDAP angesichts ihrer Abstimmungserfolge vom August 1934 sicher, dass ihre Leute in den Betrieben ein gleich überwältigendes Ergebnis bei Vertrauensmännerwahlen einfahren könnten. Dazu organisierte man eine ganze Welle von Betriebsversammlungen und Betriebsappellen, in denen NS-Funktionäre die Leistungen des Regimes in leuchtenden Farben priesen. In den Küttner-Werken in Pirna trat Kreisleiter Gerischer auf.²¹⁶

Die Vertrauensmänner waren allesamt auf einer Einheitsliste der NSBO verzeichnet. Das Ergebnis blieb weit unter den Erwartungen. Gewählt wurden am 12. und 13. April im Kreis Pirna 663, die am 23.4.1935 öffentlich vereidigt wurden. Es gab im Kreis, bei 25.861 Abstimmungsberechtigten, 19.392 Ja-Stimmen (74,98 Prozent), 2.240 Nein-Stimmen (8,66 Prozent), 1.809 ungültige Stimmen (6,99 Prozent); 2420 waren der Wahl ferngeblieben.²¹⁷ Im Reich waren die offiziell mitgeteilten Ergebnisse besser. Danach hätten etwa 83 % an den Wahlen teilgenommen. Gleich hoch sei die Zustimmung zu den Listen gewesen.²¹⁸ 1936 und auch in den beiden darauf folgenden Jahren verlängerte man ohne Angabe von Gründen die Amtszeit der Vertrauensleute, so dass die „Wahlen“ vom April 1935 die einzigen blieben.

Die für 1936 angesetzten Wahlen waren dabei rechtzeitig mit entsprechender Propaganda vorbereitet worden. Im Januar veranstaltete die DAF-Kreisverwaltung unter Leitung des Kreiswalters der DAF Teichert eine „Vertrauensratswahl-Besprechung“ mit „100prozentig“ erschienenen Betriebsführern und Betriebszellen-Obleuten. Der Gaurechtsstellenleiter Roßberg erklärte dabei, noch einmal das Grundanliegen dieser „Arbeitervertretung“ in den Betrieben. Kern seiner Aussage laut „Pirnaer Anzeiger“: „Der Arbeiter solle nicht mehr denken, der Betriebsführer sei der reaktionärste Mensch und damit sein Feind, sondern der Betriebsführer sei die erste Vertrauensperson im Betriebe. Gegenseitiges Vertrauen soll und muss die Volks- und Betriebsgemeinschaft festigen...Die Verantwortung für den Betrieb trage allein der Betriebsführer, und das höchste im Betriebe sei der Betriebsfriede.“²¹⁹

Ähnliche Auslassungen finden sich häufig in der Presse, so u.a. von Gauwalter Pertsch anlässlich einer Vortragswoche im September/Oktober 1935 zum Thema „Was will die DAF?“ Es sprach da von der „...Unfähigkeit der früheren Verbände, Arbeiter, Angestellte und Arbeitgeber zusammenzuschließen... Es war vielfach unmöglich, den Arbeitgeber auf der einen und den Arbeitnehmer auf der anderen Seite davon zu überzeugen, daß beide aufeinander angewiesen sind, daß alles, was getan wurde, einzig und allein geschehe zur Erhaltung der Gemeinschaft...“²²⁰

Natürlich unterlagen viele Arbeiter den vollmundigen Versprechungen und der Propaganda. Dennoch war man sich der Betriebsarbeiterschaft und auch der Angestellten nicht in vollem Umfange sicher. Immer wieder versuchten die Arbeitenden Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen und höheren Löhnen durchzusetzen. Die DAF sah sich in dieser Hinsicht ständig gefordert und suchte sowohl nach Wegen, wie diesen Forderungen nachzukommen wäre. Gleichzeitig baute sie aber ihr Spitzelsystem in den Betrieben aus, um oppositionelle Kräfte zu eliminieren. Auch die Vertrauensleute standen unter Druck von oben wie von unten. So glatt ging es mit der „Volksgemeinschaft“ in den Betrieben nicht. Das mögen folgende Beispiele belegen:

In einer amtlichen Mitteilung des Treuhänders der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Sachsen heißt es: „...Fälle von Betriebsstreitigkeiten und Störungen des Arbeitsfriedens waren in der

216 PA, 10.4.1935, S.2/3.

217 PA, 29.4.1935, S.2.

218 Schneider, S. 511. Vgl. dort zu den Vertrauensleute-Wahlen: S. 505-516.

219 PA, 18./19.1.1936, S.10.

220 PA, 1.10.1935, S.2.

Mehrzahl verursacht worden durch konfessionelle Fanatiker, Sektierer, ernste Bibelforscher, Vereinsmeier, besserwissende Eigenbrötler, unverbesserliche Sozialreformer und vom Ständedünkel Besessene...Streitbeschwörer waren in 90 von hundert Fällen Nichtmitglieder der DAF“. Angekündigt wurde, „daß die Störer des Arbeitsfriedens in Zukunft ohne Schonung aus den Betrieben entfernt werden.“²²¹

Anlässlich eines der „Hebefeste“ während der Bautätigkeit in der Südvorstadt (am 16.6.1937) gab es nach der Rede des Oberbürgermeisters eine Gegenrede eines Bauarbeiters – des ehemaligen kommunistischen Stadtverordnetenvorstehers Fritz Ehrlich. Der wurde natürlich sofort durch den bereits mehrfach erwähnten Reinhold bei der Gestapo angezeigt. Dr. Brunner fügte seinerseits eine Mitteilung bei, in der er betonte, die Bauarbeiter wären noch weitgehend in „kommunistischem und marxistischem Sinne beeinflusst“. Noch am gleichen Tage wurde Ehrlich in Haft genommen und der Stapostelle in Dresden zugeführt – wegen Verstoßes gegen das Heimtückegesetz.²²²

Selbst bloße Passivität bei verordneten Ritualen konnte schlimme Folgen haben. Beispiele wurden zur Einschüchterung veröffentlicht. „Wegen Interesselosigkeit bei Betriebsfeier fristlose Entlassung!“ lautete die Überschrift zu folgender Notiz: „Aus einem Großbetrieb wurde ein langjähriger Angestellter und Abteilungsleiter fristlos entlassen mit der Begründung, daß er dauernd ein staatsfeindliches Benehmen zur Schau getragen hätte. So war er zur Feier aus Anlass des Tages der Machtübernahme als einer der letzten gekommen, lehnte sich abseits in lässiger Haltung an die Wand und erwies beim Absingen der Nationallieder nur andeutungsweise den Deutschen Gruß. Zur Rede gestellt antwortete er, daß er sich nicht um diese Dinge kümmere.“ Er wurde entlassen und ging vor Gericht. Der Gerichtsentscheid: Entlassung sei gerechtfertigt.²²³

Über die Tätigkeit der DAF in Stadt und Kreis Pirna fehlen sämtliche schriftliche Quellen, die in den Jahren 1933-1945 aufliefen. Lediglich aus der örtlichen Presse ist wiederum nur spärlich einiges überliefert.

Allein die Tatsache, dass das einzige neue NS-Organisationsgebäude in Pirna für die DAF errichtet wurde, zeugt von der ausgedehnten Wirksamkeit dieses NS-Verbandes. Am 8. Februar 1939 wurde dafür am „Sportplatz Weststraße“ (Thälmann-Platz) der Grundstein gelegt, am 22. Mai konnte bereits das Richtfest gefeiert werden.²²⁴

Noch vor Kriegsbeginn konnte die DAF-Verwaltung mit ihren Zweigorganisationen Einzug halten.

Der DAF oblag die Ausrichtung der „Feiern des 1. Mai“. Berichte dazu finden sich jeweils im „Pirnaer Anzeiger“. „Als Zeichen der Einheit, der Treue und des Gehorsams (!)“ zelebrierte Kreisleiter Gerischer die Fahnenweihe der DAF am 1. Mai 1936 mit dem markigen Spruch: „Wer auf die Fahne schwört, hat nichts, was ihm selber gehört.“

Am gleichen Tage erhielt die „Werkschar“ der Firma Küttner ihre neuen Uniformen. Nach einem Erlass vom 5. März 1937 wurden reichseinheitlich die Werkscharen militärisch organisiert. Nach Ley sollten sie „weltanschaulicher Stoßtrupp der Deutschen Arbeitsfront in den Betrieben“ sein und sich besonders der „Erziehung der Arbeitskameraden“ widmen.²²⁵ Dass sie dabei mit der Gestapo zusammenzuarbeiten hatten, verstand sich von selbst. Auch dank ihrer Aufsichtstätigkeit in den Betrieben konnte bei Küttner die bei den Arbeitern

221 PA, 9.7.1935, S.2.

222 StAP, B III-II, 586, Bl. 18 und B III-XXVI, 183, 716,

223 PA, 5.10.1935, S.2.

224 PA, 8.2.1939, S.2; 23.5.1939, S.5.

225 Bergschicker, Heinz, Deutsche Chronik 1933-1945. Berlin 1982, S. 166. Im folgenden: Bergschicker..

verhasste Stechkartenkontrolle im Mai 1936 aufgehoben werden²²⁶ - selbstverständlich verbucht als Erfolg der DAF.

Die Pirnaer Werkscharen wurden 1939 in das „Korps der Politischen Leiter“ übergeführt. In einer „Dienstbesprechung mit den Werkscharstoßtruppführern, Werkscharmeistern, Werkschartruppführern und den Betriebsobmännern unter Leitung von Kreiswerkscharführer Brehmer ermahnte der NSDAP-Kreispersonalamtsleiter Bernitt „die Männer, sich stets als politische Willensträger der Betriebe zu fühlen.“²²⁷ Die von der DAF politisch geführten Werkscharen waren ein zuverlässiges Instrument zur Disziplinierung der Arbeiter und während des Krieges auch zur Bewachung und Beaufsichtigung der Zwangsarbeiter eingesetzt.

Die „NS-Gemeinschaft Kraft durch Freude“ war die Freizeitorganisation der DAF. Sie machte in der örtlichen Presse erstmalig im Februar 1934 von sich reden, als die ersten 28 KdF-Urlauber feierlich zu einem 10-tägigen Urlaub nach Bayern durch den KdF-Kreiswalter Teichert und den KdF-Kreiswart Schöffmann verabschiedet wurden.²²⁸ Sie umfasste auch alle früheren kulturellen und geselligen Vereine und Organisationen, die sich ihr meist freiwillig oder nach entsprechendem Gleichschaltungsdruck eingegliedert hatten.

Durch eigene „Untersuchungstrupps“ förderte die DAF die Rationalisierung der betrieblichen Produktion nach dem bei den Arbeitern gefürchteten Refa-System. Das und der seit 1937 von der DAF verkündete und geführte „Leistungskampf“ unterstützten nachhaltig das Gewinnstreben der Unternehmer, aber dienten in gleicher Weise den sich ständig steigenden Rüstungsanstrengungen der Hitler-Regierung. Anlässlich des „dritten Leistungskampfes“ wandten sich NS-Kreisleiter Elsner und KdF-Kreisobmann Teichert an die Betriebsführer und Gefolgschaften des Kreises in einem Aufruf, in dem es u. a. heißt „Gegner in aller Welt machen gewaltige Anstrengungen, um die Lebensmöglichkeiten des deutschen Volkes zu beschränken. Wir begegnen ihnen durch die Steigerung unserer Leistungen in Partei, Wehrmacht und Wirtschaft.“²²⁹

Die Reihenfolge ist bezeichnend! Voraussetzungen für die höchsten Leistungen aller Arbeitenden sollten geschaffen werden.

Auch die DAF-Baugesellschaft „Neue Heimat“ sollte in der Stadt Pirna aktiv werden. So erfahren wir, dem Oberbürgermeister Dr. Brunner sei es gelungen, sie zum Bau von 63 Häusern mit 307 Wohnungen in der Hermann-Göring-Siedlung in Pirna zu gewinnen. Die Gesamtbaukosten betragen 2.239.405 RM, davon habe Pirna 334.000 RM aufzubringen. Die Miete betrage 8,83 RM/ m² pro Jahr. Mit dem Bau solle bald begonnen werden.²³⁰ Es ist zweifelhaft, ob daraus etwas wurde, denn nach wenigen Monaten begann der Krieg, und damit erloschen Wohnungsbaumaßnahmen fast völlig.

Nach dem DAF-Aufruf vom 11. Dezember 1934, überall Betriebsappelle durchzuführen und „Kameradschaftsabende“ zu veranstalten, bürgerte sich diese Formen ideologischer Beeinflussung der „Gefolgschaften“ bald ein. Da sie außerhalb der Arbeitszeit lagen, störten sie auch den Betriebsablauf nicht.²³¹

226 PA, 2./3.5.1936, S.9.

227 PA, 19.7.1939, S.5.

228 PA, 20.2.1934, S.2. Vgl. auch: PA, 1.3.1934, S.1.

229 PA, 19.5.1939, S.5.

230 PA, 16.5.1939, S.5.

231 Über Beispiele vgl. PA 22.3.1935, S.11.

4.2.5. Lohnentwicklung und Aufhebung der Freizügigkeit²³²

„Die durchschnittlichen tariflichen Stundenlöhne sanken für Facharbeiter von 102,6 Rpf am 1. Januar 1930 auf 78,3 Rpf am 1. Januar 1934, für angelernte Arbeiter von 83,1 Rpf auf 68,1 Rpf und für Hilfsarbeiter von 80,6 Rpf auf 62,1 Rpf. Auch für Fach- und angelernte Arbeiterinnen gingen die durchschnittlichen tariflichen Löhne im selben Zeitraum von 64,4 auf 51,6 Rpf und für Hilfsarbeiterinnen von 53,5 auf 43,3 Rpf zurück.“²³³

Die Lohnpolitik war durch Lohnstopp und individuellen Leistungslohn geprägt. „Stabile Löhne bedeuteten stabile Preise, die vor allem dem Staat als Käufer von Rüstungsmaterial zugute kamen. Übersteigertes Lohnwachstum musste auch aus konjunkturellen Gründen vermieden werden, weil es eine erhöhte Nachfrage nach Konsumgütern ausgelöst hätte.“²³⁴

Der Lohnstopp, 1933 erstmals verkündet, wurde in den nachfolgenden Jahren mehrfach bekräftigt. Zu überwachen hatten ihn die „Treuhand der Arbeit“. Ein Reichskommissar für Preisüberwachung²³⁵ sorgte für Preisstabilität. Das gelang durchaus nicht ohne Schwierigkeiten. Besonders 1934 und 1935 gab es Preiserhöhungen bei Lebensmitteln und anderen Gütern, die Besorgnis auslösten. Ley, den Führer der DAF, bewegten sie zu einer Stellungnahme an Hitler, in der es u.a. hieß: „Die Aufwärtsbewegung der Preise hat in den letzten Tagen eine Entwicklung genommen, die stärkste Unruhe hervorgerufen hat. Von allen Seiten und aus allen Teilen des Reiches häufen sich die Klagen gerade über ein Emporschnellen der Lebensmittelpreise zu einer für den Arbeiter fast unerschwinglichen Höhe.“²³⁶ Aber erst 1936 wurde per Gesetz eine Preisstoppverordnung erlassen, durch die die Preisüberwachung „für Güter und Leistungen jeder Art, insbesondere für alle Bedürfnisse des täglichen Lebens, für die gesamte landwirtschaftliche, gewerbliche und industrielle Erzeugung und für den Verkehr mit Gütern und Waren aller Art sowie für sonstige Entgelte“ verfügt wurde.²³⁷

Lohn- und Preisstopp konnten trotz dieser Maßnahmen nicht vollends durchgesetzt werden. Der durch die rasante Erweiterung der Rüstungs- und Produktionsgüterindustrie bald auftretende Mangel an Facharbeitern in diesen Bereichen ab 1936 veranlasste Unternehmen, mit „Locklöhnen“ Arbeitskräfte aus Landwirtschaft und Konsumgüterindustrie abzuwerben. Auch die DAF drängte Unternehmen zu Lohnerhöhungen und sozialpolitischen Zugeständnissen (Weihnachtsgeld, Urlaub u.a.), erreichte hier und da Verbesserungen, ehe sie auf Veranlassung des Reichswirtschaftsministeriums in die Schranken gewiesen wurde. Lediglich hinsichtlich der Urlaubsdauer konnte die DAF im Zusammenhang mit ihrer Rolle auch als Freizeitorganisation („Kraft durch Freude“) Erfolge verbuchen. So „hatten 1938 5,1 % der Arbeitenden bis zu 5 Tagen, 25,8 % sechs Tage, 61,6 % sieben bis zwölf Tage und 7,5 % mehr als zwölf Tage Urlaub gemacht.“²³⁸

Insgesamt erreichten die Löhne bis 1939 nicht das Vorkrisenniveau von 1929, wie die nachfolgende Tabelle zeigt:

232 Zur Lohn- und Arbeitszeitentwicklung vgl. vor allem Schneider, S. 517-590, aber auch Volkmann, S. 344-352 und Barkai, S. 173 (zur Steuer-, Lohn- und Preispolitik).

233 Schneider, S. 520.

234 Volkmann, S. 349.

235 Bis 1935 Carl Goerdeler, Oberbürgermeister von Leipzig.

236 Ley an Hitler, 15.8.1935, zitiert bei Michalka, S. 62.

237 RGBl 1936, I, S. 927.

238 Schneider, S. 554.

Daten zur Lohnpolitik im Dritten Reich ²³⁹

	1929	1932	1933	1934	1935	1936	1937	1938	1939
Nominale Stundenlöhne (tariflich)	122	100	97	97	97	97	97	97	98
Nominale Stundenlöhne (effektiv)	133	100	97	99	101	102	105	108	111
Effektive Stundenlöhne (real)		100	99	99	99	100	101	104	107
Effektive Wochenlöhne (nominal)	149	100	102	110	112	117	124	126	131
Effektive Wochenlöhne (real)	118	100	104	109	110	112	115	119	123
Löhne in % des Volkseinkommens	56,6	57,0	56,0	55,5	54,6	53,5	52,7	52,4	51,8
Amtlicher Lebenshaltungsindex	128	100	98	100	102	103	104	104	105
Bruttolöhne Maschinenbau			100	113	118	120	122		
Bruttolöhne Nahrungsmittelindustrie			100	101	101	101	102		
Bruttolöhne Bekleidungsindustrie			100	96	91	96	95		

Über die Lohnentwicklung in unserem Gebiet sind exaktere Daten nicht verfügbar. In gewisser Weise spiegelt sie sich aber in den Aufzeichnungen des Pirnaer Eisenbahners Max Höhne wider, die hier auszugsweise wiedergegeben sein sollen:

Verdienste von Max Höhne, Lokomotivführer, in RM:²⁴⁰

Jahr	Jahresverdienst	Monatsdurchschnitt
1928	3380,09	281,67
1929	3156,82	263,07
1930	3261,99	271,83
1931	2983,64	248,64
1932	2646,12	220,51
1933	2578,13	214,84
1934	2670,56	222,55
1935	2674,50	222,87
1936	2700,49	225,04
1937	2744,44	228,70
1938	2943,99	245,33
1939	2983,16	248,60
1940	3079,25	256,60
1941	3417,27	284,77
1942	3465,14	288,76
1943	3613,40	301,12

Der Lohnzuwachs in den Industriezweigen, die vorrangig der Aufrüstung dienten (Rüstung, Produktionsgüter, Export), konnte nur durch administrative Arbeitskräftesteuerung gedämpft werden. Dazu diente die Einführung des Arbeitsbuchs, „um die zweckentsprechende Verteilung der Arbeitskräfte in der deutschen Wirtschaft zu gewährleisten“²⁴¹ und die Freizügigkeit zum Wechsel des Arbeitsplatzes zu beschränken.

Während man in der Konsumgüterindustrie eine Verkürzung der Arbeitszeit anstrebte, damit gleichzeitig eine Verringerung der Löhne, erlaubte eine 1934 erlassene Arbeitszeitverordnung den Treuhändern der Arbeit, die tägliche Arbeitszeit in Rüstungsbetrieben über den tariflichen Achtstundentag hinaus zu verlängern.

Im Sommer 1938 verfügte Göring eine zeitlich begrenzte Dienstverpflichtung von Arbeitern zum Einsatz für die Aufrüstung.

Die Lohn- und Arbeitszeitbedingungen für die Arbeiter waren im ganzen in der Mitte der dreißiger Jahre im Vergleich zum Jahre 1929 bescheiden. „Doch die Arbeiter, zumal die nach langer Arbeitslosigkeit wieder in Arbeit gelangten, verglichen wohl kaum das Lohnniveau von 1934/35 mit dem Stand vor der 'Großen Krise'. Vielmehr hatte die Erfahrung von

239 Volkmann, S. 352.

240 Max Höhne, Heft mit der Aufzeichnung sämtlicher Verdienste zwischen Oktober 1906 und April 1944. Kopie im Besitz des Verfassers.

241 RGBl. 1935, I, S. 311.

Massenarbeitslosigkeit, hatten Kurzarbeit und Lohnsenkung das Bild der Weimarer Republik so nachhaltig geprägt, dass jeder Schritt zu Arbeitsplatz- und damit Einkommenssicherheit begrüßt wurde.²⁴²

4.2.6. Versorgungsprobleme

Der Abbau der Arbeitslosigkeit hatte natürlich eine gesteigerte Nachfrage nach Lebensmitteln und anderen Konsumgütern zur Folge. Diese Nachfrage konnte infolge der Aufrüstungspolitik nicht voll befriedigt werden, weil bei Importen kriegswichtige Rohstoffe Vorrang hatten und die Einfuhr von Nahrungsmitteln, die Deutschland nicht in vollem Umfange selbst erzeugen konnte, die Aufrüstung verlangsamt worden wäre. So versuchte man den Verbrauch auf vielfältige Weise zu steuern. „Die Ernährung soll sich grundsätzlich auf die Erzeugnisse des deutschen Bodens einstellen und sich dem jahreszeitlichen Ablauf der Erzeugung und der Ernte anpassen.“ Die Reichsregierung beließ es bei einer indirekten Verbrauchslenkung durch Steuerung des Imports, hauptsächlich aber durch rege Propagandatätigkeit. Da trotz aller Anstrengungen die Selbstversorgung Deutschlands mit Nahrungsmitteln (auf sie kommen wir gleich zurück) bis zum Kriege nicht voll befriedigt werden konnte, blieben administrative Einschränkungen nicht aus. Bei der Fettversorgung wurde direkte Verbrauchssteuerung praktiziert.²⁴³

„Die Verbrauchslenkung stand unter der Devise: ‚Anpassung an die deutschen Ernährungsmöglichkeiten.‘ Der Verbrauch von Eiern, Fleisch und Fett sollte zugunsten von Kartoffeln, Brot, Fisch, Gemüse, Quark und Zucker sowie ‚zuckerhaltigen Brotaufstrichmitteln‘ eingeschränkt werden. Auch auf Südfrüchte, Kaffee und andere ausländische Erzeugnisse sollte verzichtet werden. Parolen waren etwa: ‚Kauft deutsches Gemüse!‘, ‚Esst mehr Fisch!‘ und ‚Trockenbrot macht Wangen rot‘. Anvisiert war insgesamt die Umstellung der Ernährung von tierischen auf pflanzliche Produkte, von Eiweiß und Fett auf Kohlenhydrate.“²⁴⁴

Bei aller Dürftigkeit überlieferter Quellen spiegeln sich diese Versorgungsprobleme auch in unserem Gebiet wider.

Fleischverbrauch: kg/Kopf

	1933	1934
Rind	18,30	21,14
Kalb	4,57	4,88
Schöps	0,88	0,76
Ziegen	0,04	0,06
Schwein	22,27	24,15
Pferd	2,43	2,55
Fleisch gesamt	48,49	53,54

Damit lag der Fleischverbrauch in Pirna im Jahre 1934 um 0,96 kg. unter dem Reichsdurchschnitt.

Der Fleischverbrauch pro Einwohner/Kopf/Jahr lag in Pirna 1914 bei 59,33 kg, betrug 1928 wieder 49,07 kg und lag 1931 trotz gesunkener Fleischpreise bei 43,66 kg, wobei der stärkste Rückgang bei Rindfleisch zu verzeichnen war, eine stärkere Zunahme bei Pferdefleisch.²⁴⁵

242 Schneider, S. 584.

243 Volkmann, S. 352/53.

244 Schneider, S. 594. Dort auch eine Fülle weiterer Angaben zur Versorgung mit Nahrungsmitteln und anderen Konsumgütern.

245 Übersicht nach Jahresberichten des Stadtrates von Pirna für die Jahre 1914 bis 1934. Stadtarchiv Pirna.

Seit 1935 finden sich in der Pirnaer Tagespresse wiederholt Nachrichten, die die teilweise prekäre Situation in der Fett- und Fleischversorgung und die damit einhergehende Mißstimmung in der Bevölkerung veranschaulichen. So wurden in einer Arbeitstagung der NSKOV in Heidenau „die Frage ‚Weshalb Butter-, Speck- und Schweinefleischknappheit?‘ durch den Ortsgruppenobmann in treffender Weise beantwortet. Unter anderem wurde gesagt: Wir Blutzugehörigen des Weltkrieges haben ganz andere Entbehrungen ertragen, so daß uns die Nörgelei geradezu lächerlich erscheint. In scharfen Worten wandte der Obmann sich unter lebhafter Zustimmung gegen alle Disziplinlosigkeiten der Verbraucher. Für die NSKOV sei es eine selbstverständliche Ehrenpflicht gegenüber dem Führer, allen gewissenlosen Hetzern schärfstens entgegenzutreten.“²⁴⁶

Ein halbseitiger Artikel im „Pirnaer Anzeiger“ befasste sich unter der Überschrift „Ein offenes Wort zur deutschen Ernährungslage“ im Sinne der „Kanonen statt Butter“-Parole mit diesem Problem.²⁴⁷

Die Wohlfahrtspolizei, erfahren wir, „war reichlich mit statistischen Erhebungen beschäftigt. Besonders durch die im letzten Vierteljahr aufgetretene Butter-, Fett- und Schweinefleisch-Knappheit wurde die Tätigkeit der Wopo sehr in Anspruch genommen.“²⁴⁸ Aus dem November 1936 erfahren wir, die Buttersversorgung erfolge mit 80 Prozent der im Oktober bezogenen Mengen.²⁴⁹ Im Dezember führte man Kundenlisten ein, wobei der Lebensmittelhandel nur für Butter, das Fleischerhandwerk für Schweinefett, Speck und Talg zuständig waren.²⁵⁰

Auch 1938 hatte sich an dieser Situation kaum etwas geändert: „Die Kleinverteiler erhalten höchstens 85 Prozent der Menge an Butter, die im November 1936 bzw. Dezember 1937 ausgegeben wurde.“²⁵¹

Drei Tage vor Kriegsbeginn kam dann die Bezugscheinpflicht, die nicht als „Notmaßnahme, sondern nur vorsorgliche Maßnahme“ verkündet wurde und die Rationierung für „gewisse Lebensmittel, Seife, Hausbrandkohle, lebenswichtige Spinnstoff- und Schuhwaren“ brachte – mit folgenden Sätzen:

Fleisch- und Fleischwaren	700 g/ Woche
Milcherzeugnisse, Öle, Fette	60 g /Tag
Zucker	280 g/ Woche
Marmelade	110 g/ Woche
Graupen, Grütze, Gries, Sago u.a.Nährm.	150 g/ Tag
Kaffe od. Kaffee-Ersatz	63 g/ Woche
Tee	20 g/ Monat
Milch	0,20 l/ Tag

f. Kinder oder Schwerarbeiter besondere Zuwendungen:

Kinder unter 6 Jahren	0,50 l Milch / Tag
werdende od. Stillende Mütter	0,30 l Milch / Tag. ²⁵²

„Eintopfessen“ und WHW

Die „Eintopfsonntage“ sollten den Verbrauch dämpfen, gleichzeitig die Richtung für eine zeitgemäße Ernährungsweise markieren und die Opferbereitschaft der „Volksgenossen“ für die Bedürftigen im Lande fördern - durch Einzahlung eingesparten Geldes in die

246 PA, 6.11.35, S.2.

247 PA, 12.11.35, S.7.

248 PA, 11./12.1.36, S.2.

249 PA, 23.11.36, S.2.

250 PA, 21.12.36, S.2: „Wie wird Fettbezug geregelt?“

251 PA, 24.8.38, S.2.

252 PA, 28.8.39, S.5 und 30.8.39, S.4.

Spendentöpfe. Dem diente auch das seit 1933 veranstaltete „Winterhilfswerk“, das von der „Nationalsozialistischen Volksfürsorge“ (NSV) getragen wurde.

Während 1933 alles noch relativ freiwillig und locker veranstaltet war, nahm hier seit 1934 der „freiwillige Zwang“ seinen Lauf. So konnte anlässlich des ersten Eintopfsonntags 1934 in Pirna verkündet werden, es wären 2.300 M gesammelt worden, weit über das Ergebnis des Vorjahresmonats hinaus.²⁵³ Zugleich erweiterte man das WHW zu einer ständigen Abgabe, die kontrollfähig war: So veröffentlichte der „Pirnaer Anzeiger“ einen Aufruf an alle Arbeitgeber, Gehalts- und Lohnempfänger im Kreis Pirna, Monats-Türplaketten des WHW 1934/35 zu erwerben. Sie befreiten von Häusersammlungen des WHW. Die Plakette sollte erhalten, wer im Oktober, November, Dezember jeweils 20 Prozent und im Januar, Februar, März 15 Prozent des Lohnsteuersatzes spendete. Die Spende „wird in Abzug gebracht“ und auf das NSDAP-Spendenkonto des Kreisleiters überwiesen. Das Spendenverzeichnis mit Wohnungsangabe gelangte an die WHW-Kreisdienststelle.²⁵⁴ Das funktionierte in kürzester Zeit: Bereits Tage später finden wir diese Notiz: „Die Belegschaft der Küttner-Werke beteiligt sich vollzählig am Winterhilfswerk nach Maßgabe der vorgesehenen Richtlinien“. Auch die städtischen Angestellten „spendeten regelmäßig 20 Prozent des Lohnsteuersatzes plus 1 Prozent des Grundgehalts zur Förderung der Nationalen Arbeit“.²⁵⁵

Trotz dieser Einheitsregelung tummelten sich am „Tag der nationalen Solidarität“ (8.12.1934) noch 80-100 Sammler, Staatsbeamte, Parteispitzen und solche von Organisationen, Freiberufler und bekannte Personen mit Sammelbüchsen fürs WHW in der Stadt.²⁵⁶

So lief das nun Jahr für Jahr. Vom Anfang des Jahres 1939 ist eine detaillierte Instruktion zum Eintopfsonntag überliefert: „Der Leiter der Wirtschaftsgruppe Gaststätten und Beherbergungsgewerbe, Berlin, hat für den Eintopfsonntag am 8.1. angeordnet, daß von 10-17 Uhr keine anderen Gerichte als nachstehende angeboten werden dürfen:

1. Kartoffelsuppe mit Wurst- oder Fleischeinlage
2. Wirsingkohl m. Hammelfleisch od. gefüllter Weißkohl
3. Fischeintopf
4. Gemüseintopf nach Wahl oder vegetarisch.²⁵⁷

4.2.7. Landwirtschaft

Die NSDAP hatte die Bauernschaft schon vor 1933 heftig umworben. In ihrer Blut- und Boden-Mystik bildete der deutsche Bauer den Kern, aus dem sich die Volkskraft speise. Punkt 17 des „unabänderlichen Parteiprogramms“ der NSDAP hatte ihnen „Bodenreform, Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke, Abschaffung des Bodenzinses und Verhinderung jeder Bodenspekulation“ versprochen. Der NS-Ideologe Feder verbreitete überall die Losung von der „Brechung der Zinsknechtschaft“, unter der die Bauernschaft in Deutschland litt. In der Tat lasteten auf der Landwirtschaft 1933 rund zwölf Milliarden Mark Schulden, und die Zinsen verschlangen vierzehn Prozent des landwirtschaftlichen Einkommens.²⁵⁸

253 PA, 20.10.34, S.2.

254 PA, 26.10.34, S.6.

255 PA, 31.10.34, S.2 und E II, 409, 15.

256 PA, 7.12.34, S.2.

257 PA, 6.1.39, S.2.

258 Shirer, William L., Aufstieg und Fall des Dritten Reiches. Köln 1961, S.249.

Während der Krise kam über Tausende Betriebe die Zwangsversteigerung. Davon muss unser Kreis besonders betroffen gewesen sein. Er hatte nach einem Bericht vom Jahre 1934 deutschlandweit die meisten Zwangsversteigerungen aufzuweisen.²⁵⁹

Wie alle anderen programmatischen Versprechungen blieben auch die für die Bauernschaft auf dem Papier. Schon gar nicht fand etwa die gegen die ostelbischen Junkergüter gerichtete „Bodenreform“ statt. Bei der Vorbereitung auf den Krieg spielte aber die Landwirtschaft eine besondere Rolle. „Die Wehrfreiheit würde ihren Zweck verfehlen, wenn nicht neben dieser Wehrfreiheit die Nährfreiheit gesichert ist.“²⁶⁰ So lesen wir es in einem Bericht über den Kreisbauerntag 1936 in Pirna.

Bereits 1934 startete die von großem Propagandaaufwand begleitete „Erzeugungsschlacht“ mit dem Ziel, bis 1936 die Aushungerung Deutschlands in einem Krieg auszuschließen, also die Abhängigkeit vom Ausland bei der Versorgung mit Nahrungs- und Futtermitteln zu überwinden. Das konnte nicht erreicht werden. Es konnten nicht nur keine Kriegsvorräte angelegt, sondern bereits gelagerte mussten angebrochen werden. So setzte seit Anfang 1937 ein staatliches Lenkungssystem in der Agrarwirtschaft ein mit Aufklärungsarbeit, Krediten, begrenzten Preisanreizen und einer Beratungs- und Schulungskampagne. Am 23.3.1937 erließ Reichsbauernführer Darré einen Aufruf zum „Leistungswettbewerb des deutschen Landvolkes“. Angestrebt war die Ausdehnung des Ackerlandes auf Kosten der Wiesen- und Weideflächen, um Anbau von Textilfasern und Fette liefernden Pflanzen und Futtermitteln zu erweitern.²⁶¹ Fast unlösbar war der Landarbeitermangel. Zwischen 1933 und 1939 verließen 1,7 Millionen Landarbeiter ihre Arbeitsplätze und wanderten in die Industrie ab, wo höhere Löhne winkten! Ein 1934 aufgelegtes Wohnungsbauprogramm für die Dörfer konnte wegen unzureichender Baustoffzuteilung nur ansatzweise verwirklicht werden und schuf somit auch keine ausreichenden Anreize zum Bleiben.

Um den Arbeitskräftemangel vor allem in den arbeitsintensiven Zeiten zu lindern, kam die Einführung des Landdienstes der Hitlerjugend, besonders des Landjahrs der Mädchen der Landwirtschaft zugute; auch der RAD kam überwiegend in der Landwirtschaft zum Einsatz, bes. im Rahmen des sogenannten Landeskulturwerks, bei dem etwa 21 Millionen ha Land urbar oder ertragreicher gemacht werden sollten.

Trotz aller Anstrengungen konnte das Ertragsniveau pro ha der Jahre vor dem Weltkrieg und die „Nährfreiheit“ nicht erreicht werden.

Selbstversorgung bei wichtigen Nahrungsmitteln (in %)²⁶²

Nahrungsmittel	Ø1927/28	Ø1933/34	Ø1938/39
Brotgetreide	79	99	115
Hülsenfrüchte (ohne Linsen)	62	50	71
Kartoffeln	96	100	100
Gemüse	84	90	91
Zucker	100	99	101
Fleisch	91	98	97
Eier	64	80	82
Fett	44	53	57

259 PA, 11.3.34, S.9.

260 PA, 5.3.1936, S. 9/10.

261 Volkmann, S. 354/55.

262 Volkmann, S. 356.

Nahrungsmittel insges.:	68	80	83
-------------------------	----	----	----

Für unseren Kreis steht eine gründlichere Untersuchung zur Landwirtschaft in den Jahren 1933-1945 noch aus. Sie dürfte auch schwer fallen, da genauere Daten kaum erlangbar sind. Wir sind vorerst angewiesen auf die wenigen Aussagen, die sich in der örtlichen Presse dieser Zeit finden lassen.

Eine Bauernkundgebung des Landbundes Pirna geriet im Sommer 1933 zu einer „Versammlung der geeinten Bauernfront“. Im neubestallten Vorstand fanden sich diverse Gutsbesitzer.²⁶³

Mit dem am 13.9.1933 ins Leben gerufenen „Reichsnährstand“ wurde eine ständische Organisation der nationalsozialistischen Agrarpolitik geschaffen. Der Landbund Pirna wurde auf Grund des §7 des Reichsnährstandsgesetzes vom Landesbauernführer Körner am 20.12.1933 in die Kreisbauernschaft Pirna eingegliedert. Zum „Stab der Kreisbauernschaft“ gehörten: Kurt Schumann, Zatzschke, als Kreisbauernführer, ferner Erich Kühne, Bosewitz, M. Häcker, Otto Seiler, Burkersdorf, Dr. Mittag, Landwirtschaftliche Schule Pirna, Otto Ulbricht, Oberhelmsdorf. Aus einem Artikel „Bauernjugend in Front“ (gleiche Ausgabe) erfahren wir, daß sich die Landjugend in Jungbauernschaften zusammenschließen habe. Anfänge der Organisation der Jungbauernschaft reichten bis 1921 zurück. In dieser Zeit sei auch die Gründung der Bauernhochschule Berggießhübel gefallen. Sie hätte damals „schon ganz im Zeichen des Hakenkreuzes“ gestanden. 1924 hätte der Zusammenschluß der sächsischen Landjugend zum Landjugendtag in Zittau unter Leitung des jetzigen Bauern Stange, Erblehnhof Struppen, stattgefunden. Aus der Berggießhübler Schule sei der jetzige Kreisbauernführer Schumann, Zatzschke, hervorgegangen, der 1925 den Jugendlandbund Pirna neu gründete.²⁶⁴

Im Zusammenhang mit der Einberufung des „ersten Kreisbauerntages“ in Pirna im Jahre 1934 wurde darauf verwiesen, daß zur Teilnahme alle Mitglieder des Reichsnährstandes verpflichtet wären: „Alle Bauern, Bäuerinnen, Jungbauern, Jungbäuerinnen, Gutsbeamte, Angestellte, Landarbeiter, Gärtner, Genossenschaftler, Be- und Verarbeiter landwirtschaftlicher Erzeugnisse“.²⁶⁵ Wenig später hieß es, die Pflichtanmeldung zum Reichsnährstand wäre von vielen Geschäftsleuten und Händlern „noch nicht bewirkt worden“. Anmeldevordrucke gäbe es bei Ortsbauernführer Kaiser, Dresdner Str. 37 und bei dem Sonderbeauftragten Artur Gasch, Maxstr. 9. „Versäumnis kann schwere Nachteile, eventuell Entziehung der Handelserlaubnis bringen!“²⁶⁶ Insgesamt 6.700 Betriebe waren im Kreis innerhalb des Reichsnährstandes zusammengefasst.

Mit dem Reichserbhofgesetz vom 29.9.1933 wollte die Hitlerregierung „unter Sicherung alter deutscher Erbsitte das Bauerntum als Blutquelle erhalten.“ Nur Erbhofbauern durften sich Bauern nennen, andere waren höchstens Landwirte. Erbhofbauer konnte nur sein, „wer deutscher Staatsbürger, deutschen oder stammesgleichen Blutes“ war. Erbhöfe waren unteilbar, unveräußerlich und gingen nur auf den Anerben über. Sie sollten mindestens eine Ackernahrung und höchstens 125 ha Größe aufweisen.²⁶⁷

Im Gebiet der Stadt Pirna wurden 26 Besitzungen mit mehr als 7 ½ ha Landbesitz festgestellt, „über deren Erbhofeigenschaften das Anerbegericht inzwischen entschieden hat.“ In die Erbhofrolle wurden 19 der im Stadtbezirk Pirna gelegenen Höfe aufgenommen.²⁶⁸ In ganz

263 PA, 11.7.1933, S.10.

264 „Freiheitskampf“, 2.1.1934.

265 PA, 20.2.1934, S.7 und 8.3.1934, S.2, 11.3.1934, S.9.

266 PA, 18.7.34, S.2.

267 Chronik, S. 202.

268 E II, 409, 15, S.166.

Sachsen gab es 33.389 Erbhöfe mit einer durchschnittlichen Größe von 18,7 ha.²⁶⁹ Eine besondere Würdigung erfuhren „alteingesessene Bauerngeschlechter“, aus dem Kreis Pirna Berger, Dorf Wehlen, seit 1500, Gerschel, Hohnstein, seit 1612, Ludewig, Hellendorf, seit 1637, Schuster, Rugiswalde, seit 1666.²⁷⁰

Mit der Verkündung von 10 Geboten zu allgemeiner Steigerung landwirtschaftlicher Erzeugnisse eröffnete die Kreisbauernschaft Pirna unter Kreisbauernführer Schumann und seinem Stellvertreter Gerschel, Hohnstein, im Dezember 1934 die „Erzeugungsschlacht“.²⁷¹ Außer allgemeinen Regeln und Blut- und Boden-Propaganda ist aus den Berichten fast nichts Konkretes zu erfahren. Ein ausführlicherer Bericht über den Kreisbauernntag 1936 verbreitet sich auch nur über „Bluts- u. Odals-Gesetze als Lebensgrundlagen des deutschen Volkes“ (hierin Ausfälle gegen das Judentum als Träger der liberalistischen Weltanschauung); „die Pflege und Erhaltung unseres Bluterbes als höchste Aufgabe (Lobpreisung der Gesetze gegen die Juden und des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses), Sippengedanken, Siedlungsfragen und die Erzeugungsschlacht.“²⁷² Zwischendurch gab es im „Weißen Roß“ noch zwei Ausstellungen: „Der Weg in die Freiheit“ und „Blut und Rasse“.

Als im Februar 1939 die „Hauptstelle des Führernachwuchses der Kreisleitung Pirna“ einen mehrjährigen Lehrgang für Politischen-Leiter-Nachwuchs eröffnete, sollten aus jedem Lehrgang „1-2 tüchtige junge Männer herausgesucht werden, die bereit sind, sich als Bauern im deutschen Osten anzusiedeln.“ Dafür stellte Kreisleiter Elsner aus Stiftungsmitteln jedem einmalig 3.000 M zur Verfügung.²⁷³ Das wie bereits auf Germanisierung zu erobernder Gebiete hin.

4.2.8. Reorganisation des Handwerks

Zwischen April und Juni 1933 lief die Gleichschaltung von Handwerk und Gewerbe, der Wirtschafts- und Beamtenverbände, so des Bezirksausschusses für das Handwerk und des Pirnaer Gastwirtsvereins.²⁷⁴ Dem umgestalteten Bezirksausschuß des Handwerks (für den Kreis Pirna) gehörten 52 Innungen an, 12 stünden noch fern, heißt es Anfang Juli.²⁷⁵ Die entsprechenden Erklärungen sind im „Pirnaer Anzeiger“ für diesen Zeitraum nachzulesen. Wir verzichten hier auf eine detaillierte Aufzählung. Selbstverständlich gliederten sich auch die übrigen 12 Innungen bald dem neuen Bezirksausschuß an, denn nach dem „Zusammenschluß im Reichsstand des Handwerks“ gab es Raum für handwerkliche Betätigung nur noch innerhalb von Pflichtinnungen, die nach drei wesentlichen Grundsätzen organisiert waren: Führerprinzip, Ausschließlichkeit der Organisation, Zwangsmitgliedschaft.

Franke, langjähriger Syndikus des handwerklichen Bezirksausschusses, behielt diese Funktion als neues NSDAP-Mitglied und drängte auch alle anderen Handwerker zum Eintritt in die Partei. Wer nicht eintrat, hatte Schwierigkeiten, bei öffentlicher Auftragsvergabe berücksichtigt zu werden. Dem Tischlermeister Arno Fahlbusch, wurde z.B. 1933, als wieder Arbeiten durch das Stadtbauamt vergeben wurden, bedeutet, daß Handwerksarbeiten nur an Parteimitglieder vergeben würden. Er trat dann auch tatsächlich in die NSDAP ein, mußte aber bald einen Abstammungsnachweis beibringen. Die Dresdner Polizei teilte mit, daß er

269 PA, 29.4.35, S.2.

270 PA, 23./24.11.35, S.2 und 2.12.35, S.12.

271 PA, 11.12.34, S.7.

272 PA, 5.3.36, S. 9/10.

273 PA, 6.2.39, S.2.

274 PA, 23.4.1933, S.2.

275 PA, 4.7.1933, S.7.

nicht arischer Abstammung sei, woraufhin das Parteigericht ihn wieder ausschloß – aber das ist schon wieder eine andere Geschichte.²⁷⁶

Während einer Kundgebung in Pirna in der seit 1933 bis 1935 bestehenden NS Handwerks-, Handels- und Gewerbeorganisation (NS-Hago) bemängelte der Kreisleiter Sterzing im März 1934 noch „Rückstände bei der nationalsozialistischen Erziehung und Eingliederung des Mittelstandes“.²⁷⁷ Hatte er dazu wirklich berechtigten Anlass? Zu dieser Zeit gehörten doch schon fast alle Handwerker und Kaufleute der NSDAP oder mindestens einer ihrer Gliederungen an. Vielleicht erschienen sie ihm aber noch nicht mit erstrebtem Eifer bei der Sache zu sein.

4.3. Zwischen Realität und Illusion

4.3.1. Kühne Projekte

In den ersten Jahren der Hitler-Ära tauchten eine Reihe von Vorhaben auf, die man in der zeitweiligen Aufbaueuphorie für durchaus realisierbar hielt.

Um die Elbe ganzjährig schiffbar zu machen, sollte ein Speicherbecken bei Pirna errichtet werden. Es sollte „im Rahmen hoher Erddämme eine Füllhöhe von durchschnittlich 20 m erhalten“ und 128 Mill. Kubikmeter Wasser fassen. Dieses Projekt bezog sich auf geplante Vorhaben zur Regulierung des gesamten Elblaufs von der Grenze bis zur Mündung in die Nordsee mit einem Kostenumfang von 150 Millionen RM. Verwirklicht sollte es in einem Zeitraum von 8 Jahren werden. Im August 1936 lag vorgeblich bereits ein baureifer Plan für das Staubecken bei Pirna vor. Das Staubecken sollte eine Fläche von 720 ha umfassen, innerhalb von 4 ½ Jahren gebaut werden, im Rahmen des „Vierjahresplanes“ mit einem Aufwand von 70 bis 80 Mill. RM errichtet werden und zeitweise bis zu 1000 Arbeitskräfte beschäftigen. Damit, so hoffte man, wäre dann die Arbeitslosigkeit im Pirnaer Raum endgültig überwunden. Der Baubeginn wurde dann bald auf das Jahr 1939 verschoben.²⁷⁸

Nach ersten Ankündigungen 1933 rückte der Bau einer neuen Elbbrücke in Heidenau 1934 ins Blickfeld der Öffentlichkeit, wurde aber bald endgültig fallen gelassen, wenn sich auch ein Artikel im Juli 1935 für dieses Projekt einsetzte und auf seine Vereinbarkeit mit der Errichtung des geplanten Elbe-Stauanlage aussprach. Im Dezember 1935 befaßten sich noch einmal die Ratsherren von Heidenau mit Ausgleichsbecken und Elbbrücke, aber danach breitete sich Schweigen auch über dieses Vorhaben aus.²⁷⁹

Im Oktober überraschte der „Pirnaer Anzeiger“ die Bevölkerung mit einem Bericht über eine projektierte „Straßenbahnlinie Dresden-Laubegast bzw. Leuben-Zschachwitz-Zschieren nach Heidenau, später längs des Großsedlitzer Berges nach Pirna.“²⁸⁰

Alle diese Projekte erwiesen sich als illusorisch. Sie standen gänzlich in Widerspruch zur angesteuerten Vorbereitung auf Krieg und der damit einher gehenden Ausrichtung der Wirtschaft auf allgemeine Aufrüstung. Auf sie hatte sich die Verwendung aller möglichen materiellen und finanziellen Ressourcen zu konzentrieren.

4.3.2. Hoffnungen nach Annexion des Sudetenlandes

²⁷⁶ StAP, B 4, 3009, 5289, Bl. 4/5, Arno Fahlbusch, Bau- und Möbeltischlerei, Leglerstr. 7

²⁷⁷ PA, 25.3.34, S.7.

²⁷⁸ PA, 8./9.6.1935, S. 2; 9.7.1935, S.3; 16.10.1935, S.2; 18.12.1935, S. 7; 6.2.1936, S. 2/3; 7.2.1936, S.2; 29./30.8.1936, S.2/3; 2.9.1936, S.2; 29.12.37, S.2.

²⁷⁹ PA, 16.3.1934, S.3; 18.10.1934, S.2; 9.7.1935, S.3; 18.12.35, S.7.

²⁸⁰ PA, 18.10.34, S.2.

Unmittelbar nach der Annexion „befaßten sich die Kreisausschüsse Pirna und Sebnitz der Industrie- und Handelskammer in Bad Schandau mit wirtschaftlichen Problemen und Möglichkeiten nach Anschluß des Sudetenlandes.“²⁸¹ In einer Ratsherrenberatung am 20.10.1938 verwies Dr. Brunner auf die neue territoriale und wirtschaftliche Situation Pirnas nach Anschluß des Sudetenlandes und sagte einen wirtschaftlichen Aufschwung Pirnas voraus, den er vor allem im Anschluß ans Autobahnnetz sah. Die „Linienführung der Reichsautobahn im Pirnaer Raum“ erörterte der Bezirksausschuß der Amtshauptmannschaft am 30.11.1938. Er folgerte aus dem Anschluß, nun sei der Straßenbau Schmilka-Herrnskretschchen vordringlich in Angriff zu nehmen.²⁸² Auch der Speicherbeckenbau bei Pirna werde nicht aufgegeben. Unverzüglich sollten zur Abstimmung wirtschaftlicher Möglichkeiten mit Bodenbach Verbindungen aufgebaut werden.²⁸³

281 StAP, B III-II, 585, Bl. 99 ff.

282 PA, 1.12.1938, S. 2.

283 PA, 21.10.1938, S.9.

5. Die Befestigung der faschistischen Herrschaft

Bis zum Herbst 1933 war die nach dem Ermächtigungsgesetz einsetzende zweite Phase der faschistischen Machtergreifung abgeschlossen. Die Arbeiterbewegung war zerschlagen. Die bürgerlichen Parteien hatten sich allesamt aufgelöst, neben der NSDAP durften keine weiteren Parteien entstehen. Die Gleichschaltung der Länder war vollzogen, gleichfalls die kommunale „Neuordnung“. Die Interessenverbände von Industrie, Handwerk, Handel und Landwirtschaft hatten sich selbst gleichgeschaltet, das Vereinswesen war im nazistischen Sinne umgeformt worden.

Dennoch stand die Hitler-Bewegung, so sie denn ihren aggressiven Kriegskurs aufnehmen und angehen wollte, vor der Notwendigkeit, die gesamte Gesellschaft mit ihrer Ideologie und Politik zu durchdringen. Dazu war zwar der inzwischen geschaffene „Überbau“ eine notwendige aber immer noch keine hinreichende Voraussetzung.

Neben dem Terror und der erlangten administrativen Herrschaft ging es nun darum, die Gesellschaft „durchzuorganisieren“, breite Bevölkerungskreise mit sozialpolitischen Zugeständnissen zu gewinnen, die Naziideologie systematisch zu verbreiten, die „revolutionären“ Ambitionen in der SA auszuschalten, um die Reichswehr endgültig für das neue Regime zu gewinnen und innerhalb weniger Jahre Kriegsbereitschaft in weiten Volksteilen zu entwickeln.

„Der Eroberung der Staatsgewalt sollte die Unterwerfung der Gesellschaft folgen mit dem Ziel, jeden einzelnen Menschen dem Regime verfügbar zu machen.

In ihrer horizontalen und vertikalen Gliederung bot die NSDAP mannigfache Ansätze zur Durchsetzung dieses gesellschaftlichen Machtanspruchs. Auf Reichsebene verfügte sie über verschiedene Hauptämter für Sachbereiche wie Organisation, Finanzen, Propaganda, Presse, Außenpolitik, Kolonialpolitik, denen auf Gau- und Kreisebene ähnlich organisierte Gau- und Kreisämter entsprachen. Auf vertikaler Ebene gab es Hoheitsgebiete und Hoheitsträger vom Führer über den Gauleiter, Kreisleiter, Ortsgruppen- und Zellenleiter bis hin zum Blockwart. Um diese Parteistellen herum gruppieren sich die sogenannten Gliederungen der NSDAP, nämlich SA, SS, NSKK, HJ, NSDStB, NS-Dozentenbund, NS-Frauenschaft, NSFK. Einen weiteren Kreis bildeten die sogenannten angeschlossenen Verbände, zu denen die DAF, die NSV, die NS-Kriegsopferversorgung, der NS-Lehrerbund, der NS-Rechtswahrerbund, Reichsbund deutscher Beamter gehörten.“²⁸⁴

Solche vielfach gegliederten Organisationsstrukturen verlangten eine hohe Zahl von faschistischer Ideologie erfüllter oder ihr nahestehender, ihr gegenüber mindestens aufgeschlossener oder teilweise akzeptierender Mitglieder. Benötigt wurden beruflich und politisch verlässliche Fachkräfte aller gesellschaftlichen Bereiche für den weiteren Ausbau des Herrschaftssystems.

„Mit dem ‚Blockwart‘ schufen die Nationalsozialisten eine ebenso effektive wie gefürchtete Kontrollinstanz. Der Blockwart war zum einen die unterste Dienststelle des Reichsluftschutzbundes, der Deutschen Arbeitsfront und der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt und zum anderen dem Blockleiter der NSDAP unterstellt; beide Positionen waren im übrigen oftmals durch Personalunion vereint. Ein Block umfaßte 40 bis 60 Haushaltungen.

Der Blockwart kassierte Mieten, verbreitete Propagandamaterial und half bei Sammlungen für das Winterhilfswerk. Er organisierte oder überwachte den Alltag vom sonntäglichen Eintopfessen bis zur Luftschutzübung. Außerdem sollte er die Lebensverhältnisse ‚seiner‘ Familien kennen, ihnen bei Alltagsorgen zur Seite stehen, aber auch auf die Einhaltung der

284 Wette, S. 202/03

politischen Vorgaben - z.B. die Mitgliedschaft der Kinder in nationalsozialistischen Organisationen - achten. Betreuung und Kontrolle waren also aufs engste miteinander verwoben, wobei die Kontrolle, die es auch früher durch Hausmeister und Fürsorgerinnen gegeben hatte, durch die Einbindung in den Überwachungsstaat eine neue Gewaltqualität erhielt.²⁸⁵

Nachdem Hitler im Juli 1933 das „Ende der nationalsozialistischen Revolution“ verkündet hatte, war dem Streben der SA-Führung unter Röhm entgegenzutreten, die SA zur „entscheidenden und einflußreichsten Organisation im faschistischen Staat zu machen“.²⁸⁶

Durch breit angelegte und mit allen modernen Mitteln betriebene Propaganda war „volksgemeinschaftliches“, auf Klassenfrieden im Innern, Aggressionsbereitschaft nach außen und durch Rassismus geprägtes Fühlen und Denken beim Volk zu verbreiten.

Eindrucksvolle „Wahl“-Ergebnisse hatten im Lande wie auch außenpolitisch die Identifizierung der Volksmehrheit mit dem Hitlerregime eindrucksvoll zu zeigen.

5.1. Der Ausbau der Partei- und Gliederungsstrukturen

Zwischen Januar und März 1933 erlebte die NSDAP einen stürmischen Zuwachs an Mitgliedern. Verzeichnete sie im September 1930 rund 130.000, im Januar 1933 bereits 849.009, so strömten ihr bis März weitere 1.644.881 neue Mitglieder zu – ganze Heerscharen von Leuten, die sich der neuen Macht andienen wollten, aus allen Schichten der Bevölkerung, vor allem aber zahlreiche Opportunisten, die ihre Position sichern oder eine bessere zu ergattern trachteten. Die „alten Kämpfer“ bezeichneten diese Neuen spöttisch als „Märzgefallene“. Bereits Ende 1934 stellten aber die letzteren bereits den größten Teil der NSDAP-Funktionäre (59,6 Prozent), wie aus der folgenden Übersicht hervorgeht. Lediglich bei den Ortsgruppenleitern dominierten noch die vor der „Machtübernahme“ eingetretenen Mitglieder.

„Alte Kämpfer“ und „März –Gefallene“ der NSDAP (nach dem infolge Mitgliedersperre unveränderten Stand vom 1.1.1935)²⁸⁷

Parteieintritt	Mitgl. gesamt	%	Polit. Leiter	%	OGLe*
Bis 30.1.1933	849.009	34	203.304	40,4	84,9%
Febr.-April 1933	1.644.881	66	299.358	59,6	15,1%

OGLe = Ortsgruppenleiter

Mitgliederentwicklung und Mitgliederstruktur der NSDAP in Pirna lassen sich nur indirekt auf Grund der Entnazifizierungslisten rekonstruieren.²⁸⁸ In ihnen sind nur 107 NSDAP-Mitglieder verzeichnet, die bereits vor 1933 eingetreten waren. 517 traten dagegen, meist bis zum April 1933, der Partei bei. Dann gab es die bereits erwähnte Aufnahmesperre. Für die NSDAP bestand sie bis 1937, wobei in den Jahren dazwischen durchaus aufgenommen wurde, wer sich nach entsprechender Bewährung in SA, SS oder HJ um die

285 Schneider, S. 634.

286 Pätzold, Kurt/ Weißbäcker, Manfred, Hakenkreuz und Totenkopf. Die Partei des Verbrechens. Berlin 1981. S. 231.

287 Bergschicker, S. 52.

288 Vgl. Anhang: NSDAP-Mitglieder in der Stadt Pirna 1933-1945.

Parteimitgliedschaft bewarb.²⁸⁹ 1934 betraf das 72, 1935 – 68, 1936 – 34. 1937 wurden dann 865 neue Mitglieder aufgenommen.

Im Februar 1934 sprach Mutschmann in den Bierlingwerken Heidenau zu etwa 2500 Amtswaltern aus dem Kreis Pirna, die binnen kurzem in Chemnitz vereidigt werden sollten.²⁹⁰ Das macht deutlich, wie es der NSDAP gelang, einen relativ großen Funktionärsstamm in kurzer Zeit aufzubauen. Im Februar 1935 vereidigte man in Pirna 1200 „Amtswalter der Partei und Gliederungen“. Da diese Titel aber geradezu inflationär zu werden drohten, erfolgte für die durch die NSDAP „betreuten Organisationen“ eine Abstufung der Funktionärsbezeichnung zum „Walter“ oder „Wart (z.B. DAF-Walter; KdF-Wart).²⁹¹

Es würde zu weit führen, wollten wir hier alle in Pirna nachweisbaren Gliederungen und angeschlossenen Verbände im einzelnen untersuchen. Begnügen wir uns mit der summarischen Feststellung, daß es sie allesamt auch in Pirna gegeben hat. Die wesentlichsten finden wir in den Adreßbüchern der Stadt Pirna aus den 30er Jahren verzeichnet, teilweise mit den Namen der Spitzenfunktionäre. Binnen weniger Jahre, im wesentlichen bis 1935, entstand auch in unserem Gebiet ein lückenloses Netz, das möglichst alle Bürger jeglichen Geschlechts und Alters an die NS-Politik und Ideologie binden sollte. Kamen die Kreisleiter der NSDAP auch allesamt von außerhalb des Kreises (Sterzing, Gerischer, Elsner), so waren die übrigen Funktionen, und ihrer waren Tausende, von Einheimischen besetzt: Amtsträger der NSDAP-Kreisleitung, Ortsgruppenleiter, Zellenleiter, Blockwarte, Standarten-, Sturm- und Truppführer von SS, SA, NSKK, NSFK, die Führungsleute anderer Organisationen. Besonders zahlreich waren die Funktionäre der größten Gliederungen und angeschlossenen Verbände: der DAF, bei der Mitte 1936 für alle Arbeiter und Angestellten Zwangsmitgliedschaft verfügt wurde und die bei Kriegsausbruch ca. 23 Mill. Mitglieder aufwies²⁹² und der HJ, der seit Ende 1936 alle Jugendlichen anzugehören hatten.²⁹³

Aus diesem personellen Reservoir, das sich solcherart bewährt hatte, dürften auch 1937, als die Mitgliedersperre für die NSDAP aufgehoben wurde, jene mindestens 865 Neumitglieder der NSDAP in der Stadt Pirna gekommen sein.²⁹⁴

5.2. Von der „Revolution“ zur „Evolution“. Die „Nacht der langen Messer“.

In der SA, deren Mitgliedschaft in erheblichem Maße aus arbeitslosen Arbeitern und Angestellten und vielen entwurzelten Angehörigen des Kleinbürgertums bestand, verbreiteten sich nach der politischen Machteroberung Forderungen nach einer Weiterführung der „nationalen“ zu einer zweiten, sozialen Revolution. Diesem Streben suchte Hitler zwar durch die Losung des Übergangs von der „Revolution“ in die „Evolution“ zu begegnen, aber sozialrevolutionäre Stimmungen konnten in den Reihen der SA damit nicht überwunden werden. Der SA-Führung waren sie insofern willkommen, als Röhm mit der SA als einer Streitmacht, die ein Mehrfaches an Personal gegenüber der Reichswehr aufzuweisen hatte (4,5 Millionen SA-Mitglieder im Sommer 1934), auch seine militärischen Machtansprüche durchzusetzen hoffte. Wollte Hitler aber die Reichswehr als Machtstütze gewinnen und auf Dauer sichern, mußten die Ansprüche der SA-Führung eindeutig zurückgewiesen werden. Zum anderen waren die deutschen Wirtschaftsführer natürlich durch die antikapitalistische Rhetorik aus SA-Kreisen verunsichert. Klarheit mußte geschaffen werden. Die Lösung der

289[6] PA, 31.7.35, S.7: Nach wie vor Mitgliedersperre in der NSDAP. Aufnahmen nur durch Übernahme aus HJ oder SA.

290] PA, 24.2.1934, S.2.

291 PA, 26.2.1935, S. 2 und 10.

292 Enzyklopädie, S. 418.

293 Gesetz über die Hitlerjugend vom 1.12.1936 (Text bei Michalka, S. 90).

294 Zur Mitgliederentwicklung der NSDAP in der Stadt Pirna - nach Eintrittsjahren und sozialer Zugehörigkeit – vgl. Anhang.

Spannungen erfolgte vom 30. Juni 1934 bis zum 2. Juli, als in einer Nacht- und Nebel-Aktion Dutzende SA-Führer, und einige andere Hitler-Gegner gleich mit, regelrecht durch SS-Kommandos abgeschlachtet wurden. Umgehend verlieh die Hitler-Regierung dieser Mordwelle mit dem Begriff der „Staatsnotwehr“ den Schein des Rechts. Die SA hatte sich in der Folgezeit auf vormilitärische Ausbildung und Übung zu beschränken, und die SS, erheblich aufgewertet, erhielt den Status einer selbständigen Organisation unter Himmlers Führung. Neben den Mordaktionen erfolgten weitere personelle „Säuberungen“, die zur Auswechslung von Funktionären der NSDAP und der SA führten.

Welche unmittelbaren Auswirkungen die Mordaktionen zur Entmachtung der SA auf Pirna hatten, läßt sich nicht genau nachweisen. Die Namen einiger SA-Führer aber tauchen nach dem 30.6.1934 nicht mehr auf, so z. B. auch die der ehemaligen Schutzhaftlagerkommandanten Jähnichen (Hohnstein) und Rosig (Königstein-Halbestadt). Anläßlich der Einweisung des neuen Kreisleiters der NSDAP Gerischer, Ende August 1934, teilte der Sturmführer Berthold den Anwesenden lediglich mit, Sterzing, der ehemalige Kreisleiter, sei „hinweggefegt“ worden.²⁹⁵

In der Bevölkerung scheinen aber die Ereignisse vom 30.6.1934 ziemlich breit erörtert worden zu sein. Eine „erneute Warnung an Gerüchtemacher und Verleumder“ deutet darauf hin:

„Während die gesamte Bevölkerung fast ohne Ausnahme die Säuberungsaktion des Führers begrüßt hat und darin eine Festigung des nationalsozialistischen Staates erblickte, haben gewisse volksfeindliche Kräfte versucht, durch unsinnige und frei erfundene Gerüchte Beunruhigung unter das Volk zu tragen. Die sächsische Regierung wird gegen diese Gerüchtemacher mit aller Schärfe vorgehen, einerlei, ob es dabei um Böswilligkeit oder Klatschsucht handelt. Ebenso unnachsichtig wird sie auch gegen Verleumder und Denunzianten einschreiten, die aus dem Hinterhalt heraus mit anonymen Verdächtigungen und Schmähungen arbeiten, ohne den Mut zu haben, für ihre Behauptungen einzustehen.“²⁹⁶

5.3. Propagandawellen

Zunächst stieß die örtliche NSDAP anscheinend nicht auf eine befriedigende Einstellung größerer Bevölkerungsteile zu ihrer Propagandatätigkeit, vor allem in den Arbeitervororten.

Am 18.3. führte „ein Pirnaer Nationalsozialist“ in einem Leserbrief empört darüber Klage, daß anläßlich des Volkstrauertages am 12.3. auf der Dohnaschen Straße nur eine einzige Fahne (Albertstraße 1 - Eckhaus) zu sehen war, fast ebenso auf dem oberen Teil der Breiten Straße.²⁹⁷ Aber schon am 21.3. zeigten diese unverhüllt abmahnenen Worte ihre Wirkung: Am „Tag von Potsdam“, dem Tag, an dem der neue Reichstag zusammentrat, konnten die „Nationalen Verbände“ bei ihrem großen Fackelumzug einen „überaus reichen Flaggenschmuck“ in Pirna verzeichnen.²⁹⁸

Als Kreisleiter Sterzing am 8.5.1934 im Wettinerhof in der Rottwerndorfer Straße zum Thema „Deutsche Aktion oder Reaktion?“ sprechen sollte, wurde die Kundgebung mit erpresserischem Ton angekündigt und dazu Handzettel an sämtliche Haushalte verteilt: „Kein Volksgenosse aus Pirna-Süd darf fehlen. Um einmal die Lauen und Interesselosen der Südvorstadt kennen zu lernen, bitten wir beim Versammlungsbesuch, anhängenden Fragebogen am Saaleingang ausgefüllt abzugeben. Unkostenbeitrag 10 Pfg. NSDAP Sektion

²⁹⁵ PA, 31.8.1934, S.5.

²⁹⁶ PA, 11.7.1934, S.2.

²⁹⁷ PA, 18.3.1933, S.10.

²⁹⁸ PA, 22.3.1933, S.3.

Süd.²⁹⁹ „Gegen Miesmacher und Kritikaster“ richtete sich eine Kundgebung in Heidenau Ende Mai 1934.³⁰⁰ Als im Oktober 1934 in der „Tanne“ der Staatssekretär Gottfried Feder vor Bürgermeister, Stadt- und Gemeinderäten sprach, geißelte Kreisleiter Gerischer „die im geringen Besuch dieser Veranstaltung zum Ausdruck kommende Lauheit der Pirnaer Einwohnerschaft.“³⁰¹ Zu dieser Zeit funktionierte der organisatorische Druck noch nicht so recht. 1935 war man dann schon weiter, wie es die folgende Ankündigung belegt: „Am Sonntag, dem 25. August, vormittags 11 Uhr, spricht im Schützensalon zu Pirna die Reichsführerin des Deutschen Frauenwerks, Pgn. Frau Scholz-Klink. Ich bitte die Gefolgschaften um restlose Beteiligung. Die Fahnen sind mitzubringen. Die Betriebszellen-Obmänner sind mir für die Durchführung verantwortlich. Stellen und Stärkemeldung 10 Uhr, Klosterstraße. Gez. Buhl, Ortswalter der DAF und NSBO.“³⁰²

Zunehmend perfektioniert wurde die Aufmarsch-, Propaganda- und Feierpraxis seit 1935. Die Mehrzahl der einzelnen Organisationen führten für die Mitglieder regelmäßige Pflichtveranstaltungen ein – zur systematischen Weitergabe der von den Führungen vorgegebenen Inhalte. Dazu brauchte es einer wachsenden Anzahl speziell präparierter Redner, für die regelrechte Qualitätsstufen eingeführt wurden: Reichsredner (z.B. Schreiber, Bürgermeister von Heidenau), Gauredner (z.B. Bürgermeister Hohlmann, Stadt Wehlen), Kreisredner (z.B. Tschaepe, Rektor der Knabenschule Pirna), Ortsgruppenredner – bis hin zu den Stoßtrupprednern. Für sie gab es periodisch einberufene Tagungen, in denen die Schwerpunkte der vom Goebbels-Ministerium festgelegten Inhalte verkündet und erläutert wurden.³⁰³

Großangelegte Propagandamärsche der NSDAP und ihrer Gliederungen fanden zu besonderen Anlässen statt, so z. B. im November 1935, als in München in einer pomphaften Weiheveranstaltung die Toten des Hitlerputsches von 1923 in einem neuen Ehrentempel beigesetzt wurden.³⁰⁴ Natürlich wurden auf diese Weise auch alle außenpolitischen Siege der Hitlerregierung gefeiert, wie z. B. die Besetzung des bis dahin entmilitarisierten Rheinlandes, der Anschluß Österreichs³⁰⁵ und des „Sudetenlandes“. Zu den Nürnberger Reichsparteitagen verabschiedete man feierlich die Delegationen dazu Auserwählter.³⁰⁶

Einen festen Platz bei den Versuchen zur Wiederbelebung altgermanischer Bräuche nahmen die Sommer- und Wintersonnenwendfeiern ein, die meist von SA und HJ gestaltet wurden.

Für weitere solch pseudoreligiöser Weiheveranstaltungen fehlte es an entsprechenden Räumlichkeiten. So kam die NSDAP in Pirna auf den Gedanken, die Klosterkirche zu einer Fest- und Feierhalle auszugestalten und den Kapitelsaal der NSDAP als Ahnen- und Sippenhalle zur Verfügung zu stellen.³⁰⁷

Musikbeauftragte und Konzertbeiräte in allen Städten über 5.000 Einwohner hatten ab Frühjahr 1936 die Aufsicht über Konzerte. Die mußten zwei Wochen vorher bei ihnen

299 StAP, B III-XV, 68, 257.

300 PA, 1.6.1934, S.2.

301 PA, 23.10.1934, S.7.

302 PA, 23.8.1935, S.7.

³⁰³ PA, 12./13.3.38, S.2: Propagandamarsch und Kundgebung in Pirna anlässlich der Besetzung Österreichs. Straßen geflaggt, auch fast alle Privathäuser, Buntfeuer auf dem Lilienstein um Mitternacht.

³⁰⁴ PA, 8.11.1935, S.2. Am 10. und 17.11. (Sonntage) finden Propagandamärsche der NSDAP und aller ihrer Gliederungen durch den Kreis statt.

³⁰⁵ Ein Beispiel dafür: PA, 8.12.38, S.2: Tagung der Presse- und Propagandaamtsleiter des Kreises Pirna in Stadt Wehlen. Redner: Kreisbildungsleiter Sandmann, Kreispressesamtsleiter Baum, Kreisamtsleiter Hertting, Bürgermeister Stadt Wehlen, Pg. Hohlmann.

306 PA, 25.8.38, S.2: Der Kreis Pirna stellt zum Nürnberger Parteitag „350 Politische Leiter und 50 Parteigenossen in Zivil“. „Die SA und SS stellen gegen 170 Mann. Ebenso werden 90 Frauen, 50 Hitlerjungen und 10 Deutsche Mädels neben Mitgliedern der DAF in Nürnberg vertreten sein.“

307 PA, 18.2.38, S.2.

angemeldet werden, und sie konnten beanstandet werden, wenn sie „sich nicht in den örtlichen Konzertgesamtplan eingliedern.“³⁰⁸

Anlässlich der Grundsteinlegung zum Haus der DAF-Kreisverwaltung am Sportplatz Weststraße im Februar 1939 verkündete Kreisleiter Elsner den Plan, an der Nord- und Südseite Parteigebäude zu errichten, so daß „der Platz künftig ein schönes Aufmarschgelände bieten wird.“³⁰⁹ Das gab es zum Leidwesen der Pirnaer Nazigrößen bis dahin ebensowenig wie die Möglichkeit der räumlichen Zusammenfassung der zahlreichen Amts- und Bürostätten der NSDAP-Ämter und deren Gliederungen. Doch daraus wurde nichts mehr.

Periodisch überzogen Propagandawellen den Kreis. So erfahren wir von 47 Großkundgebungen am 11.3.1937 unter dem Motto „Unser Wille: Deutschlands Stärke“ mit „Gau-, Kreis- und Stoßtrupprednern“.³¹⁰ Sieben Monate später folgen Kundgebungen der NSDAP in allen wesentlichen Orten des Kreises zum Thema: „Ein Volk bricht Ketten“. Diese Kundgebungen zielten auf Treuebekundungen zu Hitler und zum Nationalsozialismus. Als „Grundpfeiler der nationalsozialistischen Weltanschauung“ wird die Rassenfrage in den Mittelpunkt gestellt: „Die Judenfrage kann nur gelöst werden, wenn es gelingt, jeden deutschen Jungen und jedes deutsche Mädel zu rassenbewusstem Denken zu erziehen“, - so in Copitz.³¹¹

Dazwischen gab es eine Wanderausstellung, die im Feldschlösschen am 22.5.1937 eröffnet wurde und zu der Gruppenbesuche von NSDAP-Ortsgruppen und deren Gliederungen organisiert, aber auch Schulklassen beordert wurden. Ihr Gegenstand: „Die rote Weltpest - der Bolschewismus“ – selbstverständlich ging es dabei um den „jüdischen Bolschewismus“!³¹²

Auch andere Organisationen trugen aktiv zur Verbreitung nazistischer Ideologie und aggressiver Politik bei. So der BDO und der VDA.³¹³ Der BDO hatte im Februar 1938 mit einer Großkundgebung zum „Volkstumskampf an der deutschen Ostgrenze“ aufgewartet.³¹⁴ Bezeichnenderweise erreichten beide die Höhepunkte ihrer Volkstumspropaganda unmittelbar vor dem Überfall auf Polen im Sommer 1939 mit einer ganzen Reihe von Veranstaltungen im Kreis.

Dem Mythos vom deutschen Heer, das „im Felde unbesiegt“ geblieben sei und nur durch „Dolchstoß in den Rücken“ überwunden worden wäre, war eine „Gedenkausstellung Weltkrieg 1914/18“ des NSKOV³¹⁵ im September 1935 in der Festhalle der Schützengilde hinter dem Carolabad geweiht, eingeleitet mit würdigenden Beiträgen des neuen Oberbürgermeisters Dr. Brunner und des NS-Kreisleiters Gerischer. Brunners Redesermon gipfelte in den das Soldatentum verklärenden Worten: „Sie haben, ihnen selbst unbewußt, in der Kameradschaft des Schützengrabens jenen Tatsozialismus vorgelebt, dem wir heute als Nationalsozialismus bewußt nacheifern wollen.“³¹⁶ Die Ausstellung begleitete den Einzug der Garnison nach Pirna.

Am 1. Oktober 1935 war die allgemeine Wehrpflicht mit einjähriger Dienstzeit in Kraft getreten. Bereits am 3.10.1935 traf um 9.28 Uhr der in Pirna wieder stationierte Pionierverband auf dem Bahnhof ein.³¹⁷ Einen Monat später gab es die erste öffentliche Rekrutenvereidigung, bei der die neue Reichskriegsflagge gehißt wurde, begleitet von Reden

308 PA, 8.4.36, S.2.

309 PA, 8.2.39, S.2.

310 PA, 9.3.37, S.7.

311 PA, 22.10.37, S.5.

312 PA, 19.5.37, S.2

313 BDO – Bund Deutscher Osten, 1933 gegründet, Bundesführer von 1934-1937: Theodor Oberländer. VDA – Verein für das Deutschtum im Ausland, der sich besonders an die Schuljugend wandte und den „Volkstumsgedanken“ propagierte. Der letztere entstand 1955 in der Bundesrepublik neu. Zu beiden vgl. Lexikon.

314 PA, 4.2.38, S.2.

315 NSKOV – Nationalsozialistische Kriegsoffer Versorgung.

316 PA, 21./22.9.35, S.7

³¹⁷ PA, 2.10.1935, S.2.

des evangelischen Pfarrers Ebert, wenig später zum Garnisonsgeistlichen berufen, und dem katholischen Kaplan Dänhardt, der mit den Worten zitiert wird: „Wer den Fahneneid geleistet hat, ist gezeichnet, er hat nichts mehr, was ihm selber gehört.“³¹⁸ Die „erste Militärparade in Pirna seit 20 Jahren“ folgte zu Hitlers Geburtstag am 20.4.1936, einem Tag, der überall mit Aufmärschen und Feiern verbunden war.³¹⁹

Für die „Wiedergewinnung der deutschen Kolonien“ setzte sich besonders der Reichskolonialbund ein, nachdem Ribbentrop 1936 die Rückgabe der im Ergebnis des Weltkriegs verlustig gegangenen Kolonien gefordert hatte. Der Ortsverband des Reichskolonialbundes hatte in Pirna im April 1937 ca. 200 Mitglieder. Dr. Brunner, an seine Angestellten im Rathaus gewandt: Er würde sich freuen, wenn viele Beamte und Angestellte ihm beitreten würden. „Jeder Deutsche – Mitglied des Reichskolonialbundes!“, so der Kreisamtsleiter des Propagandaamtes der NSDAP, Hertting. Der Erfolg ließ nicht auf sich warten: 14 Tage nach dieser Ermahnung konnte vermeldet werden, der Kreisverband hätte im Verlaufe von 14 Tagen seine Mitgliederzahl im Kreis um 40 Prozent steigern können. Im November 1938 hatte der Kreisverband bereits 22 Ortsverbände mit rund 4500 Mitgliedern. Am 14.6.1938 startete die „Mitteldeutsche Kolonialschau“ in Heidenau und wurde vom 22.-29.6. in der Turnhalle der Mädchenschule fortgesetzt. Selbst die NS-Frauenschaften von Pirna schalteten sich in die Kolonialpropaganda mit eigener Veranstaltung ein.³²⁰

Ein zentrales Element der nationalsozialistischen Propaganda spielten eine große Anzahl von Feiertagen: Neben den drei „nationalen Feiertagen, dem 1. Mai, dem Heldengedenktag (16.3.) und dem Erntedanktag zu Ehren des „deutschen Bauern“, waren das der „Tag der Machtergreifung“, der Parteigründungstag, Hitlers Geburtstag, der Muttertag, die Sommersonnenwendfeier, der Reichsparteitag, der „Tag der Bewegung“ (9.11.), die Wintersonnenwendfeier und die „nationalsozialistische Volksweihnacht“. Es führte zu weit, wollten wir auf die Widerspiegelung aller dieser Ereignisse in Pirna eingehen.

Der „Mutterdanktag“, 1934 eingeführt - von der deutschen erbgesunden Frau wurde die Mehrung der „Volksgemeinschaft durch ihre Gebärfreudigkeit gefordert“³²¹ - findet in Pirna im Mai 1935 erstmals Erwähnung. Der Schulunterricht war um 10.45 Uhr zu schließen. Von 11-12 Uhr hatten Mutterdankfeiern stattzufinden.³²² Mutterkreuze wurden im Kreis zum ersten Mal am 21. Mai 1939 verliehen, und zwar 608 an über 60 Jahre alte Mütter. Weitere 237 Anträge lagen noch vor.³²³

Eine propagandistische Leistung sei noch erwähnt: Zur „Beseitigung fremdländischer Vergleichswerbung“ verfügte der Gauleiter Mutschmann im April 1938 die Gebietsbezeichnung „Sächsische Schweiz“ in „Sächsisches Felsengebirge“ umzuwandeln.³²⁴ Der neue Begriff erschien denn doch zu mühevoll, so daß sich in der Folgezeit die Bezeichnung Elbegebirge oder Elbsandsteingebirge durchsetzte. Der „Gebirgsverein für die Sächsische Schweiz“ nannte sich denn auch in „Elbegebirgsverein“ um.

Die Säuberung der Büchereien von aller als marxistisch oder pazifistisch gehaltenen Literatur gehörte ebenso wie die Bücherverbrennung auf der Breiten Straße im März 1933 zum absoluten ideologischen Herrschaftsanspruch. Die Pirnaer Stadtbücherei umfaßte Anfang 1937 etwa 5.050 Bände, erfahren wir. „Dabei muß berücksichtigt werden, daß durch die

318 PA, 7.11.35, S.1

319 PA, 20.4.36, S.2.

320 StAP, B III-II, 713, Reichskolonialbund 1937-40, Bl. 1 und 2; PA, 15.11.37, S.2; PA, 7.12.37, S.2; PA, 14.6.38, S.2; PA, 30.11.38, S.2; PA, 24.5.39, S.8.

321 Ebenda.

322 PA, 8.5.35, S.2.

323 PA, 19.5.39, S.5.

324 PA, 7.4.38, S.2.

Säuberungsaktion nach der Machtergreifung etwa 600 Bände ausgeschaltet werden mußten!³²⁵

5.4. „Wahlen“ und ihre Ergebnisse

Der 14. Oktober 1933 wurde zu einem denkwürdigen Tag. Hitler verkündete den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund. Gleichzeitig verließ Deutschland die Genfer Abrüstungskonferenz. Hindenburg löste den Reichstag und gleichzeitig sämtliche Landtage auf. Reichstagsneuwahlen wurden für den 12.11.1933 festgelegt, einen Tag nach dem Jahrestag des Waffenstillstandes von 1918. All das geschah unter der Parole der Gleichberechtigung Deutschlands, das sich weigere, als „rechtlose und zweitklassige Nation“ zu gelten und heuchlerischen Friedensbeteuerungen. Landtage gab es künftig nicht mehr.

Für die Reichstagswahl gab es nur eine Liste, die der NSDAP. Im alten, vor gerade erst acht Monaten gewählten, saßen ja noch formell die Abgeordneten verschiedener bürgerlicher Parteien. Mit der Wahl verbunden war eine Volksabstimmung über die Frage: „Billigt das deutsche Volk die ihm vorgelegte Politik seiner Reichsregierung und ist es bereit, diese als den Ausdruck seiner eigenen Auffassung und seines eigenen Willens zu erklären und sich feierlich zu ihr zu bekennen?“

Zwischen dem 14. Oktober und dem 12. November verbanden sich aufschäumende nationalistische Propaganda, minutiöse Organisation der Wahlvorbereitung mit dem Ziel, möglichst alle zu den Wahlurnen zu schleppen, mit einer Terrorwelle gegen oppositionelle Kräfte.

Über Haussuchungen und Verhaftungen in diesen Wochen berichtete der „Pirnaer Anzeiger“.³²⁶ Am 12. November wartete er mit „Wahlinformationen“ auf, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließen: Bis 12 Uhr sollte jeder gewählt haben. Wer dem bis dahin nicht nachgekommen wäre, käme auf die Schlepperliste. Für Kranke und Gebrechliche würden Autodienste eingerichtet. Nach der Wahlteilnahme erhielt jeder eine amtliche Plakette für 5 Pfennige, damit er „vor öffentlichem Patrouillendienst bewahrt“ bliebe.³²⁷

Hier die Ergebnisse im Kreis. Sie lagen durchaus im Reichsdurchschnitt:³²⁸

Reichstagswahl November 1933

NSDAP Ungültig Stimmberechtigte

³²⁵ StAP, B III-II, 770, Geschäftsordnung, Geschäftsverteilung und Sitzungsabschriften des Stadtrats 1936-1944, Bl. 26: Zeitungsbericht aus „Freiheitskampf“ 16.1.1937.

³²⁶ PA, 15.10.1933, S.2: In letzten Tagen wieder 3 hiesige Einwohner, frühere komm. Funktionäre, wegen politischer Umtriebe festgenommen. PA, 18.10.1933, S.2: Lohmen; Steinmetz Schlesinger erneut nach Hohnstein in Schutzhaft. PA, 25.10.1933, S.2: Eine weibliche Person aus Heidenau wegen staatsfeindlicher Äußerungen festgenommen. PA, 26.10.1933, S.2: Größere Anzahl Festnahmen in Pirna wegen Verdachts komm. Betätigung und geleisteter Kurierdienste. Damit verbunden Haussuchungen. Flugblätter zum Reichstagsbrandprozeß in der Südvorstadt verbreitet. PA, 29.10.1933, S.2: Gestern mehrere hiesige Einwohner dem Schutzhaftlager Hohnstein zugeführt - in Verbindung mit kürzlich durchgeführten Haussuchungen. Chronik, S.31: 3.11.1933: Weitere Verhaftungen in Pirna-Neundorf: Walter Friedemann, Arno Hergesell und Paul Reiche. Verhaftung weiterer Kommunisten in Heidenau: Ernst Hanke, Willy Klein, Kurt Köckritz, Max Leupold, Alfred Liebig, Walter Matzke, Elisabeth Pfeifer, Albert Richter, Artzur Schöpfer, Karl Schöpfer, Robert Senf, Walter Wagner und Max Ziesche wegen Weiterführung der KPD und Verbreitung illegaler Literatur. 4.11.: Die Polizei verhaftet Helmut Fuchs aus Pirna-Copitz nach Haussuchung. Bei ihm wird auch der parteilose Arbeiteresperantist Kurt Heinze aus Heidenau verhaftet. Beide kommen in die Pirnaer Fronfeste. Erna Scholz aus Heidenau wird in das Schutzhaftlager Hohnstein überführt. PA, 5.11.1933, S.2: Heidenau; In größerer Polizeiaktion am 4.11. mit Unterstützung der Gendarmerie und SA 11 Personen wegen komm. Betätigung festgenommen, darunter einige weibliche, außerdem ein Pratzschwitzer Einwohner. Teil der Festgenommenen nach Hohnstein gebracht. In Verbindung damit Haussuchungen - verschiedenes komm. Material gefunden und beschlagnahmt. PA, 10.11.1933, S.2: Pirna: In letzter Zeit größere Anzahl Pirnaer Einwohner in Schutzhaft wegen „politischer Umtriebe“.

Kreis	108.293	8.587	118.931
Stadt Pirna	20.771	1.970	96,6% Wahlbet.
Volksabstimmung			
	Ja	Nein	Ungültige
Kreis	111.300	4.126	2.268
Stadt Pirna	21.220	1.146	451

Nach Hindenburgs Tod ließ Hitler die Funktion des Reichspräsidenten erlöschen, indem er sie mit der des Reichskanzlers vereinigte. „Der Kampf um die Staatsgewalt ist mit dem heutigen Tag beendet. Der Kampf um unser treues Volk aber nimmt seinen Fortgang“,³²⁹ erklärte Hitler am 20. August 1934, an dem die Vereinigung der Ämter von Reichskanzler und Reichspräsident per Volksabstimmung bestätigt werden sollte.

Die Abstimmungsergebnisse in der Amtshauptmannschaft und in der Stadt Pirna lauteten³³⁰:

	Ja-St.	Nein-St.	ungültig	Stimmber.
AHM	116.631	9.774	3.351	?
Stadt Pirna	19.941	1.837	617	23.478

84,93 Prozent der Stimmberechtigten der Stadt Pirna erwiesen sich also bereits als Hitlers „treues Volk“. 1.083 Pirnaer waren der Abstimmung ferngeblieben, 1.837 stimmten direkt mit „Nein“, 617 machten ihre Scheine ungültig.

Bei der Reichstagswahl am 29.3.1936 stimmten für die NSDAP-Liste in der Amtshauptmannschaft Pirna 97.108 Wähler, 1.369 gaben Nein- oder ungültige Stimmen ab. An Gegenstimmen gab es in Pirna noch 277, in Heidenau 151, in Dohna 106 und in Sebnitz 112.³³¹ Die Wahlbeteiligung ließ zu wünschen übrig.

Dafür war sie zwei Jahre später, bei den letzten „Wahlen“ überhaupt im „Dritten Reich“, schon wieder wesentlich höher. Nahezu alle Stimmberechtigten konnten mobilisiert werden.

Hier die Abstimmungsergebnisse:³³²

	AHM Pirna	Prozent	Stadt Pirna	Prozent	Heidenau	Prozent
Stimmberechtigte	120.060		23.429		12.441	
abgegebene St.	119.850	99,83	23.346	99,65	12.426	99,88
Ja - Stimmen	117.063	97,67	22.900	98,09	12.126	97,59
Nein - Stimmen	2.141	1,79	401	1,72	277	2,23

³²⁹ Zitiert nach Overesch/Saal, Das Dritte Reich 1933-1945. Eine Tageschronik der Politik, Wirtschaft, Kultur. 2 Bde., Augsburg 1991. Bd. 1, S. 155.

³³⁰ PA, 21.8.34, S.5.

³³¹ PA, 30.3.36, S.5.

³³² PA, 11.4.38, S.1 und 9.

ungültig	646	0,54	45	0,19	23	0,18
----------	-----	------	----	------	----	------

5.5. Wie stand es um die Ergebnisse des „Kampfes um unser treues Volk“?

Wenn wir die vorgenannten Wahlergebnisse bedenken, dann erwächst ein Bild von Identifikation zwischen Wählern und Hitlerscher Reichsführung, die es so vordem nie gegeben hat.

Terror, Einschüchterung und Wahlmanipulation müssen wir dabei wohl in Rechnung stellen. Das Maß an Zustimmung aber verlangt nach weiterer Erklärung. Sie zu geben fällt denen, die damals bereits mit einigem Bewusstsein lebten, selbst heute noch schwer. Wie sollen nachfolgende Generationen dafür Verständnis aufbringen?

Bei den Wahlen am 5. März 1933 war die NSDAP zwar stärkste Partei, aber die Mehrheit der Wähler stand noch gegen sie. Wie und warum zerfiel diese Mehrheit bereits innerhalb weniger Monate? Einige Anhaltspunkte lieferten bereits die Abschnitte über Terror, Zerschlagung der Arbeiterbewegung, Gleichschaltung der Kommunen, der Vereine, Verbände, die Aussagen über die wirtschaftliche und soziale Entwicklung.

„Die Lage der nichtnazistischen Deutschen im Sommer 1933“, schreibt Sebastian Haffner, „war gewiss eine der schwierigsten, in der sich Menschen befinden können: nämlich ein Zustand völligen und ausweglosen Überwältigtseins, zusammen mit den Nachwirkungen des Schocks der äußersten Überrumpelung. Die Nazis hatten uns, auf Gnade und Ungnade, in der Hand. Alle Festungen waren gefallen, jeder kollektive Widerstand war unmöglich geworden, individueller Widerstand nur noch eine Frage des Selbstmordes. Wir waren verfolgt bis in die Schlupfwinkel unseres Privatlebens...Zugleich wurde man täglich aufgefordert: nicht, sich zu ergeben, sondern überzulaufen: Ein kleiner Pakt mit dem Teufel – und man gehörte nicht mehr zu den Gefangenen und Gejagten, sondern zu den Siegern und Verfolgern.“ Dieser Versuchung erlagen in der Folgezeit viele.

Andere flüchteten sich in die „Illusion der Überlegenheit“ angesichts des Dilettantismus, der Grobschlächtigkeit und Beschränktheit der neuen Herren, deren baldiges Ende möglich zu sein schien. In dem Maße, wie sich aber außenpolitische Erfolge einstellten (Saarabstimmung, Besetzung des Rheinlandes, vom Ausland tolerierte Aufrüstung und Einführung der Wehrpflicht), eine wirtschaftliche Belebung mit drastischem Abbau der Arbeitslosigkeit eintrat und das „Trommelfeuer statistischer Prahlereien“ durchaus seine Wirkungen hatte - bei aller noch vorhandenen Skepsis -, „gaben diese Leute in großen Massen auf.“ Dieser Kreis „hat tatsächlich die Masse der späten Kapitulierer aus den Jahren 1935 bis 1938 geliefert.“³³³

Manch einer verfiel in Verbitterung und zog sich aus dem öffentlichen Leben zurück ins Private, das es aber unbehelligt auch nicht mehr gab. Schließlich blieb nur noch „Ignorieren, Wegsehen, Wachs in die Ohren tun, Sich-Abkapseln. (Das) führt zur Verhärtung aus Weichheit und schließlich wieder zu einer Form des Wahnsinns: zum Realitätsverlust.“³³⁴

„Die nationalsozialistische Politik war zwar einerseits auf die Gewinnung von Massenzustimmung angelegt, die durch Appell, Organisation und Propaganda immer wieder aufs Neue belebt werden sollte; aber zu ihrem Signum gehörte gleichermaßen die Androhung und Anwendung von brutaler Gewalt, gehörten Kontroll- und Zwangsgesetze, Sondergerichte, Gestapo und KZ.“³³⁵

5.6. Sudetenannexion

³³³ Haffner, Sebastian, Geschichte eines Deutschen. Die Erinnerungen 1914-1933. Stuttgart/München 2000. S. 185-194.

³³⁴ Ebenda.

³³⁵ Schneider, S.124.

Die Annexion des „Sudetengebietes“ war auch so ein Vorgang, der propagandistisch für die völkische Idee, für den Kampf gegen böses Slawentum und für die Vereinigung aller Deutschen in einem „Großdeutschen Reich“ genutzt wurde.³³⁶

Sie betraf unseren Kreis als Grenzkreis in besonderem Maße. Schon im Jahre 1935 entstand eine Ortsgruppe des „Sudetendeutschen Heimatbundes“ in Pirna. Im „Schützenhaus“ trat dabei der Vorsitzende Pilz schon damals mit „Heim-ins-Reich“-Parolen auf.³³⁷ 1938 verstärkte sich der Druck auf die benachbarte Tschechoslowakei. Das spiegelte sich hier wider in einer Großkundgebung des „Bundes Deutscher Osten“ zum „Volkstumskampf an der deutschen Ostgrenze“, in zunehmenden Aktivitäten des VDA (Verein für das Deutschtum im Ausland), z. B. mit Vorträgen zum Thema „Der sudetendeutsche Kampf und unsere Aufgabe“ und in einer den „Volkstumskampf“ besonders betonenden NSDAP-Kreistagung in Königstein.³³⁸

Bewegte Tage erlebte der Kreis dann im September 1938, als sich zunächst Flüchtlingsgruppen und –kolonnen aus dem Nordböhmischen über die Grenze bewegten und hier betreut und untergebracht werden mussten. Das begann in der zweiten Septemberwoche und fand seinen Höhepunkt kurz vor dem Einmarsch deutscher Truppen ins benachbarte Land. „Nahezu 14.000 sudetendeutsche Flüchtlinge durchfluten den Kreis Pirna“, jugendliche Flüchtlinge würden durch die HJ erfasst, ist zu erfahren, Kundgebungen und Aufmärsche fanden statt, auch der „Führer“ der Sudetendeutschen und künftige Gauleiter Henlein trat im Kreis auf.³³⁹

Die Pirnaer Garnison war schon Tage vor dem Einmarsch am 1.10.1938 an der Grenze in Position gegangen und zog als eine der ersten Einheiten ins benachbarte Gebiet ein. Am 20. Oktober meldete der „Pirnaer Anzeiger“ ihre Rückkehr.³⁴⁰

Die Kreisausschüsse Pirna und Sebnitz der Industrie- und Handelskammer Dresden befassten sich schon am 14. Oktober mit den neuen wirtschaftlichen Möglichkeiten, die sich nach dem Anschluss zu eröffnen schienen.³⁴¹

In einer Beratung der Ratsherren am 20.10. verwies Dr. Brunner auf die neue territoriale und wirtschaftliche Situation Pirnas, sagte einen erheblichen wirtschaftlichen Aufschwung für unsere Region voraus, erhoffte den Anschluss ans Autobahnnetz und meinte, das geplante Speicherbecken bei Pirna könne nun der Errichtung näher rücken. Die Verbindung zwischen Pirna und Bodenbach sollte aufgenommen werden.³⁴² Die Straße Schmilka-Hernskretschentetschen müsste ausgebaut werden, folgerte der Bezirksausschuss des Landkreises.³⁴³

„Auf einsamen Waldwegen nach Tissa“ ist ein Artikel überschrieben, der die Beteiligung der SA-Standarte 177 am Einmarsch ins Sudetenland schildert.³⁴⁴ In einer Arbeitstagung der Standarte am 3.12. übermittelte der Standartenführer Sturmbannführer Mittag den Dank des SA-Obergruppenführers Schepmann für „großartige Leistungen bei Aufstellung, Ausbildung und Einsatz des Freikorps Konrad Henlein sowie bei der Einrichtung der SA-Gruppe Sudeten“.³⁴⁵ Wahrlich, die SA-Standarte 177 hatte in den Monaten September bis Dezember 1938 allerhand zu tun, lag doch auch in diesen Wochen der Novemberpogrom gegen die Juden!

336 Zur Annexion des Sudetengebiets vgl. Manfred Messerschmidt, Außenpolitik und Kriegsvorbereitung.

In: Deist/Messerschmidt/Volkman/Wette, Ursachen und Voraussetzungen des Zweiten Weltkrieges. Frankfurt am Main 1995, S. 771-804 und Bimann/Cílek, Der Fall Grün und das Münchener Abkommen. Dokumentarbericht. Berlin 1980.

337 PA, 1.4.1935, S. 7.

338 PA, 4.2.1938, S. 2 und 15.2., S. 2.

339 PA, 10.9.1938, S. 2 und folgende Ausgaben beinahe täglich mit Meldungen und Berichten, Silv./Neujahr 1938/39, S. 13.

340 PA, 20.10.1938, S. 2.

341 StAP, B III-II, 585, Bl. 99ff.

342 PA, 21.10.1938, S. 9.

343 PA, 1.12.1938, S. 2.

344 9.12.1938, S. 9.

345 PA, 12.12.1938, S. 2.

Auch andere NS-Funktionäre waren an nationalsozialistischer „Aufbauhilfe“ beteiligt und später mit Erinnerungsmedaillen für ihre Taten ausgezeichnet worden, so z. B. der NSV-Kreisamtsleiter Schwarz, der NSLB-Kreisamtsleiter Tschaepe, die SA-Führer Hanke, Höse, Riedel, Köhler, Richter, Molle, der NSKK-Scharführer Franke und einiges Fußvolk. Noch im Dezember 1940 wurden 40 solcher Medaillen nachgereicht.³⁴⁶

346 PA, 15.3.1939, S. 2; 30.6., S. 5,

6. Antisemitismus und Rassismus

Vonnöten sind hier zunächst einige einleitende Bemerkungen, bildete doch „gemeinsam mit der Lebensraumpolitik die Rassendoktrin das Zentrum von Hitlers Weltanschauung, und es war die kontinuierliche Durchsetzung der rassen- und raumpolitischen Leitvorstellungen des ‚Führers‘, die zum Bewegungsgesetz des Dritten Reiches wurde.“³⁴⁷ Wie alle ihre Versatzstücke gründete sie sich auf negative ideelle Richtungen des 19. Jahrhunderts. Zu ihnen gehört insbesondere der Rassismus, der davon ausgeht, dass es biologisch unterschiedliche Menschenrassen gebe, wobei eine Rasse, die „arische“, den anderen geistig, kulturell, psychisch und gesellschaftlich überlegen wäre. Diese Überlegenheit rechtfertigte Herrschaft und Privilegien der „arischen“ über alle anderen Rassen.³⁴⁸

Wissenschaftlich zu begründen ist der Rassismus nicht. Die UNESCO-Erklärung zur Rassenfrage von 1995 stellt fest: „Rassismus ist der Glaube, dass menschliche Populationen sich in genetisch bedingten Merkmalen von sozialem Wert unterscheiden, so dass bestimmte Gruppen gegenüber anderen höherwertig oder minderwertig sind. Es gibt keinen überzeugenden wissenschaftlichen Beleg, mit dem dieser Glaube gestützt werden könnte.“³⁴⁹ Diese Erklärung wird schließlich bekräftigt durch die Entschlüsselung der menschlichen Gene, die 2000 gelang: „Der 26. Juni 2000, der Tag, an dem die Entschlüsselung des menschlichen Erbgutes von Wissenschaftlern und Politikern bekannt gegeben worden ist, erhärtet diese Aussage: Das Erbgut aller Menschen ist gleich.“³⁵⁰

Für die Nazi-Ideologen gab es aber in Hinblick auf den Rassismus noch einige Schwierigkeiten. Eine „deutsche Rasse“ war schlechthin nicht auszumachen. Zur „arischen“ aber gehörten so ziemlich alle europäischen Völker, also auch die Slawen. So wick man aus auf die rassisch angeblich homogene „Volksgemeinschaft“, auf „deutsche Art“, „deutsches Blut“, auf „völkische“ Substanz, die es zu pflegen, zu schützen und gesund zu erhalten gebe. „Was übrig blieb, war jene Mischung aus dumpfer Ablehnung des Andersartigen und imperialistische Herrenmenschen-Theorie, die ebenso unverzichtbar zur Identität nationalsozialistischer Ideologie gehört wie Führerprinzip und Militarismus.“³⁵¹

6.1. Rassismus und „Erbgesundheits“

Sollte die Volksgemeinschaft rassisch „rein“ gehalten werden, mussten Träger „geschädigten“ oder gefährlichen Erbgutes ausgemerzt werden. So verbanden sich zwei Tendenzen miteinander, die letztlich in eine Vernichtungspolitik mündeten: Einem auf Ausrottung gerichteten Antisemitismus und auf die als „Euthanasie“ bezeichnete Beseitigung des sogenannten „lebensunwerten Lebens“.

Wenige Monate nach ihrer Bildung erließ die Hitler-Regierung am 14.7.1933 ein „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“.³⁵² Danach sollte durch chirurgischen Eingriff sterilisiert werden, wer unter angeborenem Schwachsinn, Schizophrenie, zirkulärem Irresein, Fallsucht, Veitstanz, erblicher Blindheit oder Taubheit oder schwerer körperlicher Missbildung litt. Das Gesetz war begleitet von entsprechenden Presseartikeln und Propagandamaßnahmen. So erfahren wir, dass sich „der Anstaltspfarrer Dr. Rothe, Pirna,“ in

347 Michalka, S. 92.

348 Vgl. Memmi, Albert, Rassismus. Frankfurt am Main 1992.

349 Zitiert nach: Kinner, Klaus/ Richter, Rolf (Hrsg.), Rechtsextremismus und Antifaschismus. Berlin 2000, S. 18.

350 Ebenda, nach FAZ, 27. Juni 2000, S. 1, 55ff.

351 Herbert, Fremdarbeiter, S. 60.

352 Münch, S. 113-117.

einem Referat über „das volkstumserhaltende Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ verbreitete.³⁵³

Zu seiner Durchführung wurden laut „Pirnaer Anzeiger“ 1700 Erbgesundheitsgerichte geschaffen, die mit Entscheidungsrechten ausgestattet waren. Als Zahl der zu Sterilisierenden sind 400.000 angegeben. Die Kosten würden sich bei Männern auf 20, bei Frauen auf 50 RM belaufen. Jährlich beliefen sie sich im Reich auf etwa 14 Mill. RM, was aber eine enorme Ersparnis in Zukunft brächte, stünden dem doch gegenüber „350 Mill. RM Aufwand für Erbkranke“.³⁵⁴

Ein Erbgesundheitsgericht bestand sicher auch in Pirna. Über seine Entscheidungen wissen wir nichts. Überliefert aber sind aus den Jahren 1934 und 1935 die Zahlen über die Sterilisationen. Betroffen waren davon nach Operationsberichten des Pirnaer Krankenhauses 1934 161 männliche und 125 weibliche, 1935 49 männliche und 76 weibliche Personen.³⁵⁵ Insgesamt waren also allein im Pirnaer Krankenhaus in diesen beiden Jahren 411 Menschen sterilisiert worden – meist gegen ihren Willen. Auch in den folgenden Jahren gab es weitere Sterilisierungen, aber hierzu fehlen statistische Unterlagen. So entnehmen wir einer ärztlichen Bescheinigung Dr. v. Renners, dass „Frl. Hildegard W. am 4.5.1936 wegen angeborenen Schwachsinn sterilisiert“ worden sei.³⁵⁶ Das Standesamt registrierte ihre Entmündigung und teilte ihr am 16.10.1936 mit, dass „die von ihnen beabsichtigte Ehe nicht geschlossen werden darf.“³⁵⁷ Das geschah auf Grund des „Gesetzes zum Schutze der Erbgesundheit des deutschen Volkes (Ehegesundheitsgesetz)“ vom 18.10.1935.³⁵⁸ Nicht bekannt ist, inwieweit auch die Krankenhäuser von Heidenau, Bad Schandau und Sebnitz mit Sterilisierung befasst waren.

Auch etwa die Hälfte der Hilfsschüler sollen sterilisiert worden und später Opfer der Euthanasie-Verbrechen geworden sein.³⁵⁹ Für Pirna sind dazu Quellennachweise nicht auffindbar.

Viele geistig Behinderte wurden in speziell benannte Anstalten eingewiesen. „Als geschlossene Anstalten im Sinne des Reichsgesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses...gelten in Sachsen“, erfahren wir, auch die Anstalt Sonnenstein.³⁶⁰

1934 war unter Heß das Rassenpolitische Amt der NSDAP gebildet worden, dem gleichbenannte Ämter bei den Gau- und Kreisleitungen der NSDAP nachgeordnet waren. Ihnen oblag die Verbreitung der nazistischen Rassenideologie durch Veranstaltungen, Schulungen und vielfältige Formen der Propaganda. Bis 1939 war Dr. Wander, Bad Schandau, Leiter des „Kreisamtes für Rassenpolitik“ für den Kreis Pirna, ab 1939 ein gewisser Schöne.

Eine „Reichsstelle für Sippenforschung“ in Berlin organisierte und propagierte die „Sippen“- und Ahnenforschung, denn bald wurde es für alle Bürger quasi zur Pflicht, ihre „Reinrassigkeit“ nachzuweisen.

Wer in die NSDAP oder in eine ihrer Gliederungen aufgenommen werden wollte, sah sich veranlasst, seine „arische“ Abstammung bis zur Großeltern-, besser noch bis zur Urgroßelterngeneration nachzuweisen. Bei Alteingesessenen war das mit weniger Mühe verbunden. Die standesamtlichen Eintragungen reichten jedoch nur bis in die beginnenden siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts zurück. Um alle deutschen Familien mit einem „Ahnenpass“, einer Art amtlich beglaubigten Stammbaums zu versehen, bedurfte es der

353 PA, 10.10.1935, S.9.

354 PA, 22.12.1933, S.5.

355 E II, 409, 15, S. 130 und E II, 409, 16, S. 118.

356 B III-XX, Bl. 20.

357 Ebenda, Bl. 21.

358 Münch, S. 117-118. Vgl. auch B III-XX, 68 mit Gesetzestext samt dazugehörigen Verordnungen und Bestimmungen.

359 Klee, Ernst, „Euthanasie“ im NS-Staat. Die „Vernichtung lebensunwerten Lebens“. Frankfurt am Main 1986, S. 43-47.

360 PA, 19.2.1936, S.2.

Mitwirkung der Kirchen, die dazu auch ohne Einwände bereit, aber vom Personal her überfordert waren. So ist wohl auch der Vorgang zu verstehen, den die örtliche Presse im Mai 1938 wiedergibt. Da erfahren wir von der Bildung einer „Arbeitsgemeinschaft zwischen sippenkundlicher Abteilung des Reichsnährstandes, dem Rassenpolitischen Amt der NSDAP und dem NS-Lehrerbund.“ Es beginne „die Kartierung und Weiterverarbeitung unserer Kirchenbücher“. Formulare wären beim Reichsnährstand zu haben. Lehrgänge für die Aktion würden veranstaltet, einer davon in Zwiesel bei Berggießhübel.³⁶¹ Schon im Februar teilte Oberbürgermeister Dr. Brunner den Ratsherren mit, der Kapitelsaal im ehemaligen Kloster sei als „Ahnen- und Sippenhalle zur Verfügung der NSDAP“ vorgesehen.³⁶² Der propagandistischen Begleitung widmete sich auch die „Volksbildungsstätte“ (Nachfolgeorganisation der Volkshochschule der Weimarer Zeit) und der Pirnaer Geschichtsverein mit einer gemeinsamen Veranstaltung zur Sippenforschung, „jener Frage, die heute im Mittelpunkt der Volksforschung steht und höchste politische Bedeutung gefunden hat.“³⁶³

„Jeder Deutsche wird einmal den Beweis seiner deutschblütigen Abstammung erbringen müssen“, heißt es wenig später. Wer dabei auf Schwierigkeiten stoße, könne sich „an die Hauptstelle III des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP-Kreisleitung Pirna (Pg. Bürger) wenden.“ Im April werde mit der Kartierung der Kirchenbücher begonnen. Dazu würden noch Mitarbeiter benötigt und geschult.³⁶⁴

Eine viertägige Arbeits- und Schulungstagung des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP-Gauleitung Sachsen mit Vorträgen im „Adler“ und im „Feldschlösschen“ fand vom 8. Bis 11. Juni 1939 in Pirna statt. Berichte dazu finden sich im „Pirnaer Anzeiger“³⁶⁵

Im Jahre 1940 gab es auf dem Sonnenstein ein „Rückwanderer“-Lager für „Volksdeutsche“ aus Wolhynien und Bessarabien. Dort „wurden sie noch einmal auf ihre Deutschblütigkeit und ihre rassischen Werte genau geprüft“, ehe sie zur Ansiedlung in die „eroberten Ostgebiete“ (nach Polen) freigegeben wurden.³⁶⁶

Am intensivsten rassepolitisch bearbeitet wurde aber wohl doch die Schuljugend. Schon am 13.9.1933 erließ Rust, Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, Richtlinien zur Einführung der Rassenkunde in den Biologieunterricht und als Prinzip für Deutsch, Geschichte und Erdkunde.

Was wir heute aus spärlichen Pressemeldungen der Jahre 1933 bis 1939 erfahren, ist nur ein blasser Widerschein einer breit angelegten „rassepolitischen“ Beeinflussung und Ausrichtung der Deutschen von damals. Rassistisches Trommelfeuer in der und durch die NSDAP und ihre Nebenorganisationen, rassenkundliche Unterweisungen in Schule, HJ, Wehrerziehungslagern, RAD, Wehrmacht, vielfältige Beiträge über Presse, Rundfunk und Filme, begleitende Propagandatätigkeit in Vereinen, ja, bis in die Kirchen hinein – all das verbreitete das Gift des Rassismus in weiten Volksteilen. War es nicht auch erhebend, als Teil der edelsten, allen anderen überlegenen und zum Beherrschen bestimmten „Rasse“ zu gelten? Nur abseits Stehenden mochte da der Gedanke aufgekommen sein, dass um „Stammbäume“ bislang nur Hunde- und andere Tierzüchter bemüht gewesen waren.

Dieser in den Vorkriegsjahren in die „Volksgemeinschaft“ implantierte Rassismus trug nicht nur zum übersteigerten Selbstwertgefühl jener bei, die sich als Teil der „Herrenrasse“ empfanden. Er beförderte auch zunehmend Gleichgültigkeit, Wegsehen, Duldung, stillschweigende Billigung gegenüber dem inhumanen und schließlich verbrecherischen

361 PA, 15.5.1938, S.2.

362 PA, 18.2.1938, S.2.

363 PA, 3./4.12.1938, S.3.

364 PA, 7.2.1939, S.2.

365 PA, 7.6.1939, S.5; 9.6., S. 3 und 5; 10./11.6., S.5; 12.6., S.5.

366 PA, 9.8.1940, S.5.

Umgang mit Juden, Sinti und Roma, Behinderten, „Asozialen“ und im Krieg besonders gegenüber den „slawischen Untermenschen“.

Das rassistische mythisch-blutsmäßige Unwesen schwärt auch heute noch hier und da weiter.

Dieser Rassismus wandte sich zuerst und am brutalsten gegen die Juden.

6.2. Die Verfolgung der Juden 1933 bis 1939

„Der völkische Neurotiker brauchte Gegenspieler von folgender Beschaffenheit: er mußte erstens schwarz sein, damit der blonde Held sich um so strahlender von ihm abhebe. Er mußte zweitens „erwachsen“ sein, nämlich mit rationelleren Methoden und einer älteren geistigen Kultur im Leben stehen, dem kindlich-gefühlhaften Ich des neurotischen Antisemiten unerträglich...Er mußte drittens unbewaffnet sein, damit der Kampf gegen ihn de facto gefahrlos werde. Er mußte viertens vom Geheimnis unwittert sein, ein Alb schon aus der Kinderstube, in Gesellschaft von Hexen, bösen Großmüttern, menschenfressenden Wölfen in die kindliche Seele aufgenommen. Er mußte fünftens bei alledem den Anschein einer großen Macht haben, damit sich der Kampf gegen ihn auch lohne. Er mußte sechstens im Lande zu treffen sein, weil er nur als innerer Feind den Recken und ihren Mannen erreichbar war. Trotzdem aber mußte er siebentens internationale Verbindungen nach allen Seiten besitzen, damit die bedrohlichen und teuflischen Wirkungen, die man ihm zuschrieb, die ganze Erde überschatten konnten. Und achtens mußte er mit dieser Internationalität ein geistiges Prinzip darstellen, das der nationalistischen Geistesverfassung entgegengesetzt wirkte, für Frieden, Verständigung und Duldung, um den völkischen Trieb wirkungsvoll entflammen zu können. Alle diese Eigenschaften bot der Jude.“³⁶⁷

Eine Schrift über jüdische Schicksale aus Pirna liegt bereits vor.³⁶⁸ Deshalb verzichten wir auf detailliertere Wiedergabe der dort dargelegten Sachverhalte und beschränken uns vor allem auf Ergebnisse weiterer Nachforschungen, besonders im Bereich der Amtshauptmannschaft Pirna. Sie sind bei weitem noch nicht abgeschlossen. Zudem erweist sich Spurensuche als mühevoll, weil archivalische Unterlagen verstreut sind, fehlen oder erhebliche Lücken aufweisen und Zeitzeugen auch nur zu eingeschränkten Aussagen fähig sind.

Nach der letzten Zählung in der Zeit der Weimarer Republik 1925 lebten in der AHM Pirna 64 Juden, davon 22 in der Stadt Pirna. Als ein Ergebnis der Volkszählung vom Mai 1939 erfasste man alle jüdischen Einwohner Sachsens in einer Judenliste nach den Vorgaben der Nürnberger Gesetze von 1935.

Danach lebten in den Orten der Amtshauptmannschaft Pirna:

Orte	Juden m. 4 jüd. GET	Mit 2 jüd. GET	Mit 1 jüd. GET
Pirna	2*	4	7
Heidenau	4	11	5
Sebnitz	5	4	1
Bad Schandau	1		2
Dohna		1	2

³⁶⁷ Zweig, Arnold, Bilanz der Judenheit. Leipzig 1990, S. 82/83.

³⁶⁸ Vgl.: Jensch, Hugo, Juden in Pirna. Pirna 1997.

Liebstadt	1	1	
Königstein	2		
Stadt Wehlen	1		1
Dittersbach	1		
Helmsdorf		1	
Naundorf	2		
Neudörfel b. Stolpen			1
Rathen	1	1	2
Zschieren		1	4
Zschachwitz			3
Insgesamt	20	24	28

Einer in der Landesanstalt Sonnenstein, eine im Kreisheim³⁶⁹ GET = Großelternteile.

Diese beiden Zählergebnisse von 1925 und 1939 ermöglichen keinen exakten Vergleich, der es gestattete, den tatsächlichen Wegzug jüdischer Personen oder Familien zwischen 1933 und 1939 zu erfassen. Zwischen 1925 und 1933 zogen mehrere jüdische Familien in die Stadt und den Kreis zu, so dass sich ihre Zahl gegenüber 1925 sicher noch erhöhte. Die Angaben von 1925 beziehen sich zudem auf die Religionszugehörigkeit. Es gab aber auch evangelische und konfessionslose Juden. Die Zählergebnisse von 1939 erfassen neben den 20 „Volljuden“, „Mischlinge 1. Grades“ (mit 2 jüdischen Großelternteilen) und „Mischlinge 2. Grades“ (mit einem jüdischen Großelternanteil). Berücksichtigt man diese statistischen Ungewissheiten, dann wird doch immerhin deutlich, dass im Frühjahr 1939 bereits die meisten jüdischen Familien den Kreis verlassen hatten oder verlassen mussten. Örtliche Machthaber drängten seit 1935 verstärkt auf die Entfernung von Juden aus ihren Orten. Neustadt als Ort mit einer der ersten NSDAP-Ortsgruppen war 1939 bereits „judenfrei“. Hinter den statistischen Aussagen verbergen sich die anschwellenden Repressionen gegen jüdische Menschen.

Sie setzten gegen linksorientierte Juden bereits im März 1933 im Zusammenhang mit dem Terror gegen Kommunisten und Sozialdemokraten ein. Am 25.3.1933 verhafteten Polizei und SA Max Tabaschnik und lieferten ihn in das der SA-Standarte 177 unterstellte Schutzhaftlager Königstein-Halbestadt ein. Furchtbar gequält, zusammengeschlagen, tagelang ohne Nahrung gelassen, geschunden bei schwerster Arbeit im Steinbruch, am Schlafen gehindert, fortwährend beschimpft und verhöhnt, war er schließlich nach kurzer Zeit mit seinen physischen und psychischen Kräften am Ende und musste nach Pirna ins Krankenhaus eingeliefert werden. Nach seiner Entlassung stand er unter Polizeiaufsicht, konnte aber doch illegal über die Grenze in die CSR entkommen. Als einer der ersten berichtete er im Rundfunksender Prag über das, was er durchgemacht hatte.³⁷⁰

Als „gefährlicher Kommunist“ denunziert, wurde am 26.3.1933 Ernst Noack verhaftet und in das SA-Schutzhaftlager Hohnstein eingeliefert. Vier Wochen hielt man ihn dort fest. Was einem Kommunisten, der zudem noch Jude war, dort geschah, kann man nur ahnen. Dennoch beteiligte sich Ernst Noack weiter am Widerstand gegen den Faschismus. Am 16.12.1933 schlug die Gestapo zu: Mit 18 anderen wurde er wegen „gemeinschaftlicher Neubildung von Parteien in Tateinheit mit gemeinschaftlicher Vorbereitung zu Hochverrat“ verhaftet. Das Oberlandesgericht Dresden verurteilte ihn am 6.9.1934 zu einem Jahr Gefängnis. Nach seiner

³⁶⁹ Auszug aus der Liste für die Amtshauptmannschaft Pirna übermittelt durch Dr. Hartstock, Sächsisches Staatsarchiv.

³⁷⁰ Vgl.: Max Tabaschnik, Königstein. In Konzentrationslager. Ein Appell an das Gewissen der Welt. Karlsbad 1934. Wiedergegeben bei Jensch, Juden in Pirna, S. 76-94.

Entlassung fand er erst Anfang 1937 in der Porschendorfer Pappenfabrik, einem jüdischen Unternehmen, eine Anstellung.³⁷¹

Die Juden der Amtshauptmannschaft Pirna erlebten alle Stadien der eskalierenden Drangsalierung, Entrechtung, Verfolgung; fast jeder Schritt auf diesem Wege lässt sich an konkreten Fällen nachweisen.

6.2.1. Der Boykott vom 1. April 1933

Die Geschäftsinhaber waren durch den Boykott vom 1.4.1933 gebrandmarkt und als Juden ins öffentliche Bewusstsein gerückt worden. Der an diesem Tag stabsmäßig inszenierte „Boykott jüdischer Geschäfte, jüdischer Waren, Ärzte, Rechtsanwälte usw.“ war durch eine Anordnung Streichers³⁷² vom 29.3. an alle NSDAP-Ortsgruppen und Gliederungen in Gang gesetzt worden. Aktionskomitees waren zu seiner „praktischen, planmäßigen Durchführung“ zu bilden. „Der Boykott setzt schlagartig Samstag, den 1. April, punkt 10 Uhr vormittags ein.“ Dazu hatten im ganzen Reich gleichzeitig Massenversammlungen stattzufinden.³⁷³

Von dem Boykott betroffen waren die Konfektionsgeschäfte Wolf Abraham Jurmanns und Benno Weiners am Markt in Pirna, das Pfandleihgeschäft Schifra Englers in der Albertstraße (Dr. Wilhelm-Külz-Straße), das Schuhgeschäft Leopold Neustadts in der Breiten Straße, das schon Jahrzehnte bestehende Putzwarengeschäft Adolf Kaminskys in der Jacobäerstraße 1, das Textil- und Kurzwarengeschäft Alfred Cohns in der Schuhgasse 9, das EHAP-Kaufhaus in der Breiten Straße. Gegen dieses Kaufhaus, besonders bei den unteren Einkommensgruppen in Pirna sehr beliebt, waren die Stadtverordneten bereits am 28.3.1933 vorgegangen. Sie beschlossen, ihm „die Konzession für den Erfrischungsraum sofort zu entziehen, ferner den Verkauf von Lebensmitteln aller Art sowie von gärtnerischen Erzeugnissen und Tabakwaren zu verbieten“. Das stieß jedoch auf Einspruch der Kreishauptmannschaft Dresden, die im Kaufhaus Kontrollen vornehmen ließ und zu der Feststellung gekommen war: „14 entnommene Proben von Nahrungsmitteln erwiesen sich allesamt als einwandfrei“.³⁷⁴

In Heidenau wurden boykottiert das seit 1914 bestehende Kaufhaus Maximilian Reiners in der Bahnhofstraße und das Geschäft Hermann Weiners in der Bismarckstraße (August-Bebel-Straße), in Sebnitz die Textilgeschäfte von Lubranitzki und Baruch am Markt,³⁷⁵ in Neustadt das Textilgeschäft von Eric Israel in der Böhmisches Straße³⁷⁶ und in Pötzscha (Stadt Wehlen) das Geschäft Wilhelm Fichtmanns. Betroffen gewesen sein dürfte auch die Zahnarztpraxis des Heidenauers Dr. Feder in Dohna. In Heidenau waren selbst die Filialen des Konsumvereins einbezogen worden!³⁷⁷

Wie weit die Kunstblumenfabrik Max Choyke (Sebnitz), die Malzfabrik in Schöna, die der jüdischen Familie Brach gehörte, das Elbsägewerk an der Hirschmühle (Besitzer Emil Kaim und Albert Seligson aus Berlin) betroffen waren, lässt sich heute kaum noch feststellen.

Am Abend dieses Apriltages fand um 20 Uhr im „Weißen Roß“ eine „große Protest-Kundgebung“ statt, in der sich Kreisleiter Sterzing über „Der Jud‘ ist unser Unglück – der kommende Abwehrkampf“ ausließ. Am darauffolgenden Tage vermeldete die örtliche Presse, der Boykott jüdischer Geschäfte hätte auch in Pirna „schlagartig“ eingesetzt. „Ungeheure

371 StAP, B III-XXVI, 183, 1637.

372 Julius Streicher, seit 1928 Gauleiter in Franken, Herausgeber des antisemitischen Hetzblatts „Der Stürmer“, war mit der Leitung der Boykottmaßnahmen durch Goebbels beauftragt. 1946 in Nürnberg als einer der Hauptkriegsverbrecher hingerichtet.

373 Vgl. Eschwege, Helmut (Hrsg.), Kennzeichen „J“. Bilder, Dokumente, Berichte zur Geschichte der Verbrechen des Hitlerfaschismus an den deutschen Juden 1933-1945. Berlin 1973.

374 PA, 19.3.1933, S. 18; Stadtverordnetenprotokolle II/1933, Bl. 116.

375 Vgl.: Bergmann, Herbert, Juden in Sebnitz und ihr Schicksal. Hrsg. Fremdenverkehrsbetriebe Sebnitz-Hinterhermsdorf. Sebnitz 1999.

376 Vgl.: Grünberger, Christine, 10N2, Götzinger-Gymnasium, Jahresarbeit 1997/98 „Juden in Sachsen – Von der Verfolgung bis zur Erniedrigung ohne Grenzen“ von, S. 24-26 und Anhang: S. 1-10

377 PA, 2.4.1933, S.2.

Menschenmassen durchfluteten die Straßen“, blieben vor jüdischen Geschäften stehen, von denen wenige, entgegen ergangener Anweisung, geschlossen hatten.“³⁷⁸

Ilse Fischer schreibt über die Haltung ihrer Mutter an diesem Tage: „Ihre Tapferkeit am 1. April 1933, am Anfang des praktizierten Boykotts der jüdischen Geschäfte, ist mir unvergeßlich. Unerschrocken wischte sie die Schmierereien der SA-Leute ab, trotz angedrohter Schläge.“³⁷⁹

Wer waren wohl die Leute, die in Pirna, Heidenau, Neustadt, Sebnitz, Stadt Wehlen in den Aktionskomitees tätig wurden? Wie viele SA-Leute waren aufgeboten, die Schaufenster mit „Kauft nicht beim Juden!“ oder anderen Unflätigkeiten zu versehen und als Posten vor den Geschäften allen den Eintritt zu verwehren? Wie fühlten sie sich dabei? Fanden sich Mutige, die an diesem Tage dort einkauften? Was mag in den Köpfen der Gaffer, der Vorübergehenden vorgegangen sein? Wurden gar Proteste laut? Einen knappen Monat vorher hatte doch noch eine Mehrheit nicht die NSDAP gewählt, sondern sich gegen sie entschieden. Lässt sich das Ausbleiben offenen Widerspruchs am 1. April allein durch den im März angelaufenen Terror erklären? So viele Fragen...

Wenn es auch ein Aufbegehren gegen diese Art von aufbrechendem abscheulichen Antisemitismus nicht gab, so registrierte die NS-Führung doch mangelnde Befürwortung oder gar Begeisterung in der Bevölkerungsmehrheit. Insofern könnte man den 1. April auch als Testfall für die Tragfähigkeit des rassistischen Antisemitismus in der Bevölkerung verstehen. In den Folgemonaten blieben weitere spektakuläre antijüdische Maßnahmen aus. Man setzte auf allmähliche, propagandistisch begleitete Einschränkung jüdischer wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Aktivität, auf eine Politik der Gewöhnung an die Verfemung des jüdischen Bevölkerungsteils. Das geschah auch durch entsprechende Verordnungen, Erlasse und Gesetze, die die berufliche Tätigkeit jüdischer Beamter, Rechtsanwälte, Ärzte und Hochschullehrer einschränkten und unterbanden. Nach Gesetz vom 2.6.1933 wurden z. B. Juden nicht mehr als Steuerberater zugelassen. Das betraf Ernst Fernbach aus Pirna.

Auch die örtlichen Behörden wurden tätig. Im Juni 1933 gab Bürgermeister Scheufler sämtlichen Lehrern und Angestellten der Stadt kund: „Auf Grund übereinstimmender Beschlüsse von Rat und Stadtverordneten wird hiermit allen Beteiligten zur Kenntnis gebracht, dass die städtischen Kollegien erwarten, dass die Gehalts- und Lohnempfänger der Stadt Pirna sowie deren Angehörige nicht in jüdischen Geschäften und Konsumvereinen kaufen.“³⁸⁰

Am 8.8.1933 beschloss der Rat, die Zulassung jüdischer Händler zu den öffentlichen Märkten „möglichst aus Platzmangel und verkehrs- und sicherheitspolitischen Rücksichten“ zu verhindern.³⁸¹

Das war so eine Form indirekten Boykotts. Esra Jurmann schreibt darüber: „Ich habe einen miterlebt. Der SA-Mann vor unserem Geschäft war, so schien es mir, nicht mit ganzem Herzen dabei. Er murmelte ‚jüdisches Geschäft‘, wenn jemand hereinkommen wollte. Aber am selben Tag war Jahrmarkt. Die jüdischen Stände waren auf Anordnung alle in der Töpfergasse konzentriert. Es waren wohl drei Stände. Über der Straße hing ein großer Plakatstreifen: ‚Deutsche, kauft nicht bei Juden‘, stand drauf. Ich half meiner Mutter, als sie den jüdischen Standinhabern heißen Kaffee brachte. Eine Frau weinte. Später kamen SA oder HJ und demolierten die Stände.“³⁸² Das könnte 1935 oder 1936 gewesen sein. Schikanen gingen also weiter und mündeten zuweilen in die Verwüstung jüdischen Besitzes.

378 Ebenda.

379 Vgl. Bericht von Ilse Fischer, geb. Engler. Kopie im Besitz des Verfassers.

380 StAP, B III-XVI, 28, Bl. 58.

381 Stadtverordnetenprotokolle III/1933, Bl. 43.

382 Briefwechsel mit E. Jurmann.

Zwischen 1933 und 1938 wurden die Fensterscheiben des Reinerschen Kaufhauses in Heidenau mehrfach mit Flußsäure verätzt und mit judenfeindlichen Sprüchen beschmiert. Zuweilen gab es auch immer mal wieder SA-Posten, die zu verhindern suchten, dass dort eingekauft wurde.³⁸³

Am 28. Juni 1933 gab Leopold Neustadt sein Schuhgeschäft in der Breiten Straße auf, aber Erna Hammerstein, die nach ihrer Verhehlung am 15.8.1933 Tannchen hieß und in die Gartenstraße nach Pirna zog, übernahm es. Für Leopold Neustadt war der Boykott das Signal, sich aus Pirna zurückzuziehen. Erna Tannchen hielt bis zum bitteren Ende 1938 durch.³⁸⁴

Adolf Kaminsky verstarb am 5.3.1935, seine Familie gab das Geschäft auf und verließ Pirna.³⁸⁵ Im September 1933 übertrug Alfred Cohn sein Geschäft an Franziska Gertrud Borrmann, die er am 4.10.1933 heiratete. Obwohl das Unternehmen nun formal in „arischen“ Händen lag, nutzte das nicht viel. Gertrud Cohn, geb. Borrmann, musste es im Juni 1935 aufgeben.³⁸⁶

Familie Choyke aus Sebnitz, der seit etwa 1900 als Blumenfabrikant in den Adressbüchern der Stadt genannt wurde, verließ unter Geschäftsaufgabe 1934 die Stadt und verzog nach Dresden.³⁸⁷

Am 2.10.1935 setzte Margaretha H., Ehefrau des Pirnaer Zahnarztes Dr. H., ihrem Leben ein Ende. Sie war großväterlicherseits jüdischer Herkunft. Ihr Ehemann glaubte, „dass der Geschäftsgang seiner Praxis zurückgehen würde...deshalb hat er vorgeschlagen, er werde sich von ihr scheiden lassen und dafür sorgen, dass sie in Palästina ein sorgenfreies Leben führen könne.“ In einem Abschiedsbrief schreibt Frau H., dass sie, was sich an Schrecklichem in den letzten Wochen zugetragen habe, nicht verwinden könne und deshalb beschlossen habe, aus dem Leben zu scheiden. H., wird in einem Bericht an die Gestapo gemeldet, wäre vom NS-Ärztbund wiederholt aufgefordert worden, den Nachweis seiner arischen Abstammung beizubringen, hätte es aber „in die Länge gezogen“ und bislang nicht getan. H. stammte aus Polen, besaß aber die deutsche Staatsbürgerschaft.³⁸⁸

6.2.2. Die Nürnberger Gesetze

Am 15.9.1935, dem Abschlusstag des Reichsparteitages der NSDAP in Nürnberg, fand dort eine Sitzung des Reichstages statt, völlig ungewöhnlich, weil der sonst ausschließlich in Berlin tagte. Ihm legte Hitler das Reichsbürgergesetz,³⁸⁹ das Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre,³⁹⁰ und das Reichsflaggengesetz vor. Die Gesetze wurden noch am gleichen Tage bestätigt. Erste Verordnungen, die die Gesetzestexte präzisierten, erschienen am 14. November 1935.³⁹¹

383 Gesprächsprotokoll vom 17.11.1997 mit Frau Käthe Mickwausch-Reiner.

384 StAP, B III-XXII, 859, 1933/102 und 1938/126.

385 PA, 15.8.1935, S.4: „Die Firma Adolf Kaminsky im arischen Besitz. M. Hartert und Sohn.

386 Jensch, eigene Quellensammlung zu Juden in Pirna.

387 Bergmann, a.a.O.

388 StAP, B III-XXXIX, 496.

389 Münch, S. 119.

390 Münch, S. 120. Vgl. dazu auch: StAP, B III-XX, 67 und 68, Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre – Blutschutzgesetzgebung und damit zusammenhängende Fragen. Enthält eine Sammlung gesetzlicher Bestimmungen, dazu erlassener Verordnungen und Ausführungsrichtlinien.

391 Erste Verordnung zum Reichsbürgergesetz (Münch, S. 121-122); Erste Verordnung zur Ausführung des Gesetzes zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre (Münch, S. 122-125).



Titelblatt des »Blutschutzgesetzes«. Mitkommentator war der im Reichsinnenministerium tätige Jurist Hans Globke, der nach dem Krieg eine neue Karriere zunächst als Ministerialdirektor und später als Staatssekretär Adenauers machte, während er in der DDR 1963 – in Abwesenheit – zu lebenslanger Haft verurteilt wurde

erwähnten Verordnungen vom 14. November 1935. Danach galt als Jude, wer von vier jüdischen Großeltern abstammte, aber auch „Mischlinge“, die zwei jüdische Großeltern aufwiesen. Weil das noch nicht genügte, gab es eine ganze Reihe genauerer Bestimmungen und schließlich noch jenen berühmt-berüchtigten Kommentar von Stuckart und Globke aus dem Reichsinnenministerium.³⁹²

Bereits im Vorfeld des Nürnberger Parteitages von 1935 verfügte die Gestapo, eine zentrale „Judenkartei“ anzulegen und vierteljährlich zu ergänzen. Die weitere Verfolgung der Juden setzte also eine möglichst lückenlose Erfassung voraus.

Den Nürnberger Gesetzen war zur Einstimmung eine Propagandawelle vorausgeschickt worden, die auch in unserem Kreise ihre Spuren hinterließ.

So äußerte sich der NSDAP-Kreisleiter Gerischer in einer Kreistagung der NS-Frauenschaften, „der Kampf gegen das Judentum sei eine politische Notwendigkeit und müsse so geführt werden, daß jüdischer Einfluss und jüdisches Blut organisch aus dem Volkskörper verdrängt werden.“³⁹³

Am 30.8.1935 sandte Gerischer sein Rundschreiben 15/35 an alle Gemeinden im Kreis. Darin heißt es unter 3.: „Es muss leider festgestellt werden, dass noch nicht alle Gemeinden, die im

Das Reichsbürgergesetz unterschied zwischen „Reichsbürgern“ und „Staatsangehörigen“. Paragraph 2 postulierte: „Reichsbürger ist nur der Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes, der durch sein Verhalten beweist, dass er gewillt und geeignet ist, in Treue dem Deutschen Volk und Reich zu dienen.“ Juden konnten also nicht Reichsbürger sein. Sie erhielten einen Status zudiktiert, der dem der Ausländer nahe kam. Das „Blutschutzgesetz“ verbot Eheschließungen und außereheliche Beziehungen zwischen Juden und Deutschen. Juden war es nicht mehr erlaubt, deutsche Hausangestellte unter 45 Jahren zu beschäftigen. Beamter konnte nur ein Reichsbürger sein. Demzufolge folgte die Entlassung aller jüdischen Beamten, die bis zu dieser Zeit als ehemalige Kriegsteilnehmer noch tätig waren. Juden durften weder die schwarz-weiß-rote noch die Hakenkreuzfahne hissen.

Wer aber galt als Jude? Die endgültige Definition lieferten die

³⁹² Vgl. dazu: PA, 15.11.1935, S. 9.

³⁹³ PA, 23.8.1935, S.7.

Besitz eines Frei- oder Hallenbades sind, sich dazu aufschwingen konnten, für ortsansässige und fremde Juden den Aufenthalt oder das Baden in den gemeindlichen Frei- oder Hallenbädern zu verbieten. Wenngleich die Badesaison inzwischen sich ihrem Ende zuneigt, dürfte jedoch erwartet werden, dass von allen davon betroffenen Gemeinden sofort entsprechende Hinweise oder Verbote angebracht und durchgeführt werden.“ Und im Punkt 4. heißt es nach einem Hinweis auf die Rassenpolitik: „...es ist daher selbstverständlich, dass ein Standesbeamter in einer nationalsozialistischen Gemeinde sich grundsätzlich weigert, das Aufgebot von Juden und Nichtjuden anzunehmen oder die standesamtliche Trauung zu vollziehen.“³⁹⁴

Ein Foto vom Aufgang zum Albert-Schwarz-Bad in Heidenau zeigt ein entsprechendes damals angebrachtes Schild: „Juden haben keinen Zutritt“.³⁹⁵

Bereits Anfang Juli erschien ein aufsehenerregender Artikel, in dem die Verhaftung von 15 namentlich aufgeführten weiblichen Personen aus Leipzig und Dresden mitgeteilt wurde – wegen Rassenschande. Die jüdischen Partner wären alle ins KZ Sachsenburg eingeliefert worden.³⁹⁶

Ortsgruppenleiter Walther in Dohna veranstaltete eine Einwohnerversammlung zum Thema „Gegen Judentum und Freimaurerei.“³⁹⁷

Unter Leitung von Ortsgruppenleiter Scheufler veranstaltete die NSDAP-Ortsgruppe Stolpen eine Versammlung unter dem Motto „Die Juden sind unser Unglück“.³⁹⁸

Der Gebietsausschuss für die Sächsische Schweiz, ihr Fremdenverkehrsverband, teilte mit: „In unserer herrlichen Sächsischen Schweiz ist kein Platz für Juden. Ihr Besuch ist uns unerwünscht; ihr Geld macht uns nicht glücklich; ihr Auftreten beleidigt uns. Wir sind davon überzeugt, daß es im Gebiet der Sächsischen Schweiz kein Hotel oder Gasthaus gibt, das als Gastgeber für Juden auftritt. Um so freundlicher und herzlicher begrüßen wir jedoch unsere Gäste aus dem Ausland, die keine Juden sind...Der Gebietsausschuss...wird in Zukunft den Zeitungen im Reich, in deren Verlagen Juden beschäftigt sind, keine Aufträge für Werbeinserate mehr erteilen.“³⁹⁹

Wer wagt es noch nach solcher öffentlichen Verlautbarung, Juden zu beherbergen? Wie war Juden zumute, wenn sie sich dennoch in der Sächsischen Schweiz erholen wollten?

Vor dem Realgymnasium in der Reitbahnstraße (Lessing-Schule) in Pirna wurde der „Sechsstern“ herausgenommen, der dort als Mosaikpflaster zu sehen war!⁴⁰⁰

Der „Pirnaer Anzeiger“ informierte auch über eine Arbeitstagung der kirchlichen Superintendenten am 6. September 1935, wonach „den Hauptgegenstand bildete die Vornahme von kirchlichen Amtshandlungen an Judenstämmlingen unter voller Würdigung des Auftrags der Kirche unter dem neuen Rassebewusstsein im deutschen Volke.“⁴⁰¹

Am 11.9.1935 wurden die Leser vom Erlass des Reichsministers Rust über die „Rassentrennung auf den öffentlichen Schulen“ in Kenntnis gesetzt. Der kündigte eine in allen Schulen durchzuführende Erhebung über die Rassenzugehörigkeit an, als Vorbereitung für die Einrichtung von Judenschulen in allen Orten mit mehr als 20 jüdischen Schülern. Als Begründung konnte man lesen:

394] StAP, B III-XXXII, 34, Bl. 7.

395 Foto im Stadtarchiv Heidenau.

396 PA, 3.7.1935, S.2.

397 PA, 16.6.1935, S.3.

398 PA, 24./25.8.1935, S.3.

399 PA, 26.8.1935, S.2.

400 PA, 29.8.1935, S.2.

401 PA, 9.9.1935, S.2.

„Der rassenfremde, jüdische Schüler bildet in der Klassengemeinschaft der arischen Schüler und Lehrer einen Fremdkörper. Sein Dasein erweist sich als ein außerordentliches Hindernis im deutschbewussten nationalsozialistischen Unterricht und macht die notwendige, in der Rasse begründete Übereinstimmung zwischen Lehrer, Schüler und Lehrstoff unmöglich.“⁴⁰²

Weil die Einrichtung einer besonderen Judenschule wegen der geringen Zahl schulpflichtiger Mädchen und Jungen nicht möglich war, nahmen die jüdischen Schulkinder Pirnas weiter am Unterricht in ihren bisherigen Klassen teil, - aber unter welchen Bedingungen? Eine Betroffene berichtete, daß sie fortan wie eine Aussätzige allein in der letzten Reihe saß. Von Sportfesten an der Höheren Mädchenschule waren die Schülerinnen Fernbach, Freymann und Heß ausgeschlossen.⁴⁰³

Unter der Überschrift „Verstoß gegen das Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom 15. September 1935“ veröffentlichte der „Pirnaer Anzeiger folgende Meldung:

„Vor dem hiesigen Schöffengericht hatte sich der heute 63 Jahre alte Jude Willi Fichtmann aus Pötzscha zu verantworten. Ihm wurde zur Last gelegt, als Jude entgegen den Bestimmungen des oben angezogenen Gesetzes eine arische Hausgehilfin unter 45 Jahren beschäftigt zu haben (es handelt sich um ein 15jähriges Mädchen), ferner soll er am 30. Januar diesen Jahres aus dem Fenster seiner Wohnung die Fahne des Reiches gehisst haben. Der Angeklagte gab an, daß er wohl von jüdischen Eltern abstamme, daß er aber als Junge zum christlichen Glauben übergetreten und getauft sei. Das angezogene Gesetz sei ihm zwar bekannt, aber er habe sich nicht im einzelnen damit befasst; im übrigen betrachte er sich aus oben angeführten Gründen nicht mehr als Jude. Das Gericht wies diese Einwände zurück und verurteilte ihn wegen des einen Falles (Beschäftigung einer arischen Angestellten unter 45 Jahren) zu 7 Monaten Gefängnis, wegen der Hissung der Fahne des Reiches erfolgte Freisprechung, da ihm nicht nachgewiesen werden konnte, daß er die Hissung selbst vorgenommen hat. Wenn der Angeklagte behaupte, die Gesetzesbestimmungen nicht genau gelesen zu haben, so sei dem entgegenzuhalten, daß die Bestimmungen kurz sind und auch bez. Klarheit keine Zweifel aufkommen lassen. Der andere Einwand, er falle nicht unter die Bestimmungen, nichtarisch zu sein, sei rechtsirrig. Ausschlaggebend sei die Abstammung, nicht aber das Glaubensbekenntnis oder andere Gesichtspunkte. Bei der Strafzumessung spreche schwerwiegend der Umstand, daß er das Mädchen weiterbeschäftigt habe, als schon Anzeige erstattet war und es auch bis heute beschäftigt habe; das sei als eine Dreistigkeit zu bezeichnen. Wenn er mit 7 Monaten Gefängnis davonkomme, dann verdanke er das dem Umstand, daß er Kriegsteilnehmer sei und sich bisher einwandfrei geführt habe.“⁴⁰⁴

Im Gefolge der seit 1935 verstärkten antijüdischen Repressionen gaben weitere jüdische Unternehmen auf. So erfolgte 1936 die „Arisierung“ des ältesten Pirnaer Kaufhauses „Albert Langer früher E. Rohr Nachf.“ in der Dohnaischen Straße 2.⁴⁰⁵

6.2.3. Der Novemberpogrom 1938

6.2.3.1. Zu seiner Vorgeschichte

Nachdem im Herbst 1937 eine sachsenweite antijüdische Kampagne unter dem Motto „Ein Volk bricht seine Ketten“ zur weiteren Indoktrination des Judenhasses veranstaltet worden

402 PA, vom 11.9.1935, S.5.

403 Mitteilung Marion Freymanns.

404 PA, 14.5.1936, S.2.

405 PA, 26.5.1936, S.4; 25./26.7.1936, S. 16; 18.9.1936, S. 3 und 4.

war, wurde zwischen dem 4. und 19. März 1938 eine neue Welle von 1350 Versammlungen in Sachsen „unter dem Leitwort Völkerfrieden oder Judendiktatur?“ in Bewegung gesetzt. Im Kreis Pirna fanden dazu insgesamt 60 Großkundgebungen mit Propagandarednern der NSDAP statt. In den Tannensälen sprach der Nazigauleiter Mutschmann persönlich. Er betonte unter anderem, „daß derjenige, der heute noch beim Juden kaufe, sich von der Volksgemeinschaft ausschließt und daß er mit der Veröffentlichung seines Namens rechnen müsse.“⁴⁰⁶

In einer weiteren Phase der Judenverfolgung wurde der Raubzug gegen die jüdischen Vermögen eingeleitet und in Gang gesetzt. Ihre Ausschaltung aus dem gesamten Wirtschaftsleben sollte die Verfemten und Verfolgten unter Auswanderungsdruck setzen und ihre Vermögenswerte für die Göringsche Rüstungswirtschaft verfügbar machen. Dazu dienten die im April 1938 erlassenen Verordnungen über die Anmeldung aller jüdischen Vermögenswerte über 5000 Mark und gegen die „Tarnung“ jüdischer Betriebe.⁴⁰⁷

Im Juni wurde verfügt, alle jüdischen Gewerbebetriebe zu registrieren und zu kennzeichnen. Der Juli brachte das Aufenthaltsverbot für Juden in Kurorten. In Bad Schandau war dem schon vorgegriffen worden.

Seit Herbst 1935 wurden dort keine jüdischen Ausflugs- und Kurgäste mehr aufgenommen, und im April 1938 wartete Bad Schandau mit einer neuen Meldung auf:

„Bad Schandau ist judenfrei! Bürgermeister Baumann hat auf Veranlassung des Kreisleiters eine Polizeiverordnung erlassen, die jedem Juden in Zukunft den Aufenthalt in dem schönen Kurort unmöglich macht. Damit erfüllt sich der langgehegte Wunsch nicht nur der Einwohnerschaft, sondern auch der vielen Kurgäste und Besucher Bad Schandaus, dieses Kleinod des Sächsischen Felsengebirges endlich judenfrei zu sehen. Die für alle Kurorte und Sommerfrischen des Sächsischen Felsengebirges beispielhafte Polizeiverordnung des Bürgermeisters von Bad Schandau hat folgenden Wortlaut:“

„Polizeiverordnung über den Aufenthalt von Juden.

Im Einvernehmen mit der Kurverwaltung und den Kneippkurbetrieben von Bad Schandau G.m.b.H. wird folgendes verfügt:

1. Juden dürfen in Bad Schandau nicht aufgenommen werden, da keine Privathäuser, Gaststätten und Fremdenheime vorhanden sind, in denen sich nur deutschblütige weibliche Personen über 45 Jahre aufhalten.

2. Juden ist verboten: a) der Aufenthalt in Kurhäusern, b) der Aufenthalt in Kuranlagen, c) der Aufenthalt an und auf dem Tennisplatz, d) die Benutzung der Liegewiesen, e) der Aufenthalt im Elbbade, f) die Benutzung der Eisenquelle, g) die Benutzung aller Veranstaltungen der Kurverwaltung.

2. Die Bestimmungen treten sofort in Kraft. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 150 RM oder entsprechender Haft bestraft.“⁴⁰⁸

Völlig unklar ist das Schicksal des Juden Georg Krain, der noch im Mai 1939 als Einwohner Bad Schandaus in der sächsischen Judenliste verzeichnet ist.

Am 17. August folgte die Einführung der Zwangsvornamen „Sara“ und „Israel“ ab 1.1.1939. Sie mussten bei den zuständigen Standesämtern fristgemäß beantragt werden. Auch jene Standesämter waren in Kenntnis zu setzen, bei denen einst die Geburt des Betroffenen registriert worden war.

406 PA, vom 17.2.1937, S.2, vom 26./27.2.1937, S.2 und vom 7.3.1937, S.9.

407 RGBl. I, 1938, S. 404 und 414.

408 PA, 19.4.1938, S.3:

Schließlich wurde Mitte Oktober in einer Besprechung bei Göring die gesamte „Arisierung der Wirtschaft“ im einzelnen beraten und angeschoben, auch die Isolierung der Juden in Ghettos. Das erstere zeitigte sofort konkrete Wirkung.

In einem Schreiben des Kreiswirtschafts-Beauftragten der NSDAP-Kreisleitung Pirna vom 17. Oktober 1938 wurde „Abraham Jurmann, Textilwaren, Pirna“, aufgefordert, bis zum 25. Oktober eingehend mitzuteilen, welche Schritte er „unternommen (habe), um die Überführung (seines) Geschäfts in arische Hände zu vollziehen“. ⁴⁰⁹

In Sebnitz musste Benno Lubranitzki im Sommer 1938 sein Geschäft und das Grundstück Langestraße 1 an die Stadt Sebnitz verkaufen. Am 1.9.1938 übernahmen es die Gebrüder Sajonz. Keine Hinweise gibt es über die Auszahlung der Kaufbeträge. Ihren Sohn Walter hatte die Familie Lubranitzki im September 1938 auf den Weg in die USA gebracht, von wo aus ein mit der Familie bekannter Hersteller und Importeur künstlicher Blumen eine Bürgerschaftserklärung übersandt hatte. Am 5. Juli 1938 musste auch Gustav Baruch sein Hausgrundstück Markt 15 samt Warenlager und Inventar an Frau Anna Stehling verkaufen. Der Kaufpreis soll in voller Höhe ausgezahlt worden sein. Baruchs wurde dabei in ihrem Hause das Wohnrecht eingeräumt. ⁴¹⁰ Die der jüdischen Familie Brach seit 1911 gehörende Malzfabrik in Schöna wurde am 1.11.1938 zwangsweise veräußert. Alfred Brach war bereits 1935 unter sehr fadenscheinigen Begründungen, wegen eines angeblichen Devisenvergehens, reichsverwiesen worden. Danach leitete der in Schöna seit 1922 wohnhafte Siegmund Cohn den Betrieb. Emil Kaim und Albert Seligson aus Berlin, die auch Sägewerke in Berlin und Breslau betrieben, waren ab 1921 Besitzer des „Elbsägewerks Schöna GmbH“ (Hirschmühle). Der Bürgermeister von Schöna lobte 1938 das Kaimsche Unternehmen zum Verkauf oder zur Verpachtung aus. Das Sägewerk scheint schon früher in Konkurs gegangen zu sein. Das Haus von Kaim kaufte 1941 der Bäcker Kunze, ein Nazi, aus Heidenau. Kaims haben, bis sie vom Bürgermeister ortsverwiesen wurden, ihre Ferien in Schöna verbracht. ⁴¹¹ Die Porschendorfer Pappenfabrik samt der dazu gehörigen Villa, die der Familie Scooler gehörte, wurden im Juni „arisiert“. ⁴¹²

Vom 27. zum 28. Oktober 1938 wiesen die Nazis in einer Nacht- und Nebel-Aktion etwa 17 000 Juden polnischer Staatsangehörigkeit über die polnische Grenze aus Deutschland aus. Das Sächsische Innenministerium meldete an den Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Inneren am 1.11.38 den Vollzug:

Es „...sind in der Nacht vom 27. zum 28.10.38 alle in Sachsen ansässigen polnischen Staatsangehörigen in Abschiebehaft genommen. Sie sind im Verlaufe des Donnerstags in 6 Sonderzügen, davon 1 von Dresden, nach Beuthen transportiert worden“.

Aus Dresden wurden 724, aus Sachsen insgesamt 2804 vertrieben, ihre Wohnungen versiegelt, die Schlüssel in polizeilichen Gewahrsam genommen. ⁴¹³

Polen weigerte sich, sie aufzunehmen. Es kam zu erschütternden Szenen im Grenzbereich.

Betroffen davon war Ilse Engler, inzwischen in Dresden mit Arno Fischer, „Ostjude“ aus Polen, verheiratet. ⁴¹⁴

409 Siehe Dokument im Anhang!

410 Bergmann, Herbert, Juden in Sebnitz und ihr Schicksal.

411 Brief von Dieter Füssel, Schöna, vom 9.11.1997 und Gespräch am 2.2.1998. D. Füssel sah die einschlägigen Akten im Gemeindearchiv Reinhardsdorf durch und übermittelte gleichfalls einige Kopien von Dokumenten.

412 Informationen zum Unternehmen in Porschendorf: Gespräch mit Hans Leupold, Dresden am 15.3.1999. Leupold verbrachte, wie andere jüdische Kinder aus Dresden, mehrfach seine Ferien bis 1938 bei Scoolers.

413 Eschwege, Geschichte..., S.367.

414 Erlebnisbericht von Ilse Fischer, Kopie in den Händen des Verfassers.

Fritz Goldstein aus Heidenau, seine Ehefrau Gittel und die Tochter Leonore befanden sich gleichfalls unter den nach Polen abgeschobenen. Fritz Goldsteins gesamter Besitz verfiel der Beschlagnahme.⁴¹⁵

Zu den Abgeschobenen gehörte auch der Heidenauer Wilhelm Weinberger, der als in Polen verschollen verzeichnet ist.⁴¹⁶

Die Nachrichten über die Leiden der Vertriebenen gingen durch die Weltpresse. Diese Ereignisse bildeten für Herszel Grynszpan, dessen Angehörige gleichfalls betroffen waren, das Motiv für sein Attentat vom 7. November auf den deutschen Botschaftsangehörigen vom Rath in Paris.

6.2.3.2. Der Pogrom

In der Nacht vom 9. zum 10. November brach der daraufhin von Goebbels inszenierte „spontane Volkszorn“ überall aus.

In diesen Tagen wurden in Deutschland rund 7000 Geschäfte demoliert und geplündert, die meisten Synagogen verwüstet und verbrannt, etwa 30 000 Juden verhaftet, in KZ verschleppt und den jüdischen Bürgern eine Abgabe in Höhe von einer Milliarde Reichsmark abgepresst.⁴¹⁷ Die Tat eines Einzelnen wurde sofort als Angriff der gesamten Judenheit auf die Deutschen schlechthin deklariert. „Volkszorn“ und „Sühnemaßnahmen“ wären so verständliche und unumgängliche Folgen. Dabei kam der Pogrom, wie die vorausgegangenen Maßnahmen der Naziführung zeigen, nicht aus heiterem Himmel.

In Pirna geschah das durch nachts mobilisierte SA-Horden in den frühen Morgenstunden des 10. November.

Esra Jurmann schreibt:

„Ich ging am 10. November 1938, nachdem ich der Schule verwiesen wurde, in das Geschäft meines Vaters. Am Morgen, als ich in die Schule kam, bekam ich ‚Blicke‘, neugierig, interessiert, anders als sonst. Als Herr Gulemann, der Klassenlehrer, mich nach Hause schickte, wußte ich, daß etwas Außerordentliches geschehen war. Was, wußte ich nicht.

Ich überhörte ein Geflüster, irgendetwas mit ‚der Laden‘. Meine ‚Beurlaubung‘ war einfach, daß Herr Gulemann mir sagte, ich könne nach Hause gehen und mir einen Brief für meinen Vater mitgab.

Als ich die Schloßstraße hinunterging, sah ich, außer einer Menschenmenge bei unserem Geschäft, nichts. Als ich dann über den Markt ging und näher am Laden war, sah ich die zertrümmerten Scheiben. Meine Eltern waren im Geschäft. Die Menschen gafften und sagten nichts. Man erkannte mich und machte mir Platz, damit ich durchkam. Mein Vater war die Ruhe selbst. Er schickte mich zu Taggesell, dem Fleischer nebenan und gab mir Geld, damit ich dort nach Herzenslust Wiener Würstchen verspeisen konnte. Damit war ich aus dem Weg.

415 Lebenslauf Fritz Goldsteins. Kopie im Besitz des Verfassers. Personalien bei „Hatikva“ Dresden, Liste Dresdner Juden. Vgl. auch Diamant, Adolf, Chronik der Juden in Dresden, Agora Darmstadt 1973, S. 383: Mietforderung der Helene Borsutzki an Familie Goldstein, Heidenau und S. 393: Schreiben des Stadtrats Leopold wegen Eigentums des ausgewiesenen Juden Fritz Goldstein, Heidenau.

416 Liste der Dresdner Juden, Hatikva Dresden.

417 RGBl 1938, I, S.1579, „Verordnung über eine Sühneleistung der Juden deutscher Staatsangehörigkeit“. Die Finanzämter hatten in vier Raten, die am 15.12.1938, am 15.2., 15.5. und 15.8.1939 fällig waren, je 5% des Vermögens der betroffenen Juden zu vereinnahmen. Zum 15.11.1939 wurde nochmals eine 5 %-Rate erhoben. Insgesamt 1 126 612 469 RM wurden so den Juden geraubt. Siehe: Felix, Günther, Scheinlegalität und Rechtsbeugung - Finanzverwaltung, Steuergerichtsbarkeit und Judenverfolgung im „Dritten Reich“. In: Steuer und Studium, Heft 5/9195, S.202. Den Hinweis auf diesen Beitrag danke ich Prof. Dr. Rolf Richter.

Am Abend fuhr ich mit Weiners, vom Geschäft gegenüber, nach Dresden. Das Weinersche Geschäft war auch zerstört.⁴¹⁸

Ursula Wellemin, geb. Heß, teilt mit:

„Es wurde uns gesagt, daß... sich ein Pöbel an dem Pirnaer Markt versammelte und daß die Versammelten von Reden gegen uns angespornt wurden. Diese Menge von Leuten bestand hauptsächlich aus einem Kontingent von SA. Diese kamen aus der Stadt Wehlen, wo wir ganz unbekannt waren (d.h. sie wurden aus Wehlen geschickt). Später an dem Tag (nachdem mein Vater abgeholt worden war) stürmte der Pöbel - mehrere Hundert - unser Haus, Postweg 64, nachdem sie Ziegelsteine durch das Fenster geworfen hatten.

Sie machten viel Schaden (Flügel, Bilder), schütteten Tinte auf Bettücher etc.

Wir versteckten uns auf der Treppe, die in den Keller und zu den Büros führte und schlossen die Tür zu der Halle im Haus zu (die man nicht gut von der Halle aus sah). Es wurde nicht versucht, die Büros zu stürmen...

Wir flüchteten durch das Büro und den Garten in eine Taxe, die uns nach Dresden zu unserer Großmutter fuhr.⁴¹⁹

Der „Pirnaer Anzeiger“ meldete dazu am Freitag, dem 11.11.:

„In Pirna machte sich der Zorn gegen die Mordjuden ebenfalls in verschiedenen Aktionen Luft. Unter anderem wurden die Scheiben jüdischer Geschäfte zertrümmert und einige Juden in Schutzhaft genommen. Am Donnerstag fand auf dem Markt eine Kundgebung statt, in der Pg. Hugo Müller scharfe Worte gegen die Juden richtete. Im Anschluss daran zog man vor jüdische Kaufhäuser.“

Neben den Konfektionsgeschäften von Jurmann und Weiner waren noch das „EHAP“ und das Schuhkaufhaus Neustadt in der Breiten Straße betroffen. Die damals schon außerhalb Pirnas wohnhafte Inhaberin dieses Kaufhauses, Frau Tannchen, wandte sich an den Oberbürgermeister Dr. Brunner um Hilfe, aber die Behörden hatten sich aus den Vorgängen herauszuhalten. Polizisten nahmen in den Morgenstunden des 10. zwei tatbeteiligte SA-Leute in Unkenntnis dieser Weisung fest, mussten sie aber bald freilassen.⁴²⁰

„In Neustadt wurden am 10. November 1938 die beiden Schaufensterscheiben des Textilgeschäftes Eric Israel in der Böhmisches Straße 19 zerschlagen. Aus einem vorbeifahrenden Pkw waren Steine geworfen worden. In der dem Haus gegenüber liegenden Einfahrt standen die Nazis mit zwei Tafelwagen. Auf ihnen standen Schilder mit der Beschriftung „Judenschwein“ und „Judensau“. Man wollte Herrn Israel auf den einen Tafelwagen und Frau Israel auf den anderen durch die Stadt fahren. Das Ehepaar Israel war aber von der Familie Wehland, den Besitzern des Grundstückes, auf dem Boden hinter Holz in einen Verschlag versteckt worden. Heinz Wehland, der Sohn des Schneidermeisters Wehland, hatte im Hof einige Zaunlatten abgeschlagen. Damit war der Eindruck entstanden, daß Israels durch den Zaun geflohen wären. Das Ehepaar floh am darauffolgenden Morgen nach Dresden, wo es in einem Judenviertel wohnte. Sie kamen dann aber mehrfach zurück, um Mobiliar und anderes Eigentum zu verkaufen. Wer kaufte es – und zu welchem Preis?

Die später herabgelassenen Rolläden wurden mit antisemitischen Losungen beschmiert, Losungen, die auch bei einer von den Nazis organisierten Zusammenrottung gebrüllt wurden.⁴²¹

418 Briefwechsel mit E.Jurmann.

419 Briefwechsel mit U.Wellemin, geb. Heß.

420 Vortrag von Prof. Dr. Dr. Brunner im Neuen Pirnaer Geschichtsverein - aus den Tagebüchern seines Vaters, 1994.

421 Bergmann, a.a.O.

In der Lokalzeitung ist lediglich ein Bericht über die abendliche Kundgebung in Neustadt wiedergegeben:

„Gerade in unserer Ortsgruppe, als älteste des Kreises Pirna, ist das Rassenproblem stets ein wichtiger Bestandteil der Aufklärung und Schulung der Bevölkerung gewesen. Bei steigender Erregung sammelten sich weit über 200 Partei- und Volksgenossen am gestrigen Abend auf dem Markt und der Böhmisches Straße, um vor dem Geschäft des Juden Erich Israel ihrer berechtigten Empörung Ausdruck zu verleihen. In Sprechchören und spontanen Kundgebungen wurde verlangt, daß der Jude unsere Stadt verlässt. Nur mit Mühe gelang es, die erregte Volksseele zu beschwichtigen. Ortsgruppenleiter Pg. Müller sprach in wuchtigen Worten zu der Menge und zeigte das namenlose Elend und Unglück, das durch die jüdische Rasse über unser Volk gebracht worden ist. Gerade die letzte Zeit hat erneut gezeigt, daß Alljuda es gewesen ist, das versucht hat, einen neuen Weltenbrand zu entfachen mit dem einzigen Ziel, unser deutsches Volk, wie schon einmal durch den Weltkrieg und die Inflation, von neuem auszusaugen und zu versklaven. Als Abschluss versammelte sich die Menge erneut auf dem Obermarkt. Hier wies der Ortsgruppenleiter Pg. Müller nochmals darauf hin, daß nur die Gemeinschaft, der Einsatz und die Einmütigkeit aller in der Bekämpfung der jüdischen Pest zum Ziele führen kann. Er warnte aber auch vor der Durchführung von Einzelaktionen mit dem Hinweis, daß Partei und Regierung als Antwort auf den gerechtfertigten Unwillen des ganzen deutschen Volkes Maßnahmen ergreifen werden, die zu einer entgeltigen Lösung der Judenfrage in Deutschland führen werden.“⁴²²

Weil sie annahmen, daß auch ein Konfektionsgeschäft in der Pirnaer Breiten Straße ein jüdisches Unternehmen sei, zerschlugen SA-Leute dort ebenfalls die Schaufensterscheiben und warfen Teppiche und andere Waren auf die Straße. Beteiligte bedienten sich dabei. Es entstand, wie bei den jüdischen Geschäften, erheblicher Schaden. Es kostete dem Besitzer einige Mühe, den Irrtum auszuräumen.⁴²³

Obwohl die Naziführung für den 10. November das Ende des „spontanen Volkszorns“ verfügte, gab es Ausläufer des Pogroms in Gestalt öffentlicher antisemitischer Handlungen auch noch an nachfolgenden Tagen. So berichtete der „Pirnaer Anzeiger“ vom 15./16.11. von einer öffentlichen Kundgebung in Pirna-Copitz am 14.11. Ortsgruppenleiter Peukert eröffnete sie und begrüßte als Redner den Leiter des sächsischen Volksbildungsministeriums, Pg. Göpfert. Weil, was er ausführte und der "Pirnaer Anzeiger" wiedergab, so charakteristisch für die Pogromstimmung und den überschäumenden Judenhas ist, sollen die wesentlichen Passagen des Redeberichts hier wiedergegeben werden. Göpfert erklärte:

„Wir haben in der Welt nur einen Feind, und das ist der Jude. Mit seiner Hasspropaganda hat uns der Jude unsere Anständigkeit gedankt; man erfand Gräuelmärchen; man versuchte uns wirtschaftlich zu ruinieren, und mit den letzten Schüssen wollte er nicht nur die Person, sondern das deutsche Volk treffen. Darauf habe das deutsche Volk auch entsprechend geantwortet. Es kann nur eine einzige Antwort geben: ‚Raus mit den Juden aus Deutschland!‘ Und wenn man ihn raushaben will, muss man ihm seine Geschäfte zumachen.

Die Verordnung des Generalfeldmarschalls Göring als Beauftragter für den Vierjahresplan habe nun gründlich dafür gesorgt. Man muss aber auch dafür Sorge tragen, daß der Jude niemals wieder zurückkommt; man müsse deshalb unsere Jugend wachhalten. Der Redner wandte sich dann gegen die, die immer noch Mitleid mit den Juden und kein Verständnis für die Maßnahmen der Regierung haben. Es muss Sorge dafür getragen werden, daß ein Deutscher nie wieder mit einem Juden zusammenkommt.“ So weit dieser Auszug.

422 Grünberger, a.a.O., Faksimile, S. 25.

423 Gespräch mit Frau F.

In den Morgenstunden des 10.11. wurde der Fabrikbesitzer Manfred Heß verhaftet, am gleichen Tage Bruno Freymann⁴²⁴, tags darauf auch der Kaufmann Wolf Jurmann, Obere Burgstraße 6, Alfred Cohn, Schuhgasse 9, und der Arbeiter Ernst Noack, der Hohnstein und eine einjährige Gefängnisstrafe hinter sich hatte. Pirnaer Polizisten brachten sie nach Dresden. Am 12. November überführte man sie, bis auf Freymann, nach Buchenwald.

Da die Verhaftungswelle alle 18- bis 60jährigen männlichen Juden betraf, dürfte dieses Schicksal auch Dr. Hans Feder (57), Wilhelm Weinberger (59), Bernhard Berger (39) aus Heidenau, Georg Krain (22) aus Bad Schandau und Alfred Jaffé (58) aus Königstein und Werner Scooler (37) aus Porschendorf, der zu dieser Zeit aber schon in Dresden wohnte, betroffen haben.

Bereits bei der Ankunft der insgesamt fast 10.000 verhafteten Juden in Buchenwald spielten sich grauenhafte Szenen ab. In aller Eile mussten die Inhaftierten ihr eigenes Sonderlager errichten. Ständiger unberechenbarer Terror durch die SS, stundenlanges Stehen und Sitzen auf dem Appellplatz, „Freiübungen“ und vielgestaltige Schikanen, Hunger und Wassermangel prägten die Tage im Sonderlager.

Der Zweck dieser Lagerhaft enthüllt sich durch jene Ankündigung, die schon in den ersten Lagertagen über Lautsprecher erging:

„Alle Judenvögel herhören! Erstens: Ihr bleibt solange hier, bis ihr eure Geschäfte, Fabriken und Häuser verkauft habt und beweisen könnt, daß ihr schleunigst auswandern werdet. Zweitens: Durch eure Schuld ist dem deutschen Volk großer Schaden entstanden. Ihr seid verantwortlich für die Zerstörungen in den deutschen Städten. Deshalb wird angeordnet: Die Versicherungsbeiträge für eure Wohnungen und Geschäfte erhaltet nicht ihr, sondern das deutsche Volk.⁴²⁵ Drittens: Eure Frechheit muss bestraft werden. Deshalb wird den Juden in Deutschland eine Konventionalbuße auferlegt. Sie beträgt eine Milliarde Reichsmark.“⁴²⁶

Geld und Wertsachen mussten abgeliefert werden. Die SS, von der Lagerführung bis zur Bewachungsmannschaft, bereicherte sich maßlos. Auch dafür musste sich der Lagerkommandant Karl Koch später in einem Korruptionsverfahren verantworten.

Schon 10 Tage nach der „Rath-Aktion“ begannen die Entlassungen, vorzugsweise jener, die sich zum „Verkauf“ ihres Eigentums und zur Ausreise aus Deutschland verpflichteten und das auch nachweisen konnten. Wer entlassen wurde, musste über die Vorgänge im Lager zu schweigen geloben und erklären, daß ihm weder Geld noch Wertgegenstände abgenommen worden waren.

Am 1. Januar 1939 betrug die Zahl der Inhaftierten nur noch 1605, Anfang Februar war es geräumt und wurde dann abgerissen.⁴²⁷

Den jüdischen Kaufleuten wurde aufgetragen, die an ihren Geschäften entstandenen Schäden auf eigene Kosten unverzüglich zu beheben. Gipfel der Infamie: Noch am 2. Dezember schrieb der Pirnaer Oberbürgermeister Dr. Brunner an „Wolf Jurmann, zur Zeit Konzentrationslager Buchenwald bei Weimar“:

„...Auf Grund dieser gesetzlichen Vorschriften fordere ich Sie hiermit auf, die an ihrem hiesigen Geschäft Schössergasse 1, Markt 14 entstandenen Schäden nunmehr sofort zu

424 H. J. Freymann, der an diesem Tage in Dresden beruflich unterwegs war, erlebte zufällig, wie sein Vater vor der Haftanstalt in der Dresdner Schießgasse ausgeladen wurde.

425 Die Ansprüche aus den Schäden an Geschäften und Einrichtungen beliefen sich auf 225 Mill. RM, die die Reichskasse vereinnahmte. Vgl. Felix, a.a.O., S.202.

426 Ebenda, S. 47.

427 Ebenda, S. 50.

beseitigen. Sollten Sie dieser Anordnung nicht nachkommen, werde ich mit Zwangsmaßnahmen (!) gegen Sie vorgehen.“⁴²⁸

Am 22.11. ergriff der Kreisleiter Elsner in einer Versammlung der NSDAP-Ortsgruppe Heidenau „das Wort zu einer scharfen Abrechnung mit dem Judentum und seinen heimlichen Freunden sowie denjenigen, die die deutsche Einheit angreifen.“ „Schluss mit der Gutmütigkeit gegen dieses Parasitenvolk, das Deutschland schon einmal ins Unglück gestoßen hat“, forderte er. Mitleidige „sollen sich nicht aufregen über Maßnahmen, die zum Schutze des deutschen Volkes notwendig sind.“ ... „Schon Luther hat gegen ‚Juden und ihre Lügen‘ gestritten“.... „Wenn in Deutschland jemand nur ein Wort für die Juden übrig hat, dann ist er kein Deutscher.“⁴²⁹

Der hier beschworenen „deutschen Einheit“ waren sich die braunen Herrscher anscheinend doch nicht so gewiss. Der Verweis auf Mitleidige deutet immerhin an, daß sich die Pogromtäter der, wenn auch stillschweigenden, Missbilligung eines Teils der Bevölkerung bewusst waren.

Nach Juden forschte man auch in der Anstalt Sonnenstein.

Auf die Anfrage des Pirnaer Oberbürgermeisters benannte die Anstaltsleitung drei jüdische Patienten, davon zwei deutscher und einer englischer Staatsangehörigkeit.⁴³⁰ Die Erkundigung nach den Vermögensverhältnissen ergab, daß für Otto S. und Kurt P., die beiden Deutschen, da sie kein Vermögen hätten, die Kosten vom Landesfürsorgeverband getragen würden.

Für Arno A. und Otto S. wären noch keine Vormünder bestellt, „weil es sich um Juden handle, die niemand vertreten wolle.“ Für Otto S., dessen Anwesenheit in der Anstalt noch bis zum Sommer verbürgt ist, verpflichtet man schließlich Heinrich Israel Jordan aus Dresden. Dem wird sofort bedeutet, er habe für S. die notwendige Namensergänzung „Israel“ zu beantragen. Otto S. wurde „am 27.8.1939 nach Arnsdorf zur Abmeldung gebracht.“⁴³¹ Das weitere Schicksal dieser drei liegt im Dunkeln. Wurden auch sie 1940/41 wieder in ihre einstige Anstalt, Vernichtungsstätte im Euthanasie-Programm, auf ihren letzten Weg gebracht?

Am 10. November wurden die letzten jüdischen Schüler aus den Pirnaer Schulen verwiesen.⁴³²

6.2.4. Vertreibung

Nach solcherart Erleben war der Drang, dieses Land zu fliehen, mehr als verständlich. Binnen weniger Wochen verließen fast alle jüdischen Einwohner Pirna oder wurden hinausgedrängt.

Frau Sophie oder richtiger Schifra Engler geriet seit Frühjahr 1933 immer stärker unter Druck mit ihren Passangelegenheiten. 1907 waren Englers aus der Bukowina als österreichische Staatsbürger nach Deutschland gekommen. Nach dem 1. Weltkrieg gehörte ihr Ursprungsland zu Rumänien. Dessen Staatsbürgerschaft musste erst erworben werden. In Sachsen war selbst in der Weimarer Republik der Erwerb der Staatsbürgerschaft für „Ostjuden“ erschwert. Vorausgesetzt war 30-jährige Ansässigkeit. Die hätte Frau Engler 1937 erreicht, aber nun waren die Nazis darauf aus, alle Juden, erst recht jene ohne deutsche Staatsbürgerschaft, aus Deutschland hinauszudrängen.

Viele Schriftstücke durchliefen die Instanzen, ehe sich das rumänische Konsulat in Leipzig endlich für Englers zuständig erklärte. Jede halbjährlich zu beantragene Passverlängerung

⁴²⁸ Siehe Dokumentenkopie im Anhang!

⁴²⁹ PA, 24.11.1938, S.3

⁴³⁰ B III-XXVI, 183, 598.

⁴³¹ B III-XXVI, 183, 231.

⁴³² Ebenda.

musste aber erkämpft werden und kostete Geld, das Frau Engler allein nicht aufbringen konnte. Wie diese Frau, deren Ehemann 1923 verstorben war, sich und ihre drei Mädchen bei schlechtem Geschäftsgang überhaupt durchbringen konnte, ist schier unverständlich.

Zunehmende Bedrängnis, laufende Passprobleme, die Unmöglichkeit des Rückzugs in Anonymität, die in einer kleinen Stadt wie Pirna kaum gegeben war, in der zunehmend ein Klima des Antisemitismus von ihm Betroffene lähmte, all das nährte den Wunsch, möglichst bald auszureisen.

Zum 31. Mai 1938 stellte Schifra Engler ihre Geschäftstätigkeit ein und ersuchte um Ausreise. Die örtliche Polizei musste dazu Stellung nehmen. Sie erhob keine Einwände, zumal, wie es hieß, „die Engler, weil sie Jüdin ist, als politisch unzuverlässig bezeichnet werden muss...Da sie aber Jüdin ist, keinen Erwerb nachweisen kann und der öffentlichen Fürsorge zur Last fällt, kann die Ausstellung eines Wiedereinreisevermerks von hier aus nicht befürwortet werden.“

Schätze hatten die Englers in über dreißigjährigem Aufenthalt in Deutschland nicht erringen können, nicht einmal bescheidensten Wohlstand.

Nun wollte Frau Engler nicht nur, sie musste Deutschland verlassen - als nicht der deutschen Staatsbürgerschaft teilhaftige „Ostjüdin“. Am 22. September 1938 wurde ihr die Auflage erteilt, bis zum 15. Januar 1939 aus dem Lande zu gehen. Aber am Jahresende 1938 besaß sie immer noch keine Einreiseerlaubnis nach Rumänien.

Da wurde die Abschiebung in die Wege geleitet. Die Pirnaer Behörden handelten bis Mitte Februar in einem mehrteiligen Briefwechsel schließlich den Polizeiposten Lobositz als Abschiebestelle aus. Frau Engler aber verließ hat die Stadt bereits am 10. Februar 1939. Sie ging zu ihrer Tochter Marie nach Dresden, mit deren Familie, gleichfalls von der Ausweisung betroffen, sie in der Nacht vom 15. zum 16. Februar Deutschland in Richtung Polen verließ. Oberbürgermeister Dr. Brunner sprach am 14.2.1939 das Aufenthaltsverbot aus, das die offizielle Reichsverweisung zur Folge hatte.⁴³³

Nach Geschäftsaufgabe Ende 1938, der Liquidation der Warenbestände, Einrichtungen und Finanzen unter der Regie des dazu bestellten Rechtsanwalts J. wurde Wolf Jurmann am 14. Januar 1939 aus der „Schutzhaft“ in Buchenwald entlassen. Aber in Pirna konnten Jurmanns nicht bleiben. Nazipartei und Behörden frönten dem Ehrgeiz, die Stadt möglichst rasch „judenfrei“ zu machen.

So wickelte Wolf Jurmann alles Notwendige überhastet ab. Die persönlichen Namenserklärungen (Zusätze Israel bzw. Sara) gab er für sich, seine Ehefrau und seinen Sohn Manfred am 20.1.1939 ab. Am 28.1. zog die Familie nach Dresden.⁴³⁴

In verzweifelter Suche nach einem aufnehmenden Land gingen Briefe nach Brasilien, Mexiko, Guatemala, in die USA, nach England usw. Im August 1939 reiste Wolf Jurmann schließlich nach England, um dort für die Seinen den Boden zu bereiten. Da kam aber am 1. September 1939 der Kriegsausbruch.

Die Familie saß in Dresden gefangen, ihr Oberhaupt saß in London fest - keine Verbindung zwischen ihnen war während des Krieges möglich.

Wie alle anderen Dresdner Juden erlebten auch Frau Jurmann und ihre Söhne jenes Ereignis, das Victor Klemperer so beschreibt:

„Ich frage mich heute wieder, was ich mich, was ich die verschiedensten anderen schon Hunderte von Malen gefragt habe: welches war der schwerste Tag der Juden in den zwölf

433 B III-XXVI, 183, 1535.

434 „Juden mußten für Wohnungsumzüge eine Abgabe in Höhe von 100 % des Wertes des Umzugsgutes entrichten.“ Felix, a.a.O., S.204.

Höllenjahren? Nie habe ich von mir, nie von anderen eine andere Antwort erhalten als diese: der 19. September 1941.

Von da an war der Judenstern zu tragen, der sechszackige Davidsstern, der Lappen in der gelben Farbe, der heute noch Pest und Quarantäne bedeutet, und die im Mittelalter die Kennfarbe der Juden war, die Farbe des Neides und der ins Blut getretenen Galle, die Farbe des zu meidenden Bösen; der gelbe Lappen mit dem schwarzen Aufdruck ‚Jude‘, das Wort umrahmt von den Linien der ineinandergeschobenen Dreiecke, das Wort aus dicken Buchstaben gebildet, die in ihrer Isoliertheit und in der breiten Überbetontheit ihrer Horizontalen hebräische Schriftzeichen vortäuschen.⁴³⁵ Wo sie sich außerhalb ihrer vier Wände auch immer aufhielten, stets standen sie am Pranger, der straflosen Willkür ausgesetzt.

Weniger erregend, aber auf seine Weise bezeichnend ist das Schicksal der Familie Heß. Die seit 1895 in Pirna bestehende Chemische Fabrik befand sich in den dreißiger Jahren in der Regie des hier 1898 geborenen Gründersohns Manfred Heß, Vater zweier 1925 (Ursula) und 1930 (Luise Annette) geborener Töchter. Über das Unternehmen erfahren wir aus einem Aufsatz :

„Eine bekannte Firma des chemischen Geschäftszweiges ist die chemische Fabrik feiner Schwarz- und der wichtigsten Öllacke von Gustav Heß. Kaum ein Telefon oder ein photographischer Apparat und kein Eisernes Kreuz ist ohne Heß-Lack aus den Herstellungswerkstätten herausgegangen. Heß-Lacke haben von jeher dazu beigetragen, den guten Ruf der deutschen (!) Qualitätsarbeit im Auslande zu verbreiten, da selbst Länder mit hochwertiger Lackindustrie wie England und Japan Heß-Lacke in großen Mengen importieren.“⁴³⁶

Die Fabrik war ein spezialisiertes Kleinunternehmen, wies nie mehr als 40 Arbeitskräfte auf und lag am Postweg 49. Am Postweg 64 befindet sich die Heß-Villa, die bis 1990 als Klubhaus des Kunstseidenwerks genutzt wurde.

Obwohl das Unternehmen wirtschaftlich gut situiert war und auch die Weltwirtschaftskrise relativ unbeschadet überstanden hatte, begann Manfred Heß bereits 1936 Möglichkeiten und Bedingungen einer Aussiedlung aus Deutschland zu prüfen. Sofort witterte die Gestapo hier die „Gefahr der Vermögensverschleppung jüdischen Eigentums ins Ausland“. Heß hatte in einer anonymen Anzeige in der international beachteten „Farbenzeitung“ das Unternehmen zum Tausch angeboten. Alle Regungen in dieser Richtung wurden von nun an scharf überwacht und registriert, so z.B. die Einstellung einer Englisch-Lehrerin, und vom Abschluss einer hohen Lebensversicherung im Ausland war die Rede. Im Sommer 1938 nahmen die Ausreisepläne Gestalt an. Jedoch, so in Ruhe und Ordnung sollte sich der Auszug der Familie Heß aus Deutschland nicht vollziehen lassen.

Anfang Oktober 1938 konfiszierte die Polizei bei Heß 3 Jagdgewehre, 2 Ersatzläufe und verschiedene Patronen. Umgehend erhob er bei der Kreishauptmannschaft Beschwerde. Die wurde als unbegründet und kostenpflichtig abgewiesen. Am 9.11. nahm die Polizei bei Heß die Beschlagnahme einer Mauserpistole und 25 Schuss mit der Begründung vor, „daß er nicht auf dem Boden der nationalen Regierung steht und für diese somit eine Gefahr bildet.“ Nachgereicht wurde durch den Oberbürgermeister die Aufforderung, auch andere Hieb- und Stichwaffen abzuliefern. Heß übergab daraufhin zwei private Seitengewehre (Dolche) und 21 Patronen. Er zeigte gleichzeitig noch den Besitz einiger Jagdgewehre an. Er verwahrte sich gegen die Behauptung, daß er sich „staatsfeindlich betätigt habe und durch mich eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit zu befürchten sei.“

435 Klemperer, Victor, LTI. Notizbuch eines Philologen. Berlin 1949, S. 177.

436 Schneider, W., Die industrielle Bedeutung Pirnas. In: Deutscher Städtebau. Pirna. Rat der Stadt Pirna (Hg.). Berlin-Halensee 1924, S. 52ff.

Er stellt fest: „Sie konfiszieren lediglich, weil ich Jude bin, entschädigungslos meine Eigentumsgegenstände, mit welchen ich im Kriege für Deutschland und nach dem Kriege im Freikorps Epp gekämpft habe.“ In der Tat hatte der Einjährigfreiwillige über den Krieg hinaus noch an der militärischen Niederschlagung der Bayrischen Räterepublik teilgenommen. Das allerdings zählte nun nicht mehr. Am 10.11. wurde Manfred Heß in Haft genommen und kam über Dresden nach Buchenwald. Dort wurde er bereits am 29.11. entlassen. Der Dezember war durch überstürzt wirkende Auflösung von Betrieb und Hausstand geprägt.⁴³⁷

Der Verkauf des Betriebes an die Dresdner Firma Gleitsmann fand keine Genehmigung, aber ein Neuer stand schon vor der Tür, als Interessent und mit ausdrücklicher Förderung durch den „Kreiswirtschaftsberater“ der NSDAP namens Maienhofer: Richard Dreßler aus Stadt Wehlen. Ein Gutachten über das betriebliche und private Gesamtvermögen wurde beigezogen. Wir erhalten daraus Auskünfte über Grundbesitz, Umsätze und Gesamtgewinne über mehrere Jahre hinweg. Der Kaufvertrag kam am 23. Januar 1939 zustande. Dreßler „erwarb“ den Betrieb und das Anwesen für einen Bruchteil des wirklichen Werts.⁴³⁸

Lange erfreute er sich nicht daran. 1946 folgte seine Enteignung als Nazi und Arierisierungsgewinnler.⁴³⁹

Manfred Heß hatte die Kaufsumme nicht erhalten, denn da fiel die „Reichsfluchtsteuer“ an und andere Abgaben, die für solche Fälle ersonnen waren, und was dann noch übrig blieb, musste auf Sperrkonto deponiert werden. Für „gebrauchtes Umzugsgut“, das vorher genau auf seine Gebrauchtheit überprüft wurde, erhielt Manfred Heß ein Übersiedlungsattest.

Bevor er übersiedelte, musste er, hinausgedrängt aus Pirna, einen Zwischenaufenthalt bei seiner Mutter in Dresden einlegen. Noch am 21.7.1939 forderte er die Herausgabe seines privaten Laboratoriums und von Büchern aus seinem Wohnhaus. Das verwehrte man ihm. Das Laboratorium blieb bis 1942 versiegelt als „in amerikanischem Besitz befindlich“, woraus folgt, daß man annahm, Heß wäre in die USA gegangen. Die Familie Heß emigrierte aber nach England.

Arisiert wurden auch sämtliche jüdischen Landwirtschaftsbetriebe. Im Kreis Pirna gab es deren zwei mit zusammen 90,694 ha. Eines davon, in Prossen, gehörte Fritz Heller. Die „Sächsische Bauernsiedlungs GmbH“ in Dresden übernahm es und zahlte dafür 29.617 RM.⁴⁴⁰

Ernst Noack emigrierte und erreichte mit seiner Ehefrau Palästina.⁴⁴¹

Die „Arisierung“ jüdischer Unternehmen war im Kreis Pirna in der Regel mit der Vertreibung der jüdischen Familien aus ihren Wohnorten verbunden. Eine größere Zahl ließ sich in Dresden nieder. Doch dort durften sie nicht ihre Wohnung frei wählen. Wie bereits angedeutet, mussten sie sich in sogenannten Judenhäusern niederlassen, unter Bedingungen einer quasi Ghettoisierung, wo sie leichter zu kontrollieren waren.

Bruno Freymann verließ am 29.4.1939 Pirna mit seiner Ehefrau und seinen Kindern Marion und Heinz Joachim. Sie mussten dem fortgesetztem Druck weichen und erhielten durch die jüdische Gemeinde in Dresden in der Kurfürstenstraße 6 bei der Familie Goldschmidt eine bescheidene Wohnung.

Heinz Joachim Freymann berichtet:

437 B III-XXVI, 183, 1098 und B III-XXII, 698.

438 Unbezeichnete Akte „Grundstücke Heß“.

439 B IV, 1387, Bl. 64.

440 Diamant, S. 425. Vgl. auch SZ-Beitrag vom 29.4.97.

441 Briefwechsel mit E.Jurmann.

„Da meine Mutter Christin, oder wie es damals so schön hieß, Arierin war, lebten meine Eltern in einer sogenannten privilegierten Ehe, was uns aber nicht vor weiteren Wohnungsdurchsuchungen seitens der Gestapo bewahrte.

Mein Vater durfte sich nicht außerhalb der Stadtgrenzen Dresdens aufhalten und durfte von 19 Uhr abends bis 7 Uhr morgens die Wohnung nicht verlassen, was in unregelmäßigen Abständen von der Polizei kontrolliert wurde. Außerdem bekam er während der Lebensmittelbewirtschaftung im Kriege weder Fleisch- noch Tabakmarken und war von allen Sonderzuteilungen ausgeschlossen. Als die großen Deportationen nach Osten begannen, gab es für uns erneut erhebliche Probleme, als man versuchte, meinem Vater die deutsche Staatsbürgerschaft abzuerkennen, um ihn ebenfalls abschieben zu können. In einem langwierigen Verfahren konnte das aber verhindert werden. So hat mein Vater zwar den Nationalsozialismus überstanden, starb aber Anfang 1946 als seelisch und körperlich gebrochener Mann, der sich nicht mehr erholen konnte.⁴⁴²

Wie Victor Klemperer war Bruno Freymann 1943 zur Arbeit in der Firma Willy Schlüter in der Wormser Straße 30c in Dresden zwangsverpflichtet. Tee wurde dort abgewogen und in Tüten verpackt. In Klemperers Tagebüchern begegnet uns Freymann an zwei Stellen:

Radiohören war den Juden dort wie überall verboten, aber eines Tages kam eine Arbeiterin, die das Radio anstellte. Es „spielte etwas Klassisches, mir Unbekanntes. Der Mann mit der viertel Sehkraft und der halben Lunge und der viertel Hörstärke und der flüsternden Stimme, die Ruine Freymann neben mir, flüsterte: ‚Beethoven ist doch das Schönste.‘ Ich stimmte ihm bei.“

Klemperer notierte Angaben zu jenen, mit denen er arbeitete:

„Freymann, die zartfühlende Ruine mit den wissenschaftlichen Interessen, vordem Filialleiter von Messow und Waldschmidt...jammervoll sterbender Fünfziger, als dauernd d. u. (dienstunfähig) ausgeschieden.“⁴⁴³

Bruno Freymann dürfte das gleiche erlebt haben wie Victor Klemperer, von dem wir erfahren, daß am 16. Februar 1945 als letzter Schritt der Judenverfolgung in Dresden die „Mischehen“ getrennt werden sollten. Die letzten etwa 70 überlebenden Dresdner „Sternträger“ erhielten Order zum Transport in den sicheren Tod. Der Untergang Dresdens am 13. Februar bedeutete also für Klemperer, Freymann und die anderen die Rettung. Das „Judenhaus“ in der Zeughausstraße stand nach wenigen Minuten in Flammen. Da riss Klemperer den Stern herunter und entkam den Häschern.⁴⁴⁴ Auch Max und Else Choyke wurden aus Sebnitz hinausgedrängt und nahmen in Dresden Wohnung.

6.2.5. Ausreise

Fast vier Jahre nach ihrem Wegzug aus Pirna musste sich Frau Rosalie Kaminsky doch noch einmal an die hiesigen Behörden wenden. Sie wollte Deutschland verlassen und zu ihrem Sohn nach Argentinien auswandern. Dazu benötigte sie eine Geburtsschein-Abschrift für ihren in Pirna 1898 geborenen Sohn Walter. Die beantragte sie nun. Ihre Ausstellung lehnte das Pirnaer Standesamt ab, und zwar mit der Begründung, Walter Kaminsky habe „sich nach Auskunft der politischen Polizei im Ausland deutschfeindlich betätigt.“

Daran schloss sich ein Schriftwechsel, der von der Argumentation her aufschlussreich ist, der aber auch belegt, unter welchen finanziellen Bedingungen Ausreisen von Juden aus Deutschland erfolgten.

442 Briefwechsel mit H.J.Freymann.

443 Klemperer, Victor, Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher 1933-1945. Berlin 1995, Bd.2, S.377/378 und 383.

444 Klemperer, LTI, S.257. Bruno Freymann war damals schon 60 Jahre alt.

Der von Frau Kaminsky beauftragte Rechtsanwalt wollte die Ausstellung eines Geburtsscheins unbedingt erwirken und ließ die Pirnaer wissen, daß sich Walter Kaminsky bereits seit 14 Jahren in Argentinien befand und seine Mutter nachholen wollte. Eine deutschfeindliche Betätigung wurde entschieden bestritten.

Der Rechtsanwalt verwies auf das Finanzamt, das Frau Kaminsky bereits zu 37 000 RM Reichsfluchtsteuer veranlagt habe, und er schreibt weiter:

„Da zudem den auswandernden Juden von dem verbleibenden Vermögen durch die Deutsche Golddiskontobank nur ein Betrag von 6 % in Devisen ausgezahlt wird, würden die übrigen 94 % bei Verhinderung einer Ausreise der Frau Kaminsky der deutschen Volksgemeinschaft weiter verlorengehen.“

Auch diese Begründung bewegte die Pirnaer Stadtverwaltung nicht, ihre Entscheidung zu überdenken.

Die angeforderte Urkunde wurde schließlich auch nicht mehr benötigt, weil die argentinische Botschaft andere Dokumente als hinreichend anerkannte.⁴⁴⁵

Aus dem Vorgang wird aber deutlich, welche hohe Auswanderungssteuer, Reichsfluchtsteuer genannt,⁴⁴⁶ zu entrichten war und in welchem Ausmaß jüdisches Vermögen bei einer Auswanderung geraubt wurde. Immerhin wird aus diesem Fall aber auch erhellt, daß die damals bereits 65-jährige Rosalie Kaminsky Deutschland noch vor Kriegsbeginn verlassen konnte.

Herr Israel beschreibt in einem Brief vom 14.11.1946 an Familie Wehland die Situation und die Zustände in der Dresdner Wohnung in einem sogenannten Judenhaus, wohin sie aus Neustadt übersiedeln mussten:

„ wir konnten es nicht mehr aushalten. Fast jede Nacht klingelte es, und wir wurden von der SS aus den Betten geholt, mit Judenschwein (Männer) und Judensau (Frau). Einmal wurde ich im Juli 1939 von der Elektrischen geschleift, nach der Gestapo gebracht geradeüber vom Hauptbahnhof...“

Viele Juden versuchten „... sich immer noch mit Geld und Schmucksachen von den SS und SA-Horden loszukaufen; denn alle waren korrupt und nahmen Geld. Ich habe damals nur Ohrfeigen bekommen.“

Dem noch nicht genug, Israel beschreibt weiter in seinem Brief, wie Juden in Aachen behandelt wurden, der letzten Station in Deutschland bei ihrer Ausreise.

„Doch was unsere Augen dann in Aachen am 25. August 1939 sahen; wo wir über die Grenze nach Belgien gingen, weil unser Schiff nach Amerika von Antwerpen ging, gesehen haben, war grausam. Die Juden wurden niedergeknüppelt, mit Füßen gestoßen, wir hatten Glück, einen SS-Mann (und es waren dem Ansehen nach immer Leute aus besseren Klassen) dem ich sofort mein letztes Geld 501,90 M angeboten hatte, um nicht erst geschlagen zu werden; steckte es sofort in seine Jacke und sagte er, hier du Judenschwein, hast du 1,90 zurück und kannst du unter meiner Aufsicht auf dem Bahnsteig etwas zu essen kaufen; denn deine Judensau (meine Frau) zittert schon vor Hunger. Leute; die um Wasser baten, mussten niederknien, Mund aufmachen und die Horde urinierte in den Mund der Durstigen.“⁴⁴⁷

445 StAP, B IV, 1028, Bl. 32-35.

446 Zur Reichsfluchtsteuer: RGBl. I, 1931, S.731 - Kap. III: „Reichsfluchtsteuer und sonstige Maßnahmen gegen die Kapitalflucht.“ Danach wurde mit dieser Steuer belegt, wer als Ausreisender ein steuerpflichtiges Vermögen über 200 000 RM oder ein zu versteuerndes Jahreseinkommen von über 20 000 RM aufwies. Die Höhe der Reichsfluchtsteuer: ein Viertel des steuerpflichtigen Vermögens oder Einkommens. Nach RGBl. I, 1934, S.392/393, Gesetz über die Änderung der Vorschriften über die Reichsfluchtsteuer, vom 18.5.1934, wird die Vermögensgrenze auf 50 000 RM herabgesetzt.

447 Ebenda, S. 26.

Der Heidenauer Kaufmann Hermann Weiner verließ nach dem Pogrom und der Arisierung seines Geschäfts die Stadt und ist mit seiner Familie, der Ehefrau, der Tochter Edith und seiner Mutter nach Rumänien gegangen. Dort sind alle umgekommen.⁴⁴⁸

Erhalten geblieben ist eine Akte, in der all jene Schreiben aufbewahrt sind, in denen in Pirna Geborene die Annahme der Zwangsvornamen Sara bzw. Israel anzeigten oder beantragten. Das mussten ja alle Jüdinnen und Juden, die am 1.1.1939 noch in Deutschland lebten.

Wenn wir davon ausgehen könnten, daß diese Unterlagen vollständig sind, dann hätten von den genau 30 in Pirna Geborenen, aber nicht mehr hier Ansässigen, zu Jahresbeginn 1939 nur noch 8 in Deutschland gewohnt, und zwar Alice Eichersheimer, geb. Linz (1899) in Karlsruhe, Manfred Heß (1898) in Pirna, Eduard Joachim Neumann (1900) in Dresden, Käte Meyer, geb. Kaminsky (1900) in Berlin, Albert Prinz (1883) in Mannheim, Dr. Hugo Rosam (1890) in Stuttgart, Gertrud Samson, geb. Linz (1902) in Frankfurt/Main und Rosa Schäfer, geb. Ikenberg (1889) in Dresden (in Klammern die Geburtsjahre).

Albert Prinz bat um ein Geburtsscheinduplikat „für Auswanderungszwecke“, dürfte also auch bis Kriegsausbruch ausgewandert sein.⁴⁴⁹

Am 22. Juni 1939 berichtete der Pirnaer Anzeiger⁴⁵⁰ von einem „Rassenschänderprozeß“ in Dresden. Angeklagt war der am 25.9.1900 in Pirna geborene Joachim Eduard Israel Neumann wegen fortgesetzten Verbrechens der Rassenschade. Neumann lebte nach seiner Scheidung mit einer „arischen“ Lebensgefährtin in nichtehelicher Gemeinschaft und setzte diese auch nach dem 1935 verkündeten Blutschutzgesetz in aller Heimlichkeit fort, wobei beide nicht mehr unmittelbar zusammenlebten. Bereits 1937 war gegen ihn ein Strafverfahren eingeleitet worden, das aber eingestellt werden musste, „da sowohl der Jude, als auch die artvergessene Frau leugneten und keine greifbaren Beweise vorhanden waren.“ Als er sich im August 1938 seiner Gefährtin erneut näherte, wurde er „nach Hinweisen scharf überwacht und am 1. März 1939 durch die Geheime Staatspolizei in der Wohnung der Geliebten überrascht und festgenommen.“ Die Strafe: Drei Jahre Zuchthaus und drei Jahre Ehrenrechtsverlust! Das dürfte für Joachim Neumann das Todesurteil gewesen sein. Selbst wenn er 1942 die drei Jahre hinter sich gebracht hätte, auf eine Entlassung konnte er nicht rechnen. Wenn er nicht schon vorher in ein Konzentrations- oder Vernichtungslager überstellt war, dann geschah das mit Sicherheit am Tage der Entlassung aus dem Zuchthaus.

Nach der Volkszählung vom Mai 1939 lebten zu dieser Zeit noch in Pirna der vordem in der Landesanstalt Sonnenstein registrierte Otto Steinberg und im Kreisheim des Landkreises Pirna (heute Landratsamt) die 1877 geborene Rosa Dietrich.⁴⁵¹

Otto Steinbergs Verlegung in die Landesanstalt Großschweidnitz ist für den 15. Dezember 1939 belegt. Dort verstarb er am 1.11.1940.⁴⁵²

Über Rosa Dietrich fanden sich keinerlei weiteren Unterlagen, die über ihre Herkunft und ihr weiteres Schicksal Auskunft geben könnten.

6.2.6. Verschleppung, Vernichtung

In Sicherheit waren Frau Engler, ihre Töchter und deren Familien nach ihrer Ausweisung aus Deutschland keinesfalls. Nach Kriegsbeginn kamen sie in Südostpolen unter sowjetische Herrschaft, aber schon im Juli 1941, nach dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion, ereilte sie die nun zur Ausrottungspolitik eskalierende Judenverfolgung der

448 Nach Aussage Esra Jurmanns.

449 B IV, 1028.

450 PA, vom 22.6.1939, S.6.

451 Liste der Juden in der Amtshauptmannschaft Pirna, nach der Volkszählung vom Mai 1939. Mitteilung von Dr.Hartstock, Dresden, an den Verfasser.

452 Patientenakten Arnsdorf, Akten-Nr. 129.

Nazis. Schifra Engler, ihre Tochter Anna, deren Ehemann Hersch Rinner und ihr Sohn Joachim fielen Erschießungskommandos der SS zum Opfer. Marie, deren Ehemann und weitere Anverwandte kamen im Warschauer Ghetto um.⁴⁵³

Ilse Fischer, geb. Engler und ihrem Manne gelang es unterzutauchen und sich Ausweispapiere für „Volksdeutsche“ zu verschaffen. Ilse brachte in diesen erregenden, mörderischen Tagen am 20. August 1941 ihre Tochter Renate zur Welt. Sie hatte dabei unverhofftes Glück: Ein humaner deutscher Offizier, der ihre Identität zumindest ahnte, brachte sie ins Krankenhaus und half ihr und ihrem Mann auch weiter. Erfreuen konnte sich Ilse Fischer an ihrer kleinen Tochter nicht lange. Die ständige Gefahr, als Jüdin identifiziert zu werden und in die Tötungsmaschinerie zu geraten, drängte nach Rettung des Kindes. Es wurde einer Polin anvertraut; aus der kleinen Renate wurde Renia Taronska. Sie kam in die Obhut des katholischen Felicianerordens, in dessen Kloster sie den Krieg überlebte.⁴⁵⁴

Vier Monate nach diesem Tag, am 20. Januar 1942, begann, wie für viele andere Dresdner Juden, der schreckliche Leidensweg einem nächsten Höhepunkt zuzustreben. In eisiger Kälte wurden sie im Evakuierungstransport in die Ghettos und Konzentrationslager des Ostens verfrachtet.⁴⁵⁵ Frau Jurmann und ihre beiden Söhne gelangten ins Ghetto von Riga. Die SS hatte für sie Platz geschaffen, indem sie dort vordem untergebrachte lettische Juden erschlug oder erschoss. Deren Blut färbte immer noch bei Ankunft der Dresdner die Straßen, die Fußböden und umherliegenden Kleidungsstücke in den Wohnungen. Sehr detailliert beschreibt Esra Jurmann Lebensweise und Lebensorganisation im Ghetto, die Arbeitsverhältnisse, die Ernährung, die Beziehungen der Bewohner untereinander, geprägt von solidarischen Verhalten aber auch von Korruption in der sich herausbildenden Hierarchie - alles in verzweifelter Überlebenskampf unter täglicher Todesfurcht.

Die Hölle von Ghetto und KZ überlebte Esra Jurmann. Seine Mutter kam in ihr um. Darüber berichtet Esra Jurmann:

„Meine Mutter wurde auf einer ...Aktion (aus dem Lager Stradsenhof bei Riga) weggeführt und - wie das unter den Nazis üblich war - die Kleider der Ermordeten wurden dann zurückgebracht zum Aussortieren. Das mussten unsere Gefangenen machen, damit wir uns auch keinen Illusionen hingeben konnten, was mit den Leuten eventuell geschehen war. Einen ziemlich ausgefallenen Schal, den meine Mutter getragen hatte, erkannte ich wieder. Ein Mädchen trug ihn um ihren Kopf. Da wußte ich, was ich davon zu halten hatte.“⁴⁵⁶

Seinen Bruder verlor er im Außenlager Burggraben des KZ Stutthof. Von dort gingen bei Annäherung der Front Evakuierungstransporte ab. Bei einem war sein Bruder dabei.

„Ich wurde beordert zurückzubleiben,“ berichtet Esra, „es wurde gesagt, wir würden am Abend diesem Transport folgen. Das ist nie geschehen...Das ist wahrscheinlich der Grund, warum ich heute noch hier bin. Von dem Transport, der damals wegging, es waren über tausend Leute, gibt es, soweit ich heute weiß, sechs Überlebende. Mein Bruder war nicht dabei.“⁴⁵⁷

Esra gelangte nach seiner Befreiung durch die Truppen der Roten Armee quer durch Europa zu seinem Vater. Er lebt heute in London. 27 seiner Verwandten sind dem faschistischen Völkermord an den Juden zum Opfer gefallen.⁴⁵⁸

453 Jensch, Juden in Pirna, Erlebnisbericht Ilse Fischer!

454 Ebenda.

455 Die Finanzämter hatten Möbel, Hausrat und alle Barbestände einzuziehen und zu verwerten. „25% des eingezogenen Barvermögens floß als ‚Spende‘ an die Gestapo zur Deckung der Fahrtkosten“ ...und als Beitrag für die ‚Betriebskosten zur Vernichtung‘. Felix, a.a.O., S. 203.

456 Tonbandbericht, im Besitz des Verfassers.

457 Ebenda.

458 Jensch, Juden in Pirna, Erlebnisbericht Esra Jurmann und Briefwechsel mit E.J.!

„Am 4. September 1942 wurden der 72jährige Gustav Baruch und seine 73jährige Ehefrau Martha in ein Sammellager nach Dresden gebracht. Vor dem Abtransport nach dem Konzentrationslager Theresienstadt, wo beide Eheleute umkamen, schrieb Martha Baruch an die Sebnitzer Jüdin Frieda Hänsel, die mit dem aus angesehenen Sebnitzer Familie stammenden Kaufmann Rudolf Hänsel verheiratet war. In diesem Brief vom 7. September 1942 heißt es u.a.:

„Nachdem wir das letzte Mal Mittag aßen, d.h. essen wollten, blieb ich ruhig sitzen, mit dem festen Vorsatz mich nicht mehr umzusehen. Meinem Mann dagegen wurde es schwerer und er wanderte in der Wohnung herum, ordnete..., so daß ich froh war, als die Uhr weiterrückte und die Tür hinter uns ins Schloss schnappte. Ich wollte lieber im Hausflur die halbe Stunde oder etwas mehr warten- und so war es auch gut. Herrn St. (Stehling) ließ ich zum Dieu herausbitten. Hart und stolz wollte ich die Schwelle überschreiten, die für uns unmöglich geworden war. Die beiden neugierigen Damen des Geschäfts kamen also nicht auf ihre Rechnung und andere Neugierige auch nicht. Im Auto Platz genommen, sah ich einige Herren durch die Haustür gehen. Wir sind dankbar dafür, daß wir vorher abfahren konnten. Nicht überall war das so. Am Bahnhof mussten wir noch etwa $\frac{3}{4}$ Stunde warten, welche Zeit ich im Auto verbrachte, einen Genuss, welchen ich schon jahrelang nicht kannte, Ich fürchtete bis zuletzt noch in Begleitung zu fahren, aber man hatte doch Vertrauen zu uns, daß wir die Fahrt nicht unterbrechen würden. Der Chauffeur suchte einen nicht überfüllten Wagen, gab mit Fr. H. (Hänsel, H. B.) die Sachen herein und wir waren das letzte Mal „zu Haus. Im Nebenukepee sahen wir bekannte Kindergesichter (Lutz und Günter Hänsel, H.B.), deren Anblick uns ablenkte und das Scheiden erleichterte. Wie gut, daß zufällig Bekannte in Schandau beim Umsteigen behilflich sein konnten, denn dort sah mein Mann es ein, daß es ihm unmöglich gewesen wäre, auch nur das kleinste Gepäckstück zu tragen.

Wir wurden von einem Herrn am Bahnsteig empfangen, welcher sich sofort des Gepäcks annahm. Er hatte dazu die Genehmigung bekommen (Ariern war es verboten, jüdischen Menschen irgendwelche Hilfe zu leisten H.B.). Unten am Ausgang stand schon der Fahrstuhl für mich bereit, auch Jungens mit dem Wagen fürs Gepäck. .. Jetzt bemängelt man bei uns das wenige Gepäck. Alle anderen ‚Collegen‘ haben ihr Gepäck Express aufgegeben und in ganz anderem Umfang....Aber das ist nun vorbei . . .da werden sich nun andere mit dem Dortgelassenen freuen. Vorbei ist vorbei, ein Rückwärtsschauen und Denken gibt es nicht.

Viel liegt mir noch auf dem Herzen, aber es ist wohl besser ich höre auf... Unser Transport geht mit etwa 50 Personen...Dir und Amanda nochmals Dank und viele Grüße, wenn ich Euch nicht gehabt hätte, wäre ich zusammengeklappt. Jetzt bin ich wieder bei meinen Ahnungen angelangt...Für Dich eine große Beruhigung, Sorge Dich nicht, Du hast nichts zu fürchten, soviel höre ich von allen in gleicher Lage (Frieda Hänsel wurde jedoch im November 1942 wegen Übertretung der Ausgangszeit angezeigt und daraufhin zum Rathaus Sebnitz bestellt. Sie kam von da ins Gestapo-Gefängnis Dresden und von dort nach Auschwitz, wo sie am 26.02.1943 ums Leben kam. H.B.) Wenn es reif sein wird und Deine liebe Mutter kommt zu uns,...dann sei versichert, daß wir uns bemühen werden und Ihr in Deinem Sinne alle Liebe vergelten, die Du und uns bewiesen.. Befiehl dem Herrn Deine Wege und hoffe auf ihn, er wird es wohl machen, soll unser Leitstern sein... ‚Herzlichst grüßend Deine M Baruch‘⁴⁵⁹

Im Jahre 1942 erfolgte die fast vollständige Vertreibung der Juden aus Dresden. Viele verfrachtete man in die Ghettos im Osten, wie wir bereits aus der Schilderung des Schicksals von Frau Jurmann und ihrer beiden Söhne erfuhren. Dem Transport nach Riga gehörten am 20./21.1. auch Benno Lubranitzki und seine Frau Gertrud geb. Posner aus Sebnitz an.⁴⁶⁰ Esra Jurmann berichtete, er habe Benno Lubranitzki noch im Ghetto Riga als Hauswart erlebt. Mit

459 Bergmann, Juden in Sebnitz, S. 5.

460 Übersicht über Dresdner Juden bei Hatikva, Dresden. Liste Theresienstadt.

Sicherheit sind beide dort nach einer der „Aussonderungen“ die zuerst ältere Menschen betrafen, die nicht mehr arbeitsfähig waren, getötet worden. Als ebenfalls in Sebnitz wohnhaft gewesene Juden sind Hugo Lubranitzki, Olga Lubranitzki, geb. Marwitz und Meta Lubranitzki genannt. Während Meta Lubranitzki am 21.1.1942 nach Riga verfrachtet wurde, gelangten Hugo und Olga Lubranitzki am gleichen Tage zum Abtransport ins Ghetto Warschau. Bei den Dreien dürfte es sich, wenn man Geburtsorte und Alter bedenkt, um Benno Lubranitzkis älteren Bruder Hugo und dessen Ehefrau Olga und seine Schwester Meta gehandelt haben. Sie alle sind verschollen.⁴⁶¹

Nach Riga verschleppt wurden auch Werner und Liesel Scooler und ihr noch nicht einmal fünfjähriger Sohn Dan aus Porschendorf. Sie sind dort verschollen, also mit Sicherheit auch umgebracht worden.⁴⁶²

Die meisten der älteren jüdischen Familien aber kamen ins Ghetto nach Theresienstadt. Gustav und Martha Baruch gelangten am 7.9.1942 dorthin. Gustav Baruch verstarb in Theresienstadt am bereits 11.10., seine Frau am 18.4.1943.

Mit dem Transport am 1.7.1942 waren bereits Max und Else Choyke aus Sebnitz in dieses Ghetto gelangt, am gleichen Tage auch die Pirnaerin Amalie Cohn. Als Todesdaten sind verzeichnet für Else Choyke der 3.12.1942, Für Max Choyke der 11.1.1943 und für Amalie Cohn der 4.3.1943. Es war ein Todeslager für ältere Menschen, dieses Ghetto Theresienstadt.

Es war auch 7.9.1942 die letzte Lebensstation für die aus Königstein stammende und zuletzt in Dresden wohnhafte 69jährige Gesangslehrerin Josefine Musselek. Sie verstarb in Theresienstadt am 11.10.1942.⁴⁶³

Auch die jüdische Ehefrau des Neustädter Blumenfabrikanten Elstner (Böhmische Straße) wurde 1942 nach Theresienstadt gebracht. Herr Elstner erhielt 1944 eine „kleine grüne Karte“ mit der Mitteilung, seine Frau sei an Lungenentzündung gestorben.⁴⁶⁴

In Schöna gab es eine Gastwirtschaft, die den Brüdern Schlegel gehörte. Einer war mit einer Jüdin verheiratet. Diese, Anna Schlegel, wurde gleichfalls nach Theresienstadt verbracht und ist dort umgekommen.⁴⁶⁵

Alexander Reiner verließ nach Geschäftsaufgabe Ende 1938 Heidenau und verzog nach Berlin. Dort leistete er in verschiedenen Betrieben als „Dienstverpflichteter“ Arbeit, blieb aber als mit einer „arischen“ Frau verheiratet relativ geschützt in einer sogenannten privilegierten Ehe. Das änderte sich, als seine Frau die Belastungen nicht mehr zu tragen können glaubte und sich von ihm scheiden ließ. So verschleppte man auch ihn nach Theresienstadt. Maximilian Reiner überlebte dieses Ghetto als einziger aus unserem Kreise, kehrte 1945 nach Berlin zurück und gelangte kurz darauf wieder nach Heidenau. Im Juni 1947 wanderte er über Hamburg nach New York aus, wo er 1949 verstarb. Die Scheidung im Jahre 1943 hatte auch für seine Tochter Konsequenzen. Sie hatte nach dem Besuch der Höheren Mädchenschule in Pirna in Dresden studiert, dort ihren künftigen Mann kennengelernt, den sie 1933 heiratete. Mit ihm, dem Gebrauchsgraphiker Mickwusch, lebte sie als Jüdin nicht registriert und unerkannt. Nach der Scheidung der Eltern aber wurde ihre jüdische Herkunft offenbar. Seitdem war ihr regelmäßige polizeiliche Meldung auferlegt. Beide Eheleute wurden aus der Reichskulturkammer ausgeschlossen, was einem faktischen Berufsverbot gleichkam. Für Käthe Mickwusch-Reiner folgte die Zwangsarbeitsverpflichtung in Chemnitzer Betrieben, im Februar 1945 die drohende Evakuierung in ein Lager, der sie nur

461 Ebenda.

462 Ebenda.

463 Ebenda.

464 Grünberger, a.a.O., S. 24/25.

465 Mitteilung von Dieter Füssel, Schöna, am 2.2.1998.

infolge der Behördenverwirrung bei einem Luftangriff auf Chemnitz entkam, als die Behörde selbst ausgebombt war.⁴⁶⁶

Über das Schicksal Frieda Hänsels geb. Eisenberg berichtet ihr Sohn Günter Hänsel:

„Obwohl meine Mutter den gelben Stern nicht zu tragen brauchte (da sie nach den Nürnberger Gesetzen in einer ‚Mischehe‘ lebte) und obwohl sie sich am 1. Mai 1933 in der evangelischen Kirche zu Sebnitz taufen und konfirmieren ließ (wahrscheinlich als Schutzmaßnahme gedacht oder weil sie in eine protestantische Familie geheiratet hatte), unterlag sie einer Reihe von Auflagen. So trug ihre Kennkarte das große ‚J‘ sie musste zwangsweise wie alle Jüdinnen zusätzlich den Namen ‚Sara‘ führen, sie durfte nach 20 Uhr nicht mehr auf die Straße gehen, Kinobesuche waren ebenso untersagt wie Besuche anderer öffentlicher Einrichtungen (z. B. Bäder).

Nach einer Denunziation wegen Übertretung des Ausgangsverbots um wenige Minuten wurde sie im November 1942 zur Sebnitzer Polizei bestellt und am 18. November 1942 von dort ins Gestapo-Gefängnis nach Dresden gebracht.

Am 5. Februar 1943 erfolgte von Dresden der Transport ins KZ Auschwitz.

Der SS-Standortarzt des KZ Auschwitz-Birkenau (der Mitte der sechziger Jahre in der DDR entdeckte und 1966 zum Tode verurteilte und hingerichtete Dr. Fischer) hat als ihren Todestag den 26. Februar 1943 angegeben.

Schlimmer als die Nachricht von ihrem Tode die ich wohl nicht sofort begriffen hatte und deren Tragweite ich erst in den weiteren Jahren wirklich nahe kam - schlimmer als diese Nachricht war der Abschied. Ich weiß merkwürdigerweise noch jede Kleinigkeit: Ich ging morgens in die Schule, sagte ganz einfach oder beiläufig „Auf Wiedersehen“ wie immer, lief die Holzterrasse vom 2. Stockwerk runter wie immer, und sie stand oben und blickte mir nur nach. Mehr nicht. Ich wußte nicht, daß sie sich schon fertig gemacht hatte, um zur Polizei zu gehen. Als ich nach Hause kam, fing mich meine Großmutter, die im ersten Stock wohnte, mit den Worten ab: Du mußt bei uns essen, Mutti ist verreist.

Das war es. Bis heute weiß ich jede Geste, jede Kleinigkeit, und ich habe später dieses Tages wegen getrauert, um den Abschied, der gar nicht stattgefunden hatte. Die Alltäglichkeit dieses Abschieds, bei dem es keine zusätzliche Geste gab, nichts war außergewöhnlich - das war, habe ich später erst begriffen und weiß ich heute, der eigentliche Schrecken, ein unheimlicher Ausdruck unserer Tragödie.

Ich sehe sie noch heute als schöne Frau, eine weiche und warme Frau, eine Mutter voller Liebe, absolut unpolitisch. Ich bin sicher, daß sie ihren schweren Weg gegangen ist, ohne im mindesten zu begreifen, was geschehen ist und mit ihr geschehen wird. In Briefen aus dem Gestapo-Gefängnis in Dresden schreibt sie ausführlich in dieser Lage! über ihre Sorge, ich könnte nicht warm genug angezogen sein (es war November/Dezember/Januar), und sie gab meinem Vater entsprechende Ratschläge.

Diese Briefe, ein paar Bilder und natürlich die Erinnerung eines Kindes sind mir selbst geblieben. Alles andere weiß ich nur aus Erzählungen, Zeugnissen, Dokumenten.⁴⁶⁷

In Auschwitz endete auch das Leben der am 13.11.1889 in Pirna geborenen Rosa Schäfer, geb. Ikenberg. Sie wurde am 2.3.1942 nach Auschwitz gebracht und dort am 3.3.42 vergast.⁴⁶⁸

⁴⁶⁶ Aufzeichnung eines Gesprächs mit Frau Käthe Mickwusch-Reiner am 17.11.1997.

⁴⁶⁷ Brief mit Materialien über jüdisches Leben in Sebnitz von Günter Hänsel an den Verfasser.

⁴⁶⁸ Übersicht über Dresdner Juden bei Hatikva, Dresden.

„Wenn wir...uns fragen, wie es denn dazu kommen konnte, daß Auschwitz ausgerechnet eine deutsche Erfindung wurde, so lautet die Antwort, daß die deutsche Vernichtungsqualität auf zwei Säulen ruhte: Das Reich war industriell weit genug entwickelt, um unvorstellbare Massen von Mord produzieren zu können – und es verfügte mit der Hitler-Ideologie über ein geistig-seelisches Potenzial, in dem sich alle negativen Eigenschaften der deutschen Tradition vereinigten, während die positiven Eigenschaften eliminiert wurden, was eine vorher nicht erzielbare Radikalität zustande brachte.“⁴⁶⁹

„Wer seinen Antisemitismus von vornherein verneint, kann ihn auch nicht auffinden und bändigen. Eine Überdosis Misstrauen ist hier besser als der märchenhaft schöne gute Glaube an die eigene Unschuld.“⁴⁷⁰

6.3. „Euthanasie“

Zu den 13.720 im Rahmen der „Euthanasie“-Aktion T 4 zwischen Frühjahr 1940 und August 1941 auf dem Sonnenstein umgebrachten Behinderten kamen 269 Häftlinge aus dem Konzentrationslager Sachsenhausen, 187 aus dem KZ Buchenwald und 575 aus Auschwitz. Auf dem Sonnenstein richteten die Nazis eine der ersten Anstalten für die massenhafte Tötung und Verbrennung von Menschen ein. Eine ganze Reihe der an den Tötungsverbrechen unmittelbar beteiligten Täter setzte finden sich später in den Vernichtungslagern auf polnischem Gebiet.

Die „Euthanasie“-Morde geschahen einmal als Konsequenz aus der rassistischen Ideologie, die die Ausmerzung der rassistisch „Minderwertigen“, des „lebensunwerten Lebens“, zur Folge hatte. Zum zweiten weist der Zeitpunkt ihres Beginns auf ein anderes Motiv hin: Die Auslösung des zweiten Weltkrieges am 1. September 1939 ließ außerordentliche Anspannungen erwarten. Da waren für die Verwundeten eine Vielzahl von Krankenbettplätzen, ganze Lazarette nötig. Behinderte als „unnütze Esser“ wollte man sich angesichts kritischer Ernährungssituation vom Halse schaffen.

Genauere Aussagen zu diesen Vorgängen auf dem Sonnenstein können hier unterbleiben, weil es dazu bereits eingehende Untersuchungen gibt.⁴⁷¹

469 Zwerenz, Gerhard, Die Rückkehr des toten Juden nach Deutschland. Ismaning bei München 1986, S. 87.

470 Ebenda, S. 230

471 Vgl. Nationalsozialistische Euthanasie-Verbrechen in Sachsen. Beiträge zu ihrer Aufarbeitung. Herausgeber: Kuratorium Gedenkstätte Sonnenstein e.V. und Sächsische Landeszentrale für politische Bildung. 2. Aufl. Dresden, Pirna 1996. Schilter, Thomas, Unmenschliches Ermessen. Die nationalsozialistische „Euthanasie“-Tötungsanstalt Pirna-Sonnenstein 1940/41. Leipzig 1998. Dort auch umfangreiche Literaturangaben.

7. Widerstand

(Rohentwurf und Gliederung)

Zum Widerstand gegen den Faschismus im Landkreis Pirna gibt es seit 2003 eine umfangreiche Publikation. (Vgl. Startseite unter "Unsere Heimat unterm Hakenkreuz".) Daher beschränken wir uns hier auf wesentliche Fragen:

Wie ist Widerstand zu definieren? Welche Kontroversen bestimmen die Diskussion zum Widerstand?

Welche Kräfte waren an ihm beteiligt, vorzugsweise im Kreis Pirna?

Welche Formen nahm er an, welche Wirkungen hatte er?

Wie entwickelte er sich im Verlaufe der zwölf Jahre faschistischer Herrschaft?

In welcher Weise wirkte er über den Zusammenbruch des Faschismus hinaus?

Schon um die Definition des Widerstandes entbrannten heftige Kontroversen. Während in der DDR eine einseitige Fixierung auf den Widerstand aus den Reihen der politisch organisierten Arbeiterbewegung, vorzugsweise auf den der Kommunisten stattfand, beschränkte man sich in der BRD lange Zeit auf den militärischen vom 20. Juli 1944. Erst seit den 70er Jahren fand in beiden deutschen Staaten eine Öffnung zum Widerstand anderer Kräfte und Formen statt. So lesen wir in einer sehr weit gefassten Definition aus dem Jahre 1977:

„Unter Widerstand wird jedes aktive oder passive Verhalten verstanden, das die Ablehnung des NS-Regimes oder eines Teilbereichs der NS-Ideologie erkennen lässt und mit gewissen Risiken verbunden ist. Dieser Widerstandsbegriff deckt die Verhaltensweisen von konservativer Resistenz, partiellem Ungehorsam, defensiver Oppositionshaltung, Nonkonformismus, Solidarisierung mit aus politischen oder rassistischen Gründen Verfolgten oder Diskriminierten, ostentatives Festhalten an einer weltanschaulichen oder religiösen Überzeugung oder direkte Aktivitäten gegen die NS-Herrschaft.“⁴⁷²

Andere differenzieren zwischen „einfachem passivem Widerstand, offenem ideologischem Gegensatz, Mitwisserschaft an Umsturzvorbereitung, aktiver Vorbereitung, Vorbereitung für ‚Danach‘, aktiver Konspiration.“⁴⁷³ Wir wollen hier nicht den Versuch einer verdichteten und gleichzeitig umfassenden Begriffsbestimmung unternehmen, sondern es bei den angedeuteten Positionsunterschieden bewenden lassen. Wichtig erscheint uns, den Widerstand in allen seinen Formen und durch die unterschiedlichsten Kräfte zu würdigen und dabei Abstand von jeder parteipolitischen Einengung zu nehmen.

Dabei wissen wir:

Die Motive für widerständige Haltungen und Tätigkeit waren unterschiedlich, abhängig von der Festigkeit weltanschaulicher und politischer, familiärer und sozialer Bindung. Die Beständigkeit von Widerstand war oft eingeschränkt durch die Folgen von Haft, Folter und Terror, denen der einzelne ausgesetzt war und Rücksichtnahme auf die eigene Familie, aber auch durch den Sog, den nationalsozialistische Propaganda, innenpolitische, außenpolitische und militärische Erfolge zeitweilig ausübten. Enttäuschungen, Ablehnung der Diskriminierung von Behinderten und Juden, Entsetzen über bekannt gewordene Verbrechen, zunehmende Ängste um das eigene Schicksal und das des ganzen Landes in der letzten Phase des Krieges bewegten selbst einstige Befürworter des braunen Regimes zu

⁴⁷² Harald Jäger/Hermann Rumschöttel, Widerstand und Verfolgung in Bayern 1933-1945. Ein Modell für die Zusammenarbeit von Archivaren und Historikern. Archivalische Zeitschrift 73, 1977, S. 208-220. Zitiert nach: Wippermann, S. 275.

⁴⁷³ Z.B. Eberhard Bethge, Dietrich Bonhöffer. München 1983, S. 89. Nach Steinbach/ Tuchel (Hrsg.), Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Bonn 1994, S. 33.

Loyalitätsverweigerung und führten einige zu widerständigen Handlungen. Das trifft vor allem auch auf die Attentäter vom 20. Juli 1944 zu.⁴⁷⁴

Am Widerstand beteiligt waren neben antifaschistischen Kräften in Deutschland auch die vielen nach 1933 aus politischen und „rassischen“ Gründen in die Emigration Gegangenen. Sie alle vermochten aber weder die Macht des Faschismus zu erschüttern noch ihn zu beseitigen. Deshalb ist Wette zuzustimmen, wenn er sagt: *„Die Geschichte der Emigration wie der aktiv tätigen Widerständler gegen den Faschismus in Deutschland ist eine Geschichte des Leidens, der Verfolgung und des Scheiterns, nicht aber eine Geschichte des politischen Erfolgs.“*⁴⁷⁵

War er deshalb vergeblich?

7.1. Terror und Zerschlagung der Arbeiterbewegung

In den Arbeiterparteien gab es 1933 keine rechten Vorstellungen über das, was sie nach dem Machtantritt der NSDAP erwartete. Dass die allem Anschein nach festgefühten Organisationen der Arbeiterbewegung innerhalb kürzester Zeit zerschlagen werden konnten, war für sie kaum vorstellbar. Zwar hatte es Überlegungen und einige Vorkehrungen für illegale Arbeit gegeben. Sie waren jedoch alle weit von der eintretenden Realität entfernt. Die durch die DDR-Geschichtsschreibung behauptete zielstrebige Vorbereitung der KPD auf die Illegalität ist eine Legende. Wie überall waren die Ortsorganisationen von der Wucht des Terrors überrascht. Von einer geordneten Überführung der Organisationen in die Illegalität konnte keine Rede sein. In Pirna konnten durch einige beherzte KPD- und SPD-Mitglieder einige wesentliche Unterlagen dem Zugriff der Nazis entzogen werden. Allem Anschein betraf das auch Mitgliederlisten oder –karteien. Der Organisationsapparat aber war innerhalb weniger Tage zerschlagen und gelähmt, die entscheidenden Funktionäre verhaftet, die zweite Reihe weitgehend orientierungslos. Über 400 Funktionäre und aktive Mitglieder der KPD, der SPD, der SAP, der Unionisten, der Gewerkschaften waren allein nach Hohnstein eingeliefert worden. Aus den Polizeiakten der Stadt Pirna geht eindeutig hervor, dass sich die Mehrzahl derer, die dort den SA-Terror erlebt hatten, in der Folgezeit ruhig und unauffällig verhielt. Vereinzelt kam es in Hohnstein zur Anbiederung an die neuen Machthaber. So sandten 10 in Hohnstein Inhaftierte am 15. Mai 1933 einen „Gruß aus Hohnstein an Pirna zur 700-Jahr-Feier“, in dem es u.a. heißt: „...es ist aber durchaus keine Unmöglichkeit, dass auch wir von der nationalen Bewegung überzeugt werden, wenn wir in Freiheit leben und uns ein neues Leben beginnen können.“⁴⁷⁶ Einer aus dieser Gruppe bat um Freilassung. Er habe sich schon vor Wochen um Aufnahme als Mitglied der NSDAP bemüht. Er versicherte, sich aktiv an der Jagd auf kommunistische und sozialdemokratische Funktionäre beteiligen zu wollen. Auf seine Angaben hin wurden mehrere Funktionäre verhört und verhaftet.⁴⁷⁷ Ähnlich verhielten sich noch zwei andere.⁴⁷⁸

Ein immerhin erheblicher Teil der Funktionäre und Mitglieder von KPD, SPD und SAP, aber auch parteiloser Sympathisanten ließen sich nicht abschrecken und versuchten den Widerstand gegen das Naziregime zu organisieren.

Von ihnen soll im Folgenden die Rede sein.

7.2. Sammlung nach erster Terrorwelle, Aufbau von Gruppen – ein Lernprozeß

⁴⁷⁴ Theodore S. Hamerow, Die Attentäter. Der 20. Juli – von der Kollaboration zum Widerstand. München 1999.

⁴⁷⁵ Wette, Wolfram, Ideologien, Propaganda und Innenpolitik als Voraussetzungen der Kriegspolitik des Dritten Reiches. In: Deist/Messerschmidt/Volkman/Wette, Ursachen und Voraussetzungen des Zweiten Weltkrieges. Frankfurt am Main 1995, S. 191.

⁴⁷⁶ B III-XXVI, 183, 774.

⁴⁷⁷ B III-XXVI, 183, 2096, Heinrich Fischer.

⁴⁷⁸ Ebenda, 220 und 924. (Alfred Thiermann und Selma Zobel)

Funktionäre der KPD und SPD tauchten in die Illegalität ab und entzogen sich der Festnahme. Das gelang zeitweilig dem sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Heyde aus Heidenau, der Landtagsabgeordneten Seifert aus Pirna, dem Pirnaer Stadtverordnetenvorsteher Fritz Ehrlich, aber auch Stanislaus Poslad, Walter Richter aus Dohma, Alfred Vater, Arthur Thiermann, um nur einige prominente zu nennen. Während Heyde, Seifert und Poslad sich nach kurzer Zeit der Polizei stellen oder festgenommen werden konnten, begaben sich Richter, Vater und Thiermann in die benachbarte CSR und begannen von außen her die illegale Arbeit zu organisieren. Walter Richter reiste mehrfach unter dem Decknamen „Florian“ im Kreis umher, knüpfte Verbindungen mit nicht inhaftierten Mitgliedern und Funktionären der KPD und ermutigte sie zur aktiven Widerstandstätigkeit. In einem Steckbrief wird er u.a. so beschrieben: „...er ist 1,85 groß, von durchtrainiertem Körperbau. Er ist ein guter Boxer, Leichtathlet, guter Skiläufer, guter Schwimmer, er beherrscht Judo und schießt äußerst zielsicher.“⁴⁷⁹ Zwischen Nedereinsiedel (Dolni Poustewna) und Zinnwald/Rehefeld bauten er, Thiermann, Vater und einige andere ein illegales Vertriebssystem für den Transport und die Verteilung illegaler Literatur auf (AIZ, Gegenangriff, Braunbuch über den Reichstagsbrand u.a.) auf. Eine wichtige Anlaufstelle für die Arbeit über die Grenze hinweg war das Volkshaus in Tissa, das zeitweise von Elisabeth Morche gepachtet worden war.

Jenen, die nach oft erschütternden Erfahrungen in den SA-KZs Hohnstein und Königstein-Halbestadt illegale Arbeit dennoch wieder aufzunehmen versuchten, lag an der Wiederherstellung elementarer parteilicher Strukturen unter Terrorbedingungen. Wem konnte man dabei noch trauen? Mancher der Hohnstein-Häftlinge zog sich nach der Entlassung auf seine Familie zurück und wollte zumindest erst einmal abwarten, wie sich die Ereignisse weiter gestalteten. Mancher war schwankend geworden, nur wenige zu direkten Verrätern. Wer seinesgleichen als Kommunist oder Sozialdemokrat suchte, war zu Vorsicht angehalten. Wesentliche Regeln der illegalen Arbeit mussten mühsam und oft unter Verlusten erlernt werden. (Jessen-Versammlung!)

Illegale Arbeit kostete neben persönlichem Einsatz Geld. Das war auch für die Unterstützung der Familien Verhafteter vonnöten. Jede solche Aktivität fiel unter das Verdikt von Nazigesetzen als „Versuch der Wiederherstellung verbotener Parteien“. Nur teilweise gelang den KPD-Mitgliedern die Anknüpfung an ehemalige Parteizellenstrukturen. Daß sie teilweise gelangen ist bezeugt durch mehrere Verfahren gegen Beitragskassierer, Literaturvertreiber und Solidarität mit von Verhaftungen betroffener Familien Übender.

7.3. Versuche zum Aufbau illegaler Organisationsstrukturen (KPD und SAP)

7.4. Widerstand von Kräften außerhalb der Arbeiterbewegung

7.5. Grenzarbeit

7.5.1. Sebnitz; Schandau; Schöna; Rosenthal; Altenberg

7.5.2. Literaturschmuggel und Vertrieb über die Grenze hinweg

7.5.3. Schneise 31

7.5.4. Kurierdienste

7.5.5. Gefährdete über die Grenze

7.6. Zerschlagung der Widerstandsgruppen 1934 und 1935

⁴⁷⁹ Nach Aufzeichnungen von Paul Pech und Gretel Schneider. Zitiert bei Heinz Ruscher, *Illegale Kämpfer zwischen Hohwald und Winterberg*. Sebnitz 1984, S. 25.

7.7. Bildung neuer Gruppen Mitte und Ende der dreißiger Jahre

7.7.1. Gruppe Gebauer Heidenau/Dohna

7.7.2. Sebnitzer Volksfrontgruppe

7.8. Auswirkungen des Hitler-Stalin-Paktes?

7.9. Widerstand im Krieg

Einbeziehen: Heimtückeverfahren

7.9.1. Antikriegspropaganda

7.9.2. Rundfunkverbrechen (hören und verbreiten)

7.9.4. Wehrkraftzersetzung

7.9.5. 20. Juli 1944

7.9.6. Beteiligte

7.10. Emigration

Erste Welle 1933/34: Siegfried Rädcl, Walter Förster, Paul Kreibich, Hellmuth Morche (alle KPD), Arthur Heyne, Liddy Lehneck, Willy und Martha Seifert (alle SPD)

Juden

Spanienkrieg: Arno Hering (Struppen), Möbius (Sebnitz)

In Einheiten der Alliierten (Gebr. Morche, Tabaschnik, W. Lubranitzki)

NKFD: Wallich...

7.11. Verfolgung/Delikte

7.11.1. Staatsfeindliche Äußerungen

7.11.2. Verstoß gegen Parteienverbot

7.11.3. Lit. verbreitet oder gelesen

Problem: Wie Prozesse darstellen?

Vertrieb durch Morches Volkshaus in Tissa und mit Hilfe tschechischer Komm. und Sozialdemokraten. Einer der Organisatoren: Walter Richter, gen. Florian.

SPD: Stocklossa Heinz – Sozialdemokratische Schriften aus CSR herübergebracht – 2 Jahre Z, 7.4.36, erst Aug. 39 entlassen

Aktion „Gitter“ am 22. August 1944

21. August: Auf Befehl des Reichsführers der SS Himmler beginnt die sogenannte Gitter-Aktion (in manchen Dokumenten auch als Aktion „Gewitter“ bezeichnet). Dabei werden alle noch in Freiheit befindlichen ehemaligen Abgeordneten von KPD, SPD und Zentrumsparlei in „Schutzhaft“ genommen. In Sebnitz werden in der Nacht vom 21. zum 22. August frühere

aktive Mitglieder der SPD (Kohlenhändler Ernst Grohmann, Hermann, Mitarbeiter des Finanzamtes, der ehemalige Postbeamte Schäfer, der Blumenarbeiter und frühere Stadtverordnete Bretschneider, Frau Galle und der Mitarbeiter der Ortskrankenkasse Ehlig) verhaftet. Weitere Verhaftungen erfolgen u. a. in Hertigswalde, Saupsdorf, Hinterhermsdorf und Langburkersdorf. Bei den Verhafteten handelt es sich in den meisten Fällen um ehemalige Mitglieder der SPD. Alle Verhafteten aus Sebnitz, mit Ausnahme von Schäfer, werden nach etwa 14 Tagen wieder freigelassen.⁴⁸⁰

7.12. Die Opfer

7.13. Zu Quellenlage und Forschungsstand

7.14. Immer wieder auftauchende Fragen:

War Widerstand nicht von vornherein sinnlos?

War Widerstand der Kommunisten selbstmörderisch und ahnungslos - von außen gesteuert?

War Stillhalte- und Überlebensstrategie der SPD nicht angemessener?

Wenn Widerstand nur von oben her (von den Eliten) aussichtsreich war – was dann?

⁴⁸⁰ Manfred Schober, Sebnitz in der Zeit des Faschismus (1933-1945) (Eine Faktensammlung), S. 57. In: .Beiträge zur Heimatgeschichte. Die Stadt und der Kreis Sebnitz in Vergangenheit und Gegenwart. Heft 7. Im Auftrage des Heimatmuseums „Prof. Alfred Meiche“ herausgegeben von Manfred Schober. Sebnitz 1990.

8. Schule und Bildung

8.1. Das Schulwesen⁴⁸¹

Nach den Reichstagswahlen erfolgten bald auch Eingriffe in das Schulwesen. Noch vor der Verabschiedung des Gesetzes über die Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7.4.1933 wurden zahlreiche Lehrer und Schulbeamte vom Dienst suspendiert (politische Gegner und jüdische Lehrer) und die Lehrerverbände aufgelöst oder gleichgeschaltet. Die wesentlichsten Verfügungen und Verordnungen erließ der als Reichskommissar für Sachsen eingesetzte v. Killinger in der zweiten Märzhälfte 1933. Per Erlaß wurden alle kommunistischen Lehrer und Beamten in Sachsen entlassen. Bei sozialdemokratischen sollte eine Prüfung „von Fall zu Fall“ stattfinden.⁴⁸² Der Lehrerverband war von „marxistischen“ Lehrern zu säubern. Lehrer konnten fürderhin nur solche sein, „die die Schule im christlichen und bewußt nationalem Sinne führen.“⁴⁸³ Verboten war die Vorbereitung und Vornahme der Jugendweihe durch sächsische Lehrer schon Mitte März,⁴⁸⁴ ehe dann eine Woche später „sozialdemokratische und kommunistische Jugendweihen“ generell verboten wurden.⁴⁸⁵ Nach der Verordnung für vaterländische und christliche Erziehung vom 14.3.1933 hatten die Bezirksschulämter zu prüfen, ob die Schulleiter die Gewähr dafür boten, daß durch sie Unterricht und Schulführung im Sinne dieser Verordnung erfolgen. Im Zweifelsfalle war ihre Ablösung herbeizuführen. Die Schulleiter waren künftig nicht mehr an die Beschlüsse der Lehrerversammlung gebunden.⁴⁸⁶ Körperliche Züchtigung war in Sachsen wieder „maßvoll“ erlaubt.⁴⁸⁷ Der Religionsunterricht wurde zur Pflicht für alle Kinder, der Lebenskunde-Unterricht abgeschafft. Alle Lehrer hatten zu erklären, ob sie bereit wären, Religionsunterricht zu übernehmen.⁴⁸⁸ „Vaterländischer Geschichtsunterricht“ war nur solchen Lehrern zu übertragen, die die Gewähr dafür boten, ihn im Sinne der Verordnung vom 14.3. zu erteilen.⁴⁸⁹ Auszuschalten waren marxistische und gegen die Kirche gerichtete Elternräte.⁴⁹⁰ Im Mai 1933 wies das sächsische Volksbildungsministerium die Vorbereitung des Luftschutzunterrichts an den Schulen an. An einigen Schulen würde er schon laufen, wurde mitgeteilt.⁴⁹¹ In Vertretung des Bürgermeisters teilte Stadtrat Kühn am 20.7.1933 allen Lehrern der Pirnaer Schulen die Verbindlichkeit des Hitler-Grußes mit.⁴⁹² Mit dieser Serie von Maßnahmen war die „Säuberung“ des Schulwesens von „marxistischen“ und demokratischen Tendenzen eingeleitet.

Ende März erhielt der Bezirkslehrerverein eine neue Führung, nachdem die alte auf Antrag des Kreisobmanns des NSLB, des Oberlehrers Rößler, Gottleuba, abgelöst wurde. An seiner Spitze standen nun Oberlehrer Frommelt, Heidenau, Oberlehrer Rößler, Gewerbestudienrat Munkelt und Studienrat Jahn, der 1931 die HJ im Kreis aufgebaut hatte.⁴⁹³ Die Liste der

481 Zum Schulwesen kann nur ein Überblick geboten werden. Eine gründlichere Studie steht noch aus. Sie könnte sich auf im Stadtarchiv vorhandene Schulakten, Jahresberichte einzelner Schulen, vielleicht auf etwa noch vorhandene Unterlagen in den einzelnen Schularchiven stützen. Zur Pestalozzi-Schule in Pirna-Copitz liegen vor: Rautschek, Willibald, *Aus der Geschichte unserer Schule (Pestalozzi-Oberschule Pirna-Copitz)* 1978. St.A.P., E II, 605. Eschrich, Elke/ Neumeister, Maximilian, *Entstehung und Entwicklung des Schulwesens in Pirna-Copitz*. Hektographiertes Manuskript aus dem Jahre 1987. StAP.

482 PA, 14.3.1933, S.2/3.

483 PA, 17.3.1933, S.2.

484 Ebenda.

485 StAP, B III-XXVI, 182, 276.

486 PA, 26.3.1933, S.2.

487 PA, 15.3.1933, S.2.

488 PA, 20.4.1933, S.2.

489 PA, 25.4.1933, S.2.

490 PA, 1.4.1933, S.2.

491 PA, 20.5.1933, S.2.

492 StAP, B III-XVI, Nr. 28, Bl. 66.

493 PA, 23.5.35, S.2: Studiendirektor Jahn, Höhere Mädchenschule, Kreisamtsleiter des NSLB, als Oberstudiendirektor nach Meißen. Kam Ostern 1929 nach Pirna, begann im Sept. 29 Aufbau der hiesigen SA. Anfang 1930 gründete er die Pirnaer HJ und war bis Ostern 1932 ihr erster Bezirksführer. Gehört zu Gründern des NSLB in Pirna, den er als Kreisamtsleiter seit 1934 führte. War auch als Gauredner und Kreisschulungsleiter tätig.

Führungsmitglieder wählte man „auf Zuruf“. Zugerufen wurden ausschließlich NSDAP-Mitglieder. Verbunden mit diesem Vorgang war eine Ergebenheitserklärung des Bezirkslehrervereins, „im Geiste des neuen Deutschlands mitzuarbeiten“.⁴⁹⁴

Bei alledem verzichteten die neuen Machthaber aber auf größere Eingriffe ins Schulwesen: Die Dreigliedrigkeit wurde beibehalten (Volksschule, Mittelschule, Gymnasien). In den „Gesinnungsfächern“ (Deutsch, Geschichte) erhöhten sie die Stundenzahl, gleichfalls im Sport. Im übrigen aber blieb der Fächerkanon erhalten. Auch die soziale Selektion der Schülerschaft wirkte im höheren Schulwesen fort und veränderte sich nicht, da für den Oberschulbesuch weiterhin Schulgeld gezahlt werden musste. In der Staatlichen Oberschule f. Jungen gab es im Mai 1937 eine Erhebung über die sozialen Verhältnisse der Schülereltern. Danach gehörten zur mittleren Beamtschaft 32,9 %; zu Handels- und Gewerbetreibenden 23,4 %, als Kleingewerbetreibende galten 19,7 % als Arbeiter und Gehilfen 5,5 %.⁴⁹⁵

Welchen Rückgang das höhere Bildungswesen nach 1933 erfuhr, ist aus folgenden Zahlen erkennbar: Von 1930 bis 1939 verminderte sich die Zahl der Studenten in Deutschland von 128.609 auf 55.000. 1931 bestanden noch 40.636 Oberschüler die Reifeprüfung, 1935 nur noch 31.814. Besuchten 1931 noch 10% nach dem Abitur Technische Hochschulen, waren es 1935 nur noch 5,3%.⁴⁹⁶ Vergleichszahlen aus unserem Kreis sind noch nicht ermittelt worden.

In den zum Schulwesen überlieferten Dokumenten nehmen jene zum Gesetz über die Wiederherstellung des Berufsbeamtentums breiten Raum ein. Alle Lehrer hatten dazu Fragebögen auszufüllen, in denen u.a. Auskünfte zu folgenden Fragen verlangt waren: Konfession, ob kommunistisch betätigt, bereits seit 1.8.1914 Beamter, Militärdienst, arischer Abstammung (Angaben über Eltern und Großeltern), welchen politischen Parteien angehört, Mitgliedschaft im Reichsbanner, der Eisernen Front, der Liga für Menschenrechte u.a., welcher Art der Betätigung in genannten Parteien oder Organisationen.⁴⁹⁷ Neben diesen Fragebögen lieferte Munkelt, Gewerbestudienrat an der städtischen Gewerbeschule und stellvertretender Ortsgruppenleiter der NSDAP in Pirna, noch umfangreiche Denunziationen zu einer größeren Anzahl von Lehrern Pirnaer Schulen, wobei es sich herausstellte, daß mehrere seiner Angaben den Tatsachen widersprachen.⁴⁹⁸

Der Schutzhaft anheim fielen im März 1933 aus Pirna der Copitzer Lehrer Heinrich Schmitz, Stadtverordneter der KPD, aus Heidenau Rudolf Dähne, Max Walther, Max Israel, Gerhard Weise, aus Lohmen der Schulleiter Gerhard Schubert, der nach schweren Mißhandlungen aus Verzweiflung Selbstmord beging (alle SPD-Mitglieder), aus Reinhardsdorf Herbert Müller, Abgeordneter der KPD.

Aus dem Amte gejagt wurden sämtliche der SPD angehörenden Schulleiter und Stellvertreter: in Copitz Erich Renker (Stadtverordneter der SPD), in Pirna Hans Häntzschel, (Knabenschule), Bernhard Scheller, Jessen, (der KPD nahegestanden), in Heidenau Rudolf Dähne, Reinhold Teichmann (sein Stellvertreter), aus Neundorf Erwin Röder. Der Leiter der Berufsschule in Stadt Wehlen, Martin Grohmann, verschwand am 21.3., „vermutlich über die Grenze“; er hätte noch „als letzte Tat vor 8 Wochen“ eine Reichsbannerformation gegründet.

Maßregelung erfuhren mehrere SPD-Lehrer, die teilweise nach anderen Orten versetzt wurden, wie z. B. Häntzschel und Röder, andere wurden aus dem Schuldienst ganz entlassen wie Renker, Schmitz, Scheller, Walther und Weise oder anderweitig disziplinarisch belangt wie Berufsschuloberlehrer Lothar Wagner (SPD-Stadtverordneter). Vom Dienst beurlaubt wurde auch der an der Gewerbeschule als nebenamtlicher Lehrer tätig gewesene Malermeister

⁴⁹⁴ PA, 28.3.1933, S.5 und 1.4.1933, S.6.

⁴⁹⁵ PA, 22.2.40, S.5

⁴⁹⁶ Nach Siegfried Prokop/Dieter Zänker (Hg.), Intellektuelle in den Wirren der Nachkriegszeit. Die soziale Schicht der Intelligenz der SBZ/DDR von 1945-1955. Teil I. Berlin 2010, S. 42-45.

⁴⁹⁷ StAP, B III-XVI, 634.

⁴⁹⁸ StAP, B III-XVI, 455 und B III-XVI, 558-2.

Greiter, dem Nähe zur KPD nachgesagt wurde.⁴⁹⁹ Bei Studienrat Glöckner von der Höheren Handelslehranstalt fand eine Haussuchung statt, wobei Mappen mit Esperanto-Schriften und etliche Bücher beschlagnahmt wurden. Glöckner war Mitglied des Reichsbanners und der Liga für Menschenrechte.⁵⁰⁰ Was ist ihm wohl weiter widerfahren? Zusammenfassend erfahren wir, daß an den Pirnaer Schulen „in einigen Fällen Bestrafungen mit Verweis oder Geldstrafe oder Versetzung innerhalb Pirnas oder nach außen“ stattgefunden hätten und daß „in zwei Fällen nach Par. 2a und in einem Fall nach Par. 4 d. Ges. zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7.3.33 " Entlassungen aus dem Schuldienst stattgefunden haben.⁵⁰¹

Im Oktober mußten noch einmal alle Lehrer unter Androhung sofortiger Entlassung unterschreiben, daß sie keine Beziehungen zur KPD, SPD oder deren Ersatzorganisationen unterhalten. 1935 verlangte man von allen Lehrern erneut Erklärungen über nichtjüdische Abstammung - bis hin zu allen vier Großeltern.⁵⁰²

Selbstverständlich fand nach der Entlassung nicht genehmer Schulleiter unverzüglich deren Ersatz durch NSDAP-Mitglieder oder ehemalige Deutschnationale statt. In Heidenau geschah das für alle drei Schulen bei Anwesenheit aller Pfarrer.⁵⁰³

Zahlreiche Lehrer verschrieben sich unter allen diesen Umständen, teils aus nationalistischer Haltung, teils aus Opportunitätsgründen der neuen Macht. Viele dürften aber auch vorerst abgewartet haben, den neuen Lehrplänen und Lehrbüchern entgegensehend, die relativ spät kamen, und, wie das unter Beamten Brauch war, auf „Anweisung von oben“ harrend. So wies die Schule zunächst bis 1936 „keine braune ‚Flächenfärbung‘ auf, dagegen war sie in unterschiedlichem Maße braun gesprenkelt.“⁵⁰⁴

Elternräte wurden in Elternbeiräte umbenannt, ehe sie dann im August 1935 durch Jugendwalter ersetzt wurden. In einer Elternversammlung der Deutschen Ober- und Aufbauschule Pirna berief z. B. Oberstudiendirektor Bartholomey anstelle des früheren Elternbeirats 4 Jugendwalter, denen noch HJ-Bannführer Täube, ein Vertreter der Lehrerschaft und der Schularzt beigelegt wurden.⁵⁰⁵

Ab 1937 kam es allenthalben zu Veränderungen im höheren Schulwesen. In Pirna vereinigte man die staatliche Oberschule und das städtische Realgymnasium zur Oberschule für Jungen, während die Höhere Mädchenschule zur Oberschule für Mädchen umfunktioniert wurde. Der liberale Oberstudiendirektor der Höheren Mädchenschule Dr. Dietze nahm dabei seinen Abschied und wurde durch den strammen Nazi Dr. Schulz ersetzt.⁵⁰⁶

Am 11.9.1935 erließ Reichsministers Rust eine Verfügung über die „Rassentrennung auf den öffentlichen Schulen“. Danach hatte in allen Schulen eine Erhebung über die Rassenzugehörigkeit der Schüler stattzufinden als Vorbereitung für die Einrichtung von Judenschulen in allen Orten mit mehr als 20 jüdischen Schülern. Als Begründung konnte man lesen:

„Der rassenfremde, jüdische Schüler bildet in der Klassengemeinschaft der arischen Schüler und Lehrer einen Fremdkörper. Sein Dasein erweist sich als ein außerordentliches Hindernis im deutschbewussten nationalsozialistischen Unterricht und macht die notwendige, in der

499 Belege dafür sind in Meldungen des „PA“ und in den nach Schulen gegliederten Akten zum „Gesetz über die Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ StAP, B III-XVI, Nr. 28, 345, 455, 524, 558-2 und 634 zu finden.

500 StAP, B III-XVI, 524, Bl.2.

501 StAP, E II, 409, 14 Jahresbericht des Stadtrates auf das Jahr 1933,S.96.

502 StAP, B III-XVI, 345, Bl. 80f.

503 PA, 25.4.1933, S.2.

504 Enzyklopädie, S.207.

505 PA, 24./25.8.35, S.3.

506 PA, 27.4.1937, S.7; 3./4.7.1937, S.2; 23.8.1938, S.2; 27./28.8.1938, S.2; 13.4.1939, S.3.

Rasse begründete Übereinstimmung zwischen Lehrer, Schüler und Lehrstoff unmöglich.“⁵⁰⁷
Ein Glanzstück obskuren Rassenwahns!

Die Ergebnisse der Erhebung in den Pirnaer Schulen rechtfertigten nicht die Einrichtung einer besonderen Judenschule, denn es gab 1936 nur ein jüdisches Mädchen in der Höheren Mädchenschule, eins in der Mädchen- (Goetheschule) und zwei Knaben in der Knabenschule (heute Schiller-Gymnasium), daneben noch je ein „Mischlings“-Kind im Realgymnasium, in der Höheren Mädchenschule, in der Knaben- und in der Mädchenschule. Am Realgymnasium wurden nur „Mischlinge“ (Sprachgebrauch nach den Nürnberger Gesetzen) verzeichnet, und zwar 1935 noch 4, 1936 noch 2, 1937 nur noch einer.⁵⁰⁸

Die jüdischen Schulkinder Pirnas nahmen also weiter am Unterricht in ihren bisherigen Klassen teil - aber unter welchen Bedingungen? Eine Betroffene berichtete, daß sie fortan wie eine Aussätzige allein in der letzten Reihe saß. Von Sportfesten an der Höheren Mädchenschule waren die Schülerinnen Fernbach, Freymann und Heß ausgeschlossen.⁵⁰⁹

Esra Jurmann berichtet eine Episode aus einer Musikstunde, in der folgender Liedvers gesungen wurde:

„Es braust von allen Dächern, die Arbeit ist heut aus.
Es ruhen die Maschinen, wir gehen müd nach Haus.
Und kommt das Wochenende, so bangt man um den Lohn.
Geduld, verlorne Brüder, schon wanket Judas Thron.“

„Ich wußte, daß es irgendetwas mit mir zu tun hatte: Dieses ‚Judas Thron‘... Irgendwie war ich damit in Verbindung gebracht, und ich sang nicht mit. Nun, wie das damals so oft der Fall war, ‚Herr Lehrer, der Jurmann singt nicht mit‘. Und der Herr Lehrer hatte dieses Mal ein Einsehen, ‚das kann man auch nicht gut von ihm erwarten. Jurmann, du kannst nach Hause gehen.‘ Und ich ging nach Hause....

Zum Nachhausegehen gehört noch ein anderes Kapitel. Das muss im vorangegangenen Winter gewesen sein, also November 1937, da probten wir für die Schulaufführung der Schüler in der Schule.

Aber kurz vorher war der Mathematiklehrer ausgefallen.... Da kam unser Klassenlehrer, der Guhlemann, und sagte, ‚ihr kriegt heute eine Stunde Führerkunde, aber wen das nicht interessiert, der kann nach Hause gehen.‘ Nun wollte ich nicht er erste sein. Aber ich hatte irgendwie gedacht, daß es auf mich gemünzt wäre, wahrscheinlich würde da irgendwas gegen die Juden losgehen. Ich zögerte noch. Dann waren die zwei Brüder Andreas. Die fingen an, ihren Ranzen zu packen, die Brüder Andreas - und der Klamm.... Da habe ich auch meinen Ranzen gepackt, und da gingen wir.

Bei der Probe zu einer Schulaufführung....waren wir zugelassen - bei der Generalprobe. Wir saßen da und sahen uns die Aufführung an....

Da kam der Herr Guhlemann und sagte: ‚Die Volksverräter, raus!‘ Die Brüder Andreas, der Klamm und ich, wir mussten raus. Wir wurden in ein Klassenzimmer geführt, und da mussten wir Rechenaufgaben machen. Wir waren jetzt Volksverräter. Ich war jetzt Volksverräter - im zarten Alter von 8 Jahren.“⁵¹⁰

507 PA, vom 11.9.1935, S.5.

508 StAP, B III-XVI, 191.

509 Mitteilung Marion Freymanns

510 Tonband mit Erinnerungen Esra Jurmann an Pirna. Tonbandabschrift beim Verfasser.

Am 10. November 1938, dem Tag des Nazipogroms, entfernte man alle jüdischen Schüler aus den Schulen. Die entsprechende Verordnung erschien in der Öffentlichkeit Pirnas erst am darauffolgenden Wochenende.⁵¹¹

8.2. Die HJ

„Diese Jugend, die lernt ja nichts anderes als deutsch denken deutsch handeln. Die Knaben kommen vom Jungvolk in die Hitler-Jugend, und dort behalten wir sie wieder vier Jahre, und dann geben wir sie erst recht nicht zurück in die Hände unserer alten Klassen- und Standeserzeuger, sondern dann nehmen wir sie sofort in die Partei oder in die Arbeitsfront, in die SA oder in die SS, in das NSKK und so weiter. Und wenn sie dort [...] noch nicht ganz Nationalsozialisten geworden sein sollten, dann kommen sie in den Arbeitsdienst und werden dort wieder sechs und sieben Monate geschliffen. Und was dann noch an Klassenbewußtsein oder Standesdünkel da oder da noch vorhanden sein sollte, das übernimmt die Wehrmacht. Und dann nehmen wir sie, damit sie auf keinen Fall rückfällig werden, sofort wieder in SA, SS und so weiter. Und sie werden nicht mehr frei, ihr ganzes Leben.“⁵¹²

Die 1926 gegründete Hitlerjugend war bis zu ihrer Ausgliederung als selbständige Organisation im März 1932 Bestandteil der SA. Im März 1932 vereinigte der zum „Reichsjugendführer“ ernannte Baldur v. Schirach die Hitlerjugend mit dem NS-Schülerbund und dem „Bund Deutscher Mädel“ (BDM).

Im Laufe des Jahres 1932 stieg die Mitgliedschaft von etwa 20.000 auf 80.000. Zur Massenbewegung wurde die HJ erst nach Beginn der Kanzlerschaft Hitlers. Sie erreichte Ende 1933 2,3 Millionen der 7,5 Millionen deutscher Jugendlicher zwischen 14 und 18 Jahren, Ende 1934 schon 3,5 Millionen.

Wie alle Verbände und Vereine durchliefen im 1. Halbjahr 1933 auch alle Jugendorganisationen außerhalb der HJ, mit Ausnahme der zerschlagenen Arbeiterjugendorganisationen, eine Gleichschaltungswelle: die bündischen, konfessionellen und berufsständischen. Die Jugendorganisationen der bürgerlichen Parteien lösten sich auf oder schlossen sich wie der „Scharnhorst-Bund“ des Stahlhelm im Sommer 1933 der HJ an.

Der am 17.6.1933 zum „Jugendführer des deutschen Reiches“ von Hitler ernannte v. Schirach verbot alle nicht gleichschaltungswilligen Jugendorganisationen, wie z. B. den des Jungdeutschen Ordens.

Ende 1933 folgte auf Betreiben des „Reichsbischofs“ Müller die Eingliederung der etwa 800.000 Mitglieder zählenden evangelischen Jugendverbände in die HJ. 1934 verleibte sich die HJ auch die Sportjugend ein. Die Einführung des „Reichsberufswettkampfes“, an dem sich nur HJ-Mitglieder beteiligen durften, machte auch die berufsständischen Jugendorganisationen überflüssig. Die katholischen Jugendverbände dagegen warn durch das zwischen der Hitler-Regierung und den Vatikan geschlossene Konkordat zunächst noch geschützt, wurden in ihrer Tätigkeit bald mehr und mehr beschränkt, bis auch sie im Februar 1936 aufgelöst wurden und katholische Jugendliche sich nur noch in der sogenannten Pfarrgemeindejugend auf Gemeindeebene betätigen konnten.

Das „Gesetz über die Hitlerjugend“ vom 1.12.1936 erklärte v. Schirach als „für die Erziehung der gesamten deutschen Jugend“ zuständig. Die Hitlerjugend hatte alle Jungen und Mädchen vom 10. Bis zum 18. Lebensjahr zu erfassen: Mit 10 Jahren im „Jungvolk“ oder im

⁵¹¹ PA, 15./16.11., S.5: Verordnung über die restlose Entfernung der Juden aus deutschen Schulen. Vgl. auch Jensch, Juden in Pirna, Pirna 1997, S.50.

⁵¹² Hitler über Jugenderziehung, (Völkischer Beobachter, 4. Dezember 1938). Zitiert nach: Michalka, S. 91.

„Jungmädel-Bund“, mit 14 Jahren in HJ oder BDM. Im Altersbereich der 10- bis 14jährigen kam die totale Pflichtteilnahme erst ab März 1939.⁵¹³

Die Pirnaer Hitlerjugend-Organisation rief der Studienrat Jahn von der Höheren Mädchenschule Anfang 1930 ins Leben. Er begann vorher, im September 1929, mit dem Aufbau der SA in der Stadt. Bis Ostern 1932 blieb Jahn Bezirksführer der HJ, hatte also die Organisation inzwischen über die Stadt hinaus ausgedehnt. Über ihre Aktivitäten ist kaum etwas bekannt, außer dass es einen HJ-Spielmansszug schon 1932 gab. Schriftliche Überlieferungen liegen nicht vor. Auskünfte über die HJ im Kreis geben lediglich Presse- und Schulberichte. Sie beschränken sich auf die Überführung der evangelischen Jugend des Kreises in die HJ, auf die Bemühungen von örtlichen Behörden, HJ-Heime zu schaffen, auf das Streben nach Erfassung aller Schuljugendlichen in der Staatsjugend und auf einige Höhepunkte.

So erfahren wir, dass wie im ganzen Reich, am Sonntag, dem 4. März 1934, „die Eingliederung der christlichen Jugend in die HJ und in den BDM“ stattfand, in der Regel im Rahmen von Gottesdiensten, wie z. B. in der Lutherkirche zu Heidenau.⁵¹⁴ In Pirna fand sie im „Weißen Roß“ statt, wo die feierliche Übergabe durch den „Kreisleiter der evangelischen Jugend Herrmann“ vorgenommen und die Aufnahme durch den Bannführer des HJ-Bannes 177, Kurt Täube, vollzogen wurde. Die Ansprache hielt Pfarrer Teichgräber. Sie gipfelte in den Worten: „Alle wollen an dem großen Tempel des neuen deutschen Reiches mitbauen helfen; drum auf mit Hitler und Luther für Deutschland und für den Glauben.“⁵¹⁵ Einige Einzelheiten aus der Übernahme-Übereinkunft zwischen HJ und evangelischer Jugend erfahren wir aus anderer Quelle: „Die evangelische Jugend ist am 19./20. Februar in die Hitlerjugend eingegliedert worden... Aus dem Eingliederungsvertrag ist folgendes hervorzuheben: Die evangelische Kirchgemeinde hat das Recht, die Jugend an zwei festzulegenden Wochentagen durch von ihr bestimmte Jugendleiter zu betreuen. Die Führung der Hitlerjugend bzw. des BDM verpflichtet sich, alle evangelische Jugend der Gemeinde an den vereinbarten Wochentagen vom Dienst zu befreien, sie auch ihrerseits nicht mehr als zweimal wöchentlich in Anspruch zu nehmen und für die Freihaltung des Sonntags für evangelische Jugendarbeit, insbesondere für den Gottesdienst, mindestens an zwei Sonntagen im Monat Sorge zu tragen.“⁵¹⁶

Im Jahre 1935 verstärkte sich die Werbung für die Hitlerjugend vor allem an den Schulen. Vom 26. Bis 28. April gab es Werbezeltlager des Jungvolks in verschiedenen Orten des Kreises.⁵¹⁷ Kreisleiter Gerischer rief alle Eltern der neuen Schüler der 5. Klassen auf, ihre Kinder ins Jungvolk und in die Jungmädchenschaft zu schicken.⁵¹⁸

Diese Anstrengungen weisen auf den zu dieser Zeit für die NSDAP noch für völlig unzureichend gehaltenen Entwicklungsstand an den Schulen hin.

Aus der Pestalozzi-Schule in Pirna-Copitz wird berichtet, dass im Jahre 1935 der Mitgliederbestand in HJ und Jungvolk unbefriedigend sei. Von 451 Jungen und 425 Mädchen wären nur 5 in der HJ, 64 im Jungvolk und 88 im BDM. Aus diesem Grunde wäre ein für alle nicht der HJ angehörenden Schüler ein „Staatsjugendtag“ eingeführt worden, „um ihnen das nationalsozialistische Gedankengut näher zu bringen...“ Wegen des unbefriedigenden Mitgliederstandes führte der Direktor in den Klassen eine persönliche Umfrage nach dem Grund des Nichteintritts durch. Sie brachte „fast überall die Angabe, dass die Eltern nicht in

513 Gesetze bei Münch, S. 82, 82-85. Zur Hitlerjugend vgl. Wippermann, S. 150-175, Schneider, S. 377-392 und die entsprechenden Artikel in der Enzyklopädie des Nationalsozialismus.

514 PA, 3.3.1934, S.2.

515 PA, 6.3.1934, S. 11.

516 Pirnaer Kirchenblatt, März 1934, S. 10.

517 PA, 26.6.1935, S.8.

518 PA, 2.5.1935, S.7.

der Lage seien, die mit dem Eintritt verbundenen Kosten zu tragen⁵¹⁹ „...Es mag im Einzelfall zutreffen, denn mit dem Eintritt waren ja Uniform und bei den Jungen Koppel, Schulterriemen und Dolch anzuschaffen. Naheliegender erscheint jedoch, dass zu diesem Zeitpunkt noch ein Teil der Eltern auf diese Art passiven Widerstand leistete.“⁵²⁰

Manche aus der Hitlerjugend zu hörenden Töne dürften Eltern in dieser Zeit auch noch zu Zurückhaltung bewegt haben, wenn sie z.B. im „Pirnaer Anzeiger“ in einem Bericht über das „1. Untergautreffen des BDM und JM des Kreises 177 in Pirna“ lesen konnten, dass die Obergauführerin Brüß den Mädchen folgendes Edda-Wort ans Herz legte: „Treue leben – todtrotzend kämpfen – lachend sterben!“⁵²¹

Im Frühjahr 1936 wurden die Werbemaßnahmen nachdrücklicher. So erfahren wir, die Lehrerschaft setze sich dafür ein, „dass in den betreffenden Jahrgängen kein Junge und kein Mädchel mehr sein werden, die außerhalb des Jungvolks stehen“ (bezogen auf die 5. und 6. Klassen). Auch bei der Schulaufnahme in der „Deutschen Ober- und Aufbauschule“ in Pirna erging der Appell: „Du gehörst in die HJ!“⁵²²

Dieser Druck scheint von Erfolg gekrönt gewesen zu sein. So hören wir über „Erfassung der Schuljugend im Jungvolk und Jungmädelschaft“ von 100-prozentiger Eingliederung in 24 Orten des Kreises und von über 90 Prozent in anderen. „Es ist damit zu rechnen, dass noch im Laufe dieser Woche auch in diesen Orten die gesamte Schuljugend im Jungvolk und in der Jungmädelschaft steht.“⁵²³

So hat das Gesetz über die Hitlerjugend vom 1.12.1936 mit der dort verkündeten Organisationspflicht lediglich einen Schlusspunkt der völligen Einverleibung der Schuljugend in die Staatsjugendorganisation gesetzt.

Ganz hat das aber anscheinend nach wie vor nicht funktioniert. Manche Eltern fanden noch Gründe für Enthaltensamkeit. Anders ist kaum zu verstehen, dass noch im August 1938 die „fast restlose Eingliederung in die HJ“ aus der Städtischen Oberschule für Mädchen vermeldet wird. Trotzdem wurde ihr das Recht zuteil, die HJ-Fahne zu hissen.⁵²⁴

Zwischen 1937 und 1938 gelang es in den meisten Städten, der HJ eigene Heime zur Verfügung zu stellen. Die Bürgermeister setzten sich dafür ein, stellten die nötigen Mittel zur Verfügung oder warben sie von Betrieben und Institutionen ein. In Pirna konnte das Heim im Juni 1937 in der ehemaligen Schule an der Reichsstraße (Maxim-Gorki-Straße) eingeweiht und bezogen werden.⁵²⁵

Der HJ- bzw. BDM-Pflichtdienst, der aus einer Kombination von ideologischer Berieselung und Marschübungen mit Lied bestand, war nicht für jedermanns Geschmack. Manch eine(r) entzog sich, mit Zustimmung der Eltern, die Entschuldigungszettel schrieben oder Krankmeldung abgaben. Zudem gab es auch Kompetenzgerangel zwischen Schulleitungen, Lehrern und der HJ, weil der Dienst auch den Schulalltag beeinträchtigen konnte.

HJ-Dienst bestand neben Heimabenden in der Teilnahme an zahlreichen Sammlungen (Winterhilfswerk oder „Lumpen, Gläser, Eisen und Papier...“), in den „Geländespielen“, Kampfspiele, in denen es oft rüde zugeht und die der vormilitärischen Ausbildung dienen, aber auch in der Tätigkeit in Sonderformationen, wie Fanfarenzügen, in Segelflug-, Wassersport- oder Motorsportabteilungen – der ganze Jugendsportbereich war ja von der HJ

519 Schuljahresbericht 1934/35.

520 Eschrich, Elke/ Neumeister, Maximilian, Entstehung und Entwicklung des Schulwesens in Pirna-Copitz. Hektographiertes Manuskript aus dem Jahre 1987, S.49.

521 PA, 8.7.1935, S.12.

522 PA, 15.4.1936, S.2.

523 PA, 22.4.1936, S.7.

524 PA, 23.8.1938, S.2.

525 PA, 21.6.37, S.10.

vereinnahmt worden. In diesen Formen konnten Jugendliche durchaus interessiert und gebunden werden. Während des Krieges diente die HJ weitgehend der Vorbereitung auf den Kriegsdienst und dem Luftschutz.

Der Anspruch, wie er durch die eingangs zitierten Hitlerworte kundgetan wurde, und die Wirklichkeit klafften häufig weit auseinander. Das Bild einer total überwachten und indoktrinierten Jugend erscheint erheblich überzeichnet. Wenn heute zuweilen in Filmen über die HJ berichtet wird und „Zeitzeugen“ zu Wort kommen, die sich in freudvollen Erinnerungen ergehen, handelt es sich bei denen meist um Leute, die irgendwelche Führungsfunktionen innehatten. Aus der Sicht der einfachen Marschierer, und das waren die meisten, ergeben sich ganz andere Wahrnehmungen.

Natürlich bleiben auch hier eine ganze Reihe von Fragen offen, weil sich aus dem Überlieferten zwar ein äußerer Rahmen erkennen lässt, aber eine objektive und differenzierte Widerspiegelung der Wirksamkeit der Hitlerjugend-Erziehung auf die Masse der Jugendlichen nach wie vor schwer fällt. Sicher prägte die NS-Propaganda, die sich ja besonders auf die Jugend eingestellt hatte, das Denken und Fühlen wahrscheinlich des größeren Teils junger Menschen. Ob man dabei allerdings von einer „Generation im Gleichschritt“ reden kann? Nicht überliefert sind widerständige Haltungen und Taten Jugendlicher aus unserem Kreis. Gab es sie - und wie äußerten sie sich?

9. Kirche und NS

Wenn hier von Kirche die Rede ist, ist in erster Linie die evangelisch-protestantische Kirche gemeint. Die Katholiken stellten in unserem Kreis eine Minderheit dar. Einbezogen wird in diesem Abschnitt auch die Gemeinschaft der Zeugen Jehovas als am stärksten von der Hitlerregierung verfolgte christliche Glaubensgemeinschaft.

Ein gründlicherer Überblick über das Verhältnis von Kirche und Nationalsozialismus und das kirchliche Leben in Pirna zwischen 1933 und 1945 steht noch aus. Dazu wären längere und intensivere Untersuchungen erforderlich, die bislang noch nicht erfolgten, aber wünschenswert wären. Deshalb ist Beschränkung angebracht. Sie bezieht sich auf die wesentlichsten Tendenzen in den Beziehungen zwischen NS und Kirche im Kreis Pirna, vor allem auf die Frage: Warum rückte die evangelische Kirche 1933 in einem erschreckenden Maße in die Nähe der faschistischen Machthaber?

Antworten, die zu dieser Frage in der geschichtswissenschaftlichen Literatur gegeben werden, betreffen folgende Punkte:

In den evangelischen Landeskirchen war seit der Reformation der jeweilige Landesherr Oberhaupt der Kirche. Daraus resultierte ihre Obrigkeitshörigkeit. In der Weimarer Republik war nach der Beseitigung der Monarchie der Kirche das Oberhaupt abhanden gekommen. Sie konnte während der Jahre 1919 bis 1933 nicht ein positives Verhältnis zu diesem Staat aufbauen, sondern unterstützte nationalistische, völkische, monarchistische und antidemokratisch-konservative politische Bestrebungen, Parteien und Organisationen, wobei DNVP und „Stahlhelm“ ihrerseits eng mit der protestantischen Kirche verbunden waren.⁵²⁶ Übereinstimmung mit Deutschnationalen und bald der Hitlerpartei gab es auch für deren aggressiven Ziele, die nur durch Krieg erreichbar waren. In dem 1930 veröffentlichten Buch von Otto Dibelius „Ob Krieg sein darf nach Gottes Willen?“ ist zu lesen: „In der Geschichte der Menschen reiht sich Gewalttat an Gewalttat, Krieg reiht sich an Krieg. Das Schicksal wird gestaltet durch einen unausgesetzten Kampf aller gegen alle. Krieg ist immer gewesen. Alles, was wir Kultur nennen, ist bestimmt worden durch die großen Entscheidungen, die auf den Schlachtfeldern gefallen sind...der Krieg ist eine natürliche Lebensordnung der Völker. Auch die Religion erhebt dagegen nicht Protest, auch das Christentum nicht.“⁵²⁷

Der christliche Antijudaismus war seit dem Ende des 19. Jahrhunderts mehr und mehr mit dem völkisch geprägten verbunden und verschmolzen (vgl. Hofprediger Stöcker u.a.). So stieß der Antisemitismus der Nazis nicht auf Widerstand, sondern auf (zumindest stillschweigende) Billigung.

Der Antikommunismus und Antimarxismus der deutschen Faschisten wurde befürwortet als Kampf gegen die „Gottlosenbewegung“, das Freidenkertum. Selbst zur Sozialdemokratie fand die evangelische Kirche während der Weimarer Republik keinerlei Beziehung. Auch die „religiösen Sozialisten“ sahen sich durch die Kirchenführungen beföhdet.⁵²⁸

Schon im Dezember 1932 äußerte sich die völkische antidemokratische Tendenz innerhalb der evangelischen Kirche in unserem Raum in einer Veröffentlichung mit „Forderungen des deutschen Protestantismus für Staat und Kirche, vertreten vom Evangelischen Bunde“: „Das Volkstum ist eine Gottesschöpfung, und der Staat ist eine Gottesordnung. Darum fordern wir

⁵²⁶ Fischer, Fritz, Bündnis der Eliten. Zur Kontinuität der Machtstrukturen in Deutschland 1871-1945. Düsseldorf 1985, S. 79.

⁵²⁷ Zitiert nach ebenda, S. 80.

⁵²⁸ Vgl. Denzler/Fabricius, Christen und Nationalsozialisten. Darstellung und Dokumente. Frankfurt am Main 1995, S. 16-27.

eine kraftvolle und gerechte, vor Gott verantwortliche Staatsleitung, die bewusst dem durch Blut und Geschichte geformten Volkstum dient und darum Gehorsam fordern kann.“ In einem weiteren Satz: „Ablehnung jedes Klassenkampfgedankens, (um) „auf dem Boden der Volkseinheit die Volksgemeinschaft zu stärken.“⁵²⁹

Als nach dem Machtantritt Hitlers Terrorakte und erste Judenverfolgungen im Ausland zu Protesten führten, wandte sich der Stellvertretende Vorsitzende des Lutherischen Weltkonvents, Landesbischof D. Ihmels in Dresden, mit folgendem Telegramm an den Vorsitzenden, Prof. D. Morehead in Newyork,: „Bitte der Lügenpropaganda gegen Deutschland entschieden entgegenzutreten.“⁵³⁰

Von einem Protest der sächsischen Landeskirche oder der Pirnaer Geistlichkeit gegen den Boykott jüdischer Geschäfte am 1. April 1933 ist nichts bekannt. Dagegen schrieb D. Ihmels am 2. April 1933 in der Täglichen Rundschau: „Wie sollte sie (die Volkskirche) dann nicht in ehrfürchtiger Dankbarkeit die ungeahnte Wandlung begrüßen, die sich vor ihr vollzogen hat. Sie kann nur den Versuch machen, diese Wandlung durch die Predigt, die ihr befohlen ist, in der Tiefe - in Gott selbst - zu verankern. Darum darf es ihr eine besondere Freude sein, daß jene Bewegung selbst schon den Zusammenhang mit Gott sucht und bewusst pflegt.“⁵³¹

Hitlers Geburtstag wurde zum Anlass für ein spezielles Gebet am 2. Osterfeiertag wahrgenommen, das auf Anordnung des evangelischen Landeskonsistoriums Sachsen in allen Kirchen zu verlesen war:

„Herr, allmächtiger Gott, der du lenkest die Völker nach deinem Rat, behüte in Gnaden das Deutsche Reich. Segne den Reichspräsidenten! Lass deinem Schutz und Schirm den Kanzler des Deutschen Reiches befohlen sein. Rüste ihn in seinem neuen Lebensjahr aus mit der Kraft aus der Höhe. Hilf ihm, die Bürde der Verantwortung im Regiment zu tragen und lege deinen Segen auf das schwere Werk der Wiederaufrichtung unseres Vaterlandes, zum Wohle des ganzen Volkes und zur Ehre deines Namens.“⁵³²

So wurde denn auch in Sachsen der Religionsunterricht an den Schulen für alle Schüler Pflicht, während man den Lebenskundeunterricht, den es in der Weimarer Republik gab, abschaffte.⁵³³

Da für den Religionsunterricht nicht genügend ausgebildete Kräfte zur Verfügung standen, erging an alle Lehrer die Aufforderung, ihre Bereitschaft zur Erteilung dieses Unterrichts zu äußern.

Jeder Höhepunkt und Festtag des neuen Regimes fand durch entsprechende Gottesdienste seine Begleitung, wie z. B. der „Nationalfeiertag der Arbeit“ am 1. Mai 1933.⁵³⁴

Vorstand und Ausschuss des sächsischen Pfarrervereins erklärten am 4. Mai in Leipzig: „Der Sächsische Pfarrer-Verein, der sich vom Vertrauen der sächsischen Pfarrerschaft getragen

⁵²⁹ Pirnaer Kirchenblatt, Dezember 1932, S.30.

⁵³⁰ Das Evangelische Deutschland. Kirchliche Rundschau für das Gesamtgebiet des Deutschen Evangelischen Kirchenbundes, Nr. 14, S. 116. Zitiert nach Klee, Die SA Jesu Christi, S. 26.

⁵³¹ Czermak, Gerhard, Christen gegen Juden. Geschichte einer Verfolgung. Von der Antike bis zum Holocaust, von 1945 bis heute. Hamburg 1997, S. 202.

⁵³² PA, 14.4.33, S.2.

⁵³³ PA, 20.4.1933, S.2.

⁵³⁴ PA, 29.4.33, S.2.

weiß, ist nach wie vor ihre geordnete Standesvertretung und wird freudig am Aufbau des neuen Staates im Sinne der Regierung mitarbeiten“.⁵³⁵

9.1. Veränderung der innerkirchlichen Verfassung der evangelischen Kirchen

Die äußerst komplizierten und widersprüchlichen Vorgänge und Veränderungen, die in der evangelischen Kirche während der Jahre 1933 bis 1939 abliefen, können hier im einzelnen nicht wiedergegeben werden. Sie wären zwar vonnöten, um die örtlichen Vorgänge ganz zu erfassen. Das würde aber das hier mögliche Maß historischer Betrachtungen weit übersteigen. Verwiesen sei deshalb auf die Literatur zu diesem Thema in den Anmerkungen.

Wesentliche Stationen sollen jedoch skizziert werden.

Die „Deutschen Christen“ (DC) waren der protestantische Ableger der NSDAP. Sie entstanden Anfang der dreißiger Jahre. Ihre Führer hatten z.T. hohe Parteiämter inne.

In ihren Richtlinien forderten die Deutschen Christen eine Reichskirche, Abschaffung des inzwischen eingeführten innerkirchlichen Parlamentarismus, Kampf gegen den Pazifismus, Freimaurerei und Bolschewismus. Sie wollten einen „artgemäßen“ Christusglauben. Rasse, Volkstum, Staat und Nation waren nicht hinterfragbare Schöpfungsordnungen. Judenmission und Eheschließung zwischen Deutschen und Juden werden abgelehnt. Auch hieß es: „Wir fordern...Schutz des Volkes vor den Untüchtigen und Minderwertigen. Die Innere Mission darf keinesfalls zur Entartung unseres Volkes beitragen.“⁵³⁶

Die „Deutschen Christen“ erklärten in ihren Richtlinien vom 26. Mai 1932: „Wir kämpfen für einen Zusammenschluss der im ‚Deutschen Evangelischen Kirchenbund‘ zusammengefassten 29 Kirchen zu einer evangelischen Reichskirche“. Denzler urteilt dazu: „Das Ziel hieß also: eine einzige gleichgeschaltete Kirche, dem Führerprinzip entsprechend von oben nach unten gebaut und somit dem Totalitätsanspruch des NS leicht unterzuordnen.“⁵³⁷

Nach Hitlers Machtantritt unterwanderten die „Deutschen Christen“ regelrecht die evangelische Kirche und verfochten den Gedanken einer einheitlichen Reichskirche; andere Gruppierungen schlossen dem an, zumal durch die „Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“ deren Selbständigkeit fast völlig aufgehoben war.

Wie diese Kirche aussehen sollte, liest sich in den Richtlinien der „Deutschen Christen“ für die Umgestaltung des kirchlichen Lebens vom 6.5.1933 so: „Die Verfassung der kommenden Reichskirche wird wie die des Deutschen Reiches den Parlamentarismus überwunden haben, um die Form zu finden, die allein Ausdruck des deutschen Menschen unseres Zeitalters sein kann: Herrschaft der Besten unter einem selbstgewählten Führer mit dem Ziel, Art, Form und Typus des deutschen Menschen in seinem Ringen um Gott zu leiten und zu schützen. Der Forderung nach einer solchen Kirche kommt der heutige Staat entgegen. Er braucht die Kirche als das stärkste Mittel einer sittlichen und gesunden Volkserziehung. Erst die Gleichschaltung von Staat und Kirche kann die unerhörte Kraftsteigerung hervorbringen, deren die Nation zur Erreichung ihrer Ziele bedarf.“⁵³⁸

⁵³⁵ PA, 7.5.33, S.2.

⁵³⁶ Czermak, S. 176/77.

⁵³⁷ Denzler/Fabricius, S. 41.

⁵³⁸ Michalka, S. 80.

Am 20.5.1933 wurden von Vertretern der Landeskirchen die Grundzüge der Reichskirche formuliert. Die Zersplitterung sollte überwunden, ein Reichsbischof als Oberhaupt gewählt werden, ihm zur Seite ein geistliches Ministerium und die Nationalsynode stehen.⁵³⁹

Am 27.5.1933 wählten Beauftragte aller Landeskirchen Friedrich von Bodelschwingh zum Reichsbischof. Diese Wahl stieß auf Widerstand und Protest der DC.

In unserem Kreis wandten sich zum Beispiel die Kirchenvorstände von Friedrichswalde und Ottendorf gegen die Wahl v. Bodelschwinghs. Sie traten ein für die Wahl des Wehrkreispfarrers Ludwig Müller (Nazi und Führer der „Deutschen Christen“).⁵⁴⁰

Wegen des massiven gegen ihn gerichteten Widerstandes schied v. Bodelschwingh nach etwa vier Wochen aus dem Amt. Am 11.7.1933 unterzeichneten alle Landeskirchen die „Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche“; die Hitler-Regierung bekräftigte diesen Schritt mit einem Reichsgesetz. Für den 23.7.1933 wurden kurzfristig kirchliche Neuwahlen angesetzt, deren Vorbereitung von einer breiten Propagandatätigkeit von DC und NSDAP begleitet war. Ihr Ergebnis: Über 70 Prozent der Stimmen entfielen auf die Liste der „Deutschen Christen“, lediglich knapp 30 Prozent auf die Liste der „Evangelischen Kirche“ (getragen von der Jungreformatorischen Bewegung). Am 27.9.1933 wählte die Nationalsynode in Wittenberg Ludwig Müller einstimmig zum Reichsbischof. Laut „Pirnaer Anzeiger“ hatte er bereits am 29.6. die Leitung des Evangelischen Kirchenbundes übernommen.⁵⁴¹

Über diese die evangelischen Kirchen geradezu umwälzenden Vorgänge liegen aus unserem Kreis eine ganze Reihe von Informationen vor. So wurde Ende Juni die Sächsische Landessynode aufgelöst. Bischof D. Ihmels verstarb. Die Sächsische Staatsregierung betraute mit den Geschäften eines Landesbischofs den Freiburger Pfarrer Coch, der seit 1931 NSDAP-Mitglied war.⁵⁴²

Bei den Kirchenwahlen am 23.7.1933 lagen „im Bezirk Pirna nur Einheitslisten“ vor, so dass sich eine Wahl allenthalben erübrigte!⁵⁴³ Dort, wo in Sachsen vereinzelt Wahlen stattgefunden hatten, entfielen rund 75 Prozent der Stimmen auf die „Deutschen Christen“. Am 6.8. wurde die Landessynode gewählt, die gleichfalls nur aus den Listenvertretern der DC bestand. Mitgeteilt wird gleichzeitig, dass der Parlamentarismus in der sächsischen Landeskirche gleichfalls überwunden sei und die Synode nur zwei Aufgaben zu lösen hätte: Eine neue Kirchenverfassung anzunehmen und den Landesbischof zu wählen. Danach habe sie sich aufzulösen und nicht wieder zusammenzutreten.⁵⁴⁴

Nachdem von der Spitze her alles neu geregelt war, konnte auch die Kirchengemeindevertretung in Pirna neu formiert werden. Dazu lag selbstverständlich eine einheitliche Vorschlagsliste vor. Die Liste der „Gewählten“ enthält neben dem NS-Bürgermeister Scheufler Vorsitzenden, den NSDAP-Kreisleiter Sterzing als 1. Stellvertreter, als Mitglieder die NS-Stadträte Baum und Stievermann und weitere prominente Leute

⁵³⁹ Ebenda, S. 42.

⁵⁴⁰ PA, 8.6.1933.

⁵⁴¹ PA, 30.6.1933, S.2.

⁵⁴² PA, 30.6.1933, S.2; 4.7., S.2.

⁵⁴³ PA, 25.7.1933, S.2.

⁵⁴⁴ PA, 26.7.1933, S.2.

gleichen oder ähnlichen Zuschnitts aus der Beamten-, Lehrer-, Handwerker- und Kaufmannschaft.⁵⁴⁵

Gegen die Überwältigung der Kirche durch die DC und die Gleichschaltungsaktionen der Reichskirchenleitung unter Müller regte sich Widerstand. Unter Leitung des Berliner Pfarrers Martin Niemöller konstituierte sich am 11. September 1933 der „Pfarrernotbund“, aus dem die kirchliche Protestbewegung der „Bekennenden Kirche“ hervorging, die dem Reichsbischof den Gehorsam aufkündigte. Daraufhin schritt Reichsbischof Müller zu Repressionen gegen widerständige Pfarrer.

Auch in Sachsen entstand eine „Bekenntnisgemeinschaft der evangelisch-lutherischen Kirche“, an deren Spitze die Dresdner Hahn und Fasold standen.⁵⁴⁶ Gegen die „28 Thesen“ der sächsischen Landeskirche erhob sich vereinzelt Widerspruch, wie z. B. durch den Oschatzer Oberkirchenrat D. Rietschel.⁵⁴⁷

Im April 1935 sah sich die sächsische Staatskanzlei zu einer Stellungnahme im Kirchenstreit veranlasst: „In letzter Zeit ist in verschiedenen Teilen Sachsens wiederholt beobachtet worden, daß unter dem Deckmantel religiöser Glaubensäußerungen Versuche unternommen worden sind, den Gemeinschaftswillen des deutschen Volkes zu schwächen. Die Auslassungen, die sogar z.T. von den Kanzeln während des Gottesdienstes gemacht wurden, sind ...geeignet, die Autorität des Staates und der Bewegung zu schädigen... Besonders verwerflich ist dabei, daß einzelne Pfarrer ihre Autorität... dazu benutzen, durch übertriebene und falsche Darstellung der kirchlichen Lage den inneren Frieden zu stören... Gegenüber diesen politischen Verfehlungen blieb kein anderer Weg als sie zur Vermeidung stärkerer Beunruhigung weiter Volkskreise in Schutzhaft zu nehmen.“⁵⁴⁸

Zu den im April verhafteten 20 sächsischen Pfarrern gehörte aus unserem Kreis Pfarrer Dr. Klemm aus Burkhardswalde, der wie andere bis Anfang Juni ins Konzentrationslager Sachsenburg eingewiesen wurde.⁵⁴⁹ Dr. Klemm hatte sich als einer der ganz wenigen Pfarrer des Kreises der Bekennenden Kirche angeschlossen. Zu ihr gehörte auch Pfarrer Schumann aus Hohnstein, der 1934 vom Dienst suspendiert worden war, weil er gegen die Misshandlung der Schutzhäftlinge im Lager Burg Hohnstein protestiert hatte.⁵⁵⁰

In einer Versammlung in Pirna erklärte Pfarrer Teichmann, in Sachsen wären die kirchenpolitischen Wellen nicht so hoch gegangen. Die 28 Thesen des Landeskirchenamtes wären dazu die Grundlage. Die Losung hieße: „Mit Luther und Hitler für deutschen Glauben in einer neuen Volkskirche!“⁵⁵¹

Wenn auch Müller im Juli 1934 Hitler gegenüber erklärte, dass von 28 zersplitterten Landeskirchen 22 in die evangelische Reichskirche aufgegangen wären und bei drei weiteren die Eingliederung in vollem Gange sei, standen doch drei noch außerhalb diese „Einigungswerks“.⁵⁵² Die sächsische Landeskirche unter dem DC-Bischof Coch aber stand fest zu Müller, der gegen Oppositionelle durchgriff.

⁵⁴⁵ Vgl. Pirnaer Kirchenblatt, Oktober 1933, S. 17. Dort auch: Ein Wort des Landesbischofs Coch vom 1. Juli 1933 nebst Rückblick auf die innerkirchlichen Veränderungen und den Aufruf des Landesbischofs an die evangelische Jugend Sachsens.

⁵⁴⁶ StAP, B III-XV, 69, Bl. 30.

⁵⁴⁷ Ebenda, Bl. 35.

⁵⁴⁸ PA, 20./21.4.1935, S. 6.

⁵⁴⁹ StAP, B III-XV, 69, Bl 229 und 233.

⁵⁵⁰ PA, 5.6.1934, S. 3.

⁵⁵¹ PA, 30.3.1934, S. 11.

⁵⁵² PA, 20.7.1934, S. 7.

Der „Pirnaer Anzeiger“ gab in diesem Kirchenstreit lediglich die Positionen der gleichgeschalteten Führungskräfte und der Reichsregierung wieder. Da verschärfte sich der Ton Ende 1934. So lesen wir über eine Stellungnahme des Reichinnenministers Frick, der zwar einräumte, dass „die Reichskirchenführung bei der Eingliederung der 28 Landeskirchen gesetzwidrig vorpreschte“, wodurch Streit entstanden sei, bei dem „staatsfeindliche und landesverräterische Kräfte mitmischten“. Er versicherte Neutralität des Staates, dann kam allerdings die erpresserische Drohung: „...die Reichsregierung hat jedenfalls gar kein Interesse daran, Kirchen, die der inneren Erbauung dienen sollen, die aber nur Zank und Streit ins Volk tragen, mit zu finanzieren.“⁵⁵³

Der „Reichsbischof“ ließ sich nicht halten. Am 16.7.1935 berief Hitler Hans Kerrl zum Minister für „kirchliche Angelegenheiten“. Am 24. September 1935 erschien das „Gesetz zur Sicherung der deutschen evangelischen Kirche“. , wenig später dazu eine Verordnung, die bestimmte: „Der Reichsminister für die kirchlichen Angelegenheiten bildet aus Männern der Kirche einen Reichskirchenausschuss.“ Der „leitet und vertritt die evangelische Kirche und erlässt Verordnungen in den innerkirchlichen Angelegenheiten“. Er ernennt und entlässt Beamte der Kirche im Einvernehmen mit dem Minister.⁵⁵⁴

Im Februar 1937 trat der Reichskirchenausschuss zurück. Hitler verordnete die Wahl einer Generalsynode mit Erlass vom 15.2.1937, in dem es heißt: „Nachdem es dem Reichskirchenausschuss nicht gelungen ist, eine Einigung der kirchlichen Gruppen der Deutschen Evangelischen Kirche herbeizuführen, soll nunmehr die Kirche in voller Freiheit nach eigener Bestimmung des Kirchenvolkes sich selbst eine neue Verfassung und damit eine neue Ordnung geben. Ich ermächtige daher den Reichsminister für die kirchlichen Angelegenheiten, zu diesem Zweck die Wahl einer Generalsynode vorzubereiten und die dazu erforderlichen Maßnahmen zu treffen.“⁵⁵⁵

Eine Wahl der Generalsynode fand aber nicht statt, denn die Naziführung fürchtete eine Entscheidung zugunsten der Bekennenden Kirche. So wurde der Präsident der Deutschen Evangelischen Kirchenkanzlei und DC-Mann Dr. Werner vorerst mit der Leitung der „laufenden Geschäfte der DEK“ betraut. Nach dem Anschluss Österreichs verordnete Dr. Werner den Pfarrern, ihre „Treuepflicht gegenüber Führer, Volk und Reich“ mit folgendem Eid zu bekräftigen:

„Ich schwöre: Ich werde dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler, treu und gehorsam sein, die Gesetze beachten und meine Amtspflichten gewissenhaft erfüllen, so wahr mir Gott helfe.“⁵⁵⁶

Eidesverweigerungen aus dem Kreis Pirna sind nicht bekannt.

9.2. Die „Deutschen Christen“ in Pirna

Etwas verwunderlich erscheint es, dass die organisatorischen Strukturen der „Deutschen Christen“ in Pirna erst im Oktober 1933 geschaffen wurden. Während des Sommers müssen ihre Anhänger aber schon recht zielstrebig und durchaus koordiniert im Kreise am Werke gewesen sein. Anders wäre das Zustandekommen der „Einheitslisten“ im ganzen Kreis nicht

⁵⁵³ PA, 9.12.1934, S. 6. Vgl. auch 14.12.1934, S.1.

⁵⁵⁴ Denzler/Fabricius, S. 79, RGBI I, 1935, S. 1178 und PA, 7.10.1935, S. 2.

⁵⁵⁵ Kirchenblatt für Sachsen, Februar 1937, S. 44 und PA, 16.2.1937, S. 1.

⁵⁵⁶ Denzler/ Fabricius, S. 85/86. Das sächsische Landeskirchenamt bekräftigte diese Verordnung mit einer eigenen Anordnung. Vgl. PA, 21.4.1938, S.2.

denkbar gewesen. Auch einige DC-Veranstaltungen fanden während des Sommers in mehreren Orten statt, wie aus der örtlichen Presse, zu erfahren ist.

Den Startschuss zur organisatorischen Sammlung der DC im Kreis gab NSDAP-Kreisleiter Sterzing, der dazu für den 20.7.1933 eine Massenkundgebung einberief.⁵⁵⁷

Zur Gründung einer Ortsorganisation kam es offenbar erst im Ergebnis einer „Volksmissionswoche“ ab 9. Oktober mit Vorträgen von Pfarrern aus dem Kreis und mit Themen, die z. T. deutlich von der angestrebten Richtung zeugen, u.a.: „Von der Volksgemeinschaft zur Volkskirche“, „Christentum und Hakenkreuz“, „Christus und das neue Deutschland“. In diesem Zusammenhang wurde auch berichtet, die Glaubensbewegung „Deutsche Christen“ umfasse mit einem Monatsbeitrag von 25 Rpf. (Erwerbslose beitragsfrei) „alle die, welche am Aufbau einer lebendigen Volkskirche im Geiste Luthers“ fürs Volk des dritten Reiches mithelfen wollten.⁵⁵⁸

Nach dem Vortrag über „Christentum und Hakenkreuz“ durch Pfarrer Börner-Ottendorf fand am 12. Oktober die Gründungsversammlung der „Deutschen Christen“ im „Weißen Roß“ statt. Zum Gruppenführer gewählt wurde Oberstudiendirektor Bartholomey, zur Führung gehörten weiterhin Pfarrer Teichgräber, Studienrat Oehmichen und Rienäcker. Die Veranstaltung erhielt die musische Weihe durch die SA-Standartenkapelle 177, die Kurrende unter Kirchenmusikdirektor R. B. und den Posaunenchor mit Pfarrer Teichgräber. Nach dem Festgottesdienst zum Handwerkertag am 15.10. in der Marienkirche (unten die Innungen, der Stahlhelm, die Amtswalter, BDM, oben die Frauen und andere Gemeindemitglieder) gab es eine Kundgebung der DC auf dem Marktplatz mit einer Rede Bartholomeys vom Rathausbalkon. Anschließend verteilte man Mitgliederzettel, die in den Haushalten abgeholt werden sollten.⁵⁵⁹ Wie viele Gemeindemitglieder diese Zettel mit ihrer Beitrittserklärung abgaben ist nirgendwo zu erfahren.

Über „Deutsches Christentum“ sprach Pfarrer Teichgräber nach einer Ankündigung „jeden Donnerstag im Realgymnasium. Beginn: 19.30 Uhr. Unkostenbeitrag 20 Pfg.“.⁵⁶⁰ Die DC war auch in anderen Orten des Kreises mit mancherlei Veranstaltungen präsent, wie z. B. Pfarrer Leichte aus Königstein mit seinem Vortrag „Christen an die Front“.⁵⁶¹ An welche wohl? In einer öffentlichen Versammlung des Christlichen Eltern- und Parochialvereins in Lohmen verbreitete sich Pfarrer R. zum Thema „Adolf Hitler und das Christentum“. Der Nationalsozialismus, sagte er, bahne Wege, auf denen die christliche Religion vorwärtsgehen könne, und umgekehrt wirke christlicher Geist im nationalsozialistischen Staate. Wir aber sollten aus der Kirche Kraft für unser Volk gewinnen und für dasselbe einsetzen; das sei auch der beste Dank für den Führer, den uns Gott geschenkt habe.⁵⁶²

„Gottesfeiern“ der DC im Kreise fanden in den folgenden Jahren immer wieder statt. Das geschah meist in den Kirchen, in einigen Fällen auch in öffentlichen Versammlungssälen.⁵⁶³ Ankündigungen und Einladungen finden sich auch in den Pirnaer Kirchenblättern.

In der Leitung des Pirnaer Kirchenbezirks trat 1937 eine Veränderung ein. Oberkirchenrat Dr. Zweynert, seit 1916 in Pirna, ging in den Ruhestand. Mit der kommissarischen Übernahme

⁵⁵⁷ StAP, B III-XV, 68, Bl. 111-113. Dort auch Bericht über die Kundgebung.

⁵⁵⁸ Pirnaer Kirchenblatt, November 1933, S. 22: Luther und Hitler, von Landesbischof Coch, S. 23: Bericht über die Volksmissionswoche.

⁵⁵⁹ Ebenda, S. 23 und PA, 15.10.1933, S. 10 und 17.10., S.2.

⁵⁶⁰ Pirnaer Kirchenblatt, Dezember 1933, S. 27.

⁵⁶¹ PA, 25.11.1933, S.2.

⁵⁶² PA, 21.2.1934, S. 8.

⁵⁶³ Vgl. z. B. PA, 1.4.1934, S.2; 23.4.1936, S.2; 24.9.1937, S.4; 15./16.1.1938, S.4; 4.2.1938, S.4.

der Superintendentur betraut wurde der DC-Pfarrer Leichte aus Königstein betraut.⁵⁶⁴ Im Mai 1937 in die erste Pfarrstelle der Marienkirche in Pirna gewählt, wird ihm bei seiner Amtseinführung, die am 26. Juni mit der endgültigen Einweisung in die Superintendentur durch Landesbischof Coch vonstatten geht, bescheinigt: „Für die nationalsozialistische Bewegung setzte er sich schon lange vor der Machtergreifung ideell und materiell ein, im Januar 1933 meldete er sich als Parteimitglied an, als Amtswalter arbeitet er aktiv mit in der NSV.“⁵⁶⁵

Es gab übrigens nur wenige Pfarrer im Kreis Pirna, die nicht der NSDAP angehörten. Zudem existierte noch die „NS-Pfarrerschaft“ in Sachsen, der im Februar 1935 bereits 518 Mitglieder angehörten.⁵⁶⁶

9.3. Die Nähe zum NS-Staat

Im Juli 1933 verfügte die sächsischen Evangelischen Landeskirche die Einrichtung eines „Wehrkirchlichen Amtes“ und bestimmte, dass bei Auftragsvergaben ausschließlich christliche (arische!) Firmen zu bedenken sind.⁵⁶⁷ Mit diesen Verfügungen lag sie voll im Trend, wie wir heute sagen würden. Schon im Juni entstand in Pirna eine „Fachschaft Kirchenmusik des NSLB (NS-Lehrerbund) unter Leitung des Pirnaer Organisten K. H.“⁵⁶⁸

Im September trafen sich im Kirchgemeindehaus Pirna-Copitz die Evangelischen Jungmänner- und Jungmädchenvereine Pirna-Copitz und der „Jugendbund für entschiedenes Christentum“. Dessen Bundessekretär Gröschel aus Dresden erklärte ihnen: „Wie das Dritte Reich für seine politische Aktion in seiner eigenen Mitte zusammengeballte organisierte Kraft braucht, so kann die neue deutsche Volkskirche angesichts der ungeheuren missionarischen Aufgabe, die vor ihr liegt, den organisierten Stoßtrupp(!) von Bruderschaften junger Menschen nicht entbehren. Das evangelische Jugendwerk, insbesondere das evangelische Jungmännerwerk, das auch in den 14 Jahren nationaler und sittlicher Zersetzung unter dem Pesthauch des Materialismus und den Stürmen der Gottlosenbewegung, die Fahnen des Reiches Gottes hochgehalten hat, ist berufen, Stoßtrupp der neuen deutschen Volkskirche zu sein.“⁵⁶⁹

Im Copitzer Christlichen Elternverein sprach am 16. November im Erbgerichtssaal der Dresdner Sekretär Hildebrandt in einem „bevölkerungspolitischen Abend“ über „Rassenhygiene und Bevölkerungspolitik“!⁵⁷⁰

Am 10.12.1933 verabschiedete die Sächsische evangelisch-lutherische Landessynode 28 Thesen. Hier einige wesentliche Auszüge:

„3. Die Volkskirche bekennt sich zu Blut und Rasse, weil das Volk eine Bluts- und Wesensgemeinschaft ist. Mitglied der Volkskirche kann daher nur sein, wer nach dem Rechte des Staates Volksgenosse ist. Amtsträger der Volkskirche kann nur sein, wer nach dem Rechte des Staates Beamter sein kann (sogenannter Arierparagraph).“

⁵⁶⁴ PA, 23.6.1937, S.2 und Kirchenblatt für Sachsen, August 1937, S. 67.

⁵⁶⁵ Kirchenblatt für Sachsen, Juni 1938, S. 71 und PA, 30.5.1938, S.2.

⁵⁶⁶ PA, 4.2.35, S.2.

⁵⁶⁷ PA, 15.7.1933, S.2.

⁵⁶⁸ PA, 18.6.1933, S.3.

⁵⁶⁹ PA, 20.9.1933, S.8.

⁵⁷⁰ Pirnaer Kirchenblatt, November 1933, S. 23.

4. Volkskirche bedeutet nicht Ausschluss von Christen anderer Rasse von Wort und Sakrament und von der großen christlichen Glaubensgemeinschaft. Der Christ anderer Rasse ist nicht ein Christ minderen Ranges, sondern ein Christ anderer Art. So macht die Volkskirche Ernst damit, daß die christliche Kirche noch nicht in der Vollendung göttlicher Ewigkeit lebt, sondern an die Ordnung gebunden ist, die Gott diesem Leben gegeben hat.

5. Weil die deutsche Volkskirche die Rasse als Schöpfung Gottes achtet, erkennt sie die Forderung, die Rasse rein und gesund zu erhalten, als Gottes Gebot. Sie empfindet die Ehe zwischen Angehörigen verschiedener Rasse als Verstoß gegen Gottes Willen...⁵⁷¹

Die sächsische Landeskirche übernahm damit Bestimmungen des „Gesetzes über die Wiederherstellung des Berufsbeamtentums und wesentliche Bestandteile der faschistischen Rassendoktrin, wobei sie sich in gewundenen Formulierungen von ihren „nichtarischen“ Glaubensgenossen abgrenzte.

Dem entspricht eine „Pflichtveröffentlichung“ im Pirnaer Kirchenblatt, in der es heißt: „Bei der Neugestaltung der Evangelischen Kirche im Dritten Reich geht es um einen wechselseitigen Dienst zwischen evangelischer Kirche und Nationalsozialismus...Dazu gehört, dass sie nicht nur die geniale Führung Adolf Hitlers vertrauensvoll bejaht, sondern dass sie auch die Weltanschauung des Nationalsozialismus verständnisvoll durchdringt und in sich verständnisvoll aufnimmt.“⁵⁷²

In Königstein suchte die NSDAP-Ortsgruppe ein Domizil. Pfarrer Leichte bot es ihnen in der Alten Pfarre an. Anlässlich des „Hebeschmauses“ betonte er, das „soll die enge Verbundenheit zwischen Kirche und Partei zum Ausdruck bringen.“ Die Einweihung des Königsteiner Braunen Hauses fand Anfang Juni 1933 nach einem Festgottesdienst statt; Pfarrer Leichte überreichte den Schlüssel.⁵⁷³

Die von den DC gepflegte Symbolik von der Vereinigung von „Christenkreuz und Hakenkreuz“ finden wir bei der Glockenweihe in der Luthergemeinde Heidenau. Dazu lesen wir: „Auf der einen Seite sind die Namen der beiden großen Männer zu lesen, die unser Vaterland erretteten: Paul v. Hindenburg und Adolf Hitler. Dazwischen erhebt sich das heilige Sonnenrad, das Hakenkreuz und darunter die Jahreszahl 1933.“⁵⁷⁴

Als Militärfarrer für die wiedereingerichtete Garnison empfahl sich Pfarrer Ebert mit einem Vortrag im Gemeindeabend am Reformationsfest 1935 zum „Deutschen Soldatenglauben in drei Jahrhunderten“. Am 26.1.1936 gab es dann den „ersten Militärgottesdienst seit 5./6.1.1919“ in der Marienkirche. „Standortpfarrer Ebert verkündete auch die Umwandlung des „Volkstrauertages“ in einen „Heldengedenktag“. So war es nur konsequent, wenn er im Krieg als Divisionspfarrer Dienst tat.⁵⁷⁵

Dass die Pfarrämter an der Produktion der von den Nazis geforderten Ariernachweise maßgeblich beteiligt waren, wurde bereits erwähnt.

Seit 1934 propagierten Teile der DC ein „germanisches Christentum“, mit dem Bestreben, alles Jüdische aus der Bibel und dem Glauben schlechthin zu eliminieren, dafür aber

⁵⁷¹ Zitiert nach: Eschwege, Kennzeichen „J“, S.72. Wörtliche Wiedergabe der 28 Thesen: Pirnaer Kirchenblatt, Februar 1934, S. 5/6 und StAP., B III-XV, 68, Bl. 36f.

⁵⁷² Pirnaer Kirchenblatt, März 1934, S. 9.

⁵⁷³ PA, 25.3.1934, S. 2/3 und 5.6., S.2.

⁵⁷⁴ PA, 22.4.1934, S. 9, dort auch Abbildung der Glocke und 24.4., S. 2.

⁵⁷⁵ PA, 1.11.1935, S.2; 23.1.1936, S.2; 22.2.1937, S.2; Kirchenblatt für Sachsen, Juli 1940, S. 42.

Elemente der germanischen Glaubensvorstellungen wieder zu beleben. Sie griffen dabei auf Rosenbergs Schrift „Der Mythos des 20. Jahrhunderts“ zurück. Im Juli 1933 war sogar eine besondere „deutsche und nordische Glaubensbewegung“ ins Leben gerufen worden. Das zeigte auch bei uns einige Wirkung. So setzte sich Pfarrer Zweynert aus Papstsdorf mit dieser Bewegung in einem Vortrag kritisch auseinander, betonte dabei aber ausdrücklich, dass er für die DC sei.⁵⁷⁶ Dagegen spürte ein DC-Pfarrer in der Luthergemeinde Heidenau den Anknüpfungspunkten zwischen Christentum und germanischer Religion nach – in einem „Der Führer“ angekündigten Vortrag, später dann Pfarrer Ebert in Pirna mit einem Vortrag über „germanische Frömmigkeit“. Über die „Bedeutung des Germanentums für die Gegenwart“ informierte auch Pfarrer Rothe vor der Frühjahrstagung des Ephoral-Kirchenchorverbandes Pirna, wobei er mit „dreifachem Sieg-Heil auf den Führer und das deutsche Volk“ schloss.⁵⁷⁷

Eigentümlich klingt schon die abgrenzende Stellungnahme zu diesen Angriffen auf die fundamentalen Christlichen Schriften, gegenüber diesem germanischen Christentum, die im Kirchenblatt 1937 veröffentlicht wurde. Den Gegnern des Alten Testaments werden dort Antworten in acht Punkten erteilt. Die ersten beiden lauten:

„1. Dass das Weltjudentum eine Gefahr bedeutet, wird kein Christ leugnen. Dieses Weltjudentum ist aber nicht das Volk Gottes. Seit der Kreuzigung Jesu liegt auf dem Volk Gottes Fluch.

2. Das Alte Testament verherrlicht kein Volk, am wenigsten das Volk Israel. Im Gegenteil, es zeigt mit schonungsloser Härte auf, dass Gott ein Volk zerbricht, das ihm nicht gehorchen will. Das furchtbare Schicksal des Volkes der Bibel soll jedem Volk eine Warnung sein.“⁵⁷⁸
Also: Bewahrung des Alten Testaments bei wiederbelebtem und ausgeprägtem Antisemitismus. Selbst das erschien den sächsischen DC-Leuten nicht vertretbar. Die Erwiderung folgte in einem Rosenberg rechtfertigenden Artikel unter der Überschrift: „Der Verrat an Luther und der Mythos des 20. Jahrhunderts“.⁵⁷⁹

„Am 4. April 1939 gründeten 13 deutsche Landeskirchen in Eisenach das ‚Institut zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses auf das kirchliche Leben‘...Zu den Arbeitsergebnissen gehörten ein ‚entjudetes‘ Neues Testament (1941) sowie im gleichen Jahr ein ‚judenreiner‘ Katechismus...Auf das Alte Testament wurde ganz verzichtet.“⁵⁸⁰ Dass die sächsische Landeskirche dabei war, versteht sich beinahe von selbst.

Die Führung der evangelischen Landeskirche Sachsens trug das Ihre zur Ausbreitung des Antisemitismus bei.

So lieferte in Pirna der Superintendent der evangelischen Kirche, Leichte, den theologischen Begleittext zum Novemberpogrom. Er rief über die Presse zu Veranstaltungen auf. Eingeladen hatte er den Prof. der Theologie Dr. Wolf Meyer-Erlach, Jena, Rektor der Schiller-Universität. In „Gottesfeiern“ der „Markgemeinde Pirna der ‚Deutschen Christen‘ (Nationalkirchliche Einung)“ sprach der über „Wende des Glaubens“ und in den Nachversammlungen über das Thema „Luther und die Juden“; und zwar in Königstein am 11.11., Heidenau am 12.11., und in Pirna am 13.11. Die Nachversammlung in Pirna findet im Feldschlösschen statt.⁵⁸¹

⁵⁷⁶ PA, 11.10.1934, S.2.

⁵⁷⁷ PA, 17.10.1934, S.2; 27.2.1937, S.2. 20.5.1935, S.7.

⁵⁷⁸ Kirchenblatt für Sachsen, Mai 1937, S. 56.

⁵⁷⁹ Kirchenblatt für Sachsen, November 1937, S. 112/113.

⁵⁸⁰ Czermak, S. 232/233.

⁵⁸¹ PA, 10.11.1938, S.2.

Wir gehen sicher nicht fehl in der Annahme, daß er weniger Luthers Schrift von 1523, „Dass Christus ein geborener Jude sei“, in den Mittelpunkt seiner Auslassungen stellte, sondern vielmehr jene üble, in geradezu Pogromempfehlungen mündende von 1543: „Von den Juden und ihren Lügen“. Dort erteilt Luther solch schockierende Ratschläge, die Synagogen und Schulen der Juden anzubrennen, ihre Häuser zu zerstören, ihnen die Freizügigkeit zu nehmen, gleichfalls alle Barschaft, Silber und Gold und sie aus dem Lande zu treiben.⁵⁸²

Im Januar 1939 war Meyer-Erlach wiederum zur Stelle. Nachdem er bereits am 6.1. in Bad Schandau und am 7.1. in der Christugemeinde in Heidenau aufgetreten war, sprach er am Abend des 8.1. in der Pirnaer Marienkirche zum Thema „Luther und die Juden“.⁵⁸³

Am 27.2.1939 erfolgte per Gesetz des Landeskirchenrats der Ausschluss von Juden aus der Evangelischen Kirche Sachsens.⁵⁸⁴

Am 17. Dezember 1941 erschien eine Erklärung der nationalkirchlichen evangelischen deutschen Kirchenführer über die kirchliche Stellung evangelischer Juden (unterschrieben von den Landesbischöfen bzw. Landeskirchenpräsidenten von Sachsen, Anhalt, Thüringen, Hessen, Mecklenburg, Schleswig-Holstein und Lübeck) mit folgendem Text:

„Die nationalsozialistische deutsche Führung hat mit zahlreichen Dokumenten unwiderleglich bewiesen, daß dieser Krieg in seinen weltweiten Ausmaßen von den Juden angezettelt ist.

Als Glieder der deutschen Volksgemeinschaft stehen die unterzeichneten deutschen Evangelischen Landeskirchen und Kirchenleiter in der Front dieses historischen Abwehrkampfes, der unter anderem die Reichspolizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden als der geborenen Welt- und Reichsfeinde notwendig gemacht hat. Schon Dr. Martin Luther erhob nach bitteren Erfahrungen die Forderung, schärfste Maßnahmen gegen die Juden zu ergreifen und sie aus deutschen Landen auszuweisen. Von der Kreuzigung Christi bis zum heutigen Tage haben die Juden das Christentum bekämpft oder zur Erreichung ihrer eigennützigen Ziele missbraucht oder verfälscht. Durch die christliche Taufe wird an der rassischen Eigenart des Juden, seiner Volkszugehörigkeit und seinem biologischen Sein nichts geändert. Eine deutsche evangelische Kirche hat das religiöse Leben deutscher Volksgenossen zu pflegen und zu fördern. Rassejüdische Christen haben in ihr keinen Raum und kein Recht. Die unterzeichneten deutschen Evangelischen Kirchen und Kirchenleiter haben deshalb jegliche Gemeinschaft mit Judenchristen aufgehoben. Sie sind entschlossen, keinerlei Einflüsse jüdischen Geistes auf das deutsche religiöse und kirchliche Leben zu dulden.“⁵⁸⁵

9.4. Die Pirnaer Bekenntnisgemeinde

Ein aufschlussreiches Dokument zum „Kirchenkampf“ der Jahre 1933 bis 1937 ist die zweibändige Materialsammlung des Studienrats (Otto) Hermann Schreiter im Stadtarchiv Pirna. Sie enthält fast alle wesentlichen Dokumente, besonders auch die des Landesbruderrates Sachen der Bekenntnisgemeinde, Briefe und andere Schriftstücke. Schreiter war offenbar der Spiritus rector der Pirnaer Brudergemeinde, die über die Stadt hinaus wirkte.

⁵⁸² Vgl. Rudolf Hirsch/ Rosemarie Schuder, Der gelbe Fleck. Berlin 1987, das Kapitel: Josel von Rosheim - Luther - Osiander!

⁵⁸³ PA, vom 6.1.1939, S.5. Zu Meyer-Erlach vgl.: Ernst Klee, Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945. Frankfurt am Main 2003, S. 409.

⁵⁸⁴ Eschwege, Kennzeichen „J“, S. 354.

⁵⁸⁵ Czermak: S. 338/39.

In welchem Zeitraum diese Brudergemeinde existierte, ist nicht genau feststellbar. Die überlieferten Schriftstücke betreffen die Zeit von 1934 bis 1937. Vom 2.1.1934 stammt ein anonymes Schreiben an die Geschäftsstelle des Pfarrernotbundes in Berlin-Dahlem mit der Erklärung, dem Freundeskreis des Pfarrernotbundes angehören zu wollen.⁵⁸⁶ Schreiter zugegangen war bereits die erste Erklärung der Bekenntnissynode von Barmen (29.-31.5.1934), vorher bereits die Erklärung der Bekenntnisgemeinschaft der evangelisch-lutherischen Kirche in Sachsen vom 6.5.1934, gezeichnet von Hahn und Fasold.⁵⁸⁷ Am 8.1.1935 teilt Studienrat Schreiter mit, die Geschäftsstelle der Pirnaer Bekenntnisgemeinde befinde sich in der Waisenhausstraße 36. Er nannte als Mitglieder u.a. Arno Kläber aus Mockethal, Frau Pfarrer Peter, später noch Buchhändler Senf, Pfarrer Dr. Klemm aus Burkhardswalde, Familie Dr. v. Hopfgarten und Georg v. Carlowitz aus Liebstadt.⁵⁸⁸

An direkten Äußerungen des Ortsbruderrates Pirna liegt nur eine vor. Sie richtete sich an den Reichskirchenausschuß in Berlin und stammt vom 9.11.1935. Ihr Wortlaut: „Wenn der Reichskirchenausschuß seine Aufmerksamkeit auch auf die Befriedung der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens erstreckt, bitten wir zu berücksichtigen: Der Landesbischof Coch und seine Mitarbeiter, auch nach mehrfachem Wechsel derselben, ganz bes. Seck, sind als Kirchenführer für uns unmöglich. Weder die Art, wie sie sich aufgeschwungen haben, noch die, wie sie sich durchzusetzen suchen, ist mit christlichem Wesen nach Schrift und Bekenntnis vereinbar. Nie werden wir zu ihnen Vertrauen haben und mit ihnen zusammenarbeiten können. Zuviel an Sünd und Unrecht ist getan. Sie auf ihren Posten zu lassen, würde nur äußere Scheinbefriedung ergeben. Selbst ihnen gehorsame Superintendenten, wie der hiesige, fühlen diese Unwürdigkeit und sprechen sich über sie aus; die Menge drückt ihre Meinung in sarkastischen Witzen aus...“⁵⁸⁹

Über die zahlenmäßige Stärke des Ortsbruderrates gibt es zwei Angaben: Am 13.5.1936 spricht Schreiter von 37 Mitgliedern, am 29.1.1937 von 40.⁵⁹⁰

Am 25.4.1936 teilte er auf eine Anfrage mit, dass es in Pirna keine Bekenntnis-Pfarrer gebe.⁵⁹¹ Pfarrer Dr. Klemm war nach seiner Inhaftierung 1935 anscheinend entlassen oder versetzt worden. Einige Pfarrer waren aber am 5.8.1935 einer Einladung zu einem Informationsgespräch „in der Wohnung der Mutter des Pfarrers Schumann von Hohnstein, verw. Emma Schumann, Bergstraße 18“, gefolgt. Die Pirnaer Polizei erkannte dabei die Pfarrer Klemm (Burkhardswalde), Karl (Groß-Cotta), Hellner (Dohna), Müller (Heidenau-Lutherkirche), Dr. Ranft (Oberhelmsdorf), v. Schmidt (Langenhennersdorf), Ploedterll (Königstein), Vorwerk (Liebstadt), Scherffig (Heidenau-Christuskirche), ferner einen kleinen dicken Mann und Schreiter.⁵⁹² Informiert hatten sich die genannten Pfarrer, aber zum Bekenntnis reichte es nicht, wohl wegen der dann zu erwartenden Sanktionen durch Superintendentur oder Landesbischof.

Schreiter und seine Aktivitäten wurden also von der Politischen Polizei überwacht. Am 14.2.1935, erfahren wir, benahm er sich bei Grenzübertritt zur CSR verdächtig und wurde durchsucht. Man fand aber nichts, was für ihn belastend gewesen wäre. Unterschrieben von allen drei Mitgliedern der Politischen Polizei Pirna, heißt es aber in einem dazugelieferten Bericht:

⁵⁸⁶ StAP, B III-XV, 68, Bl. 44,

⁵⁸⁷ Ebenda, Bl. 24 und 30.

⁵⁸⁸ Ebenda, Bl. 158 170 und 195.

⁵⁸⁹ StAP, B III-XV, 69, Bl. 7.

⁵⁹⁰ Ebenda, Bl. 29, 58

⁵⁹¹ Ebenda, Bl. 114.

⁵⁹² StAP, B III-XXVI, 183, 617, Polizeiakte von Hermann Schreiter. Polizeibericht vom 7.8.1935.

„Schreiter ist an der hiesigen Deutschen Oberschule angestellt und als Religionsfanatiker bekannt. Er gehört der Bekenntnisgemeinschaft der evangelisch lutherischen Kirche an. Er ist eifriger Verfechter des Alten Testaments. Wiewohl Schreiter kein Freimaurer war, so kann seine Verfechter (Verfechtung!) des Alten Testaments als freimaurerisch angesehen werden....Nach Auskunft des Vertrauensmannes ist die gesamte Lehrerschaft der hiesigen Deutschen Oberschule mehr oder weniger reaktionär eingestellt.“

Schreiter wäre politisch nicht hervorgetreten. Er werde weiter beobachtet.⁵⁹³

Anfang 1936 richtete der NSDAP-Kreisleiter Gerischer auf eine Denunziation von Schülerinnen hin eine Beschwerde gegen Schreiter an den Schulrat. Es ging um Äußerungen im Religionsunterricht. In seiner Stellungnahme verwahrt sich Schreiter gegen die Vorwürfe und betont, er sei immer ein nationaler und religiöser Streiter gegen Marxismus und proletarisches Freidenkertum gewesen.⁵⁹⁴ Der Vorfall hatte anscheinend keine Konsequenzen für ihn. Es muss allerdings auch danach noch zu Kollisionen zwischen ihm und Schul- und Kirchenbehörden gekommen sein, denn am 18.9.37 berichtete Oberbürgermeister Dr. Brunner an die Gestapo, Schreiter wäre „auftragsgemäß eindringlichst verwarnet worden.“⁵⁹⁵

Wie sich die Bekenntnisgemeinde über das Jahr 1937 hinaus verhielt, ist bisher nicht aufzuklären gewesen.

Es waren also nur ganz wenige Glieder der evangelischen Kirche in Pirna, die sich mehr oder minder offen zu ihr hinfanden. Sie war ja auch nicht wohl gelitten. Das geht schon daraus hervor, dass ihr die Überlassung des Gemeindesaals zu Bibelstunden im Februar 1937 durch Superintendent Zweynert verwehrt wurde. Als Begründung musste ein Zeitungsartikel Schreiters in Nr. 123 der „Sonntagsrufs“ herhalten, wo es dann heißt: „Wegen der Beleidigung der Pirnaer Geistlichen (wolle man) weitere Schritte unternehmen.“⁵⁹⁶

Grundsätzlichen Widerstand gegen den Hitlerfaschismus gab es von den offiziellen Kirchen und ihren Führungen nicht, wohl aber von einer kleinen Minderheit aufrechter Christen beider Konfessionen, die sich dabei der Missbilligung durch ihre Kirchenoberen ausgesetzt sahen. Wurden von den Leitungen Proteste oder Widersprüche laut, dann bezogen sie sich auf die Abwehr von Eingriffen der Staats- und Parteiführung in innerkirchliche Angelegenheiten.⁵⁹⁷ Was freilich einfache Mitglieder beider großen Kirchen über das Kirchen- und Staatsregime dachten, ist eine ganz andere Sache. Sie artikulierten das aber nicht oder nur selten, und deshalb kann man höchstens Vermutungen anstellen...

9.5. Die Ausgrenzung kleinerer religiöser Gemeinschaften. Die Verfolgung der Zeugen Jehovas

War die NS-Führung anfangs bestrebt, die evangelische Kirche durch die Installation einer Reichskirchenführung an sich zu binden, so ging sie gleichzeitig gegen alle kleineren Religionsgemeinschaften vor. Auf dieser Linie lag die Festnahme eines „adventistischen Kolporteurs“ in Rosenthal/Schweizermühle. Der Vorgang wurde begleitet von der Mahnung zur „Überwindung der Uneinigkeit und Eigenbrötelei im kirchlichen Bereich. Es bedeutet eine Schädigung des Staatslebens (!), wenn man die Kirche zu untergraben sucht, die doch in erster Linie dazu berufen ist, den neuen Staat zu stützen und die Volksgemeinschaft zu

⁵⁹³ Ebenda.

⁵⁹⁴ Ebenda.

⁵⁹⁵ Ebenda.

⁵⁹⁶ StAP, B III-XV, 69, Bl. 55.

⁵⁹⁷ Ausführlich dazu: Denzler/ Fabricius und Czermak.

fördern.⁵⁹⁸ 1934 wurde der „Christliche Missions- und Hilfsdienst“ verboten – nach der „Verordnung zum Schutze von Volk und Staat“ Seine Räume waren zu schließen, sein Vermögen zu beschlagnahmen.⁵⁹⁹ Die Gruppe der „Gegenwartschristen“ löste sich selbst auf.⁶⁰⁰ Der Auflösung als verbotene Vereinigung verfiel der „Bund freireligiöser Gemeinden Deutschlands e. V.“⁶⁰¹ Das Verbot der „Wachturm-Bibel- und Traktat-Gesellschaft“ kam für Sachsen im Juli 1935.⁶⁰² Die „Reformationsgemeinde der Siebenten-Tags-Adventisten“ traf es im Oktober 1936.⁶⁰³

Die in den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts in Amerika gegründeten Gemeinschaften der „Ernsten Bibelforscher“ nannten sich ab 1931 Zeugen Jehovas. In Deutschland gehörten zu ihr um 1933 etwa 20.000 bis 25.000 Mitglieder. Sie zeichnen sich aus durch eine auf dem Bibelwort gegründete Frömmigkeit, die sie gleichzeitig zu untadeliger Lebensführung und missionarischem Eifer anhält. Ab April 1933 wurden sie in einigen deutschen Ländern, darunter auch in Sachsen, verboten, ab 1936 auch reichsweit. Beide Amtskirchen begrüßten das, sahen sie doch in den Zeugen Jehovas und anderen kleinen Glaubensgemeinschaften abwertend „Sekten“. Von allen religiösen Gemeinschaften aber widerstanden die Zeugen Jehovas den Nazis am hartnäckigsten. Sie verweigerten den Hitlergruß, weil „Heil“ nur mit Blick auf Gott zu erwarten sei; sie lehnten Eide gegenüber weltlicher Macht ab, also auch den Eid auf den „Führer“; sie weigerten sich zu flaggen, sie gingen nicht wählen und sie lehnten Wehr- und Kriegsdienst ab. All das hatte keinen politischen Hintergrund, sondern erwuchs aus ihrer religiösen Überzeugung.

Etwa 10.000 von ihnen erlebten in den Jahren 1933 bis 1945 Verhaftung und Einweisung in Schutzhaftlager, Gefängnisse und Zuchthäuser, davon rund 2.000 Einweisung in Konzentrationslager, wo sie einen eigenen, violetten Winkel erhielten. Ungefähr 1.200 verloren dabei ihr Leben, von denen etwa 250 wegen Kriegsdienstverweigerung hingerichtet wurden.⁶⁰⁴

In Pirna war vom Verbot am 20.4.1933 zu lesen. Am 22.7. konnte man von Haussuchungen bei „Bibelforschern“ in Heidenau vernehmen, bei denen Schriftmaterial zu beschlagnahmen war. Wegen „beleidigender Äußerungen gegen die Reichsregierung“ erlebte ein Heidenauer Zeuge Jehovas im September die Einweisung in das Schutzhaftlager Hohnstein, ein zweiter die Festnahme wegen „staatsfeindlicher Umtriebe“ im Dezember.⁶⁰⁵ In den gleichen Tagen im Dezember, an denen in Pirna und Umgebung zahlreiche Kommunisten verhaftet wurden, richteten sich Polizeiaktionen auch gegen die Zeugen Jehovas. Die Aktion gegen sie förderte viele zu beschlagnahmende Druckschriften zutage, gegen zwei Personen folgten Haftbefehle.⁶⁰⁶ „Erneut in Schutzhaft genommen“ wurde in Heidenau eine „den Ernsten Bibelforschern zugehörige Frau“ Ende Januar 1934.⁶⁰⁷

Am 12.11.1933 meldete Gendarmeriekommissar Leuschke aus Struppen nach Pirna, dass Mitglieder der Internationalen Bibelforscher-Vereinigung, „die sich jetzt ‚Zeichen Jehovas‘ nennen“, Wahlboykott betrieben. Die Spuren würden nach Pirna führen. Daraufhin nahm die

⁵⁹⁸ PA, 4.8.1933, S.2.

⁵⁹⁹ PA, 29.7.1934, S.2.

⁶⁰⁰ PA, 21.5.1935, S.2.

⁶⁰¹ PA, 27.5.1935, S.2.

⁶⁰² PA, 24.7.935, S.2.

⁶⁰³ 7.10.1936, S. 2.

⁶⁰⁴ Vgl. Wippermann, S. 257-261; Steinbach, Peter/ Tüchel, Johannes, Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Bonn 1994, S. 193-201. Grundlegendes Werk zu Zeugen Jehovas zwischen 1933 und 1945: Detlef Garbe, Zwischen Widerstand und Martyrium. Die Zeugen Jehovas im „Dritten Reich“. München 1993.

⁶⁰⁵ PA, 20.4.1933, S.2; 22.7., S.2; 29.9., S.2; 19.12., S.2.

⁶⁰⁶ PA, 21.12.1933, S.2.

⁶⁰⁷ PA, 1.2.1934, S.2.

Politische Polizei in Pirna bei Rudolf Kluge eine Haussuchung vor, beschlagnahmte Schriften, nahm ihn in Verwahrungshaft und wies ihn in die Fronfeste ein. „Um aller Gegenstände, Bücher und Schriften habhaft zu werden, wurde Kluge am 14.11. gegen 22 Uhr aus der Verwahrungshaft wieder entlassen und aufgefordert, bis zum 16.11.33 alle noch unter den Sektenmitgliedern befindlichen Geräte, Bücher und Schriften zu sammeln und in der Polizeiwache abzugeben.“ Kluge versprach es.

Insgesamt beschlagnahmte die Polizei ca. 15 Zentner Bücher und Schriften neben Möbel und einem Harmonium. Alles kam in die Polizeiwache Pirna und später in den städtischen Speicher in der Artilleriekaserne. Beschlagnahme von Schriften gab es dann noch bei zwölf weiteren Mitgliedern. Kulaszewicz (taucht noch in anderer Schreibweise auf), Wenzel und Kluge teilten dem Wahlvorstand brieflich mit, dass sie aus religiöser Überzeugung nicht wählen gehen würden. Sie waren dann am Wahltage auswärts wandern gewesen, um Schlepfern zu entgehen. Kluge, ehemaliger Vertrauensmann in Pirna, erklärt, er hätte seinen Mitgliedern gesagt, jeder müsse nach seinem Gewissen handeln. Anweisungen hätte er nicht erteilt, aber Musterbrief-Abschriften weiter gegeben an Auswärtige.

Kluge versicherte bei der Vernehmung, Versammlungen hätte nach dem Verbot nicht mehr stattgefunden, Bücher und Schriften nicht mehr verteilt worden.⁶⁰⁸

Am 11.2.1935 wurden auf Anordnung des Polizeipräsidioms Dresden, Politische Abteilung, festgenommen und nach Dresden überführt: Kulaszewicz, Hanske, Wenzel, Messerschmidt, Kleinert, Margarete Richter, Maria Dinger, Louise Krause, Frida Kleinert, Gertrud Kluge, Max Riedel, Martha Wenzel, Hedwig Hering und Rudolf Herbrig. Alle, bis auf die wegen Erkrankung nicht transportfähige Frau Krause, wurden in Haft genommen und dem Polizeipräsidium Dresden zugeführt.⁶⁰⁹ Herbrig, Hörmann, Frieda Kleinert und Gertrud Kluge entließ man nach fast sieben Monaten aus der Schutzhaft am 3.9.1935, einige schon etwas früher. Gegen Wenzel, Kulaszewicz, Max Hanske und Alwin Messerschmidt verhandelte das Sondergericht Freiberg vom 30.10.-1.11.1935 wegen Weiterführung einer verbotenen Organisation.⁶¹⁰

Vom 25.9.1935 liegt eine Denunziation gegen Ernst Otto Reinert vor. „Frau Reinert habe auch eines Tages gesagt, daß ihr Ehemann keine Flinte mehr anfasse, wenn wieder einmal ein Krieg ausbräche. Er ließe sich dann lieber in der Heimat erschießen.“⁶¹¹

„Im Zuge der für den 22.12.36 gegen die Bibelforscher angeordneten Aktion wegen Verbreitung der Luzerner Bibelforscher-Resolution vom 12.12.36“ gab es eine Wohnungsdurchsuchung bei Alfred Müller. Weil er sich bei der Festnahme gewehrt hatte, gab es wegen Widerstandes und Beamtenbeleidigung zwei Wochen Gefängnis.⁶¹²

Auch zur Wahl 1938 traten Pirnaer Zeugen Jehovas nicht an und wurden deshalb wiederum bei der Gestapo registriert.

Müller befand sich seit 21.7.1938 in Schutzhaft im Konzentrationslager Buchenwald, kam dann am 23.10.1941 in das Konzentrationslager Niederhagen, Wewelsburg b. Paderborn; am

⁶⁰⁸ StAP, B III-XXVI, 183, 289, Wenzel, Max Erich, Bl. 1-12.

⁶⁰⁹ Ebenda, Bl. 13.

⁶¹⁰ Ebenda, Bl. 27.

⁶¹¹ Ebenda, Bl. 17f.

⁶¹² StAP, B III-XXVI, 183, Akten-Nr. 1451.

4.8.1943, da war er in Ravensbrück, wurde für ihn, nach mehr als fünf Jahren als „Vorbeugungs-Schutzhaft-Gefangener“, die Haft „probeweise aufgehoben“.⁶¹³

Nicht alle Verfahren gegen Zeugen Jehovas sind in den Archivunterlagen im Kreis dokumentiert. Rudolf Herbrig und Max Hanske befanden sich eine zeitlang ebenfalls in einem Konzentrationslager.⁶¹⁴

Drei der Zeugen Jehova aus unserem Gebiet ließen aber in der Haft oder als deren Folge ihr Leben: Erich Thomas aus Liebenthal verstarb 1944 im KZ Buchenwald, Hermann Schlenkrich aus Pirna-Zuschendorf kam vermutlich beim Todesmarsch während der Evakuierung des KZ Sachsenhausen ums Leben und Alfred Lange aus Zeschnig verstarb nach der Befreiung aus der Haft in Berlin am 14.11.1945.⁶¹⁵

Siegfried H. berichtete, dass sein Vater nach der Entlassung aus dem KZ den Wehrdienst nicht verweigerte und Soldat wurde. Er hatte Familie und Kinder. Im Verweigerungsfalle drohte Sippenhaft für die Angehörigen. Er unterwarf sich der Wehrpflicht, weil im Verweigerungsfalle die Kinder ihren Eltern weggenommen und in Fürsorgeerziehung gegeben wurden.⁶¹⁶

9.6. Die Katholiken

Nach dem Konkordat zwischen Hitlerregierung und Vatikan vom 20.7.1933 genossen die Katholiken in Deutschland gewisse Sonderrechte.⁶¹⁷ 1935 änderte sich aber einiges. Das Vorgehen gegen unbotmäßige Mönche, Priester, gar Bischöfe mit fadenscheinigen Begründungen erregte Teile der katholischen Öffentlichkeit, schließlich auch den Vatikan.

In Sachsen scheute man nicht davor zurück, den Bischof von Meißen, Dr. Peter Legge, in Untersuchungshaft zu nehmen – wegen „fahrlässigen Devisenvergehens“, und ihn in einem Prozess zu 100.000 RM Geldstrafe zu verurteilen, wovon 40.000 RM als durch achtmonatige U-Haft als verbüßt galten. Sein Bruder aber wurde zu 5 Jahren und der Generalvikar Prof. Dr. Soppe zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt.⁶¹⁸

Der Pirnaer Kaplan Albert Dänhardt und der Autoschlosser Maatz wurden am 3.5.1934 vom Bannführer Täube angezeigt, weil sie vom Zaun der katholischen Kirche ein Plakat entfernt hatten, das die katholische Jugend zum Eintritt in die HJ aufforderte. Außerdem befanden sich im Schaukasten der katholischen Kirche zwei Zeitungsausschnitte, die die Aufrechterhaltung selbständiger Jugendorganisationen der katholischen Kirche bekräftigten.⁶¹⁹

Gegen den 72jährigen Pfarrer de Lassalle leitete die Gestapo Dresden im April 1935 ein Ermittlungsverfahren ein – wegen eines Bittbriefs an Gemeindemitglieder um Spende von Kirchennotgeld. Wegen der dadurch eingezahlten 188,25 RM Spendengelder sperrte man das Girokonto des Pfarramtes! Die Oberstaatsanwaltschaft Dresden stellte das Verfahren aber ein, weil die Spendensammlung vor dem Verbot öffentlicher Sammlungen vom 20.4.1936 begangen und „keine höhere Strafe als ein Monat Gefängnis oder Geldstrafe zu erwarten“ war.⁶²⁰

⁶¹³ Ebenda.

⁶¹⁴ Gespräch mit seinem Sohn Siegfried H. am 2.3.2001.

⁶¹⁵ Chronik, S. 77 und Opferliste nach dem Stande von 1995, übermittelt durch Dr. Endler.

⁶¹⁶ Vgl. Wippermann, S. 261/262.

⁶¹⁷ Denzler/Fabricius, S. 112ff und 263ff (Text des Konkordats).

⁶¹⁸ PA, 25.11.1935, S. 5.

⁶¹⁹ StAP, B III-XXVI, 183, Akten-Nr. 2009.

⁶²⁰ StAP, B III-XXVI, 183, Akten-Nr. 586.

Literatur:

Das Literaturverzeichnis enthält nur solche Werke, auf die sich der Autor stützte und die ihm eine Hilfe bei der Einordnung örtlicher Vorgänge in den größeren Zusammenhang der deutschen Geschichte in den zwölf Hitlerjahren waren.

- Aly, Götz/ Heim, Susanne, Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die Pläne für eine neue europäische Ordnung. Frankfurt am Main 1993.
- Aly, Götz, Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus. Frankfurt am Main 2005.
- Baganz, Carina, Erziehung zur „Volksgemeinschaft“. Die frühen Konzentrationslager in Sachsen 1933-34/37. Berlin 2005
- Barkai, Avraham, Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Frankfurt am Main 1998
- Bergander, Götz, Dresden im Luftkrieg. Vorgeschichte, Zerstörung, Folgen. Würzburg 1998.
- Bergander, Götz, Bomben auf Pirna. Die alliierte Luftoffensive in den letzten Kriegsmonaten 1945. Vortrag vom 29. März 1995 vor dem Neuen Pirnaer Geschichtsverein e.V. Manuskriptdruck 1995.
- Bergschicker, Deutsche Chronik 1933-1945. Ein Zeitbild der faschistischen Diktatur. Berlin 1982.
- Bramke, Werner/ Heß, Ulrich (Hrsg.), Wirtschaft und Gesellschaft in Sachsen im 20. Jahrhundert. Leipzig 1998.
- Brenner, Hans, Zu den KZ-Verbrechen in den Jahren 1942-1945 im Raum der heutigen Bezirke Dresden und Karl-Marx-Stadt. In: Sächsische Heimatblätter, 2/1985, S. 62-73.
- Brenner, Hans, Eiserne „Schwalben“ für das Elbsandsteingebirge. KZ-Häftlingseinsatz zum Aufbau von Treibstoffanlagen in der Endphase des zweiten Weltkrieges. In: Sächsische Heimatblätter, 1/1999, S. 9-16.
- Brunner, Peter, Pirna im Zweiten Weltkrieg. Pirna 2005.
- Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. Eine Dokumentation, Bd. II, von Stefanie Endlich, Nora Goldenbogen, Beatrix Herlemann, Minika Kahl, Regina Scheer. Bonn 1999.
- Czermak, Gerhard, Christen gegen Juden. Geschichte einer Verfolgung. Von der Antike bis zum Holocaust, von 1945 bis heute. Reinbeck bei Hamburg 1997.
- Czok, Karl (Hrsg.), Geschichte Sachsens. Weimar 1989.
- Deist, Wilhelm / Messerschmidt, Manfred / Volkmann, Hans-Erich / Wette, Wolfram, Ursachen und Voraussetzungen des Zweiten Weltkrieges. Frankfurt am Main 1995.
- Denzler, Georg/ Fabricius, Volker, Christen und Nationalsozialisten. Darstellung und Dokumente. Frankfurt am Main 1995.
- Eichholz, Dietrich/ Pätzold, Kurt, (Hrsg.), Der Weg in den Krieg. Berlin 1989.
- Fischer, Fritz, Hitler war kein Betriebsunfall. München 1998.
- Fricke, Dieter u.a. (Hrsg.), Lexikon zur Parteiengeschichte. 4 Bände. Leipzig 1983-1986.
- Gossweiler, Kurt, Aufsätze zum Faschismus, 2 Bde., Köln 1988.
- Gutman, Israel (Hrsg.), Enzyklopädie des Holocaust. München, Zürich 1995.
- Gutte, Rolf/ Huisken, Freerk, Alles bewältigt, nichts begriffen! Nationalsozialismus im Unterricht. Berlin 1997.
- Haffner, Sebastian, Anmerkungen zu Hitler. Frankfurt am Main 1997.
- Hamerow, Theodore S., Die Attentäter. Der 20. Juli – von der Kollaboration zum Widerstand. München 1999.
- Hartung, Dieter, Literatur und Ästhetik des deutschen Faschismus. Berlin 1983.
- Herbert, Ulrich (Hrsg.), Europa und der „Reichseinsatz“. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938-1945. Essen 1991.
- Herbert, Ulrich, Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches. Bonn 1999.

- Hilberg, Raul, Die Vernichtung der europäischen Juden. Frankfurt am Main 1990.
- Hilberg, Raul, Täter, Opfer, Zuschauer. Die Vernichtung der Juden 1933-1945. Frankfurt am Main 1997.
- Hofer, Walter, Der Nationalsozialismus. Dokumente 1933-1945. Frankfurt am Main 1997.
- Hofer, Walter/ Čalić, Edouard/ Graf, Christoph/ Zipfel, Friedrich, Der Reichstagsbrand. Eine wissenschaftliche Dokumentation. Bearbeitet und neu herausgegeben von Alexander Bahar. Freiburg 1992.
- Hundhausen, Hans, Chronik Elbtalwerk Heidenau 1916-2000. 2 Bde.
- Illgen, Lothar, 26 Jahre volkseigenes Druckmaschinenwerk Victoria Heidenau. 85 Jahre Geschichte des Betriebes 1887-1972. Heidenau 1974.
- Jensch, Hugo, Juden in Pirna. Pirna 1997.
- Jensch, Hugo, Zur Industriegeschichte Pirnas. Versuch eines Überblicks. In: Pirnaer Hefte, Heft 2, Hrsg.: Kuratorium Altstadt Pirna. Petersberg 1999.
- Klee, Ernst, „Euthanasie“ im NS-Staat. Die „Vernichtung lebensunwerten Lebens“. Frankfurt am Main 1986.
- Klee, Ernst, Dokumente zur „Euthanasie“. Frankfurt am Main 1986.
- Klee, Ernst, „Die SA Jesu Christi“. Die Kirche im Banne Hitlers. Frankfurt am Main 1989.
- Klönne, Arno, Jugend im Dritten Reich. Die Hitlerjugend und ihre Gegner. Köln 1999.
- Kühnl, Reinhard, Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten. Köln 2000.
- Kuratorium Gedenkstätte Sonnenstein e.V. und Sächsische Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Nationalsozialistische Euthanasie-Verbrechen in Sachsen. Beiträge zu ihrer Aufarbeitung. Dresden, Pirna 1996.
- Memmi, Albert, Rassismus, Frankfurt am Main 1992.
- Michalka, Wolfgang (Hrsg.), Deutsche Geschichte 1933-1945. Dokumente zur Innen- und Außenpolitik. Frankfurt am Main 1996.
- Mosse, George L., Die Geschichte des Rassismus in Europa. Frankfurt am Main 1996.
- Münch, Ingo von (Hrsg.), Gesetze des NS-Staates. Paderborn, München, Wien, Zürich 1994.
- Overesch/ Saal, Die Weimarer Republik. Eine Tageschronik der Politik, Wirtschaft, Kultur. Augsburg 1992.
- Overesch/ Saal, Das Dritte Reich 1933-1945. Eine Tageschronik der Politik, Wirtschaft, Kultur. 2 Bde., Augsburg 1991.
- Pätzold, Kurt/Runge, Irene, Pogromnacht 1938. Berlin 1988.
- Pätzold, Kurt (Hrsg.), Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung. Dokumente des faschistischen Antisemitismus 1933 bis 1942. Berlin 1983
- Pätzold, Kurt/ Weißbecker, Manfred, Hakenkreuz und Totenkopf. Die Partei des Verbrechens. Berlin 1981.
- Pätzold, Kurt/ Schwarz, Erika (Hrsg.), Europa vor dem Abgrund. Das Jahr 1935 – Eine nicht genutzte Chance. Köln 2005.
- Pehle, Walter H. (Hrsg.), Der Judenpogrom 1938. Von der „Reichskristallnacht“ zum Völkermord. Frankfurt am Main 1990.
- Reichel, Peter, Der schöne Schein des Dritten Reiches. Faszination und Gewalt des Faschismus. Frankfurt am Main 1996
- Ruscher, Heinz, Illegale Kämpfer zwischen Hohwald und Winterberg. Sebnitz 1984
- Schilter, Thomas, Die nationalsozialistische „Euthanasie“-Tötungsanstalt Pirna-Sonnenstein 1940/41. Leipzig 1998.
- Schneider, Michael, Unterm Hakenkreuz. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933 bis 1939. Bonn, 1999.
- Schober, Manfred, Sebnitz in der Zeit des Faschismus. Eine Faktensammlung. In: Beiträge zur Heimatgeschichte, Heft 7. Sebnitz 1990
- SED-Kreisleitung Sebnitz, Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung (Hrsg.), Konferenzbericht. Dem Schweigen entrissen. Sebnitz 1980.

- Shirer, William L., Aufstieg und Fall des Dritten Reiches. Köln 1961.
- Steinbach, Peter/ Tuchel, Johannes, Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Bonn 1994.
- Szejnmann, Claus-Christian, Vom Traum zum Alptraum. Sachsen in der Weimarer Republik. Dresden 2000.
- Vollnhals, Clemens (Hrsg.), Sachsen in der NS-Zeit. Leipzig 2002.
- VVN-Bund der Antifaschisten e.V. im Freistaat Sachsen, Kreisverband Sächsische Schweiz (Hrsg.), Unsere Heimat unterm Hakenkreuz. Ein Beitrag zu nationalsozialistischer Gewaltherrschaft, Verfolgung und antifaschistischem Widerstand in Amtshauptmannschaft und Kreis Pirna von 1933 bis 1945. Erarbeitet von Dr. Boris Böhm, Dr. Günter Endler, Rudolf Hainy, Hugo Jensch, Günter Kosmol, Heinz Ruscher. Pirna 2003
- Wagner, Andreas, „Machtergreifung“ in Sachsen. NSDAP und staatliche Verwaltung 1030-1935. Köln 2004.
- Wehler, Hans-Ulrich, Politik in der Geschichte. München 1998.
- Weimann, Martin (Hrsg.), Das Nationalsozialistische Lagersystem. Frankfurt am Main 1998.
- Winkler, Heinrich August, Der Weg in die Katastrophe. Bonn 1990.
- Winkler, Ulrike (Hrsg.), Stiften gehen. NS-Zwangsarbeit und Entschädigungsdebatte. Köln 2000.
- Wippermann, Wolfgang, Wessen Schuld? Vom Historikerstreit zur Goldhagen-Kontroverse. Berlin 1997.
- Wippermann, Wolfgang, Umstrittene Vergangenheit. Fakten und Kontroversen zum Nationalsozialismus. Berlin 1998.
- Enzyklopädie des Holocaust. Haupthrg. Israel Gutman, Hrsg. Der deutschen Ausgabe: Eberhard Jäckel, Peter Longerich, Julius H. Schoeps. München Zürich 1995.
- Enzyklopädie des Nationalsozialismus. Hrsg. von Wolfgang Benz, Hermann Graml, Hermann Weiß. München 1997.

Archivalische Quellen

Stadtarchiv Pirna

- B III-II, 19, Kriegsmaßnahmen, Berichte. 1938-1942
- B III-II, 586, Politische und Naturereignisse 1932-1940
- B III-II, 587, Nationale Erhebung 1933 - 1933-1935
- B III-II, 713, Reichskolonialbund 1937-40
- B III-II, 770, Geschäftsordnung, Geschäftsverteilung und Sitzungsabschriften des Stadtrats 1936-1944
- B III-V, 341, Terrorangriff auf die Südvorstadt am 15.2.1945 u. Pirna-Niedervogelgesang 1945
- B III-V, 342, Fliegerangriff am 19.4.1945 Besichtigungsberichte über Gebäudeschäden
- B III-V, 366-375, Arbeitsdienst (freiwilliger) 1931-1935
- B III-V, 343. Kriegsgefangenenlager des städtischen Bauhofs im Carolabad 1941
- B III-V, 344. Kriegsgefangenenlager Krietzschwitz
- B III-V, 344/1 Kriegsgefangenenlager Krietzschwitz
- B III-V, 345, Russ. Kriegsgefangenenlager – Entladekolonne (16.6.42-23.2.43)
- B III-V, 346, Russ. Kriegsgefangenenlager – Entladekolonne
- B III-V, 365, Freiwilliger Arbeitsdienst I, 1931-1933
- B III-V, 411, Akte Friedhof der Landesanstalt Sonnenstein
- B III-XV, 68, „Die Kirche im Nationalsozialismus.“ 1931-1937, Bd. 1.
- B III-XV, 69, „Die Kirche im Nationalsozialismus.“ 1931-1937, Bd. 2.
- B III-XVI, 28, Schulamt (Personal) 1932-1945

- B III-XVI, 83 Statistik für höhere Schulen 1935-1944.
- B III-XVI, 191, Judenschulen 1933-1944
- B III-XVI, 197, Niederschriften über die Lehrerversammlungen 1926-1939
- B III-XVI, 345, Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums - Volksschulen 1933-1936
- B III-XVI, 455, Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums (Berufsschule) 1933
- B III-XVI, 524, Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums (Höhere Handelslehranstalt) 1933-35
- B III-XVI, 558-2 Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums (Gewerbeschule) 1933-34
- B III-XVI, 636, Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums (Städt. Oberschule f. Jungen) 1933-35
- B III-XVI, 719, Berichte, Anordnungen, Nachweise f. arische Abstammung 1933-1937
- B III-XX, 67 Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre 1935-1942
- B III-XX, 68, Schutz der Erbgesundheit 1935-1939
- B III-XX, 72, Verhütung erbkranken Nachwuchses 1935
- B III-XXI, 26, Statistische Erhebungen 1931-1947
- B III-XXI, 27, Begleitbericht zur Finanzstatistik der Stadt Pirna 1937-43.
- B III-XXII, 26, Arbeitsschlacht
- B III-XXII, 27: Arbeitsbeschaffung Fa. Gerlach u. Co. Vorgang vom 27.7.33-25.11.33.
- B III-XXII, 698, Gewerbebetrieb von Gustav Heß, Chemische Fabrik
- B III-XXII, 750:Elbtal-Kristall-Industrie GmbH, Inhaber Herbert Lippold.
- B III-XXII, 751, Inbetriebnahme der Glashüttenwerke Lippold und Müller (Elisabethhütte).
- B III-XXII, 755, Vereinigte Zwieseler und Pirnaer Farbenglaswerke AG
- B III-XXII, 757, Vereinigte Zwieseler und Pirnaer Farbenglaswerke AG
- B III-XXII, 859, Glashütte Copitz-Pirna, 1924-1934
- B III-XXVI, 182, Ausnahmezustand 1932-1933
- B III-XXVI, 183, Polizeiakten, Akten-Nr.: 32, 65, 220, 231, 238, 289, 424, 586, 598, 617, 716, 774, 924, 956, 990, 1000, 1009, 1029, 1043, 1098, 1115, 1190, 1213, 1451, 1535, 1565, 1637, 1656, 1686, 1788, 1814, 1828, 1878, 1903, 1908, 1940, 2009, 2060, 2072, 2096, 2107, 2172, 2180, 2181, 2196, 2200, 2201, 2239, 2312, 2347, 2355, 2356, 2364, 2369, 2373, 2378, 2379, 2391, 2406, 2408, 2414, 2415, 2423, 2435, 2451, 2452, 2489, 2494, 2515, 2516, 2551, 2583, 2592, 2609, 2620, 2621, 2656, 2772, 2784, 2939, 3021, 3151, 3299, 3320, 3379, 3413, 3464,
- B III-XXXII, 34, Rundschreiben zur Gemeindepolitik, NSDAP, Kreisleitung Pirna, 1935-1943
- B III-XXXII, 78, Anweisungen und Vorschriften an die städtische Verwaltung 1932-1937
- B III-XXXIX, 496, Dr. Heymann, Hugo Willy
- B 4, 328/I, Vermögensbeschlagnahmen, verschiedene Angelegenheiten 1945-1950.
- B 4, 1443, Heil- und Pflgeanstalten 1948-1950.
- B 4, 3001, 1587, Wahlunterlagen für die Gemeindewahlen, Stimmrechtliche Verordnungen zur Wahlberechtigung Ausschluß NSDAP-Mitglieder, Häftlinge, Entmündigungen 1946-1951.
- B 4, 3001, 2429, Eidesstattliche Erklärungen, NSDAP-Sonntagseinsätze;
- B 4, 3004, 514 Entnazifizierung.
- B 4, 3005, 979, Direktive 24, Entnazifizierungskosten 1946/47
- B 4, 3005, 989, Entnazifizierungsakte 1946-1950
- B 4, 3009, 5289, Fahlbusch, Arno 1946/47
- B 4, 3017, 424, Enteignung von Grundstücken gem. Befehl 124, vom 1.5.49 und Bef. 64

E II, 409, 14., 15, 16, Jahresberichte des Stadtrates auf die Jahre 1933, 1934, 1935.

M I-XII, Akten Zellstoffwerke

M I-XII, 15, Beschäftigtenmeldung für Reichsgruppe Industrie (Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion 1939-1945.

M I-XII, 31, Beschäftigtenmeldung...1941-44 (Meldungen monatlich aufgeführt.)

M I-XII, 148, Betriebsberichte 1939-41.

M I-XII, 159 und 160, Barackenbeschaffung für Kriegsgefangene Bd. 1 und 2 (1941-43; 1942-44)

M I-XII, 189, Zellstoffwerke AG, Entseuchungsanstalt ausländischer Arbeitskräfte und Kriegsgefangenen 1942-43.

Stadtverordnetenprotokolle IV/1929.

Stadtverordnetenprotokolle II/1933.

Stadtverordnetenprotokolle III/1933.

StAP, PDS-Bestand, S 017

0088,

0157

0302,

0366 Dr. Scholze, Benno.

StAP, PDS-Bestand – Sachakten – (S)

S 01, RFB

S 06, Illegale Arbeit im Grenzgebiet.

S 07, KZ Hohnstein

S 08, KPD.

S 16, Lager Zatzschke

S 17, Opfer des Faschismus. Massengrab auf dem Friedhof Pirna

S 25, Antifaschistischer Widerstandskampf.

S 32, Illegale Versammlung Ziegelei Jessen, Anfang Juli 1933.

S 39, Reichsbanner.

S 48, KZ Halbestadt

S 56, SPD.

S 67, Geschichte des Kunstseidenwerks Pirna

Volksentscheid 1946, Akte 112

Kreisarchiv, Schöna, 98, Bd. I bzw 01-20/1

StA Dresden, Landkreis Pirna, Nr. 553

StA Dresden, Landkreis Pirna, Nr. 586